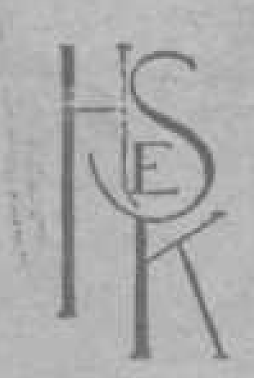
PAUL FRANKL

•

WELTREGIERUNG



MCMXLVIII

H. E. STENFERT KROESE'S UITGEVERS-MIJ N.V.
LEIDEN

WELTREGIERUNG

*Dr Paul Frankl war bis zum Jahre 1934 Professor an der Universität Halle/s (Deutschland).
Er sah sich jedoch genötigt im Jahre 1938 Deutschland zu verlassen, es glückte ihm nach den Vereinigten Staaten zu gelangen, wo er sehr bald zum Professor am Institute for Advanced Studies an der Universität Princeton N.J. ernannt wurde.*

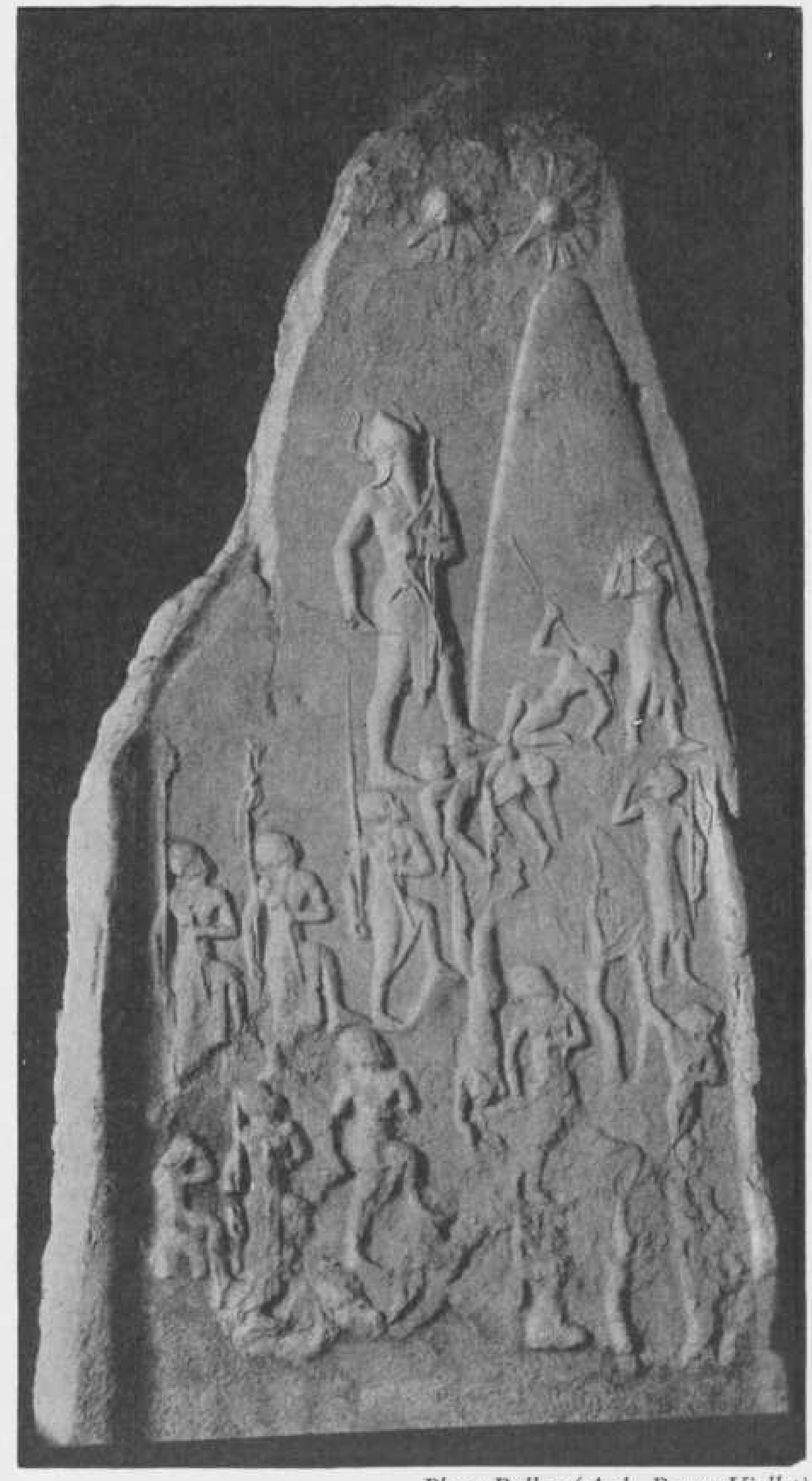


Photo Bulloz (Arch. Roger-Viollet)

Stele des Königs Naram Sin

PAUL FRANKL

WELTREGIERUNG



MCMXLVIII

H. E. STENFERT KROESE'S UITGEVERS-MIJ N.V.
LEIDEN



PRINTED IN HOLLAND

INHALT

VORWORT

Viele Deutsche haben sich von den politischen Zielen und Methoden ihrer Väter und Vorväter abgewendet. Sie suchen ein neues besseres Ziel mit entsprechend neuen Methoden, sie sehen sich um, was für Möglichkeiten sich ihnen bieten, zu Wohlstand aus der heutigen Not, und aus der heutigen Unsicherheit zu dauerndem Frieden zu gelangen. Aber sie betrachten mit Misstrauen die Massnahmen und politischen Prinzipien der Sieger, die Verhandlungen der Vereinten Nationen, die Theorien der westlichen Demokratien wie die Theorie und Praxis der östlichen „Volks-Demokratie". Die zwei Jahrzehnte währende Propaganda der Nazis hat den unbeabsichtigten Erfolg gehabt, dass die Deutschen kritisch geworden sind. Zwar gibt es auch Überkritische, die erklären sie wollen überhaupt nichts mehr von Politik hören, allein diese Denkmüden werden wohl eines Tages einsehen, dass ein Verharren in völliger Passivität auch eine Art von Politik ist, eine fatalistische Unterwerfung unter fremden Willen. Die politisch Aktiven sind durch diese Gruppe von hoffnungloss Gewordenen gehemmt,

mehr noch allerdings durch jene andere Gruppe derer, die aus dem restlosen Zusammenbruch der Nazipolitik nichts gelernt haben und am liebsten in die einstigen Geleise zurückkehren möchten.

Dieses Buch wendet sich an die Kritischen, die Überkritischen und auch an jene, die noch immer an die Politik ihrer Vorfahren glauben. Sie alle wollen ja ihr heutiges Elend überwinden und dürften es der Überlegung wert finden, ob Deutschland nicht durch die Errichtung einer Demokratischen Weltregierung gesunden könnte. Gesunden heisst in diesem Fall, zu erreichen was den Deutschen entsprechend ihrem Fleiss und ihrer Begabung gebührt, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie können dazu beitragen, dass wir in wenigen Jahren eine gerecht arbeitende Weltregierung bekommen. Man weiche nicht aus mit dem Hinweis auf die Zerreissung Deutschlands in vier Zonen; das Deutsche Volk hat zwar politisch heute keine Stimme, aber es hat die grosse Chance, dass es nicht erst abzurüsten hat, und dass es heute als das Volk *selbst* reden könnte ohne eine Regierung, die es durch Propaganda zu benebeln, durch Terror einzuschüchtern sucht; weinigstens in den westlichen Zonen ist freie Meinungsäusserung möglich und trotz allem, was die Deutschen gegen die Besatzungen sagen, ist sie möglicher als unter der letzten deutschen Regierung. Für eine kritische Überlegung, was demokratische

Weltregierung bedeute, und als Information darüber wie sie in weiten Kreisen in den westlichen Länden vorgestellt wird, will dieses Buch deutschen Lesern eine Unterlage geben.

Nach meinem Aufenthalt in Deutschland fühlte ich mich versucht, ein eigenes Kapitel über das Verhältnis des deutschen Volkes zur Demokratie, bezw. zur militaristischen Autokratie einzufügen, gelangte aber zu der Überzeugung, dass dazu längere Vorstudien notwendig wären. Die Klarheit, die ich über das deutsche „Volk" suchte, ist inzwischen in ausgezeichneter Weise durch das Buch „1848, Rechtfertigung und Vermächtnis" von G. W. Zimmermann Berlin 1948 geschaffen worden. Hier sind die konservativen oder richtiger reaktionären Kräfte seit 1848 in streng wissenschaftlich-objektiver Untersuchung den demokratischen Instinkten des Volkes gegenübergestellt. Deutschland ist durch die Unterdrückung der Revolution von 1848 in seiner politischen Entwicklung zurückgehalten worden und steht heute vor der schweren Aufgabe umzulernen, und das, was Geschichtsfälschung ihm eingeredet hat, als falsch zu erkennen.

Jedoch die folgenden Kapitel sind durchaus nicht an die Deutschen allein oder im besondern gerichtet; sie werden bald in anderen Sprachen erscheinen, denn sie wenden sich an alle Nationen gleichmässig. Nicht nur für die Deutschen, für alle Nationen bietet sich

heute die Errichtung einer demokratischen Weltregierung als letzter Ausweg an, um den drohenden Untergang aller höheren Kultur noch in letzter Stunde abzuwenden und statt dessen unserer eigenen Generation und allen künftigen Generationen dauernden Frieden zu schaffen.

Wer eine demokratische Weltregierung — demokratisch im Gegensatz zu autokratisch verstanden — ablehnt, sage, welchen besseren Vorschlag er zu bieten habe, um Weltkriege, geführt mit den alten Waffen und dazu noch mit neuen, unvergleichlich destruktiveren, zu vermeiden.

Das vorliegende Buch wurde in den Vereinigten Staaten, in Princeton N.J. geschrieben, es war im Mai 1947 beendet. Meine seither gewonnenen Eindrücke in England, Holland, Belgien, Frankreich und die während eines sieben Monate langen Aufenthalts in Deutschland konnten dem Text nicht mehr zugute kommen. Das Prinzipielle bleibt immerhin davon unberührt. Trotzdem wurde mir in Deutschland bewust, dass manches in meinem Buch ganz von Amerika aus gesehen ist, insbesondere ist die hier skizzierte Form einer Weltregierung an die Amerikanische Verfassung angelehnt. Deutsche mögen Gegenvorschläge, orientiert an der Weimarer Verfassung, vorlegen. Demokraten wollen ihre Ideen niemanden aufzwingen. Jeder soll gehört werden, damit dann die Majorität entscheidet. Man ver-

wechsle demokratische Majoritätsbeschlüsse nicht mit Diktatur. Wenn sich in einer Demokratie die Minorität beugt, so auf Grund einer vorausgegangenen Abmachung und nicht auf Grund von Gewalt; jede demokratische Minorität behält das Recht der freien Meinungsäusserung und öffentlichen Opposition, sie hat die Aussicht, viele Anhänger zu gewinnen und sich in eine Majorität zu verwandeln. Diktatur ist das Gegenteil von alle dem. So erweisst sich der Einwand, Majorität sei Diktatur als Denkfehler. Einwände ebenso leicht widerlegbarer Art begegnet man in der Diskussion über das Thema Weltregierung andauernd. Man soll ihnen nicht ausweichen, soll vielmehr jedem Menschen die Gelegenheit geben, in mündlichen Diskussionen der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Ein Buch wie dieses beruht ja selbst auf zahllosen Diskussionen mit Gegnern wie auch mit Anhängern der Idee einer Weltregierung. Es ist das Resultat eines Nachdenkens, Diskutierens und Lesens seit 1941 und es erhebt nicht den Anspruch, das letzte Wort zu sein.

Das bezieht sich u.a. auf zwei Fortschritte, die seit Fertigstellung des Manuskripts gemacht worden sind: Die Veröffentlichung der World Constitution in Common Cause in Chicago und die Aufstellung und weitgehende Annahme des Usborn Planes.

Die World Constitution der 13 Professoren in Chicago unterscheidet sich von der in diesem Buch

skizzierten Konstruktion einer Weltregierung in manchen Punkten, vor allem aber durch die völlige Übergehung der Staatsregierungen durch den Vorschlag einer einzigen, nur vom Volk direkt gewählten Kammer. Fraglos wäre es der rascheste Weg zu dauerndem Frieden, wenn man sofort alle kriegerischen Regierungen ebenso mundtod machen könnte, wie heute der „common man" es ist, aber vorläufig müssen wir noch mit den Stimmen der Regierungen rechnen, also ihnen eine eigene Kammer, einen Weltsenat als Fortsetzung der U.N. zugestehen.
Den Usborn Plan hätte ich am liebsten im Anhang abgedruckt, denn er bedarf weitester Verbreitung. So sehr ich ihm Erfolg wünsche, so sehr wünschte ich auch, dass dieser „Ultra-demokratische" Vorschlag, jedem, also auch Autokraten, Militaristen, Bolschewiken, Terroristen, Fascisten, Nazis, Nationalisten, Anarchisten, das passive Wahlrecht zu geben, revidiert werde; ich habe die Gründe dafür ausgesprochen. (Siehe Seite 114 und 115).

Gewöhnlich wird darauf entgegnet, in einem Weltparlament würden derartige Minoritäten ausserstande sein, die Macht an sich zu reissen. Man hat rasch vergessen, wie die Weimarer Republik durch eine Minorität fiel, die es verstand, die Redefreiheit zu missbrauchen und man scheint auch nach wenigen Monaten den gleichen Vorgang, der sich in Prag abspielte, schon vergessen zu haben.

Allein der Usbornplan bleibt in seiner Tendenz richtig. Während in dem vorliegenden Buch der Nachdruck gelegt ist auf den Schlusszustand, den wir erreichen müssen, bezieht sich der Usbornplan auf den ersten Schritt: die Einberufung einer Versammlung von Menschheitsabgeordneten, damit sie die folgenden Schritte beraten, die zur Schaffung einer Weltverfassung, einem provisorischen Weltgesetz führen werden. Die provisorische Weltverfassung muss so lauten, dass sich aus ihrem Inneren eine dauernde Weltverfassung entwickeln kann. Die Einberufer dieser Versammlung sind die politisch reifsten und sich verantwortlich fühlenden Weltfoederalisten aller demokratischer Länder. Die Themata einer „Worldconstitutional Convention" sind in diesem Buch ebenfalls gestreift.

Zum Schluss noch ein Wort der Entschuldigung: Das Literaturverzeichnis ist unvollständig. Ich habe es erst während meines Gastsemesters in Berlin zusammenzustellen die Zeit gehabt und dort die schwierigsten Bibliotheksverhältnisse vorgefunden. So fehlt mancher Quellennachweis, den ich gern gegeben hätte.

Immerhin wird das Verzeichnis manchem weiterhelfen.

Paul Frankl

Leiden, Holland
Juni 1948

1. KRIEG UND FRIEDEN

Soweit wir in die Geschichte und Vorgeschichte der Menschheit zurücksehen können, haben Kriege mit Zeiten des Friedens abgewechselt. Historiker fragten sich daher, ob die Geschichte mit Krieg oder mit Frieden begonnen habe.

Da über die Urzeit keine direkten Zeugnisse vorliegen, suchte man die Antwort indirekt zu finden. Im Gefolge der Theorie Darwins lag es nahe, sich den Urzustand der Menschheit als einen Krieg aller gegen alle vorzustellen. Man rekonstruierte mit wissenschaftlicher Phantasie die Schwierigkeiten der Lebenserhaltung und fand, dass nur kriegerische Naturen im Kampf ums Dasein sich erhalten konnten; die Auslese der Tüchtigsten schien identisch mit der Auslese der physisch stärksten und zugleich psychisch rücksichtslosesten Individuen.

Allein, Kampf von Individuen um ihr Dasein ist nicht dasselbe wie Krieg. Im Tierreich ist Krieg als Kampf zwischen Gruppen derselben Gattung eine äusserst seltene Erscheinung; man nennt stets nur eine bestimmte Ameisengattung, deren Angehörige gruppenweise gegen einander kämpfen. Kampf

zwischen Individuen derselben Gattung und Kampf gegen Individuen einer anderen Gattung kann man nicht Krieg nennen. Wenn Wölfe Schafe fressen, ist das kein Krieg. Wölfe sind zwar Raubtiere, aber sie führen nicht Krieg gegen Wölfe. Selbst wenn der sozusagen vormenschliche Mensch ein Raubtier gewesen sein sollte, ist dadurch der Beginn der Kriege noch nicht aus zoologischen Hypothesen feststellbar. Man mag also den Darwinismus bejahen oder bezweifeln, das Problem des Krieges gehört nicht vor das Forum der Zoologie, vielmehr vor das der Geschichte der Menschheit. Da aber die Anfänge der Kriegsgeschichte in die Frühzeit zurückgehen, glaubte man, sich durch das Studium primitiver Völker darüber informieren zu können, was zu allen Zeiten Kriegsgründe gewesen sein mussten. Das Studium der Ethnographie aber ergab, dass innerhalb der Urhorde Kriegsgründe fehlten; es bestand kein Streit um Land oder Reichtümer, keine Unterjochung zur Ausnutzung von Arbeitskräften. Damit ist nicht geleugnet, dass Individuen gegeneinander um Lebensmittel, Geräte oder um Frauen kämpften. Solche individuellen Kämpfe und Morde waren noch keine Kriege. Die romantische Fiktion eines paradiesischen Urzustandes mag also soweit richtig sein, als in diesem Paradies keine Kriege geführt wurden, aber sie ist unrichtig, wenn man sich die Menschen der Urzeit als friedliche

Lämmer ohne alle Aggressivität vorstellt. Der Mensch ist von Natur aus ein Herdenwesen, ein Herdenmensch, aber ausgestattet mit individueller Kampflust. Er behält diesen Charakter durch die gesamte Geschichte. Die Ausbildung der frühesten Jagdwaffen befähigte Einzelne, sich loszulösen und zeitweise einsam nach Beute umherzuschweifen. Der Herdenmensch wurde Raubmensch, nicht Raubtier durch Gebiss und Krallen, sondern Jäger durch geeignete Instrumente und die Abrichtung des Hundes.

Ursprünglich, soviel wir annehmen können, richtete sich seine Raublust nur gegen die Tierwelt. Er blieb auch als Jäger ein Herdenmensch. Er kehrte stets zur Herde zurück und brachte die Beute heim, die dann nach primitivem Gesetz durch das Oberhaupt der Horde verteilt wurde. Das Leben war dauernde Arbeit zur blossen Fristung des Lebens. Wer unter dem Paradies ein Schlaraffenland versteht, muss diese lange Epoche der frühesten Menschheitsgeschichte, nämlich die der Sammler und Jäger, als schon beträchtlich unparadiesisch bezeichnen, aber immer noch frei von Krieg. Es gab stärkere und schwächere Menschen, es gab aggressive und friedliche Naturen, und demnach sicher Kämpfe von aggressiven Individuen gegen ebenfalls aggressive oder gegen friedliche Individuen, aber keine organisierten Angriffe von Stämmen gegeneinander, auch keine Bürgerkriege.

Wenn diese moderne Auffassung, dass die Ge-

schichte der Menschheit mit Frieden begann, richtig ist, entsteht die Frage, wodurch es kam, dass dieser Urfrieden durch den ersten Krieg abgelöst wurde. Wir sind da nicht ganz auf Hypothesen angewiesen. Die Geschichte von Kain und Abel bezieht sich zwar auf einen individuellen Brudermord, aber symbolisch, wie alle derartige Geschichten, bedeutet sie vermutlich mehr, denn bekanntlich vertritt Kain den Stand der Jäger, Abel den der Ackerbauer. Der Krieg scheint tatsächlich ursprünglich durch den Angriff von Jägern auf Ackerbauer entstanden zu sein, er setzt also die Ausbildung des Ackerbaus voraus, der wesentlich jünger ist als die Jagd. Historiker der alten Geschichte haben festgestellt, dass der Ackerbau zuerst am Unterlauf des Euphrat und Tigris sowie an dem des Nils sich ausbildete, weil hier die natürlichen Bedingungen dafür günstig waren. Die Bauern des Zweistromlandes wurden reich und konnten ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse den benachbarten Bergvölkern, die noch ausschliesslich von der Jagd lebten, zum Tausch gegen Produkte anbieten, die sie selbst besassen, vor allem gegen Metalle und Geräte aus Metall. Diese ursprünglich friedlichen Handelsbeziehungen wurden durch den Entschluss der Bergvölker gestört, gemeinsam in die Niederung herabzuziehen, ihre tödlichen Jagdwaffen statt gegen Tiere gegen Menschen anzuwenden und sich durch Gewalt die Ergebnisse

des Fleisses und Verstandes der Bauern anzueignen. Das zwang die Bauern, sich zu verteidigen, und da sie als ganze Gruppe von einer Gruppe angegriffen waren, zwang es sie zur Ausbildung einer Kaste von Verteidigern, an deren Spitze der Führer des neuen Standes trat, der alsbald die Würde des Königs über das gesamte Bauernvolk annahm. Der Louvre in Paris bewahrt eine Stele, die den Sieg des Naram Sin, Königs von Akkad, verherrlicht. In ungemein eindrucksvoller Weise ist dargestellt, wie bewaffnete Krieger das Waldland hinaufsteigen und der König, weit grösser als alle anderen, am Fusse eines kegelförmigen Berges seine Feinde vernichtet. Über dem Berg stehen zwei Sterne, das Zeichen der Göttin des Krieges Ischtar oder Astarte. Der Krieg war also damals bereits eine stehende Institution, fest verbunden mit dem Staatskult. Dass die Kriegsgottheit kein Mann war, leuchtet in vorkriegerische Zeiten, in die des Mutterrechts hinein. Der König hat einen Bogen und Köcher für die Pfeile, hinter ihm steigt ein Lanzenträger empor, gefolgt von zwei Standartenträgern (wahrscheinlich mit Symbolen der Götter), auch die untere Reihe von Soldaten hat Lanzen und Bogen, aber am rechten Rand stehen übereinander zwei Männer mit Dreschflegeln; wenn diese letztere Deutung richtig ist, wäre sie eine Bestätigung der Theorie, dass diese siegreichen Sumerer Bauern waren.

Man datiert dieses Denkmal eines Sieges auf etwa 2800 v. Chr. Es gibt Fragmente eines beträchtlich älteren Siegesdenkmals sumerischer Geschichte; es wird auf etwa 3000 v. Chr. datiert. Das ist die sogenannte Geierstele von Lagasch. Der Beginn organisierter Kriege geht daher schätzungsweise in das vierte Jahrtausend v. Chr. zurück. Wir können von dem Siegesdenkmal von König Naram-Sin zurückschliessend annehmen, dass die Kämpfe zwischen Bauern und Jägern damals einsetzten. Die Frage, ob Jäger gegen Jäger schon früher gruppenweise kämpften, mag hier offen bleiben.]

Also nicht die psychologische Tatsache, dass es nebeneinander stets friedliche und aggressive Menschen gab, ist der Grund des ersten und aller folgenden Kriege gewesen — wenn auch ihre Voraussetzung —, er beruhte vielmehr auf der sozialen Spaltung nach Berufen in Jäger und Ackerbauern und ausserdem auf der Entstehung der Kriegerkasten. Erst aus der militärischen Organisation erwuchs der Staat. Von da an gibt es Krieg bis heute.

Die Unterbrechungen der Kriege nennt man Frieden. Von jenen zwei psychologischen Klassen der Menschheit fühlt sich die kriegerische wohler im Krieg, die friedliche wohler im Frieden. Die Friedlichen überliessen den Kriegern die Verteidigung gegen feindlichen Angriff oder den Angriff auf Nachbarn oder Angriff und Verteidigung, wenn

der ganze Stamm wanderte. Es kam vor, dass Völker in der Mehrzahl aus Kriegern bestanden. Krieg hatte Sklaverei zur Folge, Aufhäufung von Reichtümern, zwangsweise Verwirklichung der persönlichen Wünsche und Ideen der Könige und vieles andere, so dass die These aufgestellt werden konnte, dass der Krieg der Vater aller Dinge sei, nämlich der Vater der Zivilisation und Kultur.

Solange der Krieg trotz schwerer Schädigung der anderen Schichten im wesentlichen ein organisierter Kampf von Kriegern verschiedener Völker blieb, stöhnten zwar die indirekt oder auch direkt betroffenen Schichten, aber sie fanden, wenigstens auf Seiten des Siegers, auch teilweise ihre Vorteile dabei, so dass der Krieg eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes schien. Ohne hier auf die zahllosen Schattierungen dynastischer, religiöser, kommerzieller und anderer Kriege einzugehen, ist allgemein einzusehen, dass der Krieg mit allen seinen Grausamkeiten, die immer dieselben waren, als notwendiges Übel hingenommen wurde, solange er überhaupt Vorteile brachte oder zu bringen versprach. Sobald aber die Vorteile des Sieges Privilegien von wenigen herrschenden Familien wurden, musste sich eine Opposition gegen die Institution des Krieges entwickeln, die Friedlichen mussten anfangen, Krieg gegen den Krieg zu führen, und da das kein Krieg mit physischen Waffen sein konnte, musste es einer mit geistigen Gründen sein.

Auf diese moderne Strömung, die man Pazifismus (im engeren Sinn) nennt, kommen wir später zurück. Der kurze Abriss der Kriegsgeschichte genügt hier, weil wir jedem überlassen können, die zahllosen Einzelheiten in der historischen Literatur nachzulesen. Hier liegt nur das allgemeine Problem von Krieg und Frieden vor, nicht das spezieller Kriege und Friedensschlüsse oder Kriegspausen. Solche Kriegspausen wurden früher veranlasst durch das Abwarten des Frühjahrs, später das Ansammeln von Kriegsvorräten, Anwerben von Truppen und Aufhäufen von Geld, was mehrere Jahre sogenannten Friedens dauerte, heute durch das Abwarten, bis die dezimierte Generation durch Nachwuchs wieder genügend viele zwanzigjährige Männer zur Verfügung stellt. Diese gesamte, fünf bis sechs Jahrtausende währende Epoche von Krieg *und* Frieden, oder richtiger von Krieg und Kriegspausen, hat heute ein Stadium erreicht, in welchem das Thema umschlägt in die Alternative *entweder* Krieg *oder* Frieden, weil durch die Vervollkommnung der Waffen der Krieg niemandem mehr dauernde Vorteile bringen kann.

Langsam wird das den Massen klar. Als mit der Explosion der Atombomben in Hiroschima und Nagasaki der zweite Weltkrieg abgeschlossen war, ging eine Welle ausgelassener Freude durch die Siegerstaaten; die Neutralen atmeten auf und sogar die besiegten Völker fühlten trotz aller Nieder-

geschlagenheit und Enttäuschung, trotz ihres Entsetzens über die Atombomben, die Befreiung von täglicher Todesangst als eine Erlösung. Denn mit einer unbegreiflichen Unverbesserlichkeit glaubten sie, dass das Ende eines Krieges Frieden bedeute; sie vergassen und wollten im Augenblick vergessen, dass das Wort Frieden jene doppelte Bedeutung hat: entweder nur Kriegspause oder Dauerfrieden. Aber man glaubte allerdings, diesmal sei die Lage anders, denn die Kombination der bedingungslosen Kapitulation der Angreifer mit der Schaffung der Charta von San Francisco schien wirklich das Ende der Epoche von wechselnden Kriegs- und Friedenszeiten und den Anfang des dauernden Friedens zu versprechen.

Die Desillusion stellte sich bald ein. Viele hatten richtig vorausgesagt, dass die Einigkeit der Alliierten aufhören werde, wenn es keinen gemeinsamen Feind mehr gäbe. Man entdeckte, dass der Traum von „One World" zerrann und dass wir in mindestens „Two Worlds" leben. Statt Einigkeit entdeckte man überall Widersprüche; die sogenannten „Vereinten" Nationen begannen zu tagen, und die Ausübung des Vetorechts im Sichterheitsrat, die Wortkämpfe um die Kontrolle der Atombombe usw. deckten Spannungen auf, die tiefere Gründe hatten. Allen gemeinsam schien die Furcht vor einem neuen Weltkrieg zu sein, und nach der Denkweise der alten Schule,

die seit Jahrtausenden stets denselben Fehler wiederholte, erklärten die Militärs, man müsse zur Sicherung des Landes rüsten. Dieselbe politische Blindheit, die dazu geführt hatte, entgegen den Warnungen der meisten beteiligten Physiker die Atombomben abzuwerfen, macht die Militärs und manche verantwortlichen Politiker blind gegen die so einfache Tatsache, dass die Sicherheit des Landes abnimmt, je mehr man rüstet, weil das berechtigterweise Misstrauen hervorruft, also Wettrüsten, also weiter wechselseitiges Misstrauen und die Furcht, der andere könnte mit seinem Angriff zuvorkommen. Je mehr militärische „Sicherheit", umso mehr politische Unsicherheit. Nicht nur die heimgekehrten Veteranen, die alles Elend des zweiten Weltkriegs gesehen und davon genug haben, auch weite Kreise von Einsichtigen, die den Krieg nur in Form von Zeitungsnachrichten und Lebensmittelkarten kennen, protestieren mehr oder weniger laut gegen den gegenwärtigen Zustand des Wettrüstens nach alter, unglückseliger Tradition.

Manche halten es noch immer für das wichtigste, die Schuldigen zu bestrafen, sie hoffen dadurch in Zukunft Angreifer und Weltverbrecher abzuschrecken. Diebstahl und Mord werden schon seit ein paar tausend Jahren bestraft. Zugestanden, dass es ohne Strafe noch viel mehr „Verbrechen" gäbe, aber es bleiben immer noch genug Menschen, die sich nicht

abschrecken lassen. Das Problem muss anders angepackt werden.

Es sind nicht so sehr einzelne Menschen, die für die Kriege verantwortlich zu machen sind. Sie fühlen sich meist unschuldig, ja in ihrem guten Recht und als tragische Helden, die nur das Beste gewollt haben. Sie stehen selbst in einem komplizierten Kraftfeld, bedingt durch Vergangenheit und Gegenwart. Wer immer in diesem Netz an jene Stellen gerät, wo die Entscheidungen zu fällen sind, hat diese unangenehme Rolle, verantwortlich für das ganze Netz zu sein. Weh dem, der sich dazu drängt, ohne die nötige Meisterschaft zu haben.

Verantwortlich für den Krieg ist aber kein einzelnes Individuum, sondern die Institution des Krieges selbst, jene unpersönliche Maschinerie von militärischen Ämtern und Berufen. Wer in eine ihrer zahllosen wartenden Stellen eingesetzt wird, dient dem Apparat, sucht ihn zu verbessern und zu vollenden. Das gilt nicht nur für den obersten Kriegsherrn und den Generalstab, es gilt für alle. In selbstvergessener Pflichterfüllung vergisst jeder von ihnen völlig, den Wert der Institution in Frage zu stellen, er befiehlt oder gehorcht als treuer Patriot und Soldat, überzeugt, dass der Krieg als solcher eine Notwendigkeit ist. Seit Jahrtausenden gilt der Krieg bei den meisten Völkern als die vornehmste Pflicht und Ehre reifer Männer. Er hat stets seine produktiven

Seiten gehabt und, wenn auch nicht „Vater aller Dinge", so ist er doch Vater mancher sehr wichtiger Fortschritte gewesen. Es ist verständlich, dass Soldaten aller Ränge das Soldatentum selbst nicht kritisieren. Wer darin steht, wird ein blinder Teil der Maschine, nur wer geistig ausserhalb steht, gewinnt die nötige Objektivität, die Maschinerie als ganze zu beurteilen.

Wie ist das aber mit jenen Politikern, jenen amtlich befugten Personen, die selbst nicht Militärs sind und über Krieg und Frieden mit zu entscheiden haben? Stehen sie denn nicht ebenso ausserhalb der bewaffneten Macht, wie jene privaten Personen, die sich heute anmassen, mitzureden? Ist es nicht Sache unserer Regierungen, unserer Staatsmänner, Diplomaten, Staatsrechtslehrer, vor allem Sache der Vereinten Nationen, den Weg zu kennen, der aus diesem unregelmässigen Zeitrhythmus von Krieg, Frieden, Krieg, Frieden und wieder Krieg herausführt? Sie sehen genau so klar wie wir, dass Krieg sich nicht mehr bezahlt macht. Niemand hat etwas zu gewinnen, jeder hat alles zu verlieren. Früher konnte man wenigstens glauben und hoffen, der Krieg werde den *Feind* vernichten, heute weiss man, er vernichtet Freund wie Feind. Krieg muss zuletzt Krieg vernichten, aber leider bleiben wir selbst dabei nicht am Leben. Es gibt einen Zwang zur Konsequenz, die am besten durch jenen sagenhaften Luft-

ballonfahrer des 19. Jahrhunderts illustriert wird, der immer höher hinauf wollte und, nachdem er allen Ballast abgeworfen hatte, selbst hinaussprang. Können die Vereinten Nationen nicht etwas weniger konsequent sein und einsehen, dass der Luftballon oder in ihrem Fall die Maschinerie der Armeen kein Selbstzweck ist?

Warum wagt man trotz aller herkömmlichen Scheu an der Leistungsfähigkeit der Regierungen, die heute in den Vereinten Nationen zusammengeschlossen sind, zu zweifeln? Niemand kann leugnen, dass die Männer und Frauen, die seit Dumbarton Oaks und San Francisco im hellen Licht der Öffentlichkeit am Bau des Friedens gearbeitet haben, die heute in der „United Nations Organization" arbeiten, ehrlich sich bemühen, dass sie hohe Intelligenz und Sachkunde, Mut und Geistesgegenwart haben. Wer sie zu kritisieren wagt, kann kaum annehmen, er könnte diese Ämter besser ausfüllen. Aber niemand kritisiert ja die Personen, die Achtung vor ihnen ist allgemein. Was wir kritisieren, ist abermals die Institution. Genau dasselbe, was von der militärischen Institution gilt, dass jeder der hineingerät, ein Stück der Maschine wird, das gilt auch für die politische. Die alten Diplomaten bleiben bei ihrer alten Technik und glauben, es käme auch hier nur auf virtuose Ausübung alter Rezepte an.

Es kann jemand ein ausgezeichneter Autofahrer

sein und doch scheitern, weil die Maschine schlecht ist oder ein anderer in sie hineinfährt. Die Männer, die mit den „United Nations" fahren, wissen das selbst sehr gut. Sie sagen mit Bedauern, eine bessere Maschine als die Charta von San Francisco war derzeit nicht zu schaffen, man habe keine andere Möglichkeit, als mit dieser Maschine zu fahren, in der mehr als 50 Wagenlenker am selben Steuer sitzen. Sie wissen, dass sie keine wirkliche Bremse haben, die einen der Wagenlenker aufhalten kann, falls er einer der starken Kollegen ist. Wenn die Fahrt bergab gehen wird, kommt es eben zu einem Unglück. Das Vetorecht ist eine Art Bremse, aber leider nur für den Fall, dass es bergauf geht. Es ist die Maschine, die wir erneuern müssen, und wir fordern die Reduktion der Zahl der Wagenlenker bis auf einen, der natürlich nicht der Kriegerkaste angehören darf, wenn wir Frieden wollen.

Man kann uns einfachen Bürgern nicht verargen, dass wir uns in diese Fragen einmischen wollen. Wir sitzen mit in diesem Wagen, sind die Passagiere, für die er eigentlich da ist. Unsere Objektivität stammt daher, dass wir nicht am Steuer sitzen und mit Schrecken sehen, dass die Wagenlenker wieder einmal auf einen Abgrund zufahren, nicht, weil sie selbst Fehler machen, sondern weil der Wagen falsch konstruiert ist. Es gibt allerdings gläubige Leute, die sich mit denen, die am Steuer sitzen,

und mit dem ganzen Wagen identifizieren. Sie predigen Vertrauen, es werde schon alles gut gehen; man brauche gar keine Zusätze zur Charta, der Wagen müsse sich erst einfahren, man solle nur Geduld haben und nicht mit Kritik stören. Diese Stimmung stammt in Amerika aus der Zeit von San Francisco, als man Angst hatte, das Volk werde wie zur Zeit von Woodrow Wilson kein Verständnis haben und eine Gruppe reaktionärer Senatoren werde das Friedenswerk genau so sabotieren wie damals zur Zeit des Völkerbundes. Diese Gefahr besteht heute offenbar nicht, und daher ist es sinnlos, sich auf die Fortschrittlichkeit von 1919 festzulegen, da sie 1947 keine Fortschrittlichkeit mehr ist.

Die Konservativen sind immerhin mit den Fortschrittlichen grossenteils in dem Willen einig, den dritten Weltkrieg zu verhüten. Viele fragen nach den prinzipiellen Ursachen der Kriege und manche finden sie in der Souveränität der Staaten. Gerade hier scheiden sich die Fortschrittlichen von den Konservativen. Die Charta von San Francisco ist noch auf der Garantie aufgebaut, dass jeder Staat seine traditionelle Souveränität behalten solle. Abermals ist zu unterscheiden: die Kritik gegen den Souveränitätsgedanken richtet sich nicht auf einzelne Personen, nicht auf diese oder jene Regierung, sondern auf ein Erbstück von Jahrhunderten, das man zum Fundament der Charta gemacht hat, sie

richtet sich daher allerdings gegen die Vereinten Nationen in ihrer Konstruktion und gipfelt in der Überzeugung, dass sie, bei allem guten Willen der beteiligten Personen, einen Krieg nicht aufhalten können, wenn er von einer der starken Mächte begonnen wird.

Ist das der übliche Pessimismus derer, die den Misserfolg nur voraussagen, damit ihnen später niemand nachsagen kann, sie seien weltfremde Optimisten gewesen? Nein; denn diese Kritiker sind nicht prinzipiell pessimistisch gegen die Möglichkeit, den Krieg abzuschaffen, sie sagen nur, dass das nicht von einer Institution geleistet werden kann, die an der Idee der Souveränität der Staaten, oder genauer der Regierungen festhält, sie sind also zwar pessimistisch gegen die Charta von San Francisco, wie sie heute vorliegt, aber höchst optimistisch für einen Umbau oder Neubau. Es ist am besten, die Worte Optimismus und Pessimismus aus dem Spiel zu lassen und von produktiver oder konstruktiver Kritik zu reden. Die Charta von San Francisco war ein ausgezeichneter Schritt vorwärts, aber kein letzter Schritt. Die Konstruktiven lehnen es ab, auf die Charta für immer festgelegt zu werden.

Was diese Kreise vorschlagen, ist in der Tat zugleich ein Neubau und ein Umbau; man will, was benutzbar ist, erhalten und durchaus nicht von vorne anfangen; man will alte Teile in ein neues

System einfügen und neue Teile hinzusetzen, wenn und wo sie nötig erscheinen. Dieser Neubau soll die vorhandenen, historisch gegebenen Staaten benutzen und zu einer Einheit, eben einem System zusammenschliessen; er soll eine föderative und durchaus demokratische Weltregierung sein, innerhalb derer die Staaten ihren nationalen Charakter soweit behalten und weiter ausbilden sollen, als sie mögen, solange das im Rahmen des Ganzen geschieht, also den Frieden nicht gefährdet. Die Idee einer Weltregierung ist sehr alt; erst heute erfasst sie weite Kreise, denen sie sich als einziger Ausweg aus der Gefahr des Untergangs aufdrängt. Andere Kreise scheuen vor dieser radikalen Änderung zurück, sie wollen es noch einmal mit der alten Methode von Allianzen und Verträgen zwischen souveränen Staaten versuchen, deren jeder sein eigener Richter und eigener Polizeimann bleibt. Wer diese konservativen Kreise überzeugen will, dass es sinnlos ist, ein Rezept, das nie geholfen hat, nochmals heute zu versuchen, da der Patient in Todesgefahr ist, muss sein eigenes Rezept, das noch nie versucht wurde, so klar ausarbeiten, dass es Vertrauen erweckt. Es genügt heute nicht mehr, zu sagen, wir brauchen eine Weltregierung, müssen also auf die Souveränität in ihrem alten Umfang verzichten und uns mit einer reduzierten Souveränität zufrieden geben. Das wissen wir dank dem Buch von Emery Reves. Wir müssen vielmehr

weitergehen und wenigstens in grossen Zügen sagen können, wie diese Weltregierung konstruiert sein muss, wir müssen den Weg zeigen können, wie man aus dem jetzigen verzweifelten Zustand der Vereinten Nationen mit ihrer inhaerierenden Kriegsspannung herauskommen kann.

Jene Kreise, die sich nicht in den Gedanken hineinfinden können, die nationale Souveränität aufzugeben, misverstehen zum Teil, was damit gemeint ist. Nicht die ganze Souveränität ist aufzugeben, sondern nur die, einen Angriffskrieg zu führen; genau das, was alle zivilisierten Staaten im Briand-Kellog Pakt 1928 beschworen haben. Es gibt nichts evidenteres als Tautologien und, dass die Souveränität — oder ihr einzelner Faktor — Kriege zu führen, die Quelle der Kriege ist, muss man doch als Tautologie erkennen. Wenn wir wollen, dass jemand schiesst, müssen wir ihm ein Gewehr in die Hand geben, und wenn wir wollen, dass er nicht schiesst, was dann? Müssen wir ihm dann nicht das Gewehr wegnehmen? Ist Abrüstung nicht ein unfehlbares Mittel, jemanden vom Kampf abzuhalten? Aber wie sollen wir selbst abrüsten, wenn die anderen es nicht ebenso tun? Wie sollen wir die anderen dazu zwingen? Man weiss ausserdem, dass es heute möglich ist, sehr rasch wieder aufzurüsten. Man hat den Deutschen das Gewehr 1918 weggenommen, sie haben sich bessere Waffen 1933 gebaut. Physiker sagen voraus,

dass es einmal möglich sein wird, Atombomben im geheimen herzustellen, trotz aller offiziellen Kontrolle. Wenn wir ernsthaft wollen, dass niemand angreift, kommt es nicht auf die oft versuchte, nie geglückte physische Abrüstung an, sondern auf die geistige.

Geistige Abrüstung bedeutet allerdings nicht Pazifismus im Sinne der erzieherischen Verwandlung aller Wölfe in Lämmer. Das Problem ist offenbar ein doppeltes, ein individuelles psychologisches und ein generelles organisatorisches. Ersteres ist das politischer Pädagogik, letzteres das politischer Institution. Man kann nicht alle Menschen zu wahren Christen machen, aber man kann durch Erziehung persönliche Abenteuerlust und Ruhmsucht eindämmen, indem man auf höhere Werte hinlenkt, und man kann durch Gesetzgebung die Unverbesserlichen von der Erreichung der Regierungsgewalt ausschliessen. Der Staat hat heute nur dann einen Sinn, wenn er den Rahmen schafft, innerhalb dessen die Schaffensfreude, die schöpferische Fähigkeit des Individuums sich betätigen kann. Individuum und Staat sind es, auf denen der Unterschied von persönlicher Pädagogik und unpersönlicher Institution beruht. Friedliche Personen wollen alle Menschen zu friedlichen Menschen erziehen und einen Friedensstaat von innen her, vom Herzen her schaffen, kriegerische Personen wollen alle Bürger ihrer Nation zu Soldaten machen, einen Kriegerstaat erzeugen, um die Welt zu erobern.

Man hat vergleichsweise vom Gegensatz zwischen Athen und Sparta, zwischen Weimar und Potsdam gesprochen. Beides ist undurchführbar, man kann sich nicht auf Herzen allein verlassen und man kann auch nicht aus jedem Menschen einen begeisterten Soldaten machen. Was man dagegen kann, ist, Gesetze zu geben, durch welche die friedlichen Menschen vor den aggressiven, ja selbst die aggressiven vor anderen aggressiven geschützt werden, und dies künftig ebenso im zwischenstaatlichen Verkehr wie bisher in jeder einzelnen Gemeinde.

Alle grossen Staaten, auf die es heute ankommt, sind Kriegerstaaten mit dem Ehrentitel „friedliebende Nationen". Überall ist tatsächlich die überwältigende Majorität der Bürger friedliebend, aber nirgends fragt die Kriegsmaschine danach, ob der einzelne Soldat von Natur aggressiv ist oder friedlich; er hat Menschen zu töten, die ihm nichts taten, die er nicht kennt, mit denen er Freundschaft schlösse, wenn er sie kennte. Die Fraternisation nach dem Sieg, war ein Spott auf den anbefohlenen oder eingeredeten Feindschaftswahn. Wenn der Krieg vorbei ist, und Sieger und Besiegte den Schaden besehen, den sie zusammen angerichtet haben, dämmert auf beiden Seiten die geheime Frage: sollte der Krieg nur eine grosse, traditionelle Massendummheit sein? Eine Welle tiefster Empörung wühlt diejenigen auf, die im Krieg nichts Edles und Gutes mehr zu entdecken

vermögen. Er ist wertzerstörend, wertlos. Man hat das Gegenteil gepredigt, aber niemand glaubt es mehr. Das Volk fängt an zu fragen, wozu diese Destruktion, warum nicht Produktion? Warum gegen einander, warum nicht miteinander? Warum negativ leben statt positiv? Fragen schliessen sich an Fragen und verwirren den Frager.

Es ist nichts damit getan, den Krieg unhöflich eine Dummheit zu nennen, wenn wir nicht intelligent genug sind, ihn durch Dauerfrieden zu ersetzen. Sind wir so intelligent? Mit dieser Frage ist unsere heutige Lage charakterisiert. Wir lechzen nach konstruktiven Gedanken, nach Antworten auf jene dringlichen Fragenkomplexe, nach Lösungen, die kommen sollen, ehe eine neue Katastrophe hereinbricht. Wir suchen in jenen Antworten einen klaren Zusammenhang von der Tiefe her, von dem her, was das Leben wertvoll macht.

2. DIE STAATSREGIERUNGEN

Am Krieg beteiligt sind sowohl Volk wie Regierung. Die Regierungen erklären die Kriege, die Völker kämpfen sie aus mit Einsatz von Gut, Gesundheit und Leben. Die Regierungen sind alle zusammen dafür verantwortlich, dass ihre Überlegungen, ihre Zielsetzungen, ihre Verhandlungen und Schachzüge zuletzt dazu führen, dass eine von ihnen angreift. Die Völker sind mitverantwortlich, ob sie nun ihre Regierung wählen oder ob sie einer autokratischen Regierung blind gehorchen. Es ist hier gleichgültig, wer jeweils mehr Schuld hat, die Regierung oder das Volk beziehungsweise welche Regierung und welches Volk; praktisch liegt die Hauptverantwortung bei den Regierungen, die wechselseitig von einander abhängig sind. In dieser Gesamtsituation werden friedliche Regierungen von Angreifern überrannt. In der Verteidigung können die Friedlichen nichts anderes tun als den Krieg bejahen. Staatsregierungen entschuldigen ihre Kriegsvorbereitungen und Kriege damit, dass sie für die Sicherheit ihres Landes verantwortlich sind und dass sie vorläufig keine anderen Mittel haben, ihr Land zu schützen. Sie sind dabei,

bessere Mittel zu schaffen, um aus dem alten Kreislauf von Krieg und Kriegspause herauszukommen. Sie haben, sagt man, die geheime Diplomatie durch ein Schauspiel auf offener Bühne ersetzt, so dass jederman ihre ehrlichen Bemühungen mit verfolgen könne. Zugegeben, sie *wollen* Frieden. Aber *können* sie auch dauernden Frieden schaffen? Fragen wir gleich — um Misverständnissen vorzugreifen — können sie es alleine tun? Um darauf zu antworten, müssen wir das Wesen der Regierungen von Grund aus verstehen.

Das Wort Staat hat mehrerlei Bedeutung; es soll hier im Sinn der Gesetzesordnung gebraucht werden, welche (bestimmte) Menschen rechtlich verbindet. Die Menschen sind Naturprodukte und zugleich geistige Wesen. Der Staat ist eine geistige Institution, eine gesellschaftliche Ordnung, die auf Überlegung, Voraussicht, Verantwortung beruht. Weil der Staat kein Naturprodukt ist, kann er kein Thema der Naturwissenschaft werden. Der Anthropologe betrachtet den Menschen als ein Naturprodukt, der Staatswissenschaftler als einen Staatsbürger. Der erstere sucht nach Naturgesetzen, der letztere nach soziologischen Gesetzen. Zwar kann sich der Staat auch um den Menschen als Naturprodukt kümmern, z.B. wenn er sanitäre Gesetze erlässt, aber auch da ist der Unterschied klar: Gesundheit und Krankheit gehören dem Reich der Natur an, sie sind von

Naturgesetzen beherrscht, aber die Verordnungen, Seuchen zu bekämpfen und Gesundheit zu fördern, gehören dem Reich des Geistes an.

Diesem generellen und abstrakten Begriff der Gesetzesordnung oder „des Staates überhaupt" stehen die konkreten, individuellen Staaten gegenüber. Sie unterscheiden sich voneinander durch die besondere Art der Gesetzesordnungen, die historisch bedingte Fakten sind. Jede solche Gesetzesordnung muss von gesetzgebenden Menschen „gesetzt" werden. Sie verbindet Menschen, die in einem geographischen Bezirk leben, sei es, dass sie in freier Wahl die Gesetze anerkennen, sei es, dass sie zu ihrer Befolgung gezwungen werden. Das Gesetz tritt in seinem Geltungsbereich als unpersönliche Forderung auf, richtet sich aber an Personen und bedarf eines persönlichen Hüters. Die persönliche höchste Spitze des Staates, die *prima potestas*, ist der „Souverän", ein Fürst oder Präsident; der Souverän und seine Minister verkörpern die Souveränität des Gesetzes, solange man im Fürsten und der Regierung den Hort und nicht nur den Hüter des Gesetzes sieht.

In diesem schillernden Begriff der Souveränität ist die Freiheit der Setzung des Gesetzes gemeint. Die individuellen Gesetzesordnungen der verschiedenen Staaten sind bei aller Verschiedenheit alle auf der Idee basiert, dass jemand da sein muss, die freie Entscheidung zu treffen, was Gesetz sein soll. Nach

dieser Auffassung sind alle einzelnen Staaten souverän. Ohne Souveränität verlieren sie die Basis ihrer Gesetzesordnung und müssen in sich zusammenstürzen. Das kann entweder dadurch eintreten, dass die Bürger oder einige Bürger innerhalb eines Staates die Souveränität ihrer eigenen Regierung leugnen und für sich selbst beanspruchen, was Revolution oder Bürgerkrieg und Aufstellung einer neuen Gesetzesordnung mit neuer Souveränität bedeutet. Oder es kann dadurch eintreten, dass ein anderer Staat den Staat und somit seine Gesetzesordnung durch Krieg angreift und im Falle des Sieges seine Souveränität zerstört und den Bürgern eine neue Gesetzesordnung durch den Friedensschluss auferlegt. Das erste Glied dieser Alternative wird von niemandem bestritten, jedes Volk hat das Recht, sich selbst Gesetze zu geben und Bürgerkriege zu unternehmen. Die zweite dagegen ist strittig; kein Staat ist souverän, anderen souveränen Staaten Vorschriften zu machen. Die „absolute" Souveränität endet an den Staatsgrenzen. Aber jeder Staat anerkennt prinzipiell die Souveränität des anderen innerhalb von dessen Grenzen.

Manche Völkerrechtslehrer erleichtern die Übersicht dieser Probleme durch die Unterscheidung einer inneren und äusseren Souveränität. Die innere ist die der Regierung gegenüber ihren eigenen Bürgern, die äussere gegenüber den anderen Regie-

rungen und deren Bürgern. Die äussere Souveränität beruht auf Verträgen und dem tatsächlichen Zustand gegenseitiger Anerkennung. Sie schwindet aber im Fall des Vertragsbruches und dann erweist sich die äussere Souveränität als eine Illusion. Denn welchen realen Wert hat die freie Bestimmung der Gesetzesordnung, wenn sie davon abhängt, ob der Nachbar sie zeitweise anerkennt oder bestreitet, ohne dass ein höherer Gerichtshof sie zu schützen imstande ist. Diese Art Souveränität bedeutet einfach das Recht, das Schwert zum Angriff oder zur Verteidigung zu ziehen. Souveränität ist ein stolzes Wort für die heimliche Formel: Macht statt Recht. Die Regierungen können sich nicht entschliessen, ein für allemal sich dem Gesetz und einem obersten Gerichtshof zu unterwerfen, denn das widerspricht ihrem Stolz und ihrem Wunsch, gelegentlich durch ihre Macht selbst zu entscheiden, was Recht sei.

Damit kommen wir unserer Frage, ob Staatsregierungen einen Dauerfrieden schaffen können, näher. Sie können bei gutem Willen bereits heute mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Diplomatie und mit den Methoden der Vereinten Nationen die Kriegspause verlängern. Sie haben heute angesichts der Folgen des zweiten Weltkriegs den Eindruck, die Völker könnten eventuell keine genügende Kriegsbegeisterung aufbringen. Die Kriegspause scheint für einige Jahre gesichert, manche

sagen für fünf oder zehn, Optimisten sagen für fünf und zwanzig Jahre. Wir interessieren uns gewiss auch dafür, dass die Kriegspause möglichst verlängert wird und vertrauen hierin den Vereinten Nationen. Aber unsere Frage ist nicht, für wie lange die Staatsregierungen Kriegspausen verlängern können, sondern, ob sie imstande sind, ein für allemal Frieden zu stiften.

Unsere Antwort ist ein kategorisches Nein. Wir wiederholen: sie können es nicht *allein*, nicht ohne das Volk. Formuliert man die Frage: ob die Regierungen zusammen mit dem Volk, dem common man, dauernden Frieden stiften können, dann ist die Antwort ein ebenso kategorisches Ja. Es kommt alles darauf an, beide Faktoren zu vereinigen. Ehe wir aber über das Volk, darüber wer zum Volk gehört, und über die Zusammenarbeit beider Faktoren sprechen, müssen wir die Menschen überzeugen, dass von den Regierungen — allein — kein Dauerfriede zu erwarten ist, und müssen klar machen, warum sie bei bestem persönlichen Willen dazu nicht imstande sind.

Erinnern wir uns zunächst, dass das Wort Staat eine generelle und eine spezielle, bezw. eine abstrakte und eine konkrete Bedeutung hat. Wir sahen, nur innerhalb der Vielheit konkreter Staaten, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands, Frankreichs, Russlands, Chinas, Luxemburgs usw.

gibt es das, was man äussere Souveränität nennt. Im abstrakten Begriff des „Staates überhaupt" fällt sie weg, denn der Staat an sich als „die" Gesetzesordnung an sich hat kein aussen. Falls man einwendet, man meine innerhalb dieses allgemeinen Begriffs alle seine möglichen, also nicht einmal notwendigerweise wirklichen Varianten mit, dann ersetzt man schon den abstrakten und allgemeinen Begriff des „Staates überhaupt" durch den immer noch abstrakten Begriff des speziellen Staates. Man mag das jederzeit nach Belieben tun, darf aber darauf nicht den Denkfehler aufbauen, dass der abstrakte allgemeine Staat auch eine Aussensouveränität habe. Es ist gerade dieser Denkfehler, der das Urteil trübt. Jeder konkrete Staat fordert für seine innere, spezielle Gesetzesordnung universale Anerkennung, also universale Souveränität: er tut, als ob er der Staat an sich wäre, für den es keine Aussensouveränität gibt, weshalb seine Souveränität eine universale, nämlich ausschliesslich innere, ist. Wenn die Souveränität von Danzig universal gewesen wäre, hätte sie niemand in Frage stellen können. Aber sie war ebenso wenig universal wie die von Deutschland oder von Polen. Nur ein Weltstaat würde eine universale Souveränität haben, eine ausschliesslich innere, weil es keine äussere geben könnte, — aus dem einfachen Grunde, weil es dann kein Aussen, keinen zweiten Weltstaat gäbe.

Man wird diese Thesen vermutlich einleuchtend finden und dennoch einwenden: Wenn man allen Staaten die Souveränität lässt, Krieg zu erklären, schliesst das ein, dass sie auch die Souveränität behalten, Frieden zu wahren. Frieden ist schliesslich von ihrem guten Willen abhängig, von ihrer (egoistischen) Einsicht, dass Kriege heute keine Vorteile mehr bringen oder dass alle eventuellen Vorteile durch Nachteile aufgewogen werden. Warum sollten sie dann nicht ihre Souveränität dazu benutzen, Frieden zu wahren? Warum behaupten, dass Regierungen prinzipiell unfähig seien, Frieden zu schaffen?

Dieser Einwand vergisst, dass nationale Regierungen praktisch unter Vorteil jeden noch so kleinen und momentanen Vorteil ihres eigenen Staates und ihrer „ruling classes" verstehen. Sie sind Repräsentanten ihrer Bürger und ihrem Wesen nach darauf eingestellt, das Land zu verteidigen, sei es auch gegen eingebildete Gefahr, und die ökonomischen und politischen Interessen nur des eigenen Landes zu unterstützen, sei es auch misverstandene Interessen. Sie sind daher einseitig auf die Erhaltung und Steigerung ihrer Macht bedacht, ohne Rücksicht auf das Wohl der anderen, sie sind sogar bereit, das Wohl der anderen Staaten zu opfern, obwohl jeder Mensch weiss, dass das Wohl des eigenen Staates letztlich vom Wohl der anderen Staaten abhängt.

Man vergesse nicht, dass der Staat von Anfang an,

vielleicht seit vor dem Jahr 4000 v. Ch. von der Kriegerkaste geschaffen wurde, dass der Staat dazu da ist, Kriege gegen andere kriegerische Staaten zu führen. Die Aussensouveränität mag eine Illusion sein, aber die Forderung der Anerkennung dieser Illusion durch Waffengewalt ist eine historische Realität. Die Erzwingung dieser Realität nennt man Realpolitik. Wer nicht zur Kriegerkaste gehört, sagt daher offen: Realpolitik ist die gewaltsame Erhaltung der Illusion der Aussensouveränität. Hier scheidet sich die Pseudo-Realpolitik alten Stils von der echten Realpolitik neuen Stils, die viele in ihrer Blindheit als Idealismus weltfremder Schwächlinge verschreien. Der Grund, warum Regierungen keinen dauernden Frieden schaffen können, ist, dass sie noch in der Idee der Pseudo-Realpolitik befangen sind, die ausgespielt hat, die aber traditionell seit etwa 6000 Jahren das Wesen jeder Regierung ausmacht. Es ist schwer für sie, sich auf die neue Ära umzustellen. Daher beharren sie immer noch auf ihrer Souveränität zu rüsten und, den Ratschlägen der Militärs folgend, strategische Stellen der Erde unter ihre Macht oder „Kontrolle" zu bringen, Monopole für Öl, Gummi, Uranium und alle jene Rohstoffe zu erwerben, die für die moderne Kriegsführung notwendig sind. Sie halten fest an den alten Geleisen der Machtpolitik und militärischen Sicherheit, gegründet auf jener Idee der Aussen-

souveränität, ja identisch mit ihr. Solange die Souveränität, Armeen zu haben und Kriege zu führen, erhalten bleibt, muss es Kriege geben. Guter Wille einzelner Regierungen nützt nichts, wenn es noch starke Regierungen schlechten Willens gibt oder geben kann, wenn der schlechte Wille, der im Begriff der Aussensouveränität sich versteckt hält, zum Wesen der Regierung gehört. Diese ganze Organisation der Politik ist ihrem innersten Wesen nach auf der Idee der Uneinigkeit aufgebaut, statt auf der Idee der Einigkeit. Die einzelnen Regierungen können in Jahren der Kriegsmüdigkeit und Besinnung oder, wenn man so sagen darf, der Reue über die Vergeudung von Leben und Gütern noch so sehr beteuern, dass sie Frieden wollen, sie mögen noch so ehrlich wünschen, dass dieser Unsinn endlich aufhört, die Spaltung in mehr als 70 Souveränitäten bedeutet eine virtuelle Uneinigkeit, bedeutet, dass der Kriegsgott nur zeitweilig in das Wartezimmer verbannt ist und dort darauf lauert, dass seine Gelegenheit kommt, die versperrte Türe des Verhandlungszimmers zu sprengen.

Was ist hier unter Einigkeit und Uneinigkeit zu verstehen? Ist Einigkeit hergestellt durch Verträge? — Ja. Ist Einigkeit garantiert durch Verträge? — Nein. Verträge sind nur temporäre völkerrechtliche Instrumente, durch die man Kriegspausen regelt. Einigkeit durch Verträge ist eine Scheineinigkeit,

meist eine schlecht verkappte Uneinigkeit. Woher kommt das, dass souveräne Staaten nie auf die Dauer einig sein können? Ist es nur, weil alle Dinge dauernd im Fluss sind und deshalb alte Verträge neuen Verhältnissen angepasst werden müssen? Teilweise mag das der Grund sein, aber der tiefere Grund ist ein anderer.

Souveräne Staaten sind wie separate Kugeln mit ihrer Regierung im Mittelpunkt. Friedensverträge und Verträge anderer Art sind wie ein dünner Leim, der die Kugeln an ihren Berührungsstellen verbindet. Eine Weile mag der Leim halten, aber es ist kein Verlass auf heilige Schwüre und ewige Verträge. Wenn die Abstossungskräfte einsetzen, springt der Leim, die Kugeln nehmen Abstand und rennen dann gegeneinander bis eine zerbricht. Wenn eine der Kugeln aus innerer Expansionskraft wachsen will, verschluckt sie die Nachbarkugeln ohne Rücksicht auf den Leim. Mitunter stellt sich später heraus, dass die siegreiche Kugel die verschluckten Bissen nicht verdauen kann, das verschluckte Volk assimiliert den Sieger oder sprengt sein Reich von innen her. Wie oft Eroberer sich übergessen haben, lehrt jeder historische Atlas. Wenn die Assimilierung glückt, und eine neue grössere Kugel und eine neue Souveränität entsteht — wie etwa Frankreich entstand auf dem Boden des Römerreichs, der Gallier und der Völkerwanderung — ist zuletzt doch das Schema

das alte: eine neue Souveränität, koordiniert neben den vielen anderen.

Diese letztere Überlegung ist wichtig für jene Menschen, die auf die Entstehung der Schweizer Bundesgenossenschaft oder auf die der Vereinigten Staaten von Nordamerika hinweisen und empfehlen, man sollte doch schrittweise vorgehen, z. B. erst einmal die demokratischen Staaten zu einer Föderation vereinen, wie das Clarence Streit 1939 vorschlug oder dass die United States sich mit der British Commonwealth zu einer Föderation zusammenschliessen, wie das Streit später nahelegte. Genau so wie in Nordamerika sich zuerst 13 Staaten verbanden und allmählich sich weitere 35 anschlossen, sei zu erwarten, dass an eine erste Föderation von 15 Demokratien oder von zwei Gebilden wie den United States und Britain, also im letzteren Fall von a + b sich weitere Staaten anschliessen könnten. Das ist richtig, nur ergäbe es keine Einheit, ehe alle Staaten, 70 oder mehr, sich geeinigt hätten. In der Zwischenzeit erzeugt jeder der Schritte nur feindliche Lager oder Blocks. Je grösser die Blocks werden, um so grösser werden die gegeneinander marschierenden Armeen oder die Zahl der gegeneinander dirigierten Bomben.

Die Selbsttäuschung derer, die eine schrittweise Föderation vorschlagen, liegt in der Blindheit, dass zwar eine Föderation von a + b + c + usw. genau wie in den Vereinigten Staaten oder der Schweiz

dazu führen würde, dass Kriege innerhalb der föderierten Staaten aufhören würden, dass aber genau so wie nach der Föderation der Vereinigten Staaten und der Schweiz die Kriege nach aussen weiter gehen würden. Wenn die Schweiz es fertig bringt, neutral zu bleiben, ist es ihr nicht erspart, zu rüsten und eine Armee aufzustellen, solange rings um ihre Grenzen Krieg tobt. Jede schrittweise Föderation würde genau so funktionieren: Aufhebung des Krieges innerhalb und Krieg ausserhalb. Der Vorschlag einer Weltföderation von Regierungen hätte also nur dann einen Sinn, wenn er nicht schrittweise, sondern mit einem Schlag verwirklicht würde, so dass nicht zuerst eine Zeit lang statt 70 souveräner Staaten 69, dann eine Zeit lang 68 usw. bestünden, sondern gestern 70 und morgen einer. Jeder weiss, es besteht keine Aussicht für so einen Sprung, solange man die Entscheidung den Staatsregierungen allein überlässt.

Daher glauben manche, der Weg zum dauernden Frieden werde tatsächlich in der schrittweisen Ausschaltung von Wettbewerbern bestehen, so dass ein letzter Krieg zwischen den zwei letzten und stärksten Staaten entscheiden werde, wer die Welt beherrscht. Die Vorstellung ist aus zwei Gründen irrig. Erstens, weil wir nicht nur Frieden, sondern auch Freiheit wollen und diese Eliminationsmethode gewiss zu einer Weltdiktatur führen würde; zweitens,

weil ein solcher „Endsieg" einer Diktatur auf militärischer Basis bestimmt ohne Dauer wäre und die geeinigte Menschheit statt durch Weltkriege durch Welt-Bürgerkriege geplagt würde.

Diese Kritik wendet sich natürlich nicht gegen die Idee einer Weltföderation selbst, nur gegen die vorgeschlagenen Methoden, sie zu erreichen. Die Weltföderation kann nicht durch die Regierungen allein, also nicht durch die Vereinten Nationen (die U N) gebracht werden.

Um sich das ganz klar zu machen, versuche man, jenen utopischen Gedanken einer „Weltföderation über Nacht" zu Ende zu denken. Die Voraussetzung wäre, dass die heutigen Vereinten Nationen sämtliche Staaten umschlössen und dass alle diese rund 70 Regierungen eine Weltregierung einsetzen würden, bestehend aus einer Weltpräsidentschaft, einem Weltgerichtshof und dazu aus den Vereinten Nationen als Weltparlament. Wäre damit eine volle Analogie zu den Vereinigten Staaten von Amerika erreicht?

Die Antwort auf diese Frage entspringt aus der Beziehung jedes Staates als Teil zur Föderation als dem Ganzen.

Der einzelne Staat einer Föderation, wie z. B. der Staat New York oder der Kanton Basel wird in sehr anschaulicher Terminologie als „Gliedstaat" bezeichnet. Wie ein Arm oder eine Hand Glied des Körpers ist, so ist ein Gliedstaat Glied

der Föderation. Er ist selbst ein Ganzes und zugleich ein Teil, so der Staat New York ein Ganzes und zugleich ein Teil der Vereinigten Staaten. Dieses höhere Ganze ist selbst wieder ein Teil der Menschheit, die das höchste Ganze in dieser Reihe ist. Aber hier liegt ein Gedankensprung vor. Die Kategorie „Menschheit" liegt logisch nicht auf derselben Linie wie die Kategorien Staat und Föderation. Man braucht nur das vergessene oder unterdrückte Wort „politisch" richtig einzusetzen. Der Staat New York ist ein politisches Ganze und zugleich ein politischer Teil des politischen Oberganzen. Aber dieses Oberganze, nämlich die United States of America, ist ein politischer Teil der Menschheit. Also nicht etwa der politischen Menschheit, denn politisch ist die Menschheit kein Ganzes. Man verstehe recht: sie ist anthropologisch, biologisch und psychologisch ein Ganzes, aber nicht politisch. Und gerade darauf kommt es an, sie ist politisch nicht organisiert, nicht als Menschheit organisiert; nur die einzelnen Staaten sind es.

Wenn wir das früher gebrauchte Bild der zusammengeleimten Kugeln nochmals ausnutzen, ergibt sich anschaulich, dass eine Addition von sämtlichen Regierungen und ihre Subordination unter eine höhere Weltregierung bedeuten würde, dass man alle zusammen in einen Sack steckt, oder in eine von aussen zusammenfassende Kugelschale, wobei

die Kugeln, d. h. die Staaten, innerhalb der Weltregierung koordiniert und separiert bleiben, jede mit eigener Armee. Es ist bezeichnend für die Denkweise vieler Menschen, die fortschrittlich für eine Weltregierung eintreten, dass sie trotzdem immer noch von dem Gedanken nationaler Armeen nicht loskommen. Man schafft mit einer Weltregierung, die nur eine äussere Schale bleibt, keine echte Einheit und daher keine dauernde Einigkeit der Staaten, keinen dauernden Frieden. Mit einer Weltregierung, ernannt von den Regierungen, wäre nichts Wesentliches geändert. Regierungen, die mit dem Schiedsspruch des Weltgerichtshofs unzufrieden sind, werden, wenn sie genügend stark sind, Krieg gegen den Gegner und zugleich gegen die Weltregierung führen. Selbst, wenn sie dann durch eine Art Kreuzzug aller Armeen oder einer enormen „Weltpolizei" besiegt würden, stünden wir abermals vor der Tatsache eines neuen Weltkrieges, nämlich dieses Kreuzzugs. Daran würde keine Weltarmee, die man irrtümlich Weltpolizei getauft hätte, etwas ändern.

Das Bild von der dünnen Kugelschale, die alle Staaten umschliessen soll, muss dadurch ergänzt werden, dass man sich das Material vorstellt, aus dem die Schale bestünde. Eine solche Weltregierung, aufgestellt allein von den Staatsregierungen, müsste notwendigerweise aus Männern und Frauen bestehen,

die entweder diesen Regierungen direkt angehören, oder die darauf vereidigt sind, die Interessen ihres Landes, wie sie von der jeweiligen Regierung formuliert werden, zu vertreten und Direktiven ihrer Regierung entgegenzunehmen und auszuführen. Es wäre eine Doublette der jetztigen Vereinten Nationen. Die Interessen des Landes, die stets einseitig und kurzsichtig auf momentane Vorteile bestimmter einflussreicher Gruppen, der jeweils „ruling classes", gerichtet sind, heissen in verschiedenen Sprachen verschieden: z. B. „America first", „Deutschland über alles", „sacro egoismo", „Right or wrong my country", „Asien für die Asiaten", „Diktatur des Proletariats". Eine Weltregierung, die aus Männern und Frauen bestünde, die das von Amtswegen verklärte „Interesse" ihres Landes im Herzen trügen und ihre Landesgrenzen als Geistesgrenzen im Kopfe, würden weiter, wie bisher, die momentanen Interessen voranstellen, nämlich die ihrer Landsleute, Interessen, die nach einem Jahr vergessen und durch neue überholt wären. Weltregierung muss offenbar anders aussehen.

Wie kommen wir zu wirklicher Einheit? „Man kann keine Omelett machen, ohne die Eierschalen zu zerbrechen". Die geometrischen Kugeln durch Hühnereier zu ersetzen, verbessert den Vergleich. Man muss auch Fett dazu nehmen, das ganze aufs Feuer stellen; man vergesse auch das Salz nicht. Die Weltregierung

soll aus den Staaten eine neue Einheit machen, nicht Eier im Sack, sondern eine neue organische Verbindung. Die Weltregierung muss von der Peripherie ins Zentrum verlegt werden und von hier aus radial nach allen Seiten alles durchwärmen, wandeln; sie muss wie eine Hefe alles durchdringen. Die Ideen von Pan-Europa, Pan-Amerika, Pan-Slavia, Pan-Arabia, Pan-Asia sind von vorgestern, heute kann nur noch Pan-Anthropeia unser Ziel sein. Wir wollen doch nicht mit der Maske von Weltbeglückern Weltkriege von grossen Blocks einfädeln, und wir wollen uns nicht damit betrügen, dass eine Weltregierung Kriege verhüten kann, wenn sie nicht auf einer Umwandlung der anthropologisch, d. h. naturhaft gegebenen Menschheit in eine geistig geschaffene Institution, in ein politisch organisiertes Ganzes beruht. Das ist nur möglich, wenn die Weltregierung nicht eine blosse Addition von Regierungen ist, eine „Undsumme" von „stückhaften Ganzen", wie es die Gestalttheorie nennt, sondern wenn sie vom Volk, d. h. von der Menschheit direkt gewählt ist. Denn die Menschheit ist a priori ein kontinuierliches Ganzes.

So wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, trotz der Institution der „Electors", der Präsident von allen Bürgern der Föderation gemeinsam gewählt wird und nicht etwa von den 48 governors der 48 Staaten, entsprechend, wenn auch nicht gerade

nach identischer Wahlmethode, müsste die Weltregierung vom ganzen Volk, also von der Menschheit, gewählt werden und nicht von den Staatsregierungen allein.

Diese These muss abermals eingeschränkt werden; die Weltregierung, die Frieden zu bringen verspricht, kann auch nicht vom Volk *allein* aufgestellt werden, keinesfalls gegen den Willen der Regierungen. Weder die Regierungen allein, noch das Volk allein können die Weltregierung aufstellen, sondern nur beide zusammen. Die Verschiedenheit ihrer Rollen ist klar. Die Regierungen sind jene schon besprochenen Kraftzentren, die ihre Bürgerschaft an sich anziehen, um sie im Kriegsfall als ganze über die Grenzen fluten zu lassen. Das Volk dagegen ist jenes Netz von menschlichen Beziehungen, das seinem Wesen nach über alle Staatsgrenzen hinweg sich fortsetzt: durch Reisen und Handel, durch Ehen und Freundschaften, durch gemeinsame ökonomische und andere Interessen. Das Volk stellt die Bänder dar, die, entgegen der nationalen Konzentration rings um ihre Regierungen und der daraus folgenden Separierung, die Ganzheit der Menschheit aufrecht halten und für das Zusammenwachsen der Staaten sorgen, entsprechend der a priori gegebenen Einheit. Diese beiden gegensätzlichen Tendenzen sind durch Regierung und Volk vertreten. Urtümlich ist die Verbindung, nämlich

die natürliche, biologische Einheit der Menschheit. Erst innerhalb der Urhorde lösten sich Familien und Stämme von einander und bildeten viel später Staaten. Seither, man kann in der Sprache der Bibel sagen, mit dem Bau des Babylonischen Turms, der Spaltung in Sprachen und der Entfremdung der Stämme, hat die Menschheit, wenigstens auf politischem Gebiet, unter den Folgen der Separierung zu leiden gehabt. Heute sucht sie nicht etwa das Rad der Entwicklung zurückzudrehen und wieder eine undifferenzierte Horde zu werden. Sie muss durch eine neue politische Konstruktion die Verbindung der Staaten herstellen, ohne deren Separierung völlig aufheben zu können oder zu wollen. Sie muss die Staatsregierungen erhalten, soweit sie für administrative Ziele nötig sind und der Verschiedenheit der Sprachen und Nationen entsprechen. Sie muss sich politisch organisieren, so dass sie ihre direkt gewählten Vertreter in der Weltregierung hat ausser der Vertretung durch die einzelnen Staatsregierungen. Die verbindenden Kräfte müssen ebenso stark zu ihrem Recht kommen wie die trennenden. Praktisch ist das dadurch erreichbar, dass man aus der Organisation der Vereinten Nationen (der U N) einen Weltsenat entwickelt und ausserdem ein Weltrepräsentanten-Haus wählt. Beide zusammen würden dann nach allgemein bekannten Prinzipien den gesetzgebenden Zweig der Weltregierung bilden.

Die Weltpräsidentschaft würde die Weltexekutive darstellen, und der Weltgerichtshof den Zweig der Rechtssprechung in allen Streitfragen internationaler Politik.

Wie man die heutigen Vereinten Nationen in einen Weltsenat verwandeln soll, mag der Vollversammlung der Vereinten Nationen überlassen bleiben. Auch die Konstruktion einer Weltpräsidentschaft und eines Weltgerichtshofs, ist ein Problem, das durch viele Studien theoretisch vorbereitet ist. Weniger gut vorbereitet, jedoch dringlicher und vielleicht das zentrale Problem von heute ist alles, was mit der Idee eines Weltrepräsentantenhauses zusammenhängt, denn die Geburtsstunde dieser Institution wird die Todesstunde der Kriege und der Anfang der Freiheit aller Menschen sein. Es hängt alles davon ab, ob es gelingt, „das Volk" davon zu überzeugen, dass das richtig ist, dass es also eine Selbsttäuschung ist, darauf zu warten, dass die Regierungen von sich aus aufhören, Kriege zu führen. Die Separierung in Staaten, also in Regierungen, ist der Anfang der Kriegsgeschichte gewesen; die Regierungen sind ihrem Wesen nach seit damals die Hüter der Separierungsidee, der Zerlegung der Menschheit in eine Summe selbständiger und feindseliger Ganzheiten. Daher können Regierungen als Institutionen betrachtet ihr Wesen nicht abstreifen oder überwinden, so sehr die Mitglieder der Regie-

rungen als Individuen das wünschen mögen. Wenn das dagegen das Volk einsieht und zugleich Frieden will und erkennt, dass es selbst dazu berufen ist, die Verbindung der separierten Einheiten herzustellen, muss es sich dazu aufraffen, selbst das dafür Nötige zu tun. Es muss sich darauf besinnen, dass es selbst jene vorgegebene Ganzheit, jene Einheit a priori ist, welche die Regierungen vergeblich durch Zusammenleimen der Teile — durch Verträge und Diplomatie — sich bemühen herzustellen.

Aber das Volk ist nicht dazu erzogen. Es durchschaut nicht das an sich so einfache Problem, es ist an den jahrtausendalten Zustand gewöhnt. Viele schrecken vor dem blossen Gedanken, selbst die Initiative zu ergreifen, zurück, weil sie darin eine Untergrabung der Regierungsautorität wittern, und die Macht der Regierungen fürchten, nämlich eigentlich die Gesetzesordnung ihres Staates, repräsentiert und ausgeübt von ihrer Regierung. Die Idee, dass die Bürger eines Staates sich mit den anderen, ja, aller anderen Staaten zusammenschliessen müssten, erzeugt in ängstlichen Gemütern eine begreifliche Panik. Sie fürchten, man werde ihnen vorwerfen, dass sie versuchen, die Souveränität ihrer eigenen Regierung zu kürzen, ihre Regierung zu umgehen oder gegen sie zu arbeiten. Das Beispiel von den Vereinigten Staaten müsste sie beruhigen.

Kein Amerikaner begeht Hochverrat gegen seinen

Einzelstaat, wenn er den im Kongress erlassenen Gesetzen — zusammen mit allen Bürgern der anderen Staaten der Union — gehorcht, denn die Gesetzesordnung des Einzelstaates steht in keinem entscheidenden Gegensatz zu der Gesetzesordnung der Union. Es braucht hier nicht ausgeführt zu werden, dass in U.S.A. tatsächlich Differenzen zwischen den Nord- und Südstaaten bestehen und dass einerseits alle ängstlich über ihre „States-Rights" wachen, andererseits in erstaunlicher Toleranz und Geduld dahin arbeiten, die Differenzen verschwinden zu machen. Dasselbe könnte in einem Weltstaat eintreten, falls die Weltbürger Toleranz und Geduld lernten.

Wenn die Amerikaner ihre Representatives, ihre Senatoren, ihren Präsidenten wählen, umgehen sie keine der 48 Regierungen der Union, sie arbeiten nicht gegen sie, sie werden nicht wegen Umsturz ins Gefängnis geworfen. Keine der 48 Regierungen fühlt ihre Souveränität geschwächt, sie haben alle Hände voll zu tun, um ihre restliche Souveränität zum wirklichen Wohl ihres einzelnen Staates zu betätigen. Ob ihre Souveränität überhaupt als gekürzt bezeichnet werden darf, ist Sache der Interpretation und mehr noch der Terminologie, es ist ein Wortstreit. In der Tat, keine der 48 Regierungen kann Krieg erklären. Das ist die wichtigste „Kürzung" ihrer Souveränität. Aber keiner der 48 Staaten hat

irgendwelche Aspirationen, dieses fatale Recht auszuüben und überlässt es gern dem Senat in Washington D.C., darüber zu entscheiden, — falls der Senat nicht, wie im Fall von Pearl Harbour — gar keine Wahl hat. Die Männer und Frauen, welche die Ämter dieser 48 Regierungen auszufüllen berufen sind, haben keinerlei Ressentiment gegen die Zentralregierung, sie haben vielmehr als Bürger ebenso das Stimmrecht, sie mitzuwählen, sie sind gegenüber der Zentralregierung das „Volk", genauso wie das übrige Volk. Muss man es erst sagen, dass die Männer und Frauen, die in den Staatsregierungen Ämter verwalten, auch Bürger sind, dass sie als Teile der Menschheit, dasselbe Stimmrecht bei der Wahl der Weltregierung haben werden wie alle anderen Menschen, falls sie sich als Weltbürger erklären?

Diese letztere Vorbedingung haben sie zwar noch nicht erfüllt, aber sie haben wenigstens öffentlich beteuert, dass sie Frieden wollen, und sind im Grunde an den von den Regierungen beschworenen Briand-Kellog Pakt gebunden. So dürfen wir hoffen, dass unter ihnen kein einziger ernsthaft einen dritten Weltkrieg wünscht. Sie haben es in der Hand, aufkommende Differenzen durch Mässigung und gegenseitiges Entgegenkommen herabzudrücken, sie würden am meisten helfen, wenn sie die Idee eines Weltrepräsentantenhauses bejahen würden, wie das bisher nur der englische Minister Ernest Bevin

getan hat. Er steht in England nicht allein, da mehrere Members of Parliament, Mr. Usborn und seine Anhänger, ähnliche Gedanken vertreten. Man sollte erwarten, dass die Mitglieder der Regierungen sich sehr positiv für ein Weltparlament einsetzen würden, weil es ihnen erlauben würde, die Verantwortung für den dauernden Weltfrieden wegen ihrer endlich erkannten Nichtzuständigkeit abzulehnen.

In der Tat, das Problem des dauernden Friedens hängt an der Erkenntnis, wer zuständig ist. Wir dürfen uns nicht durch die Tatsache blenden lassen, dass die Männer, die in den Regierungen arbeiten, für die Aufgaben der Diplomatie und Weltpolitik geschult sind und einen Nachrichtendienst zur Verfügung haben, der ihnen ein Urteil über die brennenden Tagesfragen erlaubt, die „das Volk" bestimmt nicht hat. Denn, wenn sie auch als Fachleute für die richtige Beurteilung zuständig sind, so doch nicht für die Entscheidung, die — mit Recht — durch die Interessen ihres Landes praejudiziert ist. Noch schwerwiegender ist, dass sie gar nicht befugt oder beauftragt sind, im Namen der Menschheit zu sprechen. Man kann nicht zwei Herren zugleich dienen, man kann nicht die momentanen Interessen des eigenen Staates zugleich vertreten mit den dauernden aller Staaten. Das ist der Grund, warum wir eine amtliche Stelle schaffen müssen, die das Recht und die Pflicht hat, kosmopolitisch zu denken,

zu fühlen und zu handeln. Diese Stelle ist das Weltrepräsentantenhaus, in welchem die Menschheit zu Worte kommen kann und ihr Recht erhält, gehört zu werden.

Selbstverständlich sind die Männer und Frauen, die in ein Weltrepräsentantenhaus zu wählen wären, von anderem Schlag als die, welche in dem Weltsenat gehören. Nur Menschen, die sich als Weltbürger fühlen und als solche bekannt sind, können das passive Wahlrecht zugestanden bekommen, nur Menschen von Toleranz, von voller Anerkennung aller Rassen, Nationen, Sprachen, Religionen und Kulturen, nur Menschen, die einen weiten Horizont haben.

Die Regierungen sollen ihre innere Souveränität behalten, so wie in U.S.A. jeder Staat in seinen inneren Angelegenheiten autonom geblieben ist. Was wir befürworten, ist, dass sie die äussere Souveränität aufgeben und dem Weltrepräsentantenhaus überlassen, für das sie in eine innere Souveränität der Menschheit umschlägt. Was den Regierungen genommen werden soll, ist nichts als die Illusion ihrer äusseren Souveränität, was ihnen zum Tausch angeboten wird, ist Frieden und die Entlastung von einer stets grauenvoller werdenden Verantwortung. Regieren hat nur einen Sinn, wenn es im Interesse des Landes geschieht. Aber man hat zu ergänzen: im wahren Interesse. Die Regierungen sind seit

6000 Jahren dazu geschaffen, Kriege und Kriegspausen zu leiten, für Dauerfrieden d. h. für das wahre Interesse sind sie nicht organisiert. Weil wir die grösste Hochachtung vor den Regierungskreisen der Vereinten Nationen haben und wissen, dass sie das Beste wollen, hoffen wir, dass sie einsehen, dass die Schaffung eines Weltrepräsentantenhauses kein Mistrauensvotum gegen sie ist. Es ist die Anerkennung einer realen Notwendigkeit, es ist echte Realpolitik.

Den Regierungen wird es trotz aller Einsicht schwer fallen, ihre emotionalen Hemmungen zu überwinden und sie werden darauf hinweisen, dass im Volk die Erkenntnis seiner Verantwortlichkeit noch gar nicht erwacht ist. Es wird allerdings unsere nächste Aufgabe sein, das Volk aus seinem Schlaf der Indifferenz und Verantwortungsscheu aufzurütteln. Am Volk liegt es, die Idee und Praxis einer allgemeinen Gerechtigkeit gegenüber allen Nationen den ungerechten nationalen Interessen überzuordnen. Das Volk und nur das Volk ist zuständig, den ersten Schritt zur Schaffung einer Weltregierung zu tun. Wenn es diesen ersten Schritt wagt, werden die Regierungen mitgehen. Staatsregierungen sollen ihr *Land* regieren, nicht die *Welt*.

3. POLITIK UND ETHIK

Es genügt nicht zu sagen: wir wollen eine Weltregierung; wir müssen auch angeben können, was sie soll.

Wahrscheinlich werden viele die Frage dahin beantworten: sie soll Frieden und Freiheit erst schaffen und dann erhalten, Freiheit etwa verstanden in dem Sinn von Franklin D. Roosevelts vier Freiheiten, die auch Freiheit von ökonomischen Sorgen einschliessen. Andere werden antworten, sie soll die Menschheit vor Kommunismus oder, je nach dem Standpunkt, vor Kapitalismus retten. Antworten dieser Art geben Ziele an.

So war die Frage nicht gemeint. Was die Weltregierung „soll", bezieht sich auf echtes Sollen, auf die Prinzipien, von denen aus Ziele erst positiv oder negativ beurteilt werden können. Gemeint ist nicht, was wir wollen, sondern was wir wollen sollen.

Das bedeutet, dass, ehe wir weitergehen können, wir zurückgeworfen sind in das grösste menschliche Problem aller Zeiten, die Ethik. Es gibt über Ethik eine kaum übersehbare Weltliteratur. Einen Bericht über sie hier einzuschalten, ist unmöglich. Ihre

Kenntnis vorauszusetzen, wäre gewiss ein Irrtum, ausgenommen bei Lesern, die als Berufsphilosophen diese Literatur kennen. Zum Glück ist eine solche Fachkenntnis nicht nötig, denn auch wer keine Bücher über Ethik liest, lernt ihre Probleme im Verkehr mit seinen Mitmenschen praktisch kennen. Schon im frühesten Alter tritt an jeden die Unterscheidung heran, was er darf und nicht darf. Der Heranwachsende stösst durch seine eigenen Handlungen auf Kritik, auf freundliche oder ablehnende, ja feindselige Gegenhandlungen, er selbst reagiert auf die Handlungen der anderen in der Familie, der Schule, im Kreis der Freunde, in der Ehe, im Beruf, in der Gesellschaft, im Staat. Er fühlt sich eingespannt in ein Netz von Beziehungen, die ihn bald fördern, bald hemmen und in jedem Fall erziehen und modeln. Sein Charakter bildet sich aus. Er entdeckt in sich die Urteilsfähigkeit, vorauszusehen, wie seine Handlungsweise wird aufgenommen werden, er lernt, was sich schickt, was anständig ist oder für anständig gilt. Er lernt Takt, Benehmen und mehr als das, er wird durch dieses allseitige Zusammenwirken in eine Richtung getrieben, an deren Ende das Ideal vollkommener Menschlichkeit steht. Sein Weg mag auf Hindernisse stossen, eigene innere Schwächen, äussere Konflikte, Verführung, Verwirrung durch Lehren, die in die entgegengesetzte Richtung zu Unmenschlichkeit treiben. Aber, auch wer in der falschen

Richtung läuft, bewegt sich in der unentrinnbaren Bahn, die zum Nachdenken zwingt: was „sollen" wir? Ob dann der Einzelne intellektuell veranlagt ist und anfängt, systematisch nachzudenken, oder ob er sich mit vagen Gedanken zufrieden gibt, er findet sich in beiden Fällen im Bereich der Ethik. Es gab Ethik als Lebensproblem zu allen Zeiten, schon längst vor Sokrates. Es war die Lebenstat des Sokrates, sie auf den Weg systematischen Philosophierens gebracht zu haben. Von ihm und Plato angefangen gibt es eine Geschichte der Ethik als philosophische Disziplin.

Wenn alle Lehrer der Ethik dasselbe gesagt hätten, wäre eine Geschichte der Ethik eine langweilige Lektüre. Viele Abweichungen von ihren Vorgängern sind Verbesserungen, Klärungen, Vertiefungen, aber es gibt auch Widersprüche zwischen verschiedenen Ethikern und irrige Lehren, die als Verwirrungen im Wege stehen, wenn der Einzelne auf das Problem hingelenkt ist und eine eindeutige Antwort erwartet. Erschütterungen im Bereich der Ethik, Zweifel an der Möglichkeit einer absolut richtigen Lehre bestimmen das Los von Generationen, sie haben das Los unserer Generation bestimmt. Der Verlust der Einsicht in absolute Werte und absolutes Sollen hat die Menschen unserer Zeit haltlos gemacht. In ihrem irrigen Glauben, dass alles relativ sei, besonders alles in der Ethik, wollen sie von absoluter Ethik nichts hören. Das

Wort „absolut" macht sie wild. Man kann ihnen nur vorhalten: Wer von Ethik nichts hören will, weil er an die Absolutheit des Relativismus glaubt oder weil er meint, Politik beruhe auf der Macht des Stärkeren, oder weil er denkt, dass man besser nicht denken soll, sondern den Gefühlen, Instinkten, Leidenschaften gehorchen, der braucht freilich nicht weiter nachzudenken, wie er den Atombomben entgehen könne. Denn nach seiner Ansicht bleibt es Ansichtssache, ob es gut oder böse sei, Atombomben zu werfen; in der Politik entscheide Macht, also müsse der Politiker der Ansicht sein, man müsse auf jeden Fall Atombomben werfen und alle verfügbaren Instrumente der Massenzerstörung ausnutzen und dem Gegner zuvorkommen. Wir müssen übrigens alle — mancher von uns durch kommende Kriege — untergehen, da ja blinde Leidenschaft und Dummheit (der anderen natürlich) herrscht. Wozu also dann vernünftig sein wollen?

Ein solcher Mangel an Erkenntnis, an Fähigkeit des Denkens, und an Verantwortlichkeitsgefühl, muss sich selbst bestrafen. Leider straft er nicht nur die Spielerischen, Leichtsinnigen, Oberflächlichen, die solche Flachheiten und inneren Widersprüche sich selber erlauben, er reisst die anderen mit in die Folgen. Es ist reiner Selbsterhaltungstrieb, sich dieser Mode des Relativismus zu widersetzen. Es ist allerdings nichts schwerer, als Erwachsene, die in ihrer Ethik

Kinder geblieben sind, zur Einsicht zu bringen. Bei Personen von ungenügender Bildung kommt hinzu, dass sie die Relativitäts-Theorie Einsteins, (an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist, die sie aber nicht verstehen,) mit Relativismus verwechseln. Sie machen zwischen den zwei ähnlich klingenden Worten keinen Unterschied. Die Relativitäts-Theorie der Physik könnte auch Absolutheits-Theorie heissen, denn sie sucht die absoluten Invarianten des Kosmos und deren absolute Gesetze. Relativismus überhaupt und speziell in der Ethik bleibt in Relativitäten stecken, in der Meinung, sie könnten alle gegen einander relativ bleiben, ohne dass eine letzte Absolutheit dahinterstünde. Während Relativität in der physikalischen Theorie nur eine Kette von Schritten ist, in der Hoffnung, einmal den letzten Schritt zum Absoluten machen zu können, wird in der Ethik die Relativität sozusagen verabsolutiert. Es gibt für diese Relativisten zwar die Unterscheidung von gut und besser, schlecht und schlechter, aber keine eindeutige Anwendung dieser Unterscheidung auf menschliche Handlungen. Sie sagen, was der eine in einem Zeitpunkt für gut hält, hält der andere gleichzeitig für schlecht, ja derselbe Mensch hält die gleiche Handlung zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Altersstufen einmal für gut und erlaubt, das andere Mal für schlecht und verboten. Dass die ethische Beurteilung mit der Person, den Umständen, Gewohnheiten und

Anschauungen der Generation und des Landes wechselt, ist eine historische und geographische Tatsache, daraus folgt nicht, dass Kannibalismus, Menschenopfer, Sklaverei, Hexenverbrennung, Geiselmord und ähnliche „Sitten" ethisch sind. Aber zahllose Menschen finden es bequem, ihre Denkfehler mit dem generellen Denkfehler zuzudecken, dass Denkfehler gar keine Fehler seien.

Dazu kommt wohl mitunter noch ein anderes Missverständnis. Das Wort Relativität und das daraus abgeleitete Wort Relativismus geht auf das Wort Relation, d. h. Beziehung zurück. Ethik ist bezogen auf (menschliche) Beziehungen. Wie kann man von einer absoluten Beziehung reden wollen, da doch eine „absolute" Beziehung nicht „eingeschränkt" sein kann, während jede ethische Beziehung, wenn überhaupt, doch nur für die Menschen gilt. Sie ist stets relativ, sagt man, sofern sie, statt die Absolutheit der Naturgesetze zu haben, auf das besondere Reich der Menschheit eingeschränkt ist. Dieser Einwand übersieht, dass sich das Prädikat der Absolutheit eben nicht auf die Menschen bezieht, sondern auf die — menschlichen — Beziehungen selbst. Die Menschen mögen in ihrer Unterscheidung von gut und böse noch so relativ sein, die Skalen von gut, besser, am besten, schlecht, schlechter, am schlechtesten verweisen auf Superlative, die etwas Absolutes, von der subjektiven Anwendung der

Skalen Unabhängiges voraussetzen. Und das auch dann, wenn niemand die letzten Pole wirklich kennt. Es kommt auf die Absolutheit der Richtung an, auf den ethischen Kompass. Man hat sich in der Schiffahrt an der Lage des Nordpols der Erde seit Jahrhunderten orientiert, ehe jemand den Nordpol erreicht hatte und heute braucht niemand erst den Nordpol zu besuchen, um zu wissen, wo Norden ist. So wissen wir sehr gut die Richtung zum absolut Guten und absolut Schlechten, auch wenn wir zwischen beiden Polen leben und vielleicht keinen je erreichen. Kinder wissen nicht, wo Norden ist, man muss das entdecken oder lernen. In der Ethik bleiben viele Erwachsene Kinder.

Das Bestechende des ethischen Relativismus ist die daraus gefolgerte Verantwortungslosigkeit. Wo immer man hinfährt, ist sozusagen Norden, immer kommt man irgend wohin und erklärt den erreichten Punkt, wenn nicht für den besten, so doch für ebenso gut wie jeden anderen. Indem alles als gleichwertig erklärt wird, wird alles gegen menschliche Wertung neutralisiert wie im Reich der Natur. Aber während Sauerstoffatome an sich wert*frei* sind, wird die menschliche Handlung wert*los* gemacht, das Leben wird entwertet und entmenschlicht, die Handlungen werden unmenschlich. Hier endet der Irrweg in einer Sackgasse, denn auch die unmenschliche Handlung bleibt menschliche Handlung und

unentrinnbar meldet sich das Absolute. Was ist dieses Absolute, an das die Einen glauben, die Anderen nicht? Ist es nur Glaubenssache, ist es abermals relativ zu der Glaubensfähigkeit der Individuen? Kann man Menschen zur Annahme dieses Glaubens etwa nur durch Androhung von Höllenstrafen und Versprechung von Himmelsfreuden *überreden*? Oder ist es ein festes Wissen, von dem man sich selbst *überzeugen* kann?

Diese Fragen laufen auf die schon berührte Frage hinaus, ob es absolute Beziehungen gibt, wie immer die Menschen selbst sein mögen. Das Problem, „was soll ich?", erweist sich als Teilproblem von „was sollen wir?" und dieses führt zu dem Schlussproblem „was sollen alle?". Die Lehren echter Ethik gipfeln daher in Sätzen, die sehr allgemein, deshalb auch vage und unkonkret sind. Es gibt scheinbar sehr wenig, was alle sollen. Man zitiert meist die zehn Gebote. Man zitiert etwa „Du sollst nicht lügen." Aber jeder tüchtige Relativist hat die Tasche voll mit Beispielen, wo es besser sei, zu lügen. Ein Arzt soll dem Kranken nicht sagen, wie schlecht es um ihn steht, denn das schwächt seine Lebensenergie. Ist demnach das Problem der Ethik in dem Satz zu formulieren: was sollen alle, abgesehen von bestimmten Ausnahmen? Der gesunde Menschenverstand wehrt sich gegen ein Gebot für alle mit Ausnahme mancher. Das oft gebrauchte

Beispiel vom Arzt ist leicht zu durchschauen. Wenn er wirklich durch Wahrhaftigkeit den Patienten tötet, verstösst er gegen das andere Gebot: Du sollst nicht töten. Wenn er ihn auch nur schädigt, widerspricht er seiner Aufgabe als Arzt, die selbst ethisch ist. Alle ethischen Gebote bilden ein zusammenhängendes System, sie sind organisch verbunden; ausgedrückt in der Terminologie der Gestalt-Theorie ist Ethik: eine Gestalt, keine stückhafte Aneinanderreihung von Vorschriften des Verhaltens. Ethik entspringt aus einer Keimzelle weniger ungemein einfacher Tatsachen.

Ethik beruht letztlich auf dem fundamentalen Instinkt der Selbsterhaltung und Selbstentfaltung. Ihre Dynamik entspringt aus dem Zusammenspiel der Selbstentfaltung des Individuums und der Selbstentfaltung der Gesellschaft als dem Kraftfeld der Individuen. In dieser Keimzelle ist sowohl der Konflikt zwischen der Selbstentfaltung von Individuum und Gesellschaft als die Tendenz zu Harmonie beschlossen. Beide regulieren einander gegenseitig. Zu egoistische Entfaltung des Einzelnen findet ihre Beschränkung durch die Tendenzen zu gemeinsamer Entfaltung aller, und umgekehrt: die zu weit getriebene Verabsolutierung der Gesellschaft, des Staates, der Kirche, Schule, Armee oder welcher Institution immer, stösst auf die Revolte des Individualismus. Entfaltung ist auf Vervollkommnung gerichtet. Das

Ziel der Ethik ist, den Ausgleich zwischen den zwei Tendenzen zu persönlicher und zu sozialer Entfaltung zu finden. Selbstentfaltung ist Pflicht des Einzelnen, aber sie „soll" mit den berechtigten Forderungen auf Entfaltung der Gesellschaft in Harmonie stehen. Das ethische „Sollen" ist nichts anderes als eine verkürzte Ausdrucksweise für diese Tendenz zur Harmonie zwischen Individuum und Gesellschaft. In dem Satz, dass Ethik sich auf das bezieht, was *alle* sollen, hat das Wort „alle" diese doppelte Bedeutung, erstens die von allen Einzelnen, zweitens die von allen zusammen. Unter den Einzelnen verstehen wir die konkreten isolierten Individuen, unter allen zusammen eine ideelle Einheit. Die Gesellschaft ist in einem dauernden Zustand von Disharmonie, wenn die Tendenz zur Selbstentfaltung des Individuums oder die zur Machtentfaltung der gesellschaftlichen Organisationen ohne gegenseitige Rücksicht wächst. Ihre Divergenz führt zu Chaos, ihre Konvergenz tendiert zu einem Zustand des Ausgleichs und Gleichgewichts, die sich zugleich im Herzen des Einzelnen und in der Gerechtigkeit der öffentlichen Verwaltung auswirken.

Diese ethische Harmonie ist irrational. Sie ist völlig verschieden von der Rationalität des juristischen Gesetzes, obwohl letzteres Gerechtigkeit anstrebt. Sowohl ethische Harmonie wie juristisches Gesetz sind Normen. Die ethische Norm deckt

sich mit dem, was das Christentum Liebe nennt; siehe Korinther 13. Es ist nicht die geschlechtliche Liebe, nicht die persönliche Liebe. Christliche Liebe ist die freundschaftliche Wendung zu jedem Menschen als Menschen, als Vertreter der menschlichen Gesellschaft. Christliche Liebe lässt sich nicht befehlen. Der Staat als Gesetzesordnung und Zwangsordnung mit Befehlsgewalt beruht nicht auf Liebe, sondern auf juristischem Gesetz, das Ordnung, Regel in das Geschäftsleben, in den Verkehr jeder Art bringt und Gleichheit in die Rechte und Pflichten aller Bürger. Selbst wo Privilegien gesetzlich anerkannt sind, gelten sie gleichmässig für alle Glieder der privilegierten Klasse. Nur wenn der souveräne Fürst Privilegien für sich beansprucht, scheint Ungleichheit zum Prinzip erhoben, aber dann sagt man richtig, er stehe über dem Gesetze.

Juristische Gesetze sind der Ausdruck von Regelmässigkeit und Ordnung innerhalb ein und desselben Staates. Sie wechseln von Staat zu Staat und von Generation zu Generation; sie sind relativ, daher auch sehr oft unethisch. Uns scheint ein Teil der Strafgesetze Hammurabis geradezu unmenschlich, ebenso auch viele Gesetze des peinlichen Gerichtsverfahrens des Mittelalters. Es ist einer der furchtbarsten Gedanken, sich vorzustellen, wie viele Menschen an überflüssig grausamen Gesetzen unter Qualen zugrunde gingen, aber diese Gesetze waren

nichtsdestoweniger Gesetze. Die Tendenz der Gesetze war im allgemeinen stets die zu reiner Harmonie, aber teils wusste man gar nicht, was Harmonie ist, teils verwechselte man Harmonie mit jener staatlichen Ordnung, die mit der Herrschaft einer Familie, Kaste, oder einer Minorität identifiziert wurde. Daher können Gesetze mitunter von Verbrechergruppen gegeben werden, wenn es ihnen glückt, an die Macht zu kommen. Es ist dann ganz konsequent gedacht, wenn sie ihre Rechtsbrüche mit der Lehre unterbauen, dass es keine absolute Ethik gebe, und dass daher niemand entscheiden könne, was gut, was böse sei. Die Kategorie von Gut und Böse wird von ihnen durch die von Erfolg der Starken und Misserfolg der Schwachen ersetzt. Für sie hat das Böse oft gute Folgen, sie glauben, der Zweck könne die Mittel heiligen, und der Staatszweck, die Staatsraison heilige jedes Mittel. Die extremen Fälle von Machiavellismus und Verbrechergesetzgebung sind nur Übertreibungen jenes Prinzips, als Masstab für die Ethik das Wohl eines Teils der Menschheit zu nehmen anstatt das Wohls der gesamten Menschheit. Je grösser man diesen Masstab zu nehmen imstande ist, umso mehr nähert sich die Gesetzesordnung der Harmonie der christlichen Liebe.

Die Aussicht, jederman von dieser These zu überzeugen, ist heute gering. Der Sprung vom Individuum zur Menschheit ist den meisten zu gross. Das Indivi-

duum ist ein bekannter konkreter Faktor, die Menschheit ist eine blasse Vorstellung von einer gleichgültigen, unpersönlichen Masse. Wie soll man da die Balance zwischen so verschiedenen Dingen finden? Es ist begreiflich, dass in Debatten über unsere rein menschlichen Pflichten immer wieder das Mittel gebraucht wird, zu sagen, jeder solle bei sich selbst anfangen, statt anderen Predigten zu halten. Damit schneidet man die lästige Debatte ab. Denn es ist eine Wahrheit, dass jeder bei sich selbst beginnen muss; da es etwa zwei tausend Millionen Menschen gibt, die alle erst dazu erzogen werden müssen, vor der eigenen Türe zu kehren, hat man eine hoffnungslose Aufgabe gestellt, und kann, ohne vor der eigenen Türe zu kehren, weiterleben wie bisher.

Die Wahrheit, dass jeder bei sich anfangen soll, ist aber nur eine halbe Wahrheit. Ethik bezieht sich nicht auf Einsiedler, wenigstens nicht der Teil der Ethik, von dem wir hier reden. Ethik bezieht sich auf die Beziehungen von Mensch zu Mensch, und wenn auch kein Mensch zu allen anderen direkte Beziehungen hat, so doch bestimmt indirekte. Heute kann man das nicht mehr leugnen. Geographische und klimatische Faktoren haben in langen Zeiträumen Menschengruppen getrennt, heute sind alle Hindernisse durch die moderne Technik ausgeschaltet. Die Menschen sind noch nicht daran gewöhnt, die Menschheit als Ganzes sich als Realität vorzustellen und als eine in voller

wechselseitiger Aktivität verbundene Masse. Weil das so schwer ist, hängen die meisten an dem politischen Zwischenglied, das sich zwischen Individuum und Menschheit legt: an der Nation.

Es gehört zum faszinierendsten aller ethischen und politischen Probleme, dass gerade dieses Zwischenglied die Quelle aller Schwierigkeiten ist. Seitdem die Urhorde sich in Stämme spaltete, seitdem die Jagd und der Ackerbau verschiedene ökonomische Werte schufen, trat an die Stelle individueller Ethik die Urform nationaler Ethik, also auf der Folie von Raub, Krieg, Wettkampf die Tendenz zum Frieden übernationaler Art durch Verträge und Völkerrecht. Die Nation oder der aus Nationen zusammengesetzte Staat blieb das konkret erfassbare Mittelglied, weil es in einzelnen Menschen, in Häuptlingen, Königen, Präsidenten, repräsentiert war. Die Menschheit dagegen war nicht repräsentiert — oder nur äusserst selten. Nur wenige Individuen hatten die intuitive Kraft, die Menschheit als ganze sich vorzustellen, alle Rassen und Nationen als menschlich gleichwertige Teile dieser einen Menschheit und alle Individuen als Geschwister zu erkennen. Sie sprachen stets von echter Ethik, sie suchten und fanden schrittweise die Gebote und Verbote, die für alle Menschen gelten, sobald man diese Sätze sinnvoll als organisches System versteht. Diese Menschen erweckten Ärger und Widerspruch, Anfeindung und Hass, oder Spott und Ver-

achtung. Wenige von ihnen erhoben sich zum Rang ideeller Repräsentation der Menschheit. Ihre Lehren lassen sich in den Satz zusammen fassen, dass persönliche und nationale Entfaltung nie auf Kosten der Gesamtheit erlaubt sind, und dass jede Überschreitung dieses Gebots sich von selbst bestraft. So vage die Idee der Menschheit den meisten Menschen blieb, in ihren guten Stunden sahen sie die Lehre ein, besonders, wenn man ihnen klar machte, dass das, was allen nützlich ist, auch jedem einzelnen zu Gute kommt. Die Gefahr lag nur allzu nahe, dass sie den Satz umkehrten und lehrten, dass man seinen Vorteil anzustreben habe. Die utilitaristische Ethik wird leicht missverstanden und missbraucht, die Ethik andererseits, die aus dem Erstreben des Guten ein „l'art pour l'art" macht, das Gute um des Guten willen zu tun verlangt, oder gar, dass jede Pflichterfüllung eine Selbstüberwindung kosten müsse, ist eine Irrlehre. Ethische Harmonie besteht in einem Egoismus, der durch vernünftigen Altruismus eingeschränkt ist, und in einem Altruismus, der durch einen vernünftigen Egoismus verhindert wird, in zwecklose Askese zu verfallen. Im Wort „vernünftig" liegt das irrationale Geheimnis.

Das alte Testament überliefert uns die primitive Vorstellung von einem rächenden Gott. Seither hat man Rache längst als unethisch erkannt und ein unethischer Gott scheint uns eine Blasphemie. Man

braucht aber nur das Wort „rächen" durch das Wort „auswirken" zu ersetzen und dadurch zu neutralisieren, um anzuerkennen, dass die Untaten der Väter sich an den Kindern und Enkeln logisch auswirken müssen. Keine Untat geschieht in einem Vakuum. Jede Handlung, die sich an der Menschheit vergeht, wird durch die Gleichgewichtstendenz des Ganzen beantwortet. Die Weltgeschichte ist das Schauspiel eines Verlustes und eines Wiederfindens dieses Gleichgewichts. Solange die Spaltung in Stämme und dann in Nationen und souveräne Staaten dauerte und dauert, ist die Geschichte eine Kette von ethischen Korrekturversuchen einer — durch Übergriffe der Individuen und solche der Staaten — gestörten Ethik. Die Spaltung muss dauern, bis genügend Verbindungsbrücken die Menschheit wieder verbinden.

Der Handel als Tauschhandel ging dem ersten Krieg voraus, mag aber selbst der Auftakt zum ersten Krieg gewesen sein. Der moderne Handel hat ebenfalls diesen doppelten Aspekt, er fordert prinzipiell Frieden und dennoch erzeugt er Krieg, sobald er darauf ausgeht die andere Nation zu übervorteilen. Der Handel und der Krieg haben zusammen die moderne Technik mitheraufgeführt und diese hat im Transportwesen aus allen Völkern „One World" gemacht. Staatspolitisch leben wir zwar noch in 70 Welten, die Transportwelt ist aber bereits eine einzige und das hat den Erfolg, dass die Idee der

Menschheit wenigstens von einer Seite her anfängt, konkret zu werden. Der andere, weniger angenehme Erfolg ist, dass Untaten sich jetzt sofort und mit einem Schlage auf das ganze Netz auswirken. Weltpolitik steht jede Sekunde vor der Gefahr unseres Untergangs, ihr bleibt als einzige andere Möglichkeit nur noch die Harmonie der Ethik. Was früher Intuition religiöser Geister war, was später Frucht theoretischen Denkens war, wird plötzlich konkret in Gegenwart von Atombomben und anderen Waffen der Massenzerstörung und für jedermann sichtbar. Menschheit ist kein leerer Begriff mehr, sie ist ebenso real geworden, ebenso konkret wie das Individuum und die Nation. Früher konnten Individuen und Nationen von einem labilen Gleichgewicht zum anderen schaukeln, man nannte das euphemistisch „Balance of power", heute stehen wir vor einem Abgrund und müssen uns entscheiden, ob wir uns hinunterstürzen wollen oder ob wir, frei von Schwindelgefühlen, die Stabilität der Harmonie, die Balance der Ethik, wählen wollen.

Die ethische Stabilität ist „gesollt", weil sie im Wesen der Menschheit liegt. Sollen heisst das Vorstadium zum müssen. Wir können uns eine Abweichung vom Gleichgewicht eine Weile erlauben, müssen aber zum Gleichgewicht zurückfinden oder untergehen.

Völkerrechtlich ist die Gründung aller politischen

Stabilität auf Ethik seit jeher — theoretisch — anerkannt. „Justitia fundamentum regnorum", Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten. „Pacta sunt servanda", Verträge sollen gehalten werden. Das ist die Formel für Frieden durch Verhandlungsbereitschaft ohne Gewalt; sie setzt die Forderung von Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Treue, Offenheit, Vertrauen, Entgegenkommen, Toleranz, kurz Charakter der Vertragschliessenden voraus.

„Pacta sunt servanda" heisst, sich wechselseitig in Freiheit zu binden. Das ist nur eine andere Art, auszudrücken, was Ethik ist. Verträge halten, heisst, sich vertragen, Frieden halten.

Mit dem Ausdruck: sich in Freiheit binden, stossen wir auf den Begriff der Freiheit. Es ist ein anderer jener zentralen Begriffe, um die heute der Kampf geht; im Begriff der Souveränität liegt die Forderung eingeschlossen, dass jeder Staat frei bleiben soll, sich seine Gesetzesordnung selbst zu geben, also die Regierungsform zu wählen, die er mag und seine Existenz zu verteidigen. Souveränität als Selbstbestimmungsrecht der Völker ist eine andere Erscheinungsweise der Forderung von Freiheit. Die Freiheit hat eine Ambivalenz: sich zu binden und sich nicht zu binden, bezw. die Bindung zu brechen.

Wir sprechen hier von politischer Freiheit, nehmen also an, dass es den Unterschied von Freiheit und Unfreiheit tatsächlich gibt. Wer sich für das philoso-

phische Schulproblem des freien Willens interessiert, mag die grosse darüber vorhandene Literatur konsultieren. Der mechanische Determinismus, der uns lebendige Menschen mit aufgezogenen Uhren und geheitzen Maschinen verwechselt und vergisst, dass Uhren sich nicht selbst aufziehen, Maschinen sich nicht selbst heizen, ist wahlverwandt mit dem Relativismus, er entmenscht die Menschen und streicht die Verantwortlichkeit und Schuld. Der Determinist endet schliesslich in der Vorstellung, dass — weil alles determiniert ist — er an diesen Determinismus nur deshalb glaubt, weil er durch die Mechanik seines Gehirns dazu gezwungen ist, dass aber ebenso sein Gegner, der Antideterminist ist und an die Freiheit des Willens glaubt, das nur tut, weil er dazu determiniert ist. Also haben beide recht oder auch keiner, wie man will. Es gibt aber noch manche andere Theorien für und gegen die Annahme des freien Willens, zu ihnen gehört auch die theologische der Gnadenwahl, die biologische der Vererbung, die soziale des Milieus. Für unsere Zwecke genügt die Feststellung, dass ein Stein, der ruht oder fällt, abhängig ist vom Universum, dass aber das Universum aus lauter solchen Steinen, bezw. Atomen, besteht, also das Universum auch von jedem noch so kleinen Stein abhängt. Wenn sich der Stein einbilden sollte, frei zu sein, würde er sich überschätzen, aber er dürfte geltend machen, dass er seinen per-

sönlichen Anteil im gesamten dynamischen Prozess habe. So reagieren Pflanzen und Tiere auf die Umwelt nicht nur abhängig, sondern auch selbsttätig. Die Umwelt allein macht keine Pflanzen und Tiere, sie beeinflusst sie allerdings. Im Menschen ist dieser Faktor der Selbstbestimmung, verglichen mit Steinen, Pflanzen und Tieren mehr entwickelt. Bei ihm sprechen wir von freiem Willen; wir erleben ihn als Wunsch, Hoffnung, Zielhandlung, als Energie und Anstrengung, als Wahl, wir erleben ihn andererseits im Falle des Gehemmtseins als Furcht und als inneres physiologisches sowie psychologisches Hindernis, als äusseren Zwang und Sklaverei. Wir erleben unseren freien Willen schliesslich in unserer Selbstbindung an Versprechen, an Gesetze, an Verträge; wir können diese Bindung zerreissen und haben dann das Gefühl, dass wir uns selbst zerreissen, wenn wir Reue und Ehrgefühl kennen. „Pacta sunt servanda" gilt für Staaten, und hier zerreisst der Staat, der seinen Vertrag bricht, nicht nur sich selbst und seine ethische Einheit, sondern das Band mit dem anderen Staat, es entsteht ein Riss in der Menschheit im grossen Stil.

Entgegen dem vom Völkerrecht anerkannten ethischen Prinzip, „Pacta sunt servanda", herrscht in der Praxis die machiavellistische Vorstellung, dass Politik das Gegenteil von Ethik sei. Bruch von Verträgen, Betrug, Fälschung von Akten, Verleumdung, Lüge

der Diplomaten, Geheimhaltung von Waffen, Spionage, Mord, Krieg mit Brand und Massenmord galten meist als Mittel für Aufstieg und Ruhm. Man lebte in zwei Welten. Man wusste, was Anständigkeit ist, man verachtete den, der im privaten Leben ehrlos ist, man achtete die Kirche, weil sie dauernd diese Anständigkeit predigte. Aber in der Politik beharrte man bei Gewalt, und zum Begriff der Souveränität gehört praktisch das Recht, so oft und so viel man wollte, unethisch zu handeln. Dieses Leben in „Two Worlds", in zwei kontradiktorischen Systemen, einem der Ehrlichkeit im Privatleben, einem der Amoral in der Politik, war bisher möglich. Man fand es vereinbar, dass das töten von Mitmenschen im eigenen Lande streng bestraft wird, aber der Massenmord im fremden Lande patriotische Anständigkeit sei. Heute meldet sich das Verlangen nach „One World" nicht nur im Transportwesen, sondern auch in der Ethik. Ja, langsam dämmert die Erkenntnis, dass das Ideal von „One World" nur verwirklicht werden kann, wenn wir die Politik von ihrem Privileg der Amoral kurieren. Private dürfen keine Bomben werfen, Regierungen dürfen es. Aber sie bekommen selbst Angst vor den Wirkungen der Atombomben, die sich auch gegen ihr Land wenden könnten. Man redet daher mit einer stillen Freude am Sensationellen heute gerne von unserer Zeit als dem Atomzeitalter. Das ist an sich wohl

richtig, trifft aber nicht den Kern. Es ist ein apokalyptisches Zeitalter, nur mit der Begleitnote, dass uns der freie Wille gegeben ist, in letzter Stunde noch zu entscheiden, ob wir in die Hölle wollen oder in das Paradies.

Jedoch Hölle und Paradies sind Metaphern der Kanzelsprache, die ihre Kraft verloren haben, abgegriffene Münzen. Können wir denn nicht die konkreten politischen Institutionen nennen, die damit gemeint sind: die politische Hölle hier auf Erden und das politische Paradies hier auf Erden? Es ist klar, worauf diese Frage hinauswill. Man hüte sich nur, jede Autokratie restlos als Hölle und jede Demokratie restlos als Paradies zu erklären. Was wir in der Wirklichkeit finden, ist nicht nur stets politisch gemischt aus Elementen von Autokratie und Demokratie, es ist ausserdem durchsetzt mit vielen Faktoren nicht politischer Art. Nichtsdestoweniger können wir uns eine ideale Autokratie und eine ideale Demokratie denken und beide am Masstab absoluter Ethik messen. Da wir an jenem Abgrund des Untergangs aller Kultur stehen, da wir die Wahl zwischen einem dritten Weltkrieg und dauerndem Frieden haben, da wir erkennen, dass nur absolute Ethik der freien Selbstbestimmung innerhalb des Rahmens der Menschheit uns retten kann, müssen wir zwischen Autokratie und Demokratie wählen, müssen uns also klar sein, was jede dieser Regierungsformen

bedeutet. Erst wenn wir das wissen, können wir auch verstehen, was Weltdemokratie und was Weltautokratie ethisch, also für unser Heil oder unser Unheil bedeuten würden.

4. ANARCHIE, DEMOKRATIE UND AUTOKRATIE

Mit *Autokratie* ist jene Staatsform gemeint, in der nur Einer befiehlt und alle Anderen gehorchen. Jener Eine gilt als der Gesetzgeber, höchster Interpret des aufgestellten Gesetzes, und zugleich als oberster Kriegsherr. Er steht selbst über dem Gesetz. Damit ist nicht gemeint, dass er dauernd gegen das Gesetz handeln müsse. Er mag Extravaganzen begehen und seine Diktatur kann trotzdem für das Ganze segensreich sein, wenn nur die Gesetzgebung im Grossen taugt und vom Volk eingehalten wird. Der Autokrat muss auch nicht alle Gesetze selbst ausarbeiten; wenn seine Ratgeber und obersten Beamten ihn beherrschen, wird der Diktator zum Scheinkönig, aber die Autokratie wird dadurch nicht aufgehoben.

Dieser Form der Regierung steht die der *Demokratie* gegenüber. In ihrer reinsten Form ist sie die gemeinsame Regierung aller, was in historischen Beispielen so viel wie aller waffenfähigen Männer bedeutete. Solange die Staaten so klein sind oder waren, dass alle Bürger sich auf einer Wiese zusammen finden und ihre Wechselreden hören konnten,

ist diese reinste Form praktisch möglich; als Beispiele führt man die Schweizer Kantone Uri und Unterwalden in den ersten Zeiten der Bundesgenossenschaft an. Je grösser der Staat wird, umso notwendiger wird die Spaltung der Bürgerschaft in Vertreter und Vertretene und daher die gesetzliche Festlegung der Wahlen der Vertreter. Die einzelnen Demokratien unterscheiden sich durch ihre Konstitutionen, durch ihre Wahlmethoden und viele einzelne Praktiken, über die man in Lehrbüchern der Staatslehre reichlich Auskunft findet. Um aber doch eine etwas klarere Vorstellung über das Wesen der Demokratie als Ausgangspunkt zu haben, sei die Definition zitiert, die James Bryce formuliert hat:

„Das Wort „Demokratie" wurde seit den Zeiten Herodots (VI, 43) zur Kennzeichnung jener Regierungsform gebraucht, bei der die herrschende Macht eines Staates gesetzlich nicht bei einer besonderen Klasse oder besonderen Klassen, vielmehr bei den Gliedern der Gemeinschaft im ganzen ruht. Dies bedeutet bei Gemeinwesen, die durch Abstimmung handeln, dass die Herrschaft der Majorität gehört, nachdem keine andere Methode gefunden ist, um in friedlicher und gesetzlicher Weise das festzustellen, was als der Wille einer Gemeinschaft bei Fehlen der Einstimmigkeit gelten soll. Der Sprachgebrauch hat diesem Terminus den allgemein gültigen Sinn beigelegt; . . . ."

Bryce erörtert dann auch die Worte Monarchie, Oligarchie etc. und einzelne Begriffe seiner eigenen Definition, z.B., was unter „political community" (Gemeinwesen) zu verstehen sei. Alle seine weiteren Analysen von abweichenden Definitionen können hier übergangen werden. Wichtig ist aber der Schlussabsatz seines Definitionskapitels:

„Obzwar die Worte „Demokratie" und „demokratisch" nicht mehr als eine bestimmte Regierungsform bezeichnen, so haben sie doch, besonders in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien, darüber hinaus assoziativ einen sozialen und tatsächlich fast ethischen Charakter angenommen. Das Beiwort wird zur Bezeichnung eines Menschen von einfacher und wohlwollender Gemütsverfassung mit freundlichen Umgangsformen verwandt, der „ein guter Kerl" ist (a good mixer), der ohne Rücksicht auf seinen Reichtum oder Stand keinen Anspruch auf Superiorität macht und sich behutsam auf dem Niveau seiner weniger reichen und weniger bedeutenden Nachbarn hält. Der Verfasser hörte für einen Monarchen die Bezeichnung „demokratischer König". .... Die Demokratie gilt als das Ergebnis und als der Schutz von Freiheit und Gleichheit und ist dank ihrer Beziehung zu diesen beiden kostbaren Besitztümern so geheiligt, dass sie fast ausserhalb der Kritik steht ...."

Bryce sagt also in einem Atemzug, dass Demokratie

nicht mehr und dass sie mehr ist, als eine Form der Regierung. Das Mehr scheint ihm eine Association von sozialem und beinahe moralischem Charakter. Man braucht nicht ausführlich gegen diese innere Unentschiedenheit von Bryce zu polemisieren; er meint offenbar das einemal die Form, das anderemal den Sinn der Demokratie. Ihr Sinn ist jener soziale und ethische Grundgedanke von Gleichheit, Freiheit und der von Bryce vergessenen Brüderlichkeit, der sich als seine adäquate Form die Majoritätswahl der Regierenden schafft und ihre Amtszeit beschränkt. Der Sinn ist das Innere, die Form das Äussere der politischen Institution. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Sache, im Grunde um dieselben zwei Seiten, die früher als individuelle, psychologische Veranlagung und andererseits als generelle Organisation unterschieden wurden. Demokratie ist nicht nur, wie Bryce meinte, nebenher an Ethik erinnernd, sie ist im Kern ethisch.

Ist daraus zu folgern, dass Autokratie im Kern unethisch ist?

Es wäre Unsinn, die Geschichte der Politik von Jahrtausenden als unethisch zu verdammen, weil die ägyptischen Pharaonen, die Könige mesopotamischer Völker, die Herrscher seit Alexander dem Grossen, die römischen Kaiser, weil die Herrscher der meisten asiatischen Völker und die der Russen Despoten waren, teils sogar im übelsten Sinn des Wortes.

Zum mindesten musste Demokratie erst entdeckt und verwirklicht werden, wenn die Menschen zwischen beiden Typen der Regierungsform sollten wählen können. Sie zu schaffen, setzte eine grosse politische Reife des Volkes voraus, die historisch bedingt und zuerst im antiken Athen erreicht war. Demokratie, wörtlich übersetzt die Kraft oder Herrschaft des Volkes, ist die ausgesprochen mannhafte Form der Selbstregierung jener Männer, die sich nicht von einem einzelnen Menschen etwas diktieren lassen wollen. Für politisch reife Menschen ist nicht einzusehen, warum ein Amt oder gar ein ererbtes Amt jemandem Verstand geben sollte, mehr Verstand als anderen. Sie können sich nicht blind unterwerfen, wohl aber einwilligen, dieienigen, die Verstand und die nötigen Fähigkeiten für die Verwaltung haben, für die Ämter zu wählen, sie wieder zu wählen wenn sie sich bewähren, sie abzusetzen, wenn sie versagen.

Die Freiheit der Selbstregierung in Athen, die nur für 'Freie', nicht für Sklaven galt, ging verloren. Die Erinnerung blieb lebendig. Vor der Zeit der athenischen Demokratie war die Weltgeschichte eine Kette sich ablösender, bezw. nebeneinander stehender Autokratien, die einander bekämpften, einander fürchteten. Nachher wurde sie eine Geschichte von Despotien, die ausserdem sich vor der Wiederkehr der Demokratie zu fürchten hatten.

Autokratie, Despotie, Tyrannie, Diktatur, was alles dasselbe ist, war unumgänglich und bleibt es, wo immer das Volk zur Selbstregierung nicht reif ist. Das ganze Volk, mindestens seine grosse Majorität muss reif sein, es genügt nicht, wenn einige kleine Gruppen sich gegen die Diktatur auflehnen. Für politisch unreife Völker sind Autokraten so notwendig, dass selbst eine kleine demokratische Gruppe, die eine Despotie stürzt, in Despotismus sich zurückverwandelt, wie wir das in Russland erlebt haben. Man fühlt sich daher versucht, zwischen schlechten und guten Despoten zu unterscheiden. Kein Zweifel, dass es verschiedene Wertstufen der Tyrannei gibt. Man hat von guten Kaisern in Rom gesprochen und von bösen, Bryce zitiert den Ausspruch, es gäbe demokratische Könige, und fraglos gibt es heute solche in den skandinavischen Ländern; man hat sogar gesagt, eine gute Diktatur sei besser als eine schlechte Demokratie.

Dass eine schlechte Demokratie schlecht ist, wird niemand bestreiten. Wenn man nur die Wahl hat zwischen guter und schlechter Tyrannis, wird man ebenfalls nicht zögern. Die Frage muss anders gestellt werden: ist eine gute Demokratie besser als eine gute Tyrannis und ist eine schlechte Demokratie immer noch besser als eine gute Tyrannis?

Jeder Autokrat zwingt alle seine Untertanen zum Verzicht auf eigene Verantwortung, eigene Entscheidung, eigenes Urteil; er lätss sie abrichten wie

Hunde, sie sollen blind gehorchen, Denkfehler und Phrasen kritiklos auswendig lernen und dauernd wiederholen, sie sollen dauernd ihre Devotion bezeugen, dauernd in Furcht leben und sich als Werkzeug ihres Herrn fühlen ohne Anspruch auf persönlichen Wert und eigene Würde. Der Autokrat erreicht das, indem er zwei Beamtenklassen schafft. Die eine besteht aus staatlichen Terroristen, die andere aus Propagandisten, welche die öffentliche Meinung in die gewünschte Richtung bringen. Sie bestimmen einseitig, was jeder Untertan oder Staatssklave hören, lesen, denken, schreiben darf, und was nicht. Der Geist des Volkes wird mit Stacheldraht von allem abgesperrt, was geistiger Fortschritt ist. Diese alte, schon von der Inquisition geübte Technik ist in unserer Zeit zu höchster Virtuosität ausgebildet worden.

Freie Menschen finden schwer ein Verständnis für jene Unfreien, die sich unterwerfen und sogar ihre Dienste dem Diktator anbieten. Aber es hat solche Menschen stets gegeben. Millionen haben den Königen und Kaisern älterer Zeit, haben Napoleon, der nicht der schlechteste war, und anderen Führern als Bringern von Reichtum, Glück und nationalem Ruhm zugejubelt. Viele gehen mit, weil sie die Konjunktur ausnutzen wollen, andere unter dem Zwang des Terrors, viele, weil sie keiner geistigen Mode oder Seuche widerstehen können, viele, weil sie gar kein

politisches Urteil haben, aber viele auch aus reiner Begeisterung und einem fanatischen Glauben, das sei der einzig richtige Weg. Die Gefängnisse unserer Zeit und die furchtbaren Konzentrationslager und Mordfabriken waren eine Hölle für die Opfer, nicht aber für die Aufseher; für echte Teufel ist die Hölle ein Paradies. Solche Teufel stellen ihren Sadismus jedem Diktator zur Verfügung. Sie mögen selbst überzeugt sein, dass man beliebig viele Unschuldige opfern kann, wenn das nur der grossen Idee des Diktators hilft, sie mögen mit kalter Schlauheit durchschauen, dass sie selbst ins Gefängnis gehören und nur solange Büttel spielen dürfen, als ihr Führer regiert. Gerade hier offenbart der Relativismus der Ethik seine Nützlichkeit für diejenigen, die ihre unmenschlichen, noch tierischen Instinkte austoben wollen. Die Entmenschung in unseren Tagen ist ein Atavismus. Die ethnographische Literatur bietet eine erdrückende Fülle grausiger Gebräuche primitiver Kulturen, in denen Menschlichkeit noch nicht zur Institution geworden ist. Diese Humanität existierte nur als persönliche Mütterlichkeit, als Väterlichkeit, was wohl seltener war, und als Kindlichkeit im Jugendalter. Moderne Diktatoren kehren zu Unmenschlichkeit zurück, zum Teil aus Angst vor der zunehmenden Reife ihres Sklavenvolkes. Die Grausamkeit ist nur ein Mittel und ein Symptom: sind wir heute nicht schon so weit, einzusehen, dass

jede Autokratie, ob sie gut oder böse sei, ein Atavismus, ein politisches Fossil ist?

Dass sich stets Menschen finden, die den Lebenswunsch haben, auf einem Thron zu sitzen, ist ein psychologisches Problem für sich, aber zugleich eines der sozialen Dynamik. Diktatoren sind nicht einfach mit den Worten politischer Unreife, Bedürfnis nach Rampenlicht, Applaus und Selbstüberschätzung, nach finsterer Machtausübung abzutun. Ein Amt, das da ist oder sich auftut, saugt sein Opfer an, das sich dann als Person in Verblendung und Eitelkeit mit dem Amt identifiziert, verwechselt und langsam verhärtet. In die Rolle des Diktators zu geraten, ist eine persönliche Tragödie. Er wird meist zuletzt das Opfer nicht so sehr seiner eigenen politischen Unreife als der seines Volkes. Daher trifft ihn die Schuld nicht allein, soweit man überhaupt von Schuld sprechen mag. Objektiv handelt es sich nicht um Schuld und Unschuld, vielmehr um Grade der Reife. Die Geschichte der Menschheit ist kein Abstieg von Unschuld des Paradieses zu wachsender Schlechtigkeit. Sie ist ein Aufstieg aus Tierheit zu Menschlichkeit, ein langsamer, an zahllosen Rückfällen leidender Prozess der Menschwerdung. Ethik in der Politik oder, was dasselbe ist, Demokratie, muss entdeckt und gelernt werden. Echte Demokratie ist frei von Überheblichkeit, bereit, denen, die noch im Stadium der Unfreiheit,

Unterwürfigkeit und Furcht leben, zu ihrer Menschenwürde zu verhelfen.

Demokratie öffnet prinzipiell allen Bürgern eines Staates den Weg zu politischen Ämtern, und da in demokratischen Staaten viele leben, die selbst noch gar nicht charakterlich reif sind, öffnet sie den Weg auch den asozialen Individuen. Demokratie ist daher überall der Korruption ausgesetzt. Sie ist dann kaum besser als eine Autokratie, weil Pseudodemokraten, Kryptofascisten am Ruder sitzen. Trotzdem bleibt auch die schlechte Demokratie besser als jede Autokratie, weil sie durch die bestehenden Gesetze gereinigt werden kann, während in der Autokratie die Entgiftung nur durch Revolution möglich ist. Die Korruption in einer Demokratie, Diskrimination der farbigen Menschen, Einfluss der Plutokratie auf das Radio und die Presse sprechen gegen die beteiligten Personen, nicht gegen das Prinzip der Demokratie. Beide Regierungsformen unterscheiden sich auch durch ihre Einstellung zur Erziehung. Man muss jedoch anerkennen, dass die russische Diktatur sehr viel für die Volksbildung getan hat, wenn auch in einseitiger Weise. Viel schlimmer wirkt sich die autokratische Haltung gegen Kolonialvölker aus, auch wenn das Mutterland demokratisch ist, aber daran interessiert, dass das Kolonialvolk weiter seine Sklavenarbeit verrichtet, ohne auch nur die Gelegenheit zu finden, schreiben und lesen zu lernen.

Autokratie und Demokratie scheinen daher in allen ihren Entscheidungen genau gegensätzlich zu sein und doch bilden sie keinen absoluten Gegensatz; sie haben die Überzeugung gemeinsam, dass eine Regierung notwendig ist; sie sind beide zusammen gegensätzlich zur *Anarchie*. Der Anarchist ist nach der älteren Lehre der Einzelne, der die Notwendigkeit jeder Regierung bestreitet, weil er nur so die volle Entfaltung seiner Persönlichkeit glaubt erreichen zu können. Anarchisten gehören bekanntlich nicht einfach in die unklare Kategorie der Verbrecher. Man hat spottend gesagt, dass Regierungen weit mehr Bomben legal zu werfen pflegen, als das Anarchisten mit ihren beschränkten privaten Mitteln fertig bringen. Die neuere Lehre beruht auf dem Glauben, dass Harmonie aus spontanem sozialen Handeln entspringt. Der Anarchismus möchte den Staat unterdrücken zu gunsten des Individuums, die Autokratie umgekehrt möchte das Individuum unterdrücken zu gunsten des Staates. Sie sind die reinen Gegensätze. Die Demokratie steht zwischen ihnen, sie möchte die harmonische Mitte zwischen Individuum und Staat herstellen. Anarchie und Autokratie sind die beiden unethischen Pole, zwischen denen Demokratie die ethische Gleichgewichtslage bildet. Es ist klar, dass in jeder Demokratie Tendenzen nach beiden Richtungen das Gleichgewicht stören; der autokratische Pol (des totalitären Staates) ist stets stärker als die Anzie-

hung zu Anarchie. Manchmal verbinden sich diese beiden Gegner der Demokratie, obwohl ihre Allianz auf die Dauer nicht haltbar ist.

Anarchie muss, so paradox das klingt, zu den Regierungsformen gerechnet werden. Man unterscheidet diese nach — bestimmten und unbestimmten — Zahlen. Wenn man daher die Herrschaft von Einem, von einigen, von allen unterscheidet, darf man nicht die Null vergessen. Anarchie ist die Herrschaft von keinem. Das ist logisch durchaus haltbar, denn die Anarchie bezieht sich ja nicht auf Medizin, Brückenbau, Philologie usw. sondern auf Regierung und sie stellt ihre Thesen im Namen der Ethik auf, allerdings einer missverstandenen, einseitigen, die nur an den Pflichten des Individuums gegen sich selbst sich orientiert oder an dem Dogma spontaner Selbstregulierung der Gesellschaft.

Die Bedeutung dieser Überlegung wird klar, sobald man sich der Idee einer Weltregierung zuwendet. Unsere jetzige „Weltregierung" besteht im *Fehlen* einer Weltregierung, wir leben in einer *internationalen Anarchie*. Viele Menschen schwärmen für das Irrationale und Antirationale. Es ist gewiss ein Glanzbeispiel der Irrationalität, dass alle Regierungen, demokratische und autokratische, Anarchisten einsperren oder aufhängen, wenn sie in ihrem Staate den Mund zu öffnen wagen, dass sie aber nach rein anarchistischen Grundsätzen sich selbst

benehmen, wenn sie zusammensitzen; ihre Souveränität ist gar nichts anderes als ein schönes Wort für internationale Anarchie der Staaten. So sehr jene Menschen das Irrationale lieben, sie fühlen sich in diesem Zustand nicht restlos wohl. Wenn sie sich entschlössen, ihre Antipathie gegen rationales Denken zu überwinden, müssten sie Anarchie überall ablehnen. Anarchisten glauben, ein staatloses Leben müsste das Paradies auf Erden sein. Es ist Zeitvergeudung, mit ihnen zu streiten, es genügt, zu erwidern: leben wir denn nicht auf internationalem Gebiet seit 6000 Jahren in einer Anarchie und ist sie etwa ein Paradies? Anarchismus ist eine einseitige Politik. Er beruht auf jener früher genannten Additionsformel a + b + + c + d + usw., er geht von den Teilen aus statt vom Ganzen, er behandelt die Teile als wären sie selbstständige Ganze. Anarchismus ist zwar ein Irrtum, aber daraus folgt nicht, dass man anständige Anarchisten — die gibt es natürlich — verachten solle; wo kämen wir hin, wollten wir jeden Menschen, der irrt, für einen Verbrecher erklären? Es darf daher nicht für eine Beleidigung erklärt werden, wenn man die United Nations eine anarchische Organisation nennt, was heute sehr viele Menschen mit Bedauern offen aussprechen, verbunden mit der Hoffnung, dass sich diese Weltanarchie wandelt in — in was?

Die Wandlung hat nur die Wahl zwischen Auto-

kratie und Demokratie. Diese Wahl besteht theoretisch. Praktisch hat sie keine Wahl, denn eine Weltautokratie ist undurchführbar. Wenn die sogenannte Achse gesiegt hätte, wäre Italien wahrscheinlich beiseite geschoben worden, und Japan hätte mit Deutschland an ihrem Rendez-vous Platz, Indien, oder sonst wo, um die Weltherrschaft kämpfen müssen. Die gesamte Weltgeschichte wäre dann vom Sieger als eine gottgewollte Kette von Ausscheidungskämpfen angesehen worden, um der Meisterrasse die Führung über die versklavte Menschheit anzuvertrauen. Heute glauben viele, dass nur zwei Staaten zu einem Schlusskampf sich rüsten, aber die Situation ist bedeutend komplizierter. Gesetzt, es käme jemals zu solch einem „Schlusskampf", er wäre kein Schluss; in diesem autokratischen Weltstaat gäbe es zwar keine Weltkriege mehr, aber, wie bereits früher gesagt, einen permanenten Welt-Bürgerkrieg. Den Abschluss der Kriege kann man nicht durch Kriege erreichen; nur durch Frieden kann man Frieden erreichen. Eine Weltautokratie wäre zwar nicht haltbar, aber ihre Errichtung wäre bereits eine Bedrohung der Kultur oder sogar des Fortbestands der Menschheit. Das Schreckgespenst des dritten Weltkriegs mit einer Aggression durch Atombomben, durch bakteriologische und chemische Waffen nebst allen anderen Waffen der jüngsten Vergangenheit verknüptt sich in der Phantasie vieler mit der Angst vor einer Welt-

diktatur, und weil sie fürchten, eine Weltregierung könnte leicht in eine Weltdiktatur ausarten, wehren sie sich gegen die Idee der Weltregierung an sich. Sie vergessen, dass sie in einer Anarchie leben und dass Anarchie nicht sehr viel besser ist als Autokratie, sie vergessen, dass es uns offen steht, eine Weltregierung demokratisch zu machen und sie so zu konstruieren, dass ein Umschlag in Weltautokratie unmöglich ist.

Ist eine solche Konstruktion wirklich denkbar, lässt sich Weltdemokratie garantieren? Demokratie ist Herrschaft des Volkes, sie ist die Sache des Volkes. Das Volk hat die Autokraten abzusetzen und es hängt an der Wachsamkeit des Volkes, ob es seine eigene Volksregierung gegen Usurpatoren schützt. Es ist verkehrt, die Diktatur des Proletariats zu fordern, wir wollen überhaupt keinerlei Diktatur, wir wollen eine verantwortliche Regierung, verantwortlich dem Volk, das sie wählt. Wir wollen keine Regierung einer einzelnen Klasse, Kaste, Partei oder Gruppe, keine Regierung einer Minorität; wir fordern die Regierung des ganzen Volkes, und wenn wir eine Weltregierung fordern, meinen wir eine demokratische, also eine vom gesamten Weltvolk gewählte und von ihm dauernd geschützte Regierung.

So erhebt sich die Frage, wer gehört eigentlich zum „Volk" oder zum „Weltvolk"?

5. VOLK UND REGIERUNG

In der Wortverbindung „Volk und Regierung" meinen wir nicht die ethnologische Bedeutung von Volk. Ethnologisch können beide entweder demselben Volk angehören, oder die regierende Klasse gehört einem Eroberervolk an. Mit Regierung und Volk meinen wir einen politischen Unterschied oder mitunter Gegensatz, nämlich den von Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden. Die Befehlenden haben die Gesetze zu geben und durchzusetzen.

Die Regierung umfasst daher ausser den gesetzgebenden Parlamenten usw. die weitverzweigte Hierarchie von Ausführungsorganen, die sogenannte Bürokratie. Die gewöhnliche Vorstellung ist, dass die eigentliche Regierung nur aus den Spitzenorganen besteht, und zwischen ihnen und dem Volk der Gehorchenden jene breite Schicht steht, die nach oben gehorcht und nach unten befiehlt. Der Ton der Beamtenschaft ist in Autokratien anmassend und einschüchternd, mitunter auch patriarchalisch gönnerhaft, in Demokratien sollte er menschlich und ohne Überhebung sein. Je ausgesprochener die Autokratie

ist, umso mehr ist die Zwischenschicht geneigt, sich zur herrschenden Klasse zu zählen und auf das „Volk" herabzusehen; je ausgesprochener die Demokratie ist, umsomehr rechnet sich die Beamtenschaft zum Volk. Der Autokrat ist stets der Vereinsamung ausgesetzt, die Spitzen der Demokratie dagegen bleiben dem Volk relativ nahe, sie sind durch die Beschränkung ihrer Amtsdauer gezwungen, von ihrem amtlichen Postament wieder in das Niveau von jederman zurückzusteigen, so wie andere aus dem Volk bereit sein müssen, hinaufzusteigen. Obwohl die Personen wechseln, umgibt auch die demokratische Regierung eine eigentümliche Aureole persönlicher Autorität, die sie vom Volk trennt.

Innerhalb der Beamtenschaft gibt es Ämter, die spezielle Fachkenntnisse verlangen, sie können und brauchen nicht mit jedem Regierungswechsel neu besetzt zu werden. Sie erzeugen in manchen Demokratien eine Stabilität der Beamtenschaft, die oft alle politischen Wogen überdauert und die Kontinuität der Verwaltung und Entwicklung sichert, die aber auch das Reservoir von Sabotage gegen Fortschritt und die Quelle der Reaktion sein kann. In U.S.A. pflegen auch die mittleren und unteren Beamten von der zur Regierung gelangten Partei besetzt zu werden.

Mit Regierung im engeren Sinn meinen wir aber gerade jene politisch entscheidenden Spitzen,

welche die Direktiven für das Verhalten des Staates gegen andere Staaten und für die Verteilung der Güter innerhalb der Bürger und ihrer sozialen Schichten geben. Die untere Grenze dieser Regierung im engeren Sinne ist fliessend. Der Zahl nach verbreitert sich die Beamtenschaft nach den niederen Graden zu und ihre unteren Ränge stehen selbst in Autokratien dem Volk als der Schicht der nur Gehorchenden nahe.

Das Volk im Sinne der Gehorchenden ist ähnlich abgestuft. Hier handelt es sich um eine Art privater „Gesetzgebung". Jedes Unternehmen, das Angestellte beschäftigt, hat sozusagen seine Privatregierung, seine gesetzgebenden und seine ausführenden Organe, mitunter auch seine juristischen Beamten. Auch hier gibt es Stufen mit Aufnahme- und Beförderungsbedingungen, mit Gehaltsunterschieden und festgelegter Dauer der Anstellung. Den Privat*regierungen*, den Zinnkönigen, Ölkönigen, Bankherrschern, Grossgrundbesitzern usw. steht das Privat*volk* der Angestellten, Landarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter usw. gegenüber. In allen Gattungen von Unternehmungen entsprechen die verschiedenen Stufen ökonomisch und sozial ungefähr denen der Staatsbeamtenschaft. Die Klassen und Kasten sind sozusagen horizontal durch beide Pyramiden hindurch verbunden. Gleiches Niveau erzeugt verwandte Interessen auf ökonomischem und sozialem Gebiet,

und daher ähnliche Ziele in der Innenpolitik.

Daraus entspringt jene Spannung von oben und unten, von wenigen, die herrschen und vielen, die ausführen und gehorchen sollen, die dem wirklichen Sinn von „Regierung und Volk" näher kommt. Das, was man „*the ruling classes*" genannt hat, ist das Zusammenspiel der oberen Ränge der Staatsregierung und derjenigen Teile des „Volkes", die der Schicht der Privatregierungen angehören. In der Sprache der Parteipolitik von demokratischen oder parlamentarisch regierten Staaten nennt man das nicht oben und unten, sondern rechts und links. Die „ruling classes" haben auch in Demokratien die Tendenz, Privilegien, die aus autokratischer Zeit vererbt sind, zu erhalten und neue zu erwerben. In die „ruling classes" aufgenommen zu werden, ist an sich ein Privileg, und der Kastengeist erschwert das Eindringen von Emporkömmlingen. In diesen Kreisen findet man die unbewusste oder bewusste Abneigung gegen Fortschritt, die Neigung zu Diskrimination, zu Konservativismus, oder gar zu Reaktion und Restauration früherer Zustände, die der Vererbung und Vermehrung von Privilegien günstiger waren. Rechtsparteien sind, kurz gesagt, autokratisch gerichtet. Dagegen sind Linksparteien fast immer demokratisch, wenn auch nicht immer liberal und tolerant. In Autokratien ist die Schicht der „ruling classes" umso kleiner und die des Volkes

umso grösser, je mehr die Befehlsgewalt sich auf wenige Personen einengt. Sozial gibt ihr „Hof" den Ton an und die dienenden Klassen haben wenig freie Zeit, sich mit höheren Werten des Lebens zu befassen. Man kann in dem angedeuteten Sinn in jeder Demokratie von einer potentiellen Autokratie der „ruling classes" und in jeder Autokratie von einer potentiellen Demokratie und Revolutionsbereitschaft reden. Die extremen Flügel der Rechts- und Linksparteien berühren sich manchmal, so dass man anstelle einer geraden Strecke besser an den Kreis denkt.

Diese potentielle Bereitschaft, dem eigenen Prinzip untreu zu werden, führt oft zu Umsturzbewegungen. Graphisch ist das Schema von Rechts und Links so gedacht, dass die Rechts- und Linksparteien auf einer geraden Linie zu verteilen sind; aber es ist, als böge sich die Linie in der Hitze der Wortgefechte, Partei- und Strassenkämpfe und dann nähern sich Links und Rechts, ja es kann ein Stadium eintreten, da die Extreme einander berühren. Aber auch dieses Bild deckt nicht alle Möglichkeiten; die russische Revolution von Lenin war eine stark ethisch fundierte Linksbewegung mit vorwiegend demokratischen Idealen, aber die darauf folgenden Wandlungen haben den Geist der Revolution verändert. Was man heute Volks-Demokratie nennt — ein tautologisches Wort, da Demos dasselbe wie Volk heisst — müsste para-

doxer Weise Volks-Autokratie genannt werden, nämlich Diktatur des Proletariats, wenn nur das Volk wirklich noch etwas zu diktieren hätte. Aber die einstigen unterdrückten Linksgruppen von revolutionärer Gesinnung sind jetzt, seit sie die „ruling class" geworden sind, autokratisch, mithin ihrem Charakter nach eine Rechtsgruppe geworden, die zwar glaubt, „for the people" zu regieren, aber zugleich autokratisch dieses Volk zwingt, das anzunehmen, was diese ehemalige Linksgruppe entsprechend der Doktrin von Marx für das Heil des Volkes hält. Hier mischen sich die Prinzipien von Demokratie in seiner sinnhaften Bedeutung mit Autokratie als Form des Regierens.

Ohne etwa eine komplette Soziologie vortragen zu wollen oder zu können, ist das über Rechts und Links in der Innenpolitik Ausgeführte durch zwei Beobachtungen zu ergänzen: die soziologische Rolle des Militärs und die der freien Berufe.

Die Kriegerkaste und das Rittertum sind in neuerer Zeit durch Volksheere ersetzt worden, aber innerhalb der Volksheere kehrt abermals die Hierarchie wieder und hier in besonderer Schärfe, weil es im Krieg auf Befehlen und Gehorchen noch mehr ankommt als sonst; beides vollzieht sich im Angesicht der Todesgefahr. Das Offizierskorps ist in allen Völkern zu autokratischer und aristokratischer Selbstschätzung erzogen und verpflichtet, es ist heute noch in vielen

Ländern die Stütze der Autokratie. Der Terminus einer „demokratischen Armee" scheint eine Art hölzernes Eisen zu sein. Man meint damit immerhin die Unterordnung des Offizierskorps und somit der gesamten bewaffneten Macht unter die Zivilbehörden, man spricht dagegen von Militarismus, wenn das Offizierskorps offen oder versteckt die Zivilregierung beherrscht. In letzterem Fall ist der oberste Kriegsherr selbst in Demokratien nicht der erwählte und amtierende Präsident, sondern die Generalität. Dann geht die Demokratie wie die Autokratie in eine reine Militärautokratie über. Weil Generäle ihren Beruf praktisch ausüben wollen, weil sie im Frieden ihren Wert nicht zeigen können, sind sie für den Frieden gefährlich, sobald sie zur — offenen oder versteckten — Regierung kommen. Die Weltgeschichte strotzt von Beispielen. Siegreiche Generäle, die nachher als Autokraten die Regierung an sich reissen, sind mitunter fähige, mitunter unfähige Herrscher. Siegreiche Generäle können, wie Napoleon, die Demokratie stürzen, sie können dem Herrscherhaus gefährlich werden, wie Wallenstein, sie können als echte Demokraten sich in ihr Privatleben zurückziehen. So sehr man differenzieren mag, bleibt jedes Offizierskorps als ganzes seinem Wesen nach eine Kaste von autokratischer Haltung mit der Neigung zu Krieg. Solange wir Kriege haben, brauchen wir Offiziere, aber man muss ebenso sagen,

solange wir Offiziere haben, brauchen sie Krieg.

Völlig entgegengesetzt ist die Klasse der freien Berufe. Hier ist der Unterschied von Befehlen und Gehorchen auf ein Minimum reduziert. Künstler, Komponisten, Dichter, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Ingenieure, Erfinder, Forscher, Philosophen sind ihre eigenen Befehlshaber, ihre eigenen Herrn und Knechte. Sie sind zwar, wie alle anderen, den Staatsgesetzen unterworfen, aber in ihrer eigentlichen Berufsausübung sind sie frei, soweit es sich nicht auch bei ihnen um ein Amt innerhalb eines Unternehmens oder einer Institution (Schule, Kirche usw.) handelt. Das entscheidende Kriterium für die Zugehörigkeit einer Person zu dieser soziologischen Gruppe ist geistige Produktion, die an sich nicht befohlen werden kann. Die ökonomische Abhängigkeit dieser oft in Armut lebenden Menschen kann korrumpierend wirken, aber auch wenn sie in Ämtern arbeiten, die ihnen ein auskömmliches Leben sichern, unterliegen Künstler, Schriftsteller, Professoren in fascistischen und totalitären Staaten dem Zwang, auf die Freiheit ihres freien Berufes zu verzichten und sich ganz in den Dienst der Propaganda von Theorien des jeweiligen Diktators oder Dienstgebers zu stellen. Wenn dagegen in einer Demokratie die freien Berufe wirklich die volle Freiheit geniessen, nur sich selbst verantwortlich zu sein, und daher auch selbst zu ermessen, was sie im

Interesse der Allgemeinheit tun oder nicht tun sollen, zeigt sich, dass diese Klasse ihrem Wesen nach demokratisch ist. Aus dieser Schicht stammen seit jeher die geistigen Führer, — die guten wie die schlechten. Auch sie sind in ihrem geistigen Reich sozusagen Könige, aber zunächst nur geistige Könige. Oft finden sie ihr „Volk" erst nach ihrem Tode, wenn sie ihren Zeitgenossen zu weit voraus sind. Da die Politik selbst eine Sphäre des Geistes ist, entspringen die wirklichen politischen Führer ebenfalls aus dieser Schicht. Unter wirklichen Führern sind die Schreibtischpolitiker, die Ethiker, Philosophen, die Theoretiker der Politik und Staatsrechtslehre zu verstehen, auch diejenigen Nationalökonomen, die sagen, wie die Wirtschaft sein sollte, nicht nur wie sie ist. Gewiss kann die theoretisch schöpferische Begabung auch mit praktischen Führerqualitäten vereint auftreten, meist sind praktische Politiker geistig wenig originell und nur die Ausführungsorgane eines vergessenen Philosophen. Daher sind schlechte Philosophen und Theoretiker, die zunächst harmlose Narren scheinen, weit gefährlicher als man meist annimmt. Entsprechend sind gute Philosophen und Theoretiker segensreich, wenn sich Praktiker finden, die deren richtige Theorien in guter Form verwirklichen. Die gesamte Weltgeschichte kann als Vordergrundstaffage gesehen und vorgetragen werden, sie wird zur Geistesgeschichte, wenn man in den Hintergrund

einzudringen imstande ist, in jenes Laboratorium der politischen Geschichte, wo die politischen Rezepte verabfolgt werden. Vollkommene Geschichtsschreibung hat beides zu verbinden und besonders die Fäden aufzusuchen, die jeweils vom Hintergrund zum Vordergrund führen.

Wie in der Behandlung der Geschichte, ebenso muss man in der lebendigen Gegenwart das Zusammenspiel von geistigem Hintergrund mit den Fäden und dem Vordergrund zu verstehen suchen. Die materialistische Geschichtsauffassung unterliegt dem Fehler, die Vordergrundakteure zu Marionetten zu machen und den Hintergrund zu naturwissenschaftlichen Gesetzen. Daher übersieht sie die Freiheit der im Vordergrund handelnden Politiker aller Grade sowie die Freiheit der im Hintergrund wirkenden Denker, es sei denn, dass Politiker den Thesen der materialistischen Prophetien so sklavisch folgen, dass sie dadurch materialistische Geschichte erzeugen. Geistesgeschichtliche Schulung führt zu der Erkenntnis, dass die Vertreter der freien Berufe von kaum überschätzbarer Bedeutung sind für das Thema Regierung und Volk. Sie sind das Volk der geheimen Regenten; sie gehören selbst zum Volk, nicht zur Regierung, aber sie regieren die Regierungen durch ihre geistige Produktivität und konstruktive Kritik. Es gibt Fälle, wo ein geistig Produktiver zugleich ein Regierungsamt innehat, wie etwa Goethe, es gibt

andere, wo die Auswirkung nur indirekt erfolgt. Das aktuelle Beispiel dafür bieten die modernen Physiker, die zur Erkenntnis der Atomstruktur beigetragen haben.

Physik steht scheinbar jenseits von Gut und Böse. Die Forschung hat an sich allerdings auch ihre Ethik, sie beruht auf Wahrheitsdrang. In allen Wissenschaften und ebenso in der Philosophie ist die erste Forderung Objektivität und Ausschaltung persönlicher Wünsche. Wissenschaft verlangt Charakter. Unter dem Faschismus und Nazismus verkrüppelte die Wissenschaft, teilweise stand sie ganz still. Der Wissenschaftler muss mit seinen Funden freigebig sein, er darf weder eitel noch gewinnsüchtig sein; im Kreise von Gelehrten gilt nichts als grössere Schande als geistiger Diebstahl. Diese Moralität betrifft sozusagen die Innenpolitik der Wissenschaftler, erst wenn Aussenstehende, vor allem Politiker, ihre Forschungsergebnisse aufgreifen, entstehen Konflikte mit dieser Aussenwelt. Die Erforschung der Atomstruktur hatte nichts mit Ethik zu tun, die Physiker aber gerieten in Gewissensnot, als die Ergebnisse ihrer Arbeit von Militärs für die Zerstörung von Städten benutzt wurden. Im Grunde ist eine solche Umsetzung von konstruktiver Naturforschung in Destruktion so alt wie die Naturwissenschaft; das Neue ist, dass heute alle bedroht sind. Immer wieder stossen wir auf dieses Wort „alle".

Was alle angeht, fällt unter die Kritik der Ethik. Die Physiker fühlen sich zugleich unschuldig und mitschuldig, sie fangen an, sich für die Aufgaben der Weltpolitik ebenso zu interessieren, wie zuvor für Atomphysik, Wellenlehre und Astrophysik. Da sie sich als so grosse Denker erwiesen haben, trauen ihnen viele zu, auch diese Probleme lösen zu können, die statt mit toter Natur mit geistigen Wesen zu tun haben. Sicher soll man ihre Stimme anhören. Haben wir diese Gelehrten und Forscher zum Volk zu rechnen?

Die Wissenschaftler aller Fakultäten sind in ihrer inneren sozialen Struktur republikanisch und demokratisch. Daraus aber folgt nicht, dass die einzelnen Individuen selbst die nötige politische Reife haben, um Republikaner und Demokraten zu sein. In den Universitäten gibt es Rangstufen nach Alter und Tageserfolg; trotzdem kennt in diesen Kreisen jeder den Unterschied zwischen einem begabten und unbegabten Gelehrten ohne Rücksicht auf Alter, Rang und Gehaltsstufe. Aber obwohl jeder das innerlich weiss, werden die Rangstufen betont und die oberen Ränge fühlen sich als lokale Olympier. Diese Abstufung trägt dazu bei, dass Gelehrte oft konservativ, nationalistisch beschränkt, reaktionär sind. Dann gehören sie bestimmt nicht zum Volk und lehnen das auch energisch ab. Gehören sie deshalb zur Regierung? Bestenfalls kann man sagen,

sie stützen jede nationalistische und reaktionäre Regierung, sie fachen den kriegerischen Geist in der Studentenschaft an, sie widersetzen sich dem Sozialismus und der Demokratie; wenigstens war das so an deutschen und österreichischen Universitäten; es muss nicht überall so sein, es beweist nur, dass die wesenhaft zugrundeliegende demokratische Haltung aller echten und „voraussetzungslosen" Wissenschaft die einzelnen Vertreter noch nicht zu starken Charakteren macht. Man kann daher nicht generalisieren. Wenn aber ein grosser Physiker zugleich ein echter Demokrat und im besten Sinn des Wortes echter Pazifist ist, soll man auf ihn — kritisch — hören.

Diese Beobachtungen verhelfen zu einer Klärung des Begriffes „Volk". Bisher haben wir zwei Unterscheidungen gemacht, die von „Regierung und Volk" und die von „Rechts und Links". Beide sind von einander unabhängig variabel: es gibt Rechtsregierung und Linksregierung, es gibt innerhalb des Volkes Rechtsvolk und Linksvolk. Das Offizierskorps fällt seinem Wesen nach unter die Rechtsorientierten, die freien Berufe fallen ihrem Wesen nach unter die Linksorientierten. So wie es Ausnahmen unter den Offizieren gibt, so wie der Geist des Offizierskorps in Amerika demokratisch angehaucht ist und nicht über Nacht preussisch werden kann, so gibt es umgekehrt unter den Vertretern der freien Berufe trotz ihrer wesenhaften Freisinnigkeit, ihrer Wahr-

haftigkeit, Ehrlichkeit und altruistischen Denkweise innerhalb ihres eigenen Feldes Rechtsgerichtete auf dem Gebiet der Politik. Die Formel „Regierung und Volk" führt auf ein falsches Geleise. Volk ist kein Gegensatz zu Regierung, wenn man die Regierung nicht autokratisch und volksfeindlich macht. Regierung kann Volksregierung sein. Das ist ja der Wortsinn von Demo-kratie: Volks-herrschaft. Volk ist die breite Masse der vielen. Wir müssen die irreführende Formel „Volk und Regierung" über Bord werfen. Volk im Sinne derer, die vom Volk die Errichtung einer Weltregierung erwarten, sind einfach die Demokraten aller Länder.

Diese Interpretation verbindet sich mit der Erkenntnis, dass Demokratie die Verwirklichung absoluter Ethik in der Politik bedeutet. Volk sind die Menschen, die keinen Krieg wollen, weil er ihnen nur Elend bringt, die keine Aussensouveränität fordern, sondern Frieden, Gerechtigkeit, Verhandlung, Toleranz. Volk in diesem Sinn sind einfach die Menschen, die guten Willens sind.

Man komme nur nicht mit den Fragen: was ist guter Wille, wer stellt fest, welche Menschen guten Willens sind? Die so fragen, sind Menschen schlechten Willens. Guter Wille heisst, ethisch sein wollen, heisst wollen, was man soll. Man soll das, was allen hilft, was das Leben fördert, was produktiv und was konstruktiv ist, was das Leben aller wertvoll macht.

Man tue nicht, als wüsste man nicht Bescheid. Wir brauchen keine Behörde, um den Menschen guten Willens amtlich abzustempeln, man erkennt ihn an seinen Handlungen, die ihn vom bösen Nachbarn deutlich unterscheiden. Man komme auch nicht mit der Lehre, das Böse sei nötig, damit die Sünder Gelegenheit haben, in sich zu gehen. Wer das ernsthaft lehrt, braucht dazu keine Weltkriege; das private Leben bietet genug Gelegenheit zu Leid und zu Reue.

Aber besteht denn die Menschheit in ihrer Majorität aus Menschen guten Willens? Wo finden wir das Volk, wenn Volk nur die Menschen guten Willens umfasst? Die Fragen sind unvollständig. Wir suchen ja gar nicht sündenfreie Menschen. Wir fragen nach dem Sinn des Wortes Volk im Zusammenhang mit der Weltpolitik, wir suchen uns darüber klar zu werden, was Volk bedeutet, damit wir auf die eigentliche Frage antworten können: was ist Weltvolk?

Die Formel Regierung und Volk ist an der Innenpolitik orientiert, ebenso die von Rechts und Links; dagegen die Unterscheidung von Menschen guten und bösen Willens an der Menschheit, an der Gesamtheit aller Aussenpolitik, sie beruht daher auf ethischer Entscheidung. Volk sind diejenigen, die Autokratie deshalb ablehnen, weil sie Privilegien verabscheuen, und sie verabscheuen Privilegien, weil

sie Gerechtigkeit fordern: Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichheit des Anrechts auf die niederen und höheren und höchsten Güter des Lebens, Gleichheit dieses Anrechts zwischen den *Individuen* sowie zwischen den *Nationen* und *Rassen*. Die Menschen bleiben ungleich genug durch die verschiedene Richtung und die verschiedenen Grade ihrer Begabung, die verschiedene charakterliche Veranlagung, die es dem einen leicht, dem anderen schwer macht, ethisch und sozial zu leben, verschieden im Naturell, in der Gabe von Selbstbeherrschung und von Geduld. Sie sind in allem ungleich, und doch haben sie alle dieselben Menschenrechte und kein Diktator, kein Beamter, keine Minorität und keine Majorität hat das Recht, die Menschenrechte zu verkümmern. Bryce hat mit wenigen Worten gesagt, warum Demokratie auf Majoritätsbeschlüssen aufgebaut ist, „as no other method has been found for determining peaceably and legally what is the will of a community which is not unanimous." (oben S. 73). Über die Menschenrechte abzustimmen, ist nicht nötig, darin sind alle einig für ihre eigene Person, fraglich bleibt nur, ob alle sie für alle fordern oder für eine privilegierte Auswahl. Wäre es möglich, darüber abstimmen zu lassen, bekäme man die Scheidung in diejenigen, die guten Willens sind, und diejenigen, die schlechten Willens sind. Volk sind diejenigen, die den sämtlichen Völkern Aufstieg und Erfolg gönnen, die

ihre eigene Nation, den eigenen Staat mit demselben Masstab messen wie alle anderen. Es ist nicht jedem gegeben, sich dazu aufzuschwingen, es ist nicht leicht, Demokrat zu sein, es ist nicht leicht, es in jeder Situation zu sein. Man muss es lernen.

Diese Interpretation des Begriffes Volk ist hier auf soziologischer Basis gesucht worden; natürlich hängt der Begriff auch mit dem Gebiet der Ökonomie zusammen. Darauf soll später zurückgekommen werden. Soziologisch liegt es nahe, bei dem Wort Weltvolk an die kommunistische Internationale zu denken. Aber der heutige russische Kommunismus ist auf Autokratie mit Terror und Nichtachtung der Menschenrechte gegründet. Es sind die demokratischen und sozialdemokratischen Parteien, die sich vereinen müssten, um eine Weltregierung zu schaffen. Aber auch hier ist vor Irrtümern zu warnen. Die Sozialisten sind immer noch an die Idee des Klassenkampfes gebunden, sie haben noch nicht erkannt oder noch nicht öffentlich anerkannt, dass es sich in der Weltpolitik bestimmt nicht um Klassenkampf handelt, sondern um den Kampf der Menschen guten Willens gegen die bösen Willens. Die Idee des Klassenkampfes ist falsch, weil es nicht wahr ist, dass alle sogenannten Bourgeois Teufel seien — dass alle Proletarier Engel seien, behaupten selbst die Sozialisten nicht —, und weil die Menschheit nicht in nur zwei Klassen von Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern zerfällt. Aber auch die Mitglieder demokratischer Parteien sind nicht durchwegs Engel. Wir können nirgends generalisieren. Wir können aber tautologisch sagen: Volk sind alle, die für das Volk sind, oder Volk sind alle, die sich für das Wohl aller einsetzen.

Dazu gehören manche Unternehmer grossen Stils, gleichgültig ob sie sich ihre Arbeit mit hohen Einnahmen bezahlen lassen, denn die Frage der grossen Vermögen und grossen Profite ist nicht identisch mit der nach grossen Unternehmungen. Grösse des Unternehmens ist kein Grund für Amoral. Trotzdem gehen bekanntlich Kamele schwer durch ein Nadelöhr, und deshalb erwarten wir die Aufrichtung einer demokratischen Weltregierung nicht von ihnen. Sie vom „Volk" zu erwarten, heisst an das Weltvolk, an die Menschheit zu glauben wie an sich selbst. Wir tun nichts, als an die Anständigkeit der Gesinnung zu appellieren.

In den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich im Februar 1947 in Asheville N.C. grosse Gruppen, die eine Weltregierung fordern, unter dem Titel „United World Federalists" vereinigt; sie haben zur Zeit über 20.000 Mitglieder. Diese Vereinigung umfasst Menschen von Rechts und Links, mit ihr sympathisieren Männer des öffentlichen Lebens, sehr bekannte Namen, Männer und Frauen der Regierung oder solche die der Regierung nahe

stehen. Vorläufig ist das Programm noch sehr zurückhaltend und die Tendenz herrscht vor, erst einmal die Vereinten Nationen (U N) zu unterstützen. Die Stosskraft liegt bei der Jugend, bei einer Gruppe von Studenten und Kriegsveteranen. Während in Deutschland seit dem Befreiungskrieg gegen Napoleon die Studentenschaft an reaktionären Ideen und an der Beschränktheit des Nationalismus litt, zuletzt sogar dem Nazismus verfiel, während in Italien die Studenten sich dem Faschismus beugten, besteht in den Vereinigten Staaten eine Gruppe von weltdemokratisch denkenden, sehr aktiven Studenten und Studentinnen. Sie sind unsere Hoffnung, sie werden die Träger und Verwirklicher der demokratischen Weltregierung werden, sie sind das „Volk", das wir suchen. Sie sind dabei, unter das „Volk" zu gehen, um es aufzuklären. Denn das Volk weiss nicht, dass es selbst berufen ist, zu regieren, und weltpolitisch Ordnung zu schaffen. Das Volk in Europa hat es satt, Kriege zu führen, es sieht die Folgen der Politik von Junkern, Generälen, und Nationalsozialisten, gefolgt von Grossindustriellen und Journalisten; es sieht Ruinen, Hungersnot, Seuchen, Kriminalität, Mangel an Rohstoffen und an Transport, es sieht Elend, Erschöpfung, Hoffnungslosigkeit täglich um sich. Die Kreise, die das heraufbeschworen haben, sind nicht das „Volk" gewesen, es waren die Privilegierten. Dort, in Europa, müsste

man das Volk sammeln, ihm Mut einflössen, dass es sich zu Weltdemokratie und zu Weltregierung bekennt und ihre Kernidee eines Weltrepräsentantenhauses aufnimmt. Das Volk ist da, es ist nur noch nicht entdeckt, noch nicht erwacht; es muss sich selbst entdecken.

Volk ist kein Gegensatz zu Regierung, nicht zu guter Regierung, nur zu schlechter. Gute Regierung ist für Frieden, für Gesetz, für Gerechtigkeit gegen alle, sie gehört mit zum Volk, wenn sie demokratische, dem Volk verantwortliche Regierung ist.

Das Resultat dieses Kapitels ergibt daher genau das, was seine Überschrift sagt. Nicht Regierung *gegen* das Volk, nicht Volk *gegen* die Regierung, sondern Regierung *und* Volk zusammen für das Wohl aller.

6. WELTSENAT, WELTREPRÄSENTANTEN-HAUS UND WELTANWALTSCHAFT

Der Vorschlag eines Weltsenats und Weltrepräsentantenhauses ist nicht neu oder vereinzelt; im Gegenteil: die meisten modernen Entwürfe für die Konstruktion einer Weltregierung enthalten ihn.

Eine vorzügliche, knappe Übersicht über die wichtigsten vorliegenden Friedenspläne findet man in dem Buch von Edith Wynner und Georgia Lloyd: Searchlights on Peace Planes (New York 1944). Die dort behandelten 73 Pläne der Zeit von 1306—1914 zu studieren, ist interessant und lehrreich, aber erst die nach 1914 folgenden etwas 60 Pläne sind von mehr oder weniger aktueller Wichtigkeit. Einen neuen Plan, gegründet auf umfassenden Studien aller bekannten Verfassungen und Verfassungs-Entwürfe, auszuarbeiten, ist das Ziel einer Gruppe von Fachleuten in Chicago unter der Führung von Professor Borgese. Ein einzelner hat keine Aussicht, etwas zu Wege zu bringen, das mit dem von Chicago zu erwartenden Resultat konkurrieren könnte. Dementsprechend handelt es sich im Folgenden nur um Prinzipienfragen.

Die meisten der modernen Entwürfe nehmen analog der amerikanischen Verfassung eine Dreiteilung der Weltregierung in einen gesetzgebenden, ausführenden und rechtsprechenden Zweig an. Für den gesetzgebenden Zweig empfehlen einige das Einkammersystem, wenige ein Dreikammersystem, die meisten schlagen zwei Kammern vor.

Wo ein gesetzgebender Zweig der Weltregierung vorgesehen ist, stellt sich die Frage ein, nach welchem Prinzip die Proportionierung der Delegierten vorzunehmen sei. Die meisten Planer begnügten sich mit der Angabe, dass die Zahl der Vertreter proportional zur Bevölkerung sein solle, also z.B. je ein Delegierter für je 500.000 oder für je eine Million oder für je zwei Millionen Einwohner. Das ergäbe selbst in letzterem Fall eine Versammlung, die durch ihre Kopfzahl in ihrer Arbeitsfähigkeit gehemmt wäre. Das Prinzip ist aber noch von einem anderen Gesichtspunkt aus anfechtbar, es beachtet nicht die verschiedene Reife der Völker.

Herbert F. Rudd hat daher einen anderen Vorschlag ausgearbeitet, der unter der Annahme eines Einkammersystems die Kopfzahl der Delegierten von vornherein auf 400 beschränkte und eine „balanced representation" empfiehlt. Die Quote, die auf jeden Staat entfällt, errechnet sich danach aus sechs Faktoren: Bevölkerungszahl, Aussenhandel in Billionen Dollar, Stahlindustrie in Millionen Tonnen,

Elektrische Industrie in Billionen kwh, Sterblichkeitsrate als Masstab der Hygiene und schliesslich Prozentsatz derer, die lesen und schreiben können. Beispiele für die Resultate sind: Vereinigte Staaten 72 Vertreter, Britisches Weltreich 46, Deutschland 38, Russland 35, China 25, Frankreich 15, Italien 13, zehn Staaten des Nahen Ostens zusammen 7. Mit diesem Schlüssel wird ausser den U.S.A. kein Staat zufrieden sein. Er scheint allerdings sehr objektiv die Kriegs-Chancen jedes Staates anzugeben, obwohl hier die Bevölkerungszahl vielleicht mehr ins Gewicht fällt als Rudd annimmt, und weil zu den individuellen Chancen die ihrer Kombinationen durch Militär-Bündnisse hinzukäme, solange solche nicht gesetzlich ausgeschlossen sind. Aber alle Kritik ändert nichts daran, dass die Berechnung der Delegiertenzahl nach der Bevölkerungszahl allein abzulehnen ist, denn das würde dazu führen, dass die Analphabethenvölker, die keine Industrie haben, die Geschicke der Menschheit bestimmen sollten. Zwar würden sie vermutlich vorläufig immer für Frieden stimmen, weil und solange sie keine moderne Waffenindustrie haben, aber sie könnten aus demselben Grund auch nicht den Frieden durchsetzen, solange es Armeen gibt, sie könnten auch kaum eine Weltpolizei bilden helfen, sobald es eine Weltregierung gäbe.

Weil die politische, industrielle, kulturelle Reife in verschiedenen Teilen der Erde so verschieden ist,

schlagen manche Friedensplaner regionale Föderationen vor. Um sich über sie zu orientieren, genügt es, den bekannten Plan von Richard Coudenhove-Kalerghi als Beispiel herauszuheben. Sein Pan-Europa soll alle europäischen Staaten von Portugal bis Polen und eventuell auch die Türkei und Ägypten umfassen. Das Repräsentantenhaus soll proportional zur Bevölkerung errechnet werden. Hier fällt zwar der von Rudd erhobene Einwand nicht sehr schwer ins Gewicht, obwohl die Prozentsätze der Industrialisierung und derer, die lesen und schreiben können, sich in diesen Staaten genug unterscheiden. Weit wichtiger ist der gegen Pan-Europa erhobene Einwand, dass seine Schaffung — wie immer man die Quoten der Repräsentation errechnet — Kriege nur innerhalb Europas ausschalten, dafür aber Kriege dieses geeinigten Europas gegen Russland oder andere Staaten heraufbeschwören würde. Jeder derartige Block erzeugt wie schon früher gesagt automatisch einen Gegenblock, oder sogar mehrere Gegenblocks.

Zu diesem Einwand kommt ein zweiter, der auch gegen den Plan von Rudd und die meisten der bisher vorliegenden Pläne spricht. Das Weltrepräsentantenhaus nach Rudds Vorschlag oder das kleinere Europa-Repräsentantenhaus von Coudenhove-Kalerghi müsste ein Spiegel der jeweiligen politischen Parteien der Länder werden. Wenn Pan-Europa 1933 existiert hätte, dann wären etwa 80 deutsche

Nationalsozialisten und 41 italienische Fascisten usw. darin gewesen, wenn man für je eine Million Einwohner einen Repräsentanten gewählt, bezw. kommandiert hätte, und falls man annimmt, dass Pan-Europa den Nazismus etc. nicht hätte verhindern können. Rudd und die meisten anderen haben das Hauptkriterium vergessen. Wenn unser Ziel Demokratie und Frieden ist, kann es nicht durch eine Weltregierung von Nazis, Fascisten oder anderen Totalitaristen und Militaristen erwartet werden. Das entscheidende Kriterium für die Wählbarkeit der Repräsentanten muss ihre demokratische, friedliebende Überzeugung sein.

Die Klarheit über wenigstens diese Forderung zeichnet den Plan von Clarence K. Streit aus, der, wie schon früher gesagt, 1939 zwar eine regionale Federation von Staaten befürwortete, aber eine von demokratischen Staaten. Er erkannte 15 Staaten als demokratisch an. In seinem späteren Buch, „Union Now with Britain", 1941, reduzierte er für den ersten Schritt seine Liste auf die Vereinigten Staaten und das Britische Weltreich. Beide Bücher sind voll ausgezeichneter Gedanken, sie haben das Verdienst, viele Menschen auf das Problem gelenkt zu haben; aber für beide Pläne ist abermals der Einwand zu erheben, der gegen alle derartigen geographisch eingeengten Pläne gilt, sie müssten zu Blocks und Gegenblocks führen, in diesem Fall zu demokra-

tischen Blocks und antidemokratischen, die einander mit Furcht und Misstrauen ansehen müssten. Sie würden in grösserem Umfang und in neuer Kombination wiederholen, was wir schon seit Jahrtausenden zur Genüge erfahren haben. Streit rechnet mit je einem Repräsentanten für eine Million Einwohner und öffnet daher ebenfalls das Tor für Vertreter totalitärer Systeme. Wahrscheinlich hielt er das für ungefährlich, weil seine Einschränkung auf demokratische Staaten nur wenige Fascisten, Kommunisten und andere Antidemokraten erwarten lässt.

In Streits Konstruktion ist also die Idee, dass er sich an Demokratie als leitenden Gesichtspunkt hält, richtig, dagegen ist es falsch, dass er bei demokratischen *Staaten* stehen bleibt, statt das System sofort auf demokratischen *Individuen* zu basieren.

In jedem demokratischen Staat leben ausser Demokraten auch Antidemokraten, in jedem autokratisch regierten Staat leben ausser Antidemokraten auch Demokraten — wenn auch zum Teil in Gefängnissen. Das demokratische Norwegen hatte seinen Quisling, das autokratisch regierte Spanien hat wahrscheinlich eine demokratische Majorität. In San Domingo sollen heute 90 % der Einwohner Demokraten sein, sie sind aber einem Diktator ausgeliefert, der tausende ermorden lässt, was die Weltpresse verschweigt. Weltdemokratie im früher definierten Sinn lässt sich nicht mit Grenzlinien auf dem Globus eintragen,

weil das demokratische „Weltvolk" nicht von seinen Antagonisten, den Autokraten und ihren Dienern, separiert lebt. Die Grenzen zwischen Demokraten und Antidemokraten sind ideologische, nicht geographische; sie scheiden Individuen, nicht Staaten. Man müsste schon eine andere Methode der Kartographie anwenden, nämlich zwei Farben, die in ihrer Mischung den Dichtigkeitsgrad beider Kategorien angäben. Das scheitert daran, dass wir gar keine Statistik über die Verbreitung echter demokratischer Gesinnung besitzen.

Die gleichzeitige Existenz dieser zwei Teilungen der Menschheit, einerseits in politische Einheiten, andererseits in politische Ideologien, ist der Grund für die Forderung einer doppelten Vertretung, nämlich eine im Weltsenat, entsprechend den jeweils historisch gegebenen, sei es demokratischen, sei es antidemokratischen *Staaten* und eine zweite im Weltrepräsentantenhaus entsprechend der Zahl der demokratischen *Individuen*.

Damit sind die Rollen zwischen den Staatsregierungen einerseits und dem Weltvolk andererseits verteilt. Der Weltsenat ist der Schauplatz, auf dem die Vertreter der Staaten die speziellen Interessen ihres Staates oder seiner jeweils herrschenden Klasse zur Geltung bringen dürfen und sollen; das Weltrepräsentantenhaus der Ort, wo die gemeinsamen Interessen der Menschheit zu Worte kommen müssen.

Für die Umwandlung der Vereinten Nationen in einen Weltsenat sind die Gegensätze zwischen den zwei Hauptgattungen der Regierungsform kein ernsthaftes Hindernis, da sie ja trotz dieser Gegensätze praktisch arbeiten. Das Unzulängliche dieser neuen Institution liegt darin, dass eine Sprengung der Verhandlungen möglich ist. Sie müsste nicht gerade an antidemokratischen Staaten liegen, sie könnte auch die Schuld demokratischer Staaten sein, in denen sich imperialistische oder allgemein expansive Tendenzen bestimmter Gruppen durchsetzen würden. Eine solche Sprengung ist möglich, solange kein Ring die Staaten zusammenzwingt. Dieser Ring kann nur das Weltrepräsentantenhaus sein. Daher ist es ein Fehler, die Verwandlung der Vereinten Nationen, d. h. der gegenwärtigen UN, in ein Weltparlament vorzuschlagen; das wäre eine halbe Massnahme, das Stehenbleiben bei der jetzigen Weltanarchie.

Das Weltrepräsentantenhaus würde dieselben aktuellen Fragen zu beraten haben wie der Weltsenat, würde aber in allen internationalen Fragen eine unparteiische Haltung haben können, wenn es konsequenterweise aus Weltdemokraten bestünde.

Die Einschränkung des passiven Wahlrechts für Kandidaten der zweiten Kammer wird von manchen als undemokratisch verschrien; sie stützen ihren Widerspruch auf die allen zugesicherte Redefreiheit

und begehen den Denkfehler, dass Redefreiheit die Freiheit einschliesse, gegen die Redefreiheit zu reden und zu handeln. Wenn der Satz der Redefreiheit sich nicht selbst aufheben soll, muss er durch einen Zusatz ergänzt werden, der immer weggelassen wird, weil er sich logisch von selbst versteht, nämlich: das Recht der freien Rede bezieht sich auf jedes Thema, ausgenommen das der Leugnung eben dieses Rechtes. Ultrademokraten sagen tatsächlich: jeder hat das Recht, die Redefreiheit zu missbrauchen. Diese selbstmörderische Toleranz hat den Nazis erlaubt und dazu verholfen, ihre totalitären Doktrinen zu verbreiten und die Massen durch falsche Versprechungen, durch Aufpeitschung zu Hass gegen Minoritäten zu gewinnen, bis sie die demokratische Regierung von Weimar stürzen konnten. Sie monopolisierten daraufhin die Redefreiheit für ihre Partei, sperrten diejenigen ein, die aus Mangel an Logik Redefreiheit gegen die freie Rede gestattet hatten, und töteten viele von ihnen. Mangel an Logik erweist sich mitunter als eine tötliche Krankheit. Das haben die demokratischen und sozialdemokratischen Minister von Weimar zu spät begriffen. Warum aber macht man Leute, die nicht logisch denken können, zu Ministern?

Die Gegner dieser Einsicht, dass Redefreiheit sich selbst begrenzt, berufen sich auf England. Als ein englischer Faschist im Eastend von London eine

faschistische Rede hielt, wurde er — sagt man — von den versammelten Arbeitern ausgelacht. Engländer sind in grosser Majorität politisch reif, deshalb kann man jeden reden lassen, was er will. In deutschen nationalsozialistischen Versammlungen wurde jeder der zu lachen oder zu widersprechen wagte, von einer vor dem Rednerpult sitzenden Gruppe starker Raufbolde verprügelt. Wenn es gut ging, lag er danach sechs Wochen im Krankenhaus und lachte nie wieder.

Was hier für die Redefreiheit gesagt wurde, gilt in richtig übertragener Form für alle Menschenrechte. Weltrepräsentanten können nur Personen sein, von denen feststeht, dass sie die Menschenrechte anerkennen; sie müssten darauf vereidigt sein, was allerdings keine Garantie bietet. Der Schutz vor einer Weltautokratie liegt in der Errichtung eines demokratischen Weltrepräsentantenhauses, das keinen Politiker enthält, der ein potentieller Weltverbrecher ist. Der Begriff des internationalen Verbrechens muss juristisch restlos klar gemacht werden. Nach dem Bericht von Justice Robert H. Jackson über das Gericht in Nürnberg (New York Times, October 16., 1946) gelten in Zukunft als solche Verbrechen: einen Angriffskrieg vorzubereiten, zu ihm aufzufordern und ihn auszuführen, ferner die Verfolgung, Bedrückung oder Vergewaltigung von Individuen der Minoritäten, ... die Vernichtung

oder Deportation von Zivilbevölkerung. Für solche Verbrechen gelten Individuen einzeln als verantwortlich. Diese Bestimmungen wurden von den vier zu Gericht sitzenden Regierungen anerkannt und ausserdem von 19 anderen Regierungen. Der Begriff des internationalen Verbrechens müsste so vollständig als möglich definiert werden. Sicher gehört der Geiselmord in diese Kategorie. Vor allem die Prinzipien, nach denen auch er in diese Kategorie gehört, sind zu definieren. Das Beispiel vom Geiselmord zeigt, mit wie primitiver Denkweise man dabei zu rechnen hat: wenn wir den Schuldigen nicht finden, lasst uns die Unschuldigen bestrafen. Psychologisch ist diese Denkweise damit zu erklären, dass unbefriedigte Rachsucht sich mit Furcht vor weiteren feindlichen Akten und vor Verlust des Prestiges verbindet. Die psychologische Erklärung mag äusserst interessant sein in allen Schattierungen internationaler Verbrechen, das darf nicht davon ablenken, dass wir die Aufgabe haben, die Taten selbst unmöglich zu machen. Die Androhung von Strafen ist ein Weg dazu, solange man nichts Besseres gefunden hat. Dieses Bessere wäre ein Weltrepräsentantenhaus, das rechtzeitig eingreift, noch bevor Geiselmorde und alle die anderen internationalen Verbrechen ausgeübt werden können. Die angedeuteten psychologischen Studien mögen dabei behilflich sein, die Wurzel decken sie nicht auf, sondern sie untersuchen

schon die Reaktion auf eine gegebene Situation. Sie ist oft in dem Satz formuliert worden: man kann nicht moralisch sein in einer amoralischen Gesellschaft. Dieser Satz ist ungenau, denn da die Gesellschaft seit tausenden von Jahren amoralisch ist, besonders in der internationalen Politik, würde es noch nie moralische Menschen gegeben haben können. Der Satz meint offenbar nur, dass wir es durch Herstellung der öffentlichen Moral vielen Menschen wesentlich erleichtern würden, selbst tadellos zu leben. Wir berühren damit abermals die Erkenntnis, dass ethisches Handeln eingespannt ist zwischen Individuum und Gesellschaft. Wer durch Strafandrohung Individuen zu erziehen sucht, mag das versuchen, er hindere aber die anderen nicht, welche vom anderen Ende her beginnen und die Gesellschaft besser konstruieren wollen.

In unserem Falle handelt es sich darum, von beiden Enden zugleich zu beginnen, da wir eine zweite Weltkammer fordern, — das ist der gesellschaftliche Faktor — und ihre Zusammensetzung aus ehrlichen Demokraten — das ist der individuelle Faktor.

Eine Kammer von lauter Demokraten oder noch besser von lauter Weltdemokraten bedeutet nicht eine Einheitspartei; denn jeder dieser Repräsentanten wird seine eigene Meinung haben und niemanden über sich, der ihm Vorschriften macht, allerdings millionen Menschen hinter sich, die ihm täglich

sagen werden, halte Frieden, verhindere das internationale Verbrechen des Krieges, nicht nur des Angriffkrieges, jedes Krieges; mach Angriffskriege unmöglich ohne das veraltete Rezept von Kriegsrüstung, von Volksheeren usw.; wir beauftragen dich, ein neues Rezept zu finden. Man sieht, es genügt nicht zu verlangen, dass die zu wählenden Weltrepräsentanten Weltdemokraten sind, sie müssen auch Ideen haben. Sie werden verschiedene Ideen bringen und keine Einheitspartei darstellen. Diejenigen aber, die so ängstlich sind, die Faschisten jeder nationalen Schattierung könnten dadurch sich übergangen und in ihrem Recht, ihre Ideen vorzutragen und zu verwirklichen, gekränkt sehen, mögen sich damit trösten, dass im Weltsenat keinerlei Einschränkung existieren wird, er wird genau so zusammengesetzt sein wie die heutigen Vereinten Nationen es sind. Wenn in naher oder ferner Zukunft die heute von der Mitgliedschaft noch ausgeschlossenen Regierungen zugelassen sein werden, wird die Organisation der Vereinten Nationen in jedem ihrer Stadien selbst dafür zu sorgen haben, wen sie aufnimmt, ob sie dann faschistische Regierungen als Kollegen anerkennt, wie das im alten Völkerbund gegen allen gesunden Menschenverstand Brauch war, so dass Mussolini mit Haile Selassi gleichberechtigt war. Jedenfalls wird der Weltsenat noch auf Generationen hinaus autokratisch regierte Staaten

umfassen, wie die heutige Versammlung der Vereinten Nationen, so dass die Demokraten noch lange nicht die einzige Partei der Welt bilden werden. Wir dürfen Autokratie nicht mit Faschismus identifizieren, Autokratie ist der Oberbegriff, und Faschismus, Nazismus, Bolschewismus usw.sind Abarten. Wer für diese Abarten Gehör fordert,mag die Bewilligung in der Form finden, dass diese oppositionellen Ideen geäussert werden können, — in Schrift, Rede und Versammlung — dagegen nicht mit Stimmrecht im Weltrepräsentantenhaus. Es liegt in der Logik des Friedengedankens, dass man diesen Menschen, die gegen Frieden, gegen Ethik, gegen Gleichberechtigung der Rassen, Nationen, Klassen und Parteien, gegen Menschenrechte sind,das *passive* Wahlrecht verweigert.

Mit dieser klareren Erkenntnis der Zusammensetzung der zweiten Kammer können wir zur Frage der Quoten zurückkehren. Man wird auf lange Sicht hinaus mit der Tatsache der Zerlegung der Menschheit in mehr als 70 Staaten rechnen müssen, man wird für die Praxis der Wahlen an die bestehenden Wahlmaschinen in hohem Mass gebunden bleiben, es ist ein Widerspruch in sich selbst, eine Vertretung der Menschheit von vornherein mit der jeweiligen Spaltung in nationale Staaten zu belasten. Fügt man sich in das heute und morgen noch Unumgängliche, so ändert sich doch

das ganze Quotenproblem durch die soeben aufgestellten Forderungen, denn wenn wir für das Weltrepräsentantenhaus Weltdemokraten verlangen, müssen wir sie dort nehmen, wo wir sie finden. Falls es einen Staat gäbe, in welchem es keinen einzigen Weltdemokraten gibt, wäre er zwar im Weltsenat vertreten, aber nicht im Weltrepräsentantenhaus. Falls es einen Staat gäbe mit nur einem Weltdemokraten, sollte dieser Eine das Recht haben, sich selbst zur Verfügung zu stellen. Diese Sätze sind hier so extrem gefasst, um das Problem ganz klar zu machen. Es gibt keine solchen Staaten. Überall, auch in den Kolonialvölkern, gibt es sehr fortschrittliche Politiker, die durchaus nicht in ihrem Volk vereinzelt stehen. Es gibt allerdings autokratische Regierungen, von denen man annimmt, dass sie ihren Bürgern nicht erlauben werden, Weltrepräsentanten zu werden oder für eine solche Kammer Kandidaten aufzustellen und zu wählen. Niemand hat die prophetische Gabe, vorauszusagen, wie die Länder, die heute autokratisch regiert werden, aussehen werden, wenn wir wirklich so weit sind, eine Weltregierung zu schaffen. Manche heutige Autokratie mag dann durch Demokratie ersetzt sein. Keinesfalls können wir darauf warten, bis alle Regierungen demokratisch sind. Die Frage vor allem, die bei dieser Überlegung in jedermanns Geist aufspringt: wie wird sich Russland verhalten, sollte

niemand schrecken. Das heutige Russland ist unbestreitbar eine Autokratie mit Geheimpolizei und ohne Menschenrechte im Sinne und Umfang der amerikanischen Konstitution, und doch nennen die Russen ihre Regierung demokratisch. Oder ist es nur die russische Regierung, die sich so nennt? Sie haben viele demokratische Gesetze in ihrer Konstitution, ohne sie in der Praxis einzuhalten, sie haben andererseits viele demokratische Rechte in der Praxis anerkannt, die in den Vereinigten Staaten von Amerika nur auf dem Papier stehen, so die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Rassen. Die Russen sind in manchen Dingen demokratisch, sie sind mitten in der Entwicklung — vielleicht zu voller Demokratie. Man soll sie einladen, bei der Aufstellung eines Weltrepräsentantenhauses mitzugehen.

Die Einladung an Russland, Weltrepräsentanten für das Weltrepräsentantenhaus wählen zu lassen, muss allerdings deutlich formuliert werden, damit eine Verdrehung des Sinnes von Demokratie ausgeschlossen ist. Deshalb war eine ausführliche Bestimmung des Begriffs Demokratie das Thema eines der früheren Kapitel. Wenn man der heutigen autokratischen Regierung in Russland den Vorschlag machen würde, sie sollte für je eine Million Russen je einen Repräsentanten abordnen, würde sie mit Schmunzeln darauf eingehen und 200 Kommunisten dazu kommandieren, dazu noch entsprechend viele

Kommunisten aus den Satellitenstaaten. Nur vom Volk frei gewählte Vertreter des russischen Volkes könnten als Weltrepräsentanten Weltanerkennung finden. Die anderen würden in das Repräsentantenhaus den selben Zank hineintragen, wie er in den Verhandlungen der Vereinten Nationen den Fortschritt zu Weltfrieden und Freiheit der Individuen hemmt. Man braucht diese Streitfrage, welche die Kluft zwischen den „two worlds" von heute bildet, nicht weiter zu besprechen, davon würde sie nicht verringert; aber man kann sie auch nicht mit Schweigen übergehen. Offenbar gibt es vorläufig keine Hoffnung, dass in streng antidemokratischen Staaten Wahlen für ein Weltparlament erlaubt würden. Das kann aber kein Grund sein zu warten, bis etwa alle Völker bei sich Demokratie durchgesetzt hätten. Wenn man dort beginnt, wo es heute möglich ist, wird die Idee durch alle eisernen Vorhänge durchsickern. Das ausgezeichnete russische Volk wird eines Tages mündig werden und einsehen, was Weltdemokratie und demokratische Weltregierung auch für die Russen an Sicherheit und steigender Kultur zu bieten hat. Aber wenn wir selbst warten und nicht handeln, wie sollen die anderen dann zu einem Urteil gelangen. Wenn jeder wartet, dass der andere beginnt, bleiben alle stehen.

Mehr lässt sich vorläufig über die Zusammensetzung des Weltrepräsentantenhauses kaum sagen.

Man kann keine Quoten aufstellen, wenn man noch gar nicht weiss, wie gross die Bevölkerung, nämlich die weltdemokratische Bevölkerung, ist, beziehungsweise sein wird.

Die Themata, über die das Weltrepräsentantenhaus zu verhandeln und Beschlüsse zu fassen hätte, wären dieselben, über die wir heute die Vereinten Nationen debattieren hören. Die Beurteilung vieler Fragen würde allerdings vom Standpunkt der Weltdemokratie anders sein. Zu diesen Themen käme hinzu, dass diese zweite Kammer der Ort sein müsste, um Klagen entgegen zu nehmen. Dieser Prozess führt vor unseren Augen in den Vereinten Nationen zu einer entwickelteren Form, als es im Völkerbund in Genf der Fall war. Die Vereinten Nationen sind allerdings kein neutrales Gericht. Die vielen zusammensitzenden Richter sind unter Umständen selbst die Angeklagten oder könnten es eines Tages werden. Insbesondere für die Frage eines dritten Weltkrieges können diejenigen, die ihn voraussichtlich führen würden, nicht selbst als Richter zuständig sein. Die bisherige Erfahrung lehrt, dass Kriege als Aggression einer Regierung gegen eine andere beginnen und dass sie vorbereitet werden als Aggression einer Regierung gegen eine Partei, Minorität oder gegen Individuen im eigenen Lande. Das Mittel, Kriege zu verhindern, ohne selbst Krieg zu führen, kann nur sein, dass man diese innere Aggres-

sion erstickt. Dazu ist es nötig, dass jede Minorität und jedes Individuum das Recht erhält, gegen die eigene Regierung Klage zu führen bei der Weltregierung. Dass das bisher unmöglich ist, muss als einer der Gründe für den zweiten Weltkrieg betrachtet werden. Man hat anerkannt, dass die Aussensouveränität der Grund aller Kriege ist, aber mitunter hängt die Kriegsvorbereitung an der Innensouveränität. Regierungen, die sich keine Verletzung der Menschenrechte zu schulden kommen lassen, haben keine Anklage zu fürchten. Unberechtigte Anklagen würden abgewiesen werden, auch Anklagen, die gar nicht vor das Forum der Menschheit gehören. Berechtigte Anklagen dagegen, die sich auf Vergehen der Regierungen beziehen, die deutlich mit Kriegsvorbereitung, mit Erzeugung von gewalttätigen Massenerregungen oder Verletzung der Menschenrechte zu tun haben, müssen klagbar sein. Dass sich die Regierungen gegen diesen weiteren Angriff auf die alte Souveränitätsidee wehren werden, ist vorauszusehen und begreiflich, weil die Abgrenzung der Klagbarkeit und Nichtklagbarkeit ihrer Handlungen kein leichtes juristisches Problem sein wird. Will man aber Frieden, dann muss man sich zu dem bequemen, was Frieden sichert. Man muss die Gesetze, auf Grund derer auch Individuen Klage führen können, ausarbeiten und sie den Regierungen vorlegen; sie werden nicht von den Regierungen ausgehen, sondern von jenen

Kreisen, die ein Weltrepräsentantenhaus befürworten. Wenn es gelingt, die Regierungen zu überzeugen, dass sich diese Gesetze nur gegen Regierungen nach dem Muster oder in der Art der Naziregierung richten könnten, werden sie vermutlich zustimmen, dass es richtiger gewesen wäre, das Nürnberger Gericht statt 1946 schon 1933 zu halten, dass vor allem jene von Justice Jackson aufgestellten Prinzipien von sämtlichen Staaten anerkannt sein müssen und dass ihre Existenz allein wenig hilft, wenn das Gesetz nicht ergänzt wird durch das Recht der Klageführung.

Dieses Recht schlösse eine Revision des ebenfalls fossilen Begriffs der Nichteinmischung in sich ein. Staaten oder Staatsregierungen sollen sich nicht militärisch in die Angelegenheiten der anderen Staaten einmischen, aber der Begriff „Einmischung in fremde Angelegenheiten" fällt fort, wenn man kosmopolitisch denkt, weil dann keine Angelegenheit eine fremde ist. Für die Menschheit sind die Staatsgrenzen ein historisch bedingtes Mittel, Verwaltungsfragen zu lokalisieren. Die städtischen Angelegenheiten von New York gehen San Francisco nichts an und umgekehrt, ebenso verhält es sich mit New York und Berlin. Aber es gab Vorgänge in Berlin, die später manchen New Yorkern das Leben gekostet haben, nachdem sich die Vereinigten Staaten von Amerika entschlossen und entschliessen mussten, sich in die deutschen Affairen

einzumischen. Diese Einmischung war nach alter Gewohnheit die durch Krieg. Sollte es nicht weiser und daher auch möglich sein, sich ohne Krieg auf Grund von Gesetz „einzumischen"? Nach Aufstellung und allseitiger Anerkennung des Weltgesetzes ist eine solche „Einmischung" keine Einmischung mehr.

Die Ausarbeitung dieser Gesetze ist eine rein juristische Aufgabe. Ebenso ihre Anwendung. Daher bedarf das Weltrepräsentantenhaus eines Welt-Anwalts, beziehungsweite einer *Weltanwaltschaft*, die aus einem Gremium bestehen muss, das internationale Neutralität sichert. Die Idee ist ausgesprochen worden in einem mimeographierten Zirkular von Mr. Fyke Farmer in Nashville, Tennessee und Miss Edith Wynner, New York N.Y. Sie verweisen auf den „Parliamentary Attorney General of Justice in Sweden" und bestimmen seine Funktion folgendermassen:

„Dieser Beamte mag vom Weltkongress gewählt werden, aber er soll sonst von allen Regierungskörperschaften unabhängig sein. Er soll ausschliesslich als Verteidiger des Volkes gegen Verletzungen seiner von der Weltkonstitution garantierten Rechte und Freiheiten gegen die Weltregierung, die Staatsregierungen und lokalen Behörden oder ihre Beamten funktionieren. Seine Pflichten sind: die Rechte und Immunitäten des Individuums zu schützen, Prozesse für die Behebung von Beschwerden beim Weltgerichtshof, entweder auf Grund eigener Initiative oder auf Grund

der Anklage des Individuums anzuordnen; zu entscheiden, ob die Weltgesetze in der Praxis angemessen und gerecht wirken. Er soll jährlich dem Weltkongress über seine Untersuchungen und Gerichtsverfolgungen berichten und zugleich seine Empfehlungen für die Verbesserung der Rechtsverwaltung und der Erhaltung der Ordnung im Gesamtbereich der Welt einreichen."

Der Ausdruck: „elected by the world legislature" ist wohl dahin zu verstehen, dass diese Weltanwaltschaft von beiden Häusern gemeinsam zu ernennen sei.

Die Forderung der Verklagbarkeit jeder Regierung durch ihre eigenen Bürger klingt heute utopisch sogar für Demokratien, geschweige denn für Autokratien wie Russland oder San Domingo. Und doch ist diese Utopie der einzige Weg zu dauerndem Frieden; daher wird diese Utopie von heute die Wirklichkeit von morgen sein müssen, sonst erleben wir die andere Utopie dass es morgen Bomben von allen Seiten regnet und unsere souveränen Regierungen sich in eine souveräne Friedhofsverwaltung verwandeln, in der sie nichts mehr zu tun haben werden, als ihre nutzlos gewordene Souveränität — zu spät — zu begraben. Früher hatte man vor den Regierungen deshalb so grossen Respekt, weil sie souverän waren im Sinne völliger Unverantwortlichkeit. In konstitutionellen Monarchien und in Republiken ist aber der Respekt vor den Regierungen nur

gestiegen und moderne Menschen haben für unverantwortliche Diktaturen (wie die der Nazis, Faschisten und japanischen Militaristen) nur Verachtung. Die Würde der Regierung steigt, je weniger man sich vor ihr zu fürchten hat. Ein römischer Kaiser hat das negativ ausgedrückt mit dem Satz: „oderint, dum metuant", mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten. Wollen Regierungen gehasst sein? Verantwortlichkeit einer Regierung heisst Bereitschaft, zu antworten, und zwar dem eigenen Volk und zugleich der Menschheit, soweit die Handlungen der Regierung die Menschheit berühren.

Demokratie einzuführen, ist zunächst Sache der Bürger, die in ihrem Staat Demokratie wünschen. Ein Weltrepräsentantenhaus würde aber bei der Ausbreitung von Demokratie behilflich sein, denn das Hauptkennzeichen eines Weltrepräsentanten wird ausser seiner weltdemokratischen Gesinnung seine kosmopolitische Verantwortung sein. Obwohl er von Bürgern seines eigenen Staates gewählt sein wird, ist sein Auftrag kosmopolitisch gemeint. Weltrepräsentanten, die *in* den Vereinigten Staaten, in Canada, Mexiko, Dänemark, der Tschechoslovakei usw. gewählt sein werden, werden nicht *für* diese Länder gewählt werden, sondern jeder für die Menschheit, also einschliesslich z.B. der Russen weil die Institution, für die sie sprechen sollen, die politische Organisierung der *Menschheit* zum Zweck hat.

Heute ist niemand befugt, für die Menschheit zu sprechen, nicht der Präsident von den Vereinigten Staaten von Amerika — obwohl viele Reden von Franklin D. Roosevelt so eingestellt waren — nicht der Generalissimus der U.S.S.R. Russland, dagegen wird jeder Weltrepräsentant in seiner amtlichen Funktion stets im Namen der Menschheit sprechen, also jeder amerikanische zugleich im Namen des mexikanischen usw. und umgekehrt, also auch in Namen aller derer, die weltdemokratisch denken, die gegen Krieg sind und für Verständigung, Gesetz und Verantwortlichkeit aller Regierungen, gleichgültig, ob in diesen Ländern die Wahl von Weltrepräsentanten von der Regierung gestattet wird oder nicht.

Hiermit ist über das Weltrepräsentantenhaus das Wesentliche und Prinzipielle gesagt, bis auf den Weg, wie es zustande kommen soll. Diese Frage wird besser verschoben, bis wir auch das Wesen der anderen Zweige der Weltregierung übersehen.

7. WELTEXEKUTIVE, WELTPOLIZEI UND WELTGERICHTSHOF

Der Oberste Gerichtshof hätte in allen internationalen Streitigkeiten endgültige Urteile zu fällen. Dazu gehören sowohl Streitigkeiten zwischen Regierungen als auch solche zwischen Bürgern und deren Regierungen.

Die Regierungen müssten übereinkommen, dass sie ein solches Schlichtungsverfahren als obligatorisch und das Urteil als endgültig anerkennen, wenn es auf Grund der vom Weltsenat und dem Weltrepräsentantenhaus beschlossenen Weltgesetze gefällt ist. Es läge an den Regierungen selbst, die Zusammensetzung des Weltgerichtshofs so zu bestimmen, bezw. mit dem Weltrepräsentantenhaus gemeinsam zu bestimmen, dass seine Objektivität gesichert ist. Die Mitglieder dieses Gerichtshofs müssten eine gesetzlich begrenzte Amtsdauer haben.

Der Oberste Gerichtshof hätte zweitens sich mit den Klagen der Bürger gegen ihre eigenen Regierungen zu befassen, wenn diese von der Weltanwaltschaft vorgelegt würden. Die Weltanwaltschaft hätte die juristische Vertretung der Kläger

und die juristische Verteidigung der Angeklagten zu übernehmen, sie müsste daher einen entsprechendgrossen, international aufgebauten Stab zur Verfügung haben, der die Gesetze und Sprachen der in Betracht kommenden Kläger und Angeklagten kennt.

Alle Einzelheiten dieser Institution sind so ausgesprochen juristischen Charakters, dass es zwecklos ist, als Nichtjurist sich darüber zu äussern.

Die Weltexekutive wird gewöhnlich als Weltpräsidentschaft bezeichnet. Wahrscheinlich wäre es besser, den Titel *Weltadministration* zu wählen (nach Mrs. Pearl Buck), um auszudrücken, dass sie nicht zu befehlen, sondern im Rahmen der Weltgesetze den Willen der Menschheitsmajorität auszuführen hat. Die Wahl dieses Titels allein kann allerdings nicht diktatorische Übergriffe verhüten oder die Angst vor ihnen beseitigen. Man muss eine Konstitution schaffen, die solche Übergriffe ausschliesst. Der erste Schritt dazu wäre, statt eines einzelnen Weltpräsidenten eine Gruppe von Beamten mit der Weltadministration zu betrauen. In der Schweiz wird bekanntlich die Exekutive von einem Kollegium von sieben Personen verwaltet, die von beiden Häusern gemeinsam für drei Jahre gewählt werden. Jeder von ihnen muss einem anderen Kanton angehören. Man könnte ähnlich bei der Aufstellung der Weltpräsidentschaft vorgehen, würde wahr-

scheinlich eine längere Amtsdauer vorschlagen, um die vorauszusehenden Rivalitäten nicht alle drei Jahre heraufzubeschwören. Um die Kontinuität der Amtsführung zu sichern, könnte ein Teil im Amt bleiben, ähnlich der Regelung, die für die Amtsdauer der Senatoren des Senats in Washington D.C. gilt.

Nach seiner gesetzlich bestimmten Amtszeit dürfte keiner der Weltadministratoren wiedergewählt werden. Die Menschheit ist gross genug, um stets fähige Köpfe zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Einzelbestimmungen sind denen zu überlassen, die eine Weltkonstitution ausarbeiten.

Die Weltadministration würde einen grossen Kreis von Aufgaben vorfinden. Sie hätte Gesetzentwürfe auf allen Gebieten internationaler Politik vorzubereiten, z.B. auf dem der Rohstoffverteilung, des Handels, des Weltverkehrs, der Arbeit und Industrie, der internationalen Finanzen, der Welthygiene, der Welterziehung, soweit sie sich auf Austausch von Lehrern und Studierenden handelt und um wissenschaftliche Co-operation, des Weltnachrichtendienstes und der objektiven Information, usw. Alle diese Aufgaben haben mehr oder weniger mit dem Problem des dauernden Friedens zu tun; die zentrale Aufgabe wird sein, Frieden durch Schlichtung von Streitigkeiten zu erhalten und Kriege durch völlige Abrüstung und Verhütung der Wiederaufrüstung unmöglich zu machen.

Für die Schlichtung der Streitigkeiten hat die Weltpräsidentschaft die vom Weltrepräsentantenhaus oder der Weltanwaltschaft oder von den Regierungen direkt einlaufenden Klagen über Verletzung der Weltgesetze zur Kenntnis zu nehmen, zu prüfen und an den Obersten Gerichtshof weiter zu leiten, sie hat die Urteile des Gerichtes den streitenden Parteien bekannt zu geben und darüber zu wachen, dass sie eingehalten werden, sie hat selbst einzugreifen in allen Angelegenheiten der Abrüstung und der Kontrolle gegen jede Wiederaufrüstung.

Für diese Funktionen bedarf die Weltexekutive der Weltpolizei. Diese ist daher der Schlüssel zur Erhaltung des Friedens, wenn es gelingt eine Weltregierung aufzustellen. Was ist unter Weltpolizei zu verstehen?

Es gibt immer noch Menschen, die unter Weltpolizei verstehen, dass auf das Gerücht hin, irgendwo würde ein Aggressivkrieg vorbereitet oder begonnen, die Weltpolizisten in einem der Staaten der Unschuld, z.B. in Amerika oder in Russland, auf einen Knopf drücken und einige Atombomben auf die Stelle der Verbrecher schleudern. Diese Methode würde sich von der alten der Kriegsführung nicht essentiell unterscheiden.

Wie unklar sich die meisten bisher über den Sinn und die Methode der Weltpolizei sind, zeigt der Plan des Spezialisten für Bridge, Ely Culbertson. Dieser Friedensplaner setzt seine Karte noch immer auf

Strafexpeditionen gegen Angreiferstaaten, daher ist für ihn die Weltpolizei eine Weltarmee. Er teilt die Welt in 11 Regionen und rechnet ein Quotensystem aus, wonach jedem Staat ein bestimmter Prozentsatz innerhalb der „mobile forces" zugestanden oder angewiesen wird. Man muss sich fragen, wer die Staaten zur Annahme dieser Prozentsätze zwingen kann, nachdem ja die Prozentsätze erst die Zwangsmittel darstellen sollen. Ebenso ist die Einteilung der Welt in 11 Regionen eine Rechnung ohne den Wirt. Die ganze Berechnung beruht auf der Idee, dass sich die Armeen gegenseitig die Wage halten. Daher werden sich starke Staaten eben nicht an diese Berechnung binden, wenn sie expansionsbedürftig sind, Märkte erobern, Ölfelder „kontrolieren" wollen usw. Aber gesetzt, die Berechnung wäre so überzeugend, dass alle vernünftigen Regierungen sie annehmen würden, und dann irgendwo trotz allem eine unvernünftige Regierung sich auftut und einen Krieg beginnt, dann soll diese sogenannte Weltpolizei eine ihrer 11 Armeen oder mehrere oder alle gegen den Angreifer schicken, also einen siegreichen Krieg führen. War nicht die Absicht, die Kriege auszuschalten? Culbertsons mit grosser Intelligenz ersonnene Weltpolizei endet aber mit dem, was er ausschalten will: mit Krieg. Nein; man kann Krieg nicht durch Krieg beseitigen, sondern nur durch Frieden.

Nicht nur Culbertsons Plan, auch alle anderen Pläne von Weltpolizei sind unsinnig, die mit Armeen, Flotten und Luftflotten der einzelnen Nationen oder mit einer speziellen, unbesiegbar grossen internationalen Armee der Vereinten Nationen rechnen. Um ein solches anderes Beispiel zu geben, sei der Plan von Stephen King-Hall (1942) nach dem Buch von Wynner und Lloyd (S. 350) zitiert. Er sieht vor, dass die vereinten Flotten von England und den Vereinigten Staaten — unter dem sich selbst verhöhnenden Titel „Peace Force" — dreimal stärker sein sollen als die nächst stärkste Flotte und zwei mal so stark als jede Kombination von drei anderen Flotten zusammen. Die vereinten Luftflotten von England und den Vereinigten Staaten sollen viermal so stark sein als die nächst stärkste Luftflotte und zweimal so stark als jede Kombination von je zwei anderen Luftflotten. 80% des Personals muss amerikanisch und britisch sein, 20% kann „Fremden" für eine Dienstzeit von 10 Jahren zugebilligt werden. Diese Kräfte sind über alle Länder zu verteilen. Sobald der König von England und der Präsident von Amerika entscheiden, dass eine Nation einen Angriffskrieg begonnen hat, führt diese anglosächsische Weltpolizei Krieg gegen sie, um sicher zu siegen. Mr. King-Hall hat nicht angegeben, was zu geschehen hat, falls der Präsident von Amerika mit der Auffassung des Königs von England nicht einverstanden ist, oder falls etwa eine

dieser zwei Mächte selbst einen Angriffskrieg beginnen sollte oder, was Gott verhüten möge, beide zusammen oder gegen einander.

Dieser Plan mag aussergewöhnlich kindisch sein, aber es spiegelt das weit verbreitete Vorurteil, dass die Vereinigten Staaten und England dazu berufen sind, zu entscheiden, wer als Angreifer zu beschuldigen und zu bestrafen ist. Im Grunde spiegelt es die Arroganz der weissen Rasse und speziell die der Anglo-Sachsen wieder in völliger Blindheit dafür, dass die grosse Majorität der Menschheit farbig ist, dass diese Majorität bereits erwacht ist und reif, zu entscheiden, wer jeweils der Angreifer ist, dass schliesslich die weisse Rasse durch die beiden Weltkriege den Glauben der farbigen Völker an die höhere Intelligenz der weissen Rasse eingebüsst hat. Alle derartigen Pläne sind nicht nur spielerisch auf einem Gebiet, das eben keine Bridge Party ist, sie beruhen auf einer völligen Verkennung des Problems.

Eine Armee wird nicht eine Weltpolizei, indem man sie so tauft. Armeen sind gegen Armeen gerichtet, Polizei gegen Individuen. Eine Weltpolizei ist nicht eine Armee, die alle anderen Armeen besiegen kann, — eine Phantasie von Diktatoren und Welteroberern — sie ist vielmehr eine relativ kleine Gruppe von Zivilbeamten und Detektiven, die dazu geschult und durch das Gesetz ermächtigt ist, Diktatoren und Welteroberer rechtzeitig vor Gericht

zu bringen, ehe sie einen Angriffskrieg beginnen können, ehe sie also aufgerüstet haben.

Die Weltpolizei muss exterritorial gedacht werden, sie darf keiner nationalen Regierung unterstehen, nur die Weltadministration kann ihr Befehle geben, und sie muss ein Ausführungsorgan dieses Amtes und daher von beiden Häusern der Weltregierung autorisiert sein. Jede Regierung, die Frieden will, die den Pakt von Briand und Kellog ernst nimmt, also auf Angriffskriege für immer verzichtet, findet ihren Schutz, falls sie die Weltpolizei als zuständig anerkennt, sogar gegen sie selbst einzuschreiten, beziehungsweise gegen eine Nachfolge-Regierung, die aufrüsten würde. Nur so kann jede Regierung alle anderen überzeugen, dass sie ehrlich ist in ihrer Beteuerung, Frieden halten zu wollen. Den Souveränitätsfaktor der Kriegsführung aufzugeben, heisst, sich der Weltpolizei fügen, also indirekt dem Weltgesetz. Es stellt die Parallele dar zu der Haltung eines jeden Bürgers innerhalb jedes Staates gegenüber der Polizei seines Staates oder seiner Gemeinde. Wir tragen keine Degen mehr, weil wir uns auf den Schutz des Schutzmanns verlassen, der Waffen hat, um eventuelle Angreifer festzunehmen. Wir haben nichts von unserer Menschenwürde verloren, seit wir auf die persönliche Souveränität verzichtet haben, Degen zu tragen. Wer sich an die Gesetze und Vorschriften hält, hat von der Polizei nichts zu

fürchten, wenigstens nichts in demokratischen Staaten. So hätte keine Staatsregierung etwas von der Weltpolizei zu fürchten, wenn diese demokratisch ist und dass sie es ist, wäre durch die Institution des Weltrepräsentantenhauses garantiert. Weil diese zweite Kammer ausschliesslich aus Demokraten und prinzipiell sogar aus Weltdemokraten zu bestehen hätte, müsste die Weltpolizei mit ihr in einer engeren Verbindung stehen. Das kann dadurch erreicht werden, dass die obersten Beamten der Weltpolizei von beiden Häusern bestätigt werden müssen. Sie müssten auch während ihrer gesamten Amtsdauer von beiden Häusern überwacht, also jedes Jahr neu bestätigt werden. Sie müssten jederzeit absetzbar sein, wenn eines der beiden Häuser es mit Majorität verlangt, wobei die Ausarbeitung eines solchen Gesetzes wieder den Juristen zufiele.

Die Weltpolizei kann nicht gegen Armeen gerichtet werden, sie kann also überhaupt nicht zu funktionieren beginnen, ehe die Abrüstung erfolgt ist. Sie ist eine Friedens-Institution, genau so wie die Polizei, die wir überall als Friedens-Beamtenschaft haben, sie hat nicht Frieden oder Gesetze zu *machen*, sondern Frieden zu *erhalten* und Gesetze durchzusetzen. Die Abrüstung kann nur auf anderem Wege erreicht werden. Wer von Weltpolizei redet, meint daher nicht den Zustand, in dem wir heute noch befangen sind. Ist einmal die Abrüstung geglückt, dann kann

man an die Einsetzung der Weltpolizei gehen, ja, dann *muss* man sie einsetzen, denn sie ist eben die Behörde, die den Frieden, wenn er erst einmal geschaffen ist, zu erhalten hat.

Die Weltpolizei würde ihre Beamten in jedem Land vorwiegend aus Staatsbürgern dieses Landes rekrutieren, nur die obersten Ränge würden ohne Rücksicht auf Staatsbürgerschaft, Nationalität und Rasse zu besetzen sein; für sie kann nur die fachliche Schulung und Begabung, sowie die Integrität des Charakters also auch die Zuverlässigkeit ihrer weltdemokratischen Gesinnung massgebend sein. Für die anderen gilt diese Integrität natürlich ebenso als Voraussetzung ihrer Anstellung, es ist aber eine noch offen zu lassende Frage, ob sie ihre Staatsbürgerschaft während ihrer Amtszeit unverändert beibehalten können, da sie dann unter Umständen gegen Regierungsbeamten des eigenen Landes einzuschreiten haben würden. Das Verhältnis wäre allerdings prinzipiell dasselbe wie das des „Federal Board of Investigation" zu den einzelnen Regierungsbeamten der 48 Staaten der Vereinigten Staaten von Amerika. Auch diese Probleme sind Juristen und Verwaltungstheoretikern zu überlassen.

Jedenfalls kann eine Weltpolizei erst funktionieren, nachdem ein Weltgesetz also eine Weltkonstitution in Kraft getreten ist. Wir können heute nicht damit rechnen, dass eine Gruppe von Beamten einen

Diktator, der bereits im Amt ist, verhaftet, sie würde vielmehr sofort selbst verhaftet werden. Die Aufgabe der Weltpolizei wird sein, diejenigen, die nach Diktatur auf faschistischem oder anderem Wege streben, zu verhaften, *ehe* sie ihren Thron erreichen. Unsere brennende Frage ist daher heute, wie wir zu einer Weltkonstitution kommen, damit wir später eine Weltpolizei haben, die uns schützt. Hier liegt das wirkliche Problem der „Sicherheit". Tatsächlich drehen sich die meisten der Verhandlungen in den heutigen Vereinten Nationen um diese unsichtbare Achse: Kontrolle der Atomenergie und der Waffen der Massenzerstörung, Abrüstung, oder wenigstens Einschränkung der Rüstungen, Einführung und Einhaltung der Menschenrechte in allen Ländern, Hilfe gegen Hungersnot und Seuchen, Frieden in Iran, in Palestina, in Griechenland, immer handelt es sich um aktuelle gemeinsame Gefahren, gegen die man nach einer gemeinsamen Gesetzgebung ringt. Alle diese Beschlüsse mit Gesetzcharakter sind Gesetze ad hoc. Die Vereinten Nationen sind aus den im ersten Kapitel angegebenen Gründen nicht dazu geschaffen, das Gesetz zu machen, das alle Fragen, die sich auf gemeinsame Gefahren beziehen, ein für allemal regelt. Die Weltregierung zu verwirklichen, ist die Aufgabe des Weltvolkes.

Wir haben bereits festgestellt, was unter Weltvolk zu verstehen ist. Die kosmopolitisch denkenden

Demokraten, verstreut über viele Länder, sind nicht organisiert. Sie wissen nichts von einander, sie sind daher schwach und unwirksam. Wir müssten sie zu einer *Weltpartei* für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit organisieren, ja, wir *müssen* das erreichen; aber wir können nicht abwarten, bis das gelungen ist und müssen uns an diejenigen halten, die bereit und reif sind. Das sind jene Gruppen, die nicht nur für eine Weltregierung, sondern schon für eine Weltkonstitution eintreten. Die erstere Gruppe wächst relativ rasch. Vor fünf Jahren von Weltregierung zu reden, trug nur ein mitleidiges Lächeln ein, heute ist diese Forderung schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Das Wachsen dieser Gruppe, die sich zunächst einmal nur auf die Forderung einer Weltregierung einigt, ohne genauere Bestimmung ihrer Organisation, ist die Voraussetzung für die Ausbreitung der Gruppe, die eine Weltkonstitution fordert. Die Führer der ersten Gruppe wollen vorläufig von einer Diskussion der Einzelfragen nichts hören, weil sie fürchten, dass jede konkretere Frage zu Meinungsverschiedenheiten führt und daher die ganze Bewegung gefährdet. Eines Tages werden aber auch sie den Mut finden müssen, Einzelheiten zu erörtern, auf die Gefahr hin, dass das zu Spaltungen führt. Es ist daher ein Glück, dass es heute schon Menschen gibt, die darauf drängen, eine „Worldconstitutional Convention" so bald als möglich abzuhalten.

Die konservativeren Kreise wollen erst das Band mit den Vereinten Nationen stärken, vielleicht um deren Vertrauen zu gewinnen und daher ihre Duldsamkeit, sie wollen ausserdem den Gedanken stärken, dass die Vereinten Nationen durch Zusätze langsam in eine Weltregierung verwandelt werden könnten. Wir wissen, dass das eine Illusion ist; aus den Vereinten Nationen, speziell aus der Vollversammlung lässt sich nicht mehr entwickeln als ein Weltsenat. Das ist viel, aber nicht genug. Jene Gruppe, die eine weltkonstitutionelle Konvention fordert, ist — unbewusst — der Keim des kommenden Weltrepräsentantenhauses; sie ist das Weltvolk, mit dem wir heute zu rechnen haben, eine verschwindend kleine Gruppe, verglichen mit dem stolzen Wort Weltvolk. Sie sind die Stosstruppe im Geisteskampf für den Frieden und gegen Krieg.

Wer Schwierigkeiten machen will, fragt: wer hat Euch autorisiert? Die Antwort ist einfach: niemand. Niemand kann diese Menschen autorisieren, der nicht bereits einer von ihnen ist. Ihre Autorität kann nicht von jemand anderem übertragen werden, sie ist nicht persönlich, sie liegt allein in der Idee. Die Idee ist selbst die Autorität. Wenn ein Schullehrer den Kindern den pythagoräischen Lehrsatz beibringt, liegt die Autorität des Lehrers allerdings darin, dass er von der Regierung für die Ausübung seines Amtes geprüft ist, aber die Autorität

seiner Lehre liegt in der Richtigkeit, Beweisbarkeit, Evidenz seines Lehrsatzes. Für die Lehre von der Weltregierung und Weltkonstitution muss die Autorität, welche die Lehrer anstellt, erst geschaffen werden; die Autorität der Lehre selbst ist unabhängig von jeder persönlichen oder staatlichen Autorität, sie muss durch ihre eigene Logik überzeugen und ihre Anhänger gewinnen. Jene Gruppe spricht im Namen der bereits Überzeugten und derer, die sie zu überzeugen hofft.

Die konservativen Kreise innerhalb dieser Fortschrittlichen sollten gar nicht die Idee aufkommen lassen, dass die Forderung einer Weltkonstitution oder gar eines Weltrepräsentantenhauses sich gegen die Vereinten Nationen wende. Das ist absolut nicht der Fall. Jeder vernünftige Mensch ist bereit, alles zu tun, um die Vereinten Nationen zu stärken, den Glauben an sie zu verbreiten, ihre Schwierigkeiten zu würdigen und von ihnen nichts für sie Übermenschliches zu verlangen, also nichts, was über die Paragraphen der Charta von San Francisco hinausgeht. In jenen Konservativen Kreisen scheint auch der Gedanke mitzuspielen, man müsse die Weltkonstitution auf rein legalem Wege erreichen, „also" durch die Regierungen. In den Vereinigten Staaten hofft man, den Präsidenten durch ein Amendment, einen Zusatz, zur amerikanischen Konstitution zu ermächtigen, die anderen Staaten zu einer „Worldconstitutional Con-

vention" einzuladen. Für dieses „Amendment" sind nach amerikanischem Gesetz zwei Drittel der Staaten nötig. Humber Lee hat durch seine ausserordentliche Beredsamkeit, die Schlichtheit seines Wesens, die Integrität seiner weltdemokratischen Überzeugung bereits 14 der Staaten für dieses Amendment gewonnen, 18 müssen noch gewonnen werden. Es wird noch einige Zeit dauern, bis diese 18 Staaten ihre Zustimmung geben und dann wird Zeit vergehen, bis das Amendment Gesetz wird. Wenn wir so weit kommen, wird sich die Frage erheben, ob die eingeladenen Staaten auch der Einladung folgen, und wenn einige sich einfinden oder sogar alle, nämlich die Vereinten Nationen, besteht die Gefahr, dass sie sich nicht einigen, weil sie auf ihrer Souveränität werden bestehen wollen, weil sie glauben werden, dass ihre Aufgabe ist, die Interessen ihres Staates den Interessen der Menschheit voranzustellen. Die Vereinten Nationen zeigen, dass der Gedanke der gemeinsamen Interessen den Regierungen durchaus nicht fremd ist, aber ihn prinzipiell dem Gedanken der engeren eigenen Interessen überzuordnen, geht über ihre wesenhafte Bestimmung. Wir wollen niemand hindern, diesen Weg zu versuchen, er kann nicht schaden, er kann sogar dazu helfen, dass sich die Regierungen über die Grenzen ihrer Funktion klar werden und daher anfangen, die Errichtung eines Weltrepräsentantenhauses selbst zu befürworten. Beide Bewegungen

sollten einander nicht zu stören suchen, sie sind wechselseitige Ergänzungen mit gleichem Endziel.

Die fortschrittliche Gruppe, die jetzt schon eine „World Constitutional Convention" fordert, wird trachten, die Zahl ihrer Anhänger so rasch als möglich zu erweitern. Versuche, dies in grossem Stil zu erreichen, sind im Gange, sie stossen vorläufig auf kühle Reaktion, was niemanden abschrecken darf. Die breiten Massen sind zu sehr daran gewöhnt, dass die Regierungen und die Politiker für sie denken, als dass sie über Nacht einsehen könnten, wie wichtig ihre persönliche Mitarbeit ist. Die fortschrittlichen Mitglieder der „United World Federalists" in den Vereinigten Staaten werden wohl darauf drängen, dass diese Organisation, getreu ihrem Titel, Mitglieder aller Nationen aufnimmt, das heisst, ihre nationale Begrenzung auf Amerika ausmerzt. Wie können „World"-Federalists exklusiv amerikanisch sein wollen? Wie wollen sie jemals später über ihre Grenzen hinauskommen, wenn sie nicht von Anfang an sich zum Kosmopolitismus offen bekennen? Die Mitglieder der „United World Federalists" müssen auch sich entschliessen, das Wort „Democracy" in ihre Statuten aufzunehmen. Der Einwand, der erhoben wurde, dass das Wort so verschiedenen Interpretationen ausgesetzt sei, ist leicht bei Seite zu schieben: definiert, was wir unter — westlicher — Demokratie verstehen wollen.

Um rasch von der Stelle zu kommen, rasch genug, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern, brauchen wir eine provisorische Weltkonstitution. Die in Chicago arbeitende Gruppe wird vermutlich bald eine solche veröffentlichen. Wie immer sie lauten mag, wir brauchen eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen. Eine solche Formulierung aufzustellen, scheint für einen Einzelnen eine unnütze Mühe zu sein, sie kann nur in der Zusammenarbeit einer Tagung zustande kommen, die sich diese provisorische Fassung zur Hauptaufgabe macht. Es kann hier immerhin versucht werden, in einer Reihe von Überschriften die Themata anzugeben, die voraussichtlich nicht werden fehlen dürfen: Ersatz der bestehenden Anarchie der internationalen Politik durch Gesetz; Ersatz der Amoral in der Politik durch offene Anerkennung, dass auf politischem Gebiet dieselbe absolute Moral zu gelten hat wie im Privatleben, dass die doppelte Moral die Quelle des heutigen Elends von Millionen Menschen ist; dass Krieg ein Verbrechen ist, und dass der Briand-Kellogg Pakt die Regierungen und Völker auch heute noch bindet; dass Demokratie die Basis einer Weltregierung sein muss und nicht Autokratie; dass jeder Staat, der in den künftigen Weltsenat aufgenommen werden will, die Menschenrechte anerkennen muss; dass zu diesen Menschenrechten gehört, dass jeder Mensch das aktive Wahlrecht für das

Weltrepräsentantenhaus haben soll, aber dass das passive Wahlrecht den demokratisch Gesinnten vorbehalten bleiben muss; dass unter Weltpolizei eine Organisation von Zivilbeamten zu verstehen ist, die nach gesetzlich festgelegten Bestimmungen gegen Individuen einzuschreiten haben wird, die für den Weltfrieden gefährlich sind und eine Wiederaufrüstung vorbereiten, nachdem die Staaten abgerüstet haben werden.

Die Abrüstung selbst scheint ganz vom guten Willen, von der Einsicht und dem wechselseitigen Vertrauen der Regierungen abzuhängen. Das Weltvolk ist heute in dieser Sache machtlos. Zwei Theorien stehen einander gegenüber; die eine sagt: erst Frieden, dann Abrüstung, die andere sagt: erst Abrüstung, dann Frieden. Daraus folgt als dritte Theorie eine langsame schrittweise Einschränkung der Rüstungen, um zuletzt auf Null herabzukommen. Alle Abrüstungskonferenzen haben daher nur mit Reduktion der Rüstungen sich befasst und das Resultat war stets das Gegenteil, eine Verbesserung der Waffen und das berüchtigte Wettrüsten der Nationen, die sich selbst mit Stolz friedliebend und kultiviert nennen. Diese dritte Theorie ist tatsächlich in der Praxis erfolglos. Nur eine der zwei erst genannten kann richtig sein. Es ist die These: erst Frieden, dann Abrüstung. Solange es Armeen, Kriegsflotten usw. gibt, muss Misstrauen bestehen. Wir werden unter

der Gefahr des dritten, vierten usw. Weltkrieges leben, bis wir eine Weltregierung eingerichtet haben und sie anfängt zu funktionieren. Dann wird das berechtigte gegenseitige Misstrauen schwinden, dann werden bessere Methoden zur Lösung von Streitfragen auf politischem, ökonomischem, usw. Gebiet zur Verfügung stehen als Kriege, die vielleicht *eine* Frage lösen, aber hundert andere erzeugen, dann wird die Rüstung überflüssig werden, man wird für sie keine Billionen mehr bewilligen und die Billionen produktiv verwenden und nach biblischer Ausdrucksweise Schwerter in Pflugscharen verwandeln. Die Abrüstung wird in der Form erfolgen, dass die Rüstungen rosten und in die Museen wandern.

Diese Ausführungen lassen sich auf drei Grundthesen reduzieren. Die erste These bezog sich darauf, was unter Weltpolizei zu verstehen ist, nämlich keine Armee; die zweite darauf, dass eine Weltpolizei dieser Art erst existieren und funktionieren kann, wenn eine Weltregierung aufgestellt ist; es bleibt eine dritte These aufzustellen, was in der Übergangszeit zu geschehen habe. Gewiss wird man nicht laut genug predigen können, dass ein dritter Weltkrieg nutzlos wäre für alle Beteiligten, aber das wird kein Ersatz für die noch fehlende Weltpolizei sein, bestenfalls ein Surrogat, das eine Weile wirksam sein könnte. Seien wir uns darüber klar: es gibt keinen Ersatz für eine Weltpolizei. Da sie erst geboren

werden kann, wenn eine Weltexekutive existiert, also auch ein Weltgesetz, also zuvor ein Weltkongress als gesetzgebende Behörde, so kann die dritte These nur lauten: beeilt Euch, trachtet dem dritten Weltkrieg und den nächsten Atombombenwürfen zuvorzukommen durch möglichst rasche Wahl von Weltrepräsentanten, die das Weltgesetz und an seiner Spitze die Weltkonstitution beraten und beschliessen. Solange es Armeen gibt, müssen die Regierungen einander misstrauen. Abrüstung heisst, die Armeen moralisch „entwaffnen" dadurch, dass man sie von ihrer wechselseitigen Furcht befreit.

Die Furcht, die hier gemeint ist, hat nichts mit der Furchtsamkeit, beziehungsweise dem Heldenmut der individuellen Soldaten, zu tun, sie ist die Furcht der Regierungen vor einem Missbrauch der Armeen durch eine ihrer Nachbarregierungen oder auch in weiter Ferne tätige beutelustige Regierungen. Wir haben heute etwa 70 Staatsregierungen, viele von ihnen sind militärisch zu schwach, um sich gegen einen starken Nachbarn zu verteidigen; man braucht nur an Belgien von 1914, an Dänemark usw. von 1939 zu erinnern. Das wirkliche militärische Kräfteverhältnis kam in der Charta von San Francisco durch die Schöpfung des sogenannten Sichterheitsrats zum Ausdruck. Er beruht auf der Idee, dass der Weltfrieden, also auch der Schutz der kleinen Mächte, nur durch die gemeinsame Friedensliebe der fünf

grossen Mächte gesichert werden kann; jede schwerwiegende Meinungsverschiedenheit kann zu Krieg führen. Frieden der Welt ist also praktisch reduziert zu Frieden der fünf grossen Mächte. Ihr Vetorecht ist nach der Meinung vieler nichts anderes als die negative Seite ihrer Harmonie, d.h. jedes Veto bedeutet eine Warnung für die anderen, sich rechtzeitig zu fügen. Das Veto ist aber imstande, sich zu einer rechtlich unterbauten Weltdiktatur auszuwachsen. Der Sicherheitsrat ist von manchen Leuten als Auftakt einer Weltpolizei betrachtet worden. Das ist eine schwere Verwechslung von demokratischer und von autokratischer Polizei. Demokratie kennt kein Veto, sie kennt nur Majoritätsbeschlüsse. Man hat andererseits gesagt, nicht das Vetorecht des Sicherheitsrats sei der grosse Fehler der Charta von San Francisco, sondern die ihm zugrundeliegende Idee der Souveränität. Das ist richtig. Es macht aber nur umso klarer, dass die Schaffung einer Weltpolizei, also einer wirklichen Sicherheit, erst möglich sein wird, wenn die Souveränität, Kriege zu erklären, oder gar ohne alle Erklärung zu beginnen, von allen Regierungen, vor allem von den fünf starken Mächten aufgegeben sein wird. Wir wollen keine Zweifel aussprechen gegen die Ehrlichkeit derer, die mit Sicherheitsrat ihre Regierungen vertreten, aber sie sind innerlich machtlos gegen die Unlogik der in der Charta von San Francisco wurzelnden Kon-

struktion des Sicherheitsrats, der im Grunde ein Unsicherheitsrat ist, der dauernd gegen seine eigene Unsicherheit ankämpft.

Die Weltpolizei ist durch nichts ersetzbar. Wenn es zu einem Krieg zwischen Russland und Amerika käme, würde die Gewalt kombiniert mit Geschicklichkeit, Ausdauer usw. zwar zu dem Sieg einer der zwei heute streitenden Ideologien führen und eventuell zu einer kurzfristigen Weltherrschaft der einen von beiden. Wie aber, wenn beide falsch sind? Dann wird der geistige Kampf weitergehen. Ist es nicht besser, den geistigen Kampf zuerst zu Ende zu führen? Ohne Blutvergiessen! Dieser geistige Kampf wäre aber die Aufgabe des Weltkongresses, insbesondere des Weltrepräsentantenhauses. Gewalt löst keine Probleme. Keinem Wissenschaftler fällt es ein, Probleme durch Gewalt zu lösen. Vielleicht erkennt man eines Tages, dass politische Probleme genau so angepackt werden müssen wie wissenschaftliche, ja, vielleicht sind sie wissenschaftliche Probleme, bei denen Gewalt anzuwenden der reine Unsinn ist.

Aber ist Polizei nicht auch Gewalt? Gewiss. Aber auf Grund eines von einer Majorität aufgestellten Gesetzes. Gewalt kann nicht Recht erzeugen, bestenfalls Scheinrecht; Gewalt einer Polizei muss auf bereits vorhandenem Recht beruhen, einem Recht, das nicht auf materieller Stärke beruht, sondern auf Geist, auf Ethik.

So kommen wir immer wieder zu dem letzten Fundament aller Politik, der absoluten Ethik, zurück. Der Sicherheitsrat imponiert nur durch seine materielle Stärke, nicht durch seine ethische Kraft oder höhere Weisheit. Wären die Staatsregierungen weise, statt nur mächtig zu sein, dann würden sie nicht so viel Geld und Energie für physikalische, chemische und bakteriologische Erfindungen und Erzeugungen von Massenzerstörungswaffen vergeuden, sondern schleunigst an die Errichtung einer Weltregierung gehen. Wir wissen, dass ihre Funktion leider nicht Weisheit ist, sondern nur Macht, wir können die Errichtung einer Weltpolizei und von allem was ihre Voraussetzung ist, deshalb nur vom Weltvolk erwarten.

Wer zum Weltvolk sich zu rechnen berechtigt ist, hat die Pflicht, über die Organisation der Weltpolizei nachzudenken. Wie oft hört man die verzweifelte Frage, was können wir persönlich tun? Nachdenken, ist die Antwort. Nicht handeln, ehe man nachgedacht hat, ehe das Problem durchdacht und geklärt ist. Man muss nur abermals daran erinnern, dass wir nicht endlose Zeit zum Nachdenken haben.

Ein Hauptproblem der Organisation wird die Zusammensetzung der Beamtenschaft innerhalb der Weltpolizei bilden, vor allem ihr Verhältnis zu den verschiedenen Nationalitäten. Die oberste Behörde der Weltpolizei, die unmittelbar der Weltpräsident-

schaft unterstehen muss, hat unbedingt aus einem mehrköpfigen Gremium zu bestehen, etwa sieben oder neun Männern und Frauen, von denen jeder einer anderen Nation angehört und selbstverständlich eine gesetzlich begrenzte Amtsdauer hat. Ihre Beschlüsse erfolgen demokratisch durch Abstimmung mit einfacher Majorität. Diese Zentralbehörde müsste in sämtlichen Staaten Agenturen haben, die im Zusammenhang mit der Weltanwaltschaft die innere Politik des betreffenden Landes verfolgen. Auch sie müssten international zusammengesetzt sein, aber auch in ihrer Mitte Beamte haben, die der Nation, bezw. den wichtigsten Nationen angehören, die in diesem Staate leben. Für die Vorladung des als gefährlich bezeichneten Parteiführers oder Staatsbeamten müssten besonders dafür autorisierte Menschen geschult werden. Verweigert es der Vorgeladene, sich dem Weltgericht freiwillig zu stellen, dann muss seine Verhaftung erfolgen, die nicht anders als mit Gewalt möglich ist, aber eben nur auf Grund eines von der Weltpräsidentschaft ausgefertigten Haftbefehls. Es ist klar, dass die Weltpräsidentschaft in der Lage sein muss die oberste Weltpolizeibehörde mit den Machtmitteln zu versehen, die jeden Widerstand überwinden. Dazu wird dann keine Armee oder auch nur grössere bewaffnete Polizeitruppe nötig sein, weil der Aspirant einer militaristischen, totalitären oder allgemein antidemokratischen

und die Menschenrechte missachtenden Bewegung Zeit braucht, um eine Leibgarde oder Privatarmee aufzustellen und den Vorsprung, den die Weltpolizei hat, einzuholen.

Es ist nicht vorauszusehen, wie sich die Waffentechnik weiter entwickelt, ob etwa eine kleine Verschwörergruppe nicht imstande sein wird, Atombomben im geheimen herzustellen oder andere ebenso gefährliche Waffen; das sollte uns nicht hindern, die Weltpolizei erst einmal der momentanen Situation entsprechend aufzubauen und die Wege für eine jeweilige Adaptation für die Zukunft offen zu halten.

Diese Flexibilität muss vor allem gesetzlich gesichert werden, damit nicht etwa konservative oder gar reaktionäre Kräfte jeden weiteren Fortschritt hindern können. Das Weltrepräsentantenhaus muss ewig jung bleiben, frei von Verknöcherung, aber auch frei von Pubertätsromantik der Nazis, Faschisten usw. Die Weltrepräsentanten werden die Fortschritte der Waffentechnik dauernd verfolgen und dafür besondere Kommissionen von Fachleuten aufzustellen haben; sie werden aber den Frieden nicht nur sozusagen negativ zu sichern haben, sondern positiv durch das Mitgehen mit jeder geistigen Bewegung, die den Weltfrieden schützen hilft, also auch mit jedem Vorschlag, der eine Verbesserung der Organisation der Weltpolizei verspricht. Selbst

eine Verbesserung der Titel wird wichtig sein, es dürfte vielleicht nicht sehr schwerwiegend und doch nicht ganz unwichtig sein, zu erwägen, ob man nicht statt von Weltpolizei von Weltschutz sprechen sollte.

Mit all diesem Nachdenken über eine möglichst alle Eventualitäten voraussehenden Organisation dieses Weltschutzes ist aber noch immer nicht klar, wie die Abrüstung zu erfolgen hat, wenn durch die Aufstellung und Ratifizierung des Weltgesetzes, die Ingangsetzung des Weltschutzes, die Möglichkeit für die Abrüstung geschaffen sein wird. Man sollte dann vor allem übereinkommen, weiteres Rüsten endgültig einzustellen, so dass alle Waffen langsam verrosten und vermodern, soweit man nicht imstande ist, ihr Material fruchtbar für Friedenszwecke zu verwerten. Über Abrüstung ist übrigens so viel nachgedacht und geschrieben worden, dass ihre Ausführung relativ wenig Sorge macht, wenn einmal die Vorbedingung dafür erreicht ist, nämlich dass die Armeen, die Regierungen und die Völker keine Furcht mehr vor einander haben und keinen Grund, einander zu misstrauen.

Damit sind die Prinzipien im Groben skizziert. Wir dürfen nur nicht vergessen, dass das Entwerfen einer Weltregierung mit allen ihren Ämtern noch nicht alles ist, dem wir jetzt unser Nachdenken widmen können. Wenn es glückte, alle Armeen abzuschaffen, wäre das der Anfang des ewigen Friedens.

Allein die Aufstellung von Armeen oder anfänglich von Kriegerkasten hatte einen wirtschaftlichen Hintergrund. Angenommen, dass alle vernünftigen Regierungen abrüsten werden, sobald eine Weltpolizei existiert und zu funktionieren anfängt, weil dann ihre Sicherheit ohne eigene Armeen geschützt sein wird, werden sie deshalb die dahin führenden Schritte unterstützen? Man kämpft militärisch, weil man wirtschaftlich kämpft; und umgekehrt. Man kämpft, weil man Öl braucht, und braucht Öl, weil man kämpfen will. Man kämpft wirtschaftlich, mit wirtschaftlichen Waffen der Preisunterbietung usw. sogar, ohne zu schiessen, ja man kämpft geistig mit der Tendenz, bestimmte Wirtschaftstheorien in der Praxis durchzusetzen, durch die bezahlte Presse, das Radio usw. auszubreiten und zur Alleinherrschaft zu bringen. Vielleicht ist von allen Hindernissen, die der Erreichung einer Weltregierung im Wege stehen, das grösste der geistige Kampf zwischen den Ideologien des Kapitalismus und Kommunismus. Wir können daher nicht vermeiden, uns über diesen geistigen Kampf und sein Verhältnis zu den möglichen Regierungsformen zu orientieren.

8. DEMOKRATISCHE WELTÖKONOMIE

Das primitivste aller Menschenrechte ist das Recht, zu leben.

„We hold these truths to be selfevident, that all men are created equal and endowed by their Creator with certain unalienable rights among which are life, liberty and the persuit of happiness."

„Wir halten diese Wahrheiten für von selbst einleuchtend, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, und von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräusserlichen Rechten ausgestattet, zu denen gehören: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück."

So sagt die Amerikanische „Declaration of Independence" von 1776. Das Recht, zu leben, ist hier an die Spitze gestellt, es gilt wie für jeden Neugeborenen, so für jeden Menschen jeden Alters. Dieses Recht, zu leben, schliesst das Recht ein, vor dem Verhungern geschützt zu sein. Niemand kann in unserer auf stärkster Arbeitsteilung beruhenden Wirtschaft sich aus eigener Arbeit die nötigen Lebensmittel schaffen. Jeder, der auf seinem Arbeitsgebiet seinen Teil beiträgt, hat ein Recht, von der Gesellschaft mindestens sein Lebensminimum zu

fordern. Lebensminimum heisst wörtlich das Minimum, das vor dem Verhungern schützt. Franklin D. Roosevelt nannte es „Freedom from Want", Freiheit von Not.

Das Aushungern von Festungen, Städten und ganzen Ländern ist ein Kriegsmittel, das nur aufhören wird, wenn die Kriege aufhören. Hunger ist aber auch ein Gespenst des Friedens, Hunger durch unverschuldete Armut inmitten von Überfluss und unverdientem Reichtum, eine Folge von Gleichgültigkeit der Besitzenden oder Unzulänglichkeit der Organisation und der mit daraus folgenden Arbeitslosigkeit, kurz eine Folge falscher Ökonomie und falscher Politik, soweit eben beide zusammenhängen. Wir brauchen unser tägliches Brot heute, also auch morgen. Wir müssen durch richtige Ökonomie für das künftige Brot voraussorgen, durch richtige Politik die Ernte schützen und die Freiheit derer, die gesät haben, damit sie die Früchte ihrer Arbeit selbst geniessen können. Politik und Ökonomie bedingen einander gegenseitig; es ist sinnlos, darüber zu streiten, welche dieser zwei menschlichen Aktivitäten die Priorität habe. Beide sind Oberflächenerscheinungen, beide sind abhängig vom selben Zentrum alles Menschlichen: der Ethik.

Daher ist es nicht überraschend, dass alle politischen Parteien für sich ethische Motive in Anspruch nehmen und ihre Gegner als unethisch hinstellen. Die überall

geübte Taktik ist, die Missbräuche der anderen anzuklagen und das Gute ihrer Tendenzen zu verschweigen. Es ist dann leicht, dicke Bücher mit schwersten Anklagen über schaurige Grausamkeiten, gerissene Niedertracht und kalte Dummheit zu füllen. Die Nationalisten beanspruchen in aller Bescheidenheit und mitunter sogar voll guten Glaubens Lebensraum — ihrer Nachbarn — und ihren Platz an der Sonne, den ihnen die in jeder Hinsicht, also auch ethisch minderwertigen Gegner aus Egoismus nicht gönnen. Die Sozialisten klagen die hartherzigen Kapitalisten an, dass sie die ganze Arbeiterklasse ausbeuten. Die arbeitsamen und kühnen Kapitalisten aber pochen auf ihre wohlerworbenen Rechte, sie identifizieren die heilige Freiheit des Unternehmertums mit der Freiheit der Demokratie und beweisen, dass Sozialisierung zu Diktatur führen muss, sie widerstehen daher aus den reinsten ethischen Motiven (nämlich aus Sorge um das Wohl aller) dem Ansturm der neidischen Sozialisten. Den Kommunisten wiederum ist nichts heilig ausser der Befreiung der Arbeiter, Bauern und Soldaten von den Irrlehren der Sozialisten und vom Joch der Bourgeoisie und, was für sie dasselbe ist, vom Joch des Kapitalismus. Auch sie handeln nur aus reinsten ethischen Idealen, wenn sie die bösen Bourgeois und Sozialisten in Gefängnisse sperren oder sie für immer verschwinden lassen.

Im Ernst — alle bilden sich ein, ethisch zu handeln. Man muss zugeben, dass z. B. die aggressive Theorie von Karl Marx auf — sei es echter oder eingebildeter — moralischer Entrüstung aufgebaut war. Freiheit steht auf allen Fahnen, es fragt sich nur, wessen Freiheit jeweils gemeint ist. Und auf keiner dieser Fahnen steht Frieden, nur Kampf der Klassen. Wir meinen dagegen, es kommt nicht auf die Herrschaft dieser oder jener Klasse an, sondern auf Gerechtigkeit für alle Klassen. Da können die einander so bitter Anklagenden alle nicht bestehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika geben ihren Bürgern alle Menschenrechte bis auf „freedom from want". Russland sucht „freedom from want" zu sichern, aber auf Kosten vieler anderer Menschenrechte. Spanien verweigert alle Menschenrechte einschliesslich „freedom from want". Wir fordern genau das Gegenteil: die Verbindung der „Bill of Rights" mit ökonomischer Sicherheit aller Individuen ohne Rücksicht auf Klasse und Nation. Die meisten Menschen wissen ganz genau, dass wir auch auf ökonomischem Gebiet ethisch denken und handeln sollen — sollten. Strittig ist durchaus nicht, *ob* wir ethisch vorgehen sollen, sondern, *was* als ethisch anzuerkennen sei. Häufig verschiebt sich das Problem in das richterliche Interesse, *wer* als ethisch zu gelten habe; die selbstgerechten Richter neigen dann zu der Verallgemeinerung, dass jeder Kommunist ein Bösewicht

sei, oder umgekehrt jeder Kapitalist. Wir müssen alles Persönliche ausschalten und sachlich bleiben. Nicht der Kapitalist und der Kommunist sitzen auf der Anklagebank, sondern der Kapitalismus und der Kommunismus; nicht Millionen uns unbekannter Menschen sollen abgeurteilt werden, sondern die Richtigkeit oder Unrichtigkeit von bekannten Theorien sollen beurteilt werden.

Bekannte Theorien? Sind diese Theorien wirklich bekannt? Wer wissen will, was unter Kapitalismus, Sozialismus und seiner Abart Kommunismus im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte verstanden worden ist, muss hunderte von Büchern und Abhandlungen lesen, um dann zwar zu wissen, wie sich die Begriffe gewandelt haben, aber auch wie wandelbar und schwankend sie heute sind. Es kann hier weder die Aufgabe sein, eine Liste von Definitionen und Interpretationen vorzuführen, noch gar neue Gedanken vorzutragen, vielmehr kommt es darauf an, soviel herauszuheben, als nötig ist, um zu einem klaren Begriff von demokratischer Ökonomie zu gelangen.

Fragen wir zuerst: was ist Kapitalismus? Das Wort Kapitalismus kommt von Kapital; was ist Kapital? Die weiteste Definition von Kapital schliesst das Handwerkzeug ein. Danach ist der Handkeil des Urmenschen das erste Kapital gewesen, das allmählich durch andere Instrumente ersetzt wurde und mit

der Einführung der Viehzucht andere Formen annahm; denn nun wurde die Herde das Kapital, beziehungsweise ihr wichtigster Bestandteil, man zahlte in Rindern. Das lateinische Wort für Geld, pecunia, geht auf das Wort pecus, d.h. Rind, zurück. Später wurde als Zahlungsmittel Metall eingeführt, das homogen teilbar ist und sich prägen lässt. Das Metallgeld wurde nun das wichtigste Glied des Kapitals. Nach Einführung der Dampfkraft und Elektrizität erweiterte sich der Begriff abermals, da jetzt die Fabriken und Maschinen mit dazu gezählt wurden. Manche Theoretiker schränkten den Begriff ein, bedenkt man aber, dass ein Sklave ebensowohl wie ein Rind oder Pferd als Kapital betrachtet wird, dann scheint das Zusammenspiel aller Sachgüter und Arbeitskräfte, die als Basis für weitere Produktion dienen oder dienen können, unter den weiten Begriff des Kapitals zu fallen.

Unter Kapitalismus dagegen versteht man nur die Benutzung von Kapital zugunsten eines Individuums oder einer privilegierten Schicht anstatt zugunsten aller. Der Name Kapitalismus ist daher irreführend. Kapital ist für jede Wirtschaftsform, also auch für sozialistische oder kommunistische Wirtschaft nötig. Auch, dass Kapital zu Profit führt, ist nicht das für den Kapitalismus Entscheidende und zwar aus demselben Grund, dass auch die sozialistische und die kommunistische Wirtschaft zu Profit führen wollen. Es

fragt sich vielmehr, zu wessen gunsten die Profite verwendet werden. Der Kapitalismus beruht auf einer bestimmten Rechtsform, welche Individuen oder sozialen Gruppen das Vorrecht zuspricht, die Verwendung der Profite zu kontrollieren oder direkt über sie zu disponieren. Gegen die Erzielung von Profiten ist damit nichts eingewandt. Jede Anklage gegen übermässige oder ungerecht verwendete Profite begegnet dem leidenschaftlichen Widerspruch, dass ohne dieses Reizmittel unsere Wirtschaft stillstehen oder zum mindesten ohne Schwung bleiben würde. Das ist aber eine Verschiebung der Frage. Gerecht verteilte Profite sind das Ziel jeder ehrlichen Wirtschaft. Demokratisch kann nur diejenige Wirtschaft heissen, die allen zugute kommt. Solange neidische Menschen die Kapitalisten und Plutokraten mit dem mehr oder weniger geheimen Wunsch kritisieren, sie möchten deren Geld und Sachgüter selbst besitzen und alles für sich selbst geniessen, ist das prinzipielle Problem gar nicht berührt. Das Entscheidende ist, dass zwar der Kapitalismus indirekt auch den Massen zugutekommt, aber nur, soweit es den Kapitalisten passt. Sie kontrollieren die Benutzung des Kapitals vom Standpunkt ihrer persönlichen Wünsche. Diese mögen mitunter krass egoistisch sein, sie mögen manchmal philanthropisch sein oder in der Richtung auf konsequente Vermehrung und Verbesserung der Produktionsmittel gerichtet sein. Selbst

wenn die vernünftigen und menschenfreundlichen Ziele überwiegen, bleibt die Ausschaltung der Konsumenten von der Entscheidung über die Verwendung von Kapital und Profit als antidemokratisches Prinzip bestehen.

Der Kapitalismus ist in seiner heutigen Form mit periodischen Wirtschaftskrisen: dem sog. „business cycle" verbunden. Die Wirtschaftskrisen erscheinen den Kapitalisten als eine Art tückischer Krankheit, die von Zeit zu Zeit den Fortgang der Wirtschaft bremst. Sie äussert sich in Abnahme der Kaufkraft des Geldes, Preissenkung, Abnahme der Produktion und Zunahme der Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen. Es ist wohl unrichtig, in diesen periodischen Depressionen eine blosse Begleiterscheinung oder ein von aussen kommendes schlechtes Wetter zu sehen, sie sind ein konstitutionelles Übel des Kapitalismus. Das kapitalistische Prinzip der Konzentration des Besitzes ist der Grund für den Rückgang der Kaufkraft der Massen, woraus die übrigen Erscheinungen entspringen. Der Kapitalist muss daher stets auf eine solche Korrektur der Verteilung der Güter gefasst sein, durch die ein Ausgleich der Kaufkraft der Konsumenten, d.h. eine neue Verteilung des Geldes eintritt. Viele Besitzende verlieren in diesem Gesundungsprozess ihren gesamten Besitz, einige aber verstehen es, aus der Krise Nutzen zu ziehen und ihre Sachgüter und Gelder weiter zu vermehren.

Diese „Glücklichen" haben einen späteren Zusammenbruch zu gewärtigen, der dann eventuell nicht durch rein ökonomische, sondern durch politische Kräfte erfolgt.

Kapital schliesst Geld ein. Das Geld ist Preismasstab, also Wertmasstab, und zugleich Zahlungsmittel. Wenn jemand Tuch kauft, wird das Tuch nach Längenmass gemessen, und dieses ist konstant. Der Preis für jede Längeneinheit des Tuches wird durch Geld gemessen; die arithmetischen Zahlen selbst sind zwar auch konstant, aber die Preise sind wechselnd, abhängig letztlich von der subjektiven Schätzung und vom subjektiven Bedarf, sowie der Art und Grösse des Produktes. Dieselbe Längeneinheit Tuch kostet verschieden viel an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten, nicht nur in folge von Transportentfernungen und kulturhistorischen Wandlungen, sondern weil derjenige, der die Ware braucht, nicht immer das Geld als Zahlungsmittel besitzt, und derjenige, der das Geld hat, mitunter die Ware nicht braucht. Aber selbst wenn der Käufer das Geld besitzt und die Ware erwerben möchte, kann er den geforderten Preis zu hoch finden und durch den Verzicht den Verkäufer zwingen, seinen erhofften Profit bescheidener zu bemessen. Ausserdem sinken die Preise der Waren, wenn sie reichlich vorhanden sind, und steigen, wenn die Waren knapp werden. Der Kapitalismus erzeugt die Vorstellung, der Ein-

zelne müsse möglichst viel Geld an sich ziehen, damit er auch die teuersten Waren kaufen kann und jederzeit von den Schwankungen der Preise unabhängig wird. Die Jagd nach Geld ist verbunden mit der dauernden Angst vor Geldverlust. Vor allem sucht der freie Unternehmer, der sein Kapital dazu benutzt, neue Produktionsmittel anzuschaffen, sich vor Verlust zu schützen; er muss stets mit dem Risiko rechnen, dass seine Waren keinen genügenden Absatz finden, daher kalkuliert er den fakultativen Verlust in den Preis ein und darüber hinaus noch seinen subjektiven Lohn für die geleistete Arbeit an Unternehmungskraft und geistiger Leitung. Er ist der Versuchung ausgesetzt, nur das zu produzieren, was sicheren Profit verspricht, also entweder billige Güter für die Massen oder teure Luxusgüter für die Reichen. Alle derartigen Überlegungen des Unternehmers sind von subjektiven Urteilen durchsetzt und erschweren eine objektive Balanzierung zwischen Produktion und Konsumtion. Dem „freien" Unternehmertum steht es zwar frei, zu produzieren, was es mag, aber es erfährt nachher, dass es von der Gesamtheit der Konsumenten abhängt. Seine Freiheit ist eine Scheinfreiheit, denn zuletzt läuft das freie Unternehmertum zwangsläufig in den „business cycle" hinein und muss still stehen. Der Fehler des Kapitalismus ist, dass er sich nicht selbst freiwillig bindet und die Konzentration der Profite in wenige

Hände nicht aufgibt; aber das hiesse für ihn, sich selbst aufzugeben.

Woher stammt dieser verblendet egoistische Kapitalismus? Wirtschaftshistoriker leiten den Kapitalismus aus dem sogenannten Liberalismus ab, diesen aus dem Merkantilismus des 17. Jahrhunderts, der seinerseits aus dem mittelalterlichen Marktverkehr und der Organisation der Gilden hervorging. Der Merkantilismus war eine von autokratischen Regierungen geleitete Form des nationalen Marktes. Die Regierungen gaben einzelnen Personen und Gesellschaften, die sie für loyal hielten, Handelsprivilegien und erzeugten dadurch ein Patriziat des Handels, das sich einer staatlichen Planwirtschaft fügte und u.a. die Finanzierung von Eroberungskriegen zu sichern versprach. Als diese neue Klasse genügend erstarkt war, forderte sie „Freiheit", nämlich Freiheit von der Bevormundung der Regierung. Dieser „Liberalismus" spiegelte sich politisch als Einschränkung der absoluten Monarchie durch Schaffung der konstitutionellen Monarchie oder, in manchen Fällen, durch Schaffung der Republik. Ökonomisch bedeutet Freiheit, der Theorie nach, die automatische Selbstregelung des Marktes durch Nachfrage und Angebot. Der Umschwung mochte aussehen wie eine harmlose Verwandlung des staatlichen in einen privaten Merkantilismus, also der staatlichen in eine private Planwirtschaft. Tatsächlich bedeutete das Prinzip des

„laissez faire, laissez passer" vom Ganzen her beurteilt Planlosigkeit, blindes Spiel des privaten Egoismus, kurz: ökonomische Anarchie.

Was hier mit privater Planwirtschaft oder richtiger öffentlicher Planlosigkeit gemeint ist, trifft vor allem jene Versicherung gegen das Risiko durch die Forderung eines hohen Profits, also das persönliche Vermeiden notwendiger Verluste und ihre Abwälzung auf die Konsumenten. Von hier beginnt die Entfaltung des Kapitalismus als breite Wirtschaftsmethode aller Unternehmer und seine Anerkennung gegenüber der einstigen Verurteilung des Profits und sogar des Zinses durch die Katholische Kirche. Mit der Entwicklung des Kapitalismus wurde die Kluft zwischen Armen und Reichen dauernd breiter, und es entstand eine neue Klasse von Reichen, die zu einer neuen Steigerung des Kapitalismus fähig waren.

Dieser Moment trat ein mit der Entwicklung der Fabriken durch die Einführung der Maschine, der Dampfkraft und — später — der Elektrizität. Nur die besitzende Klasse konnte Maschinen und die zu ihrer Bedienung nötigen Arbeitskräfte bezahlen. Das Geld wurde in Waren umgesetzt, nämlich hauptsächlich in neue Maschinen, die selbst wieder Waren in rascherem Tempo, grösserer Quantität und gleichmässigerer Qualität herstellten. Mit der modernen Fabriksmaschinerie entstand daher zugleich die neue Klasse der Fabriksarbeiter, die sich Proletarier

nannten. Sie sahen in den reichen Unternehmern ihre Feinde und nannten sie Bourgeois als Schimpfwort, oder auch Kapitalisten. Die Kapitalisten begannen damit, die Maschinen und die ganzen Fabriken mit zum Kapital zu rechnen, die Proletarier sahen zwar zuerst auch in den Maschinen ihre Feinde, bald aber nur in den Kapitalisten, weil sie die aus den Maschinen sich ergebenden Profite einstrichen, sie forderten daher den Besitz oder Mitbesitz der Maschinen. Die Stellung des Arbeiters blieb unklar, wenigstens in der Praxis. Alle Ökonomie besteht aus Produktion und Konsumtion, alle Menschen sind Konsumenten und in der Regel, d.h. bis auf Kinder, Kranke, Alte usw. auch Produzenten. Der Maschinenprozess aber erzeugte die Praxis, alle Ökonomie in drei Kategorien zu teilen, in Produzierende, Konsumierende und Arbeiter, während doch der Arbeiter ein Mitproduzierender und ein Mitkonsumierender ist. Der Kapitalismus führt dazu, dass der Arbeiter vom Kapitalisten konsumiert wird, er verarmt ihn, wenn er die Profite in massloser Weise an sich zieht.

Der Begriff der Konsumtion ist nicht identisch mit dem negativen der Zerstörung. Wer sein tägliches Brot isst, zerstört zwar das Brot, aber er erhält sich selbst und somit seine Arbeitskraft und Schaffenslust, und der letzte Wert im gesamten ökonomischen Betrieb ist der Mensch. Die „Declaration of Independence" hat völlig recht, „persuit of happiness'

für ein unbestreitbares Menschenrecht zu erklären. Aber Konsumtion kann auch wirkliche Zerstörung bedeuten, die niemandem zugute kommt, dann ist sie völlig unproduktiv, im Gegensatz zu jener produktiven Konsumtion. Naturereignisse, wie starker Frost, Überschwemmung, Feuer, Trockenheit usw. sind unproduktive Konsumtion. Menschlicher Leichtsinn, Roheit, Sadismus, Zerstörungslust sind sozusagen menschliche Naturereignisse. Krieg dagegen ist kein Naturereignis, Krieg ist systematische unproduktive Konsumtion. Was durch Krieg zerstört ist, zwingt zu Verzicht, also Reduktion des Lebensstandards, bis das Zerstörte durch neue Arbeit, neue Produktion ersetzt ist. Dem Kapitalisten mochte es vielleicht scheinen, als brächte ihm Massenzerstörung einen aufnahmefähigen Markt; er ist enttäuscht, wenn der Krieg den Markt selbst zerstört. Zerstörung bleibt Zerstörung. Unsere Generation lernt das. Man kann langsam wieder aufbauen, aber in der Zeit des Aufbaus heisst es, verzichten. Massenzerstörung bedeutet heute nach dem Kriege Massenhunger, Massenkrankheiten, Massenverzweiflung, Massenverdummung, Massenselbstmorde, Massentod — der Konsumenten. Moderne Waffenindustrie gibt zwar den Massen eine Weile Arbeit, aber sie führt zum Ruin derselben Massen und heute, anno 1947, zahlen die Sieger als Preis ihres Sieges Millionen Dollars in die Länder, die durch Krieg zerstört worden sind,

damit produktive Arbeit überhaupt erst wieder beginnen kann und eine Konsumkraft für die Produktion der Sieger sich bildet.

Der Kapitalismus führt Menschen dauernd in Versuchung. Er verlockt zu unlauteren Tricks, zu Spekulationsgeschäften und Wucher, er lenkt von den wirklichen Werten des Lebens, vom echt Menschlichen ab. Der Kapitalist wird selbst eine Maschine, eine Geldvermehrungsmaschine; man wundert sich, dass ihm nicht vor sich selber graut. Er kann alles kaufen, was käuflich ist, und das Beste im Leben ist nicht käuflich. Der Plutokrat langweilt sich, weil er kein wertvolles Ziel hat, er gerät auf kostspielige Extravaganzen, er erstickt seine Leere durch Sensationen wie z. B. die der Jagd oder des Hazardspiels. Sicher gibt es auch starke Charaktere, die den Versuchungen des Reichtums widerstehen und als verständnisvolle Kunstsammler, Mäzene und Philanthropen Grosses leisten. Aber der Kapitalismus verdirbt die ganze Gesellschaft. Die Hebung des Lebensstandards und der Hygiene, an sich positive Erfolge des Kapitalismus, paaren sich mit dem Ziel, das Leben nur in rein materieller Richtung zu verbessern. Massenwaren, Massendienste — z. B. Lesestoff, Radio, Kino — erziehen vielfach zu Mediokrität. Dieselben Menschen, die den Plutokraten beneiden, haben das geheime Ideal, selbst Plutokraten zu werden; sie hassen und bewundern ihre geheimen Vorbilder

zugleich; sie sind jämmerliche Wunschkapitalisten, die teils nicht die anrüchige Tüchtigkeit, teils nicht das nötige Glück haben.

Das ist der psychologische Aspekt, der im Kapitalisten den Vertreter des „l'art pour l'art"-Prinzips innerhalb der Ökonomie sieht. Eric Kahler hat von hier aus Jakob Fugger als den ersten Kapitalisten bezeichnet, weil er als erster sich und seine Familie als Mittel auffasste „das Geschäft im Gange zu halten" (S. 311), er sagte, „er wolle Profite machen, so lange es möglich sei". Dem entsprechen Aussprüche späterer Kapitalisten, so die Antwort von einem auf die Frage, wieviel Vermögen ihn befriedigen würde: „ein wenig mehr". (S. 460). Der echte Kapitalist wird der Diener zweckloser Geldvermehrung.

Verteidiger des Kapitalismus haben es leicht, zu beweisen, dass der Kapitalismus unsere heutige Zivilisation wenn nicht geschaffen, so doch finanziert hat, dass er Millionen Menschen Waren, Vergnügungen und Genüsse als alltägliche Selbstverständlichkeit zugänglich gemacht hat, die man erst bemerkt, wenn man in Länder geringeren Lebensstandards kommt und sie dort vermisst. Aber alle positiven Verdienste können nicht vergessen machen, dass der Lebensstandard durch Elend und Kummer von anderen Millionen Menschen erkauft ist, jenen Millionen, die nicht mehr den gepriesenen Lebensstandard erlebten und geopfert wurden, jenen Mil-

lionen, die mit billigen Genüssen und Vergnügungen geblendet werden und doch nicht zufrieden sind.

Ist mit dieser Kritik der Kapitalismus abgetan? Wenn er Fehler hat, warum sollten wir sie nicht beseitigen können?

Gewiss kann man Fehler verbessern. Diejenigen Kreise, die den Kapitalismus erhalten wollen, verstehen von ihm mehr als die Theoretiker und Kritiker, sie leben täglich in dieser Praxis, sie sehen die Depression kommen und sie handeln danach, sodass man sogar gesagt hat, sie käme nur, weil die Unternehmer sich einbilden, sie komme, und danach handeln. Wie immer das sein mag, die klugen Geschäftsleute, die guten Rechner sind bereit zu Korrekturen, um das ganze System zu retten. Sie verstehen, dass eine Kontrolle des Marktes nötig ist, dass die alte Theorie des „laissez faire, laissez aller" nicht stimmt, dass der Markt sich nicht durch die Preiskurven selbst korrigiert, dass also der Markt von jemandem reguliert werden sollte; sie meinen, dass sie selbst das tun sollten und könnten, wenn sie zuerst sich selbst kontrollierten, ihre Erwerbsucht einschränkten, und sie geben zu, dass auch die Regierung etwas tun sollte. Der „Employment Act" von 1946 im Kongress in Washington D.C. ist ein solcher Schritt. Er macht die Regierung verantwortlich, „to promote maximum employment, production and purchasing power", (grösste Arbeitsbeschaffung, Produktion und Kauf-

kraft zu fördern). Ein „Council of Economic Advisors" soll den Präsidenten und das Volk über den jeweiligen Stand der Volkswirtschaft informieren und Ratschläge geben, wie man den Wellengang von Inflation und Deflation verhindern oder mässigen kann. Eine andere Schwäche oder Krankheit des Kapitalismus sind die Monopole; man versucht daher, die freie Konkurrenz zu schützen. Man hofft, die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen durch Steuergesetze zu überbrücken, besonders durch Erbschaftssteuer, die viele Plutokraten zwingt, die Rolle der Mäzene zu übernehmen, was schliesslich jeden versöhnen muss. Aber auch „limited capitalism", wie ihn C. E. Ayres in einem mutigen Buch (1946) empfiehlt, ist nur ein Versuch, das Krankheitssymptom zu kurieren, anstatt die Krankheit zu beseitigen. Besteuerung heisst ausserdem nur, die Ortsverschiebung aus privatem Besitz in öffentlichen; sie kommt also vor allem den öffentlichen Unternehmungen der Regierung zu gute und ist daher nur sehr indirekt eine Hebung des Privatbesitzes der bisher Armen. Die Armen bekommen vorzügliche Autostrassen, aber kein Geld, die dazu gehörigen Autos zu kaufen. (Das gilt nicht für die U.S.A. wo fast jeder Arbeiter seinen Wagen hat).

Trotzdem mag man jeden Versuch, die Krankheitssymptome zu kurieren, mit Wohlwollen begleiten, denn darin liegt die Anerkennung, dass der

Kapitalismus krank ist, und der erste Schritt, um weitergehen zu können. Konzentrieren wir uns nochmals auf das Grundprinzip, das von ihm verteidigt wird: es ist das freie Unternehmertum. Das bedeutet erstens die Freiheit des Unternehmers von der Reglementierung durch die Regierung und zweitens die Freiheit, Profit von beliebiger Höhe fordern zu dürfen. Die erste dieser zwei Freiheiten ist demokratisch, die zweite ist völlig undemokratisch, sie ist anarchisch und meist Übervorteilung. Weil die erste Forderung der Freiheit von Staatsbevormundung demokratisch ist, nennen die Kapitalisten das Ganze, also einschliesslich der zweiten Forderung, demokratisch.

Die Absicht dieses Kapitels, aufzuzeigen, was demokratische Ökonomie ist, führt zur Kritik des Kapitalismus, soweit er *nicht* demokratisch ist. Geschichtliche Entwicklungen sind irrational. In den Vereinigten Staaten von Amerika sehen wir den Kapitalismus mit Demokratie gepaart, obwohl sich Kapitalismus als undemokratisch erweist, weil er zu ökonomischen Privilegien führt. Paradoxerweise benützen die Privilegierten — die Multimillionäre, die einfachen Millionäre, die Reichen, die Mittelreichen, und sogar die Wunschkapitalisten alle jenen ersten Faktor der Abwehr von Regierungsmassnahmen grossen Stils, also die bestehende demokratische Ordnung zur Erhaltung ihrer antidemokratischen

Privilegien auf dem Gebiet der Ökonomie, also auch zur Erhaltung von Armut, obwohl die gesamte vom Kapitalismus geschaffene Maschinerie imstande wäre, jeder Familie von vier Köpfen, wenigstens in U.S.A. ein Jahreseinkommen von $ 4.400 zu gewähren (Strachey, S. 32).

Wenden wir uns also zum Sozialismus, um zu sehen, ob er eine demokratische Ökonomie bietet.

Der Begriff Sozialismus hat zahllose Schattierungen, insofern ist er weit komplizierter als der Kapitalismus, der in sich eindeutig ist. Wenn man innerhalb des Kapitalismus den Ton auf die individuellen Ansprüche auf Privatbesitz des Kapitals legt, also in ihm extremen ökonomischen Individualismus oder auch ökonomische Anarchie sieht, kann man Sozialismus, dem Worte nach, als die Wirtschaft zu Gunsten der Gesellschaft ansprechen. Ihm ist daher eine demokratische, somit ethische Tendenz zugrundeliegend. Für Sozialisten heisst das laissez-aller-Prinzip soviel wie laissez-mourir (Le Blanc). Die Sozialisten sind die Armen, die Leidenden, oder, falls sie zu den Besitzenden gehören, die Mitleidigen. Weil das Mitleid ein Grundthema christlicher Ethik ist, gibt es auch christlichen Sozialismus. Aber viele Sozialisten wollen nichts vom Christentum wissen, weil die Kirche — nicht die Lehre Christi — sich mit dem Kapitalismus verbündet hat. Das Leid neigt dann zum Neid, zu Trotz und Kampflust, und aus

Antiklerikalismus wird philosophischer Materialismus und Atheismus aus Ressentiment.

Die meisten Theoretiker des Sozialismus klagen den Kapitalismus wegen seiner Profitjagd an, sie sehen das Unrecht im individuellen Besitz der Produktionsmittel, also dem Besitz der Fabriken mit ihren Instrumenten und Maschinen. Mit diesem Besitz ist das Recht der Preisbestimmung verbunden, die auf Planung beruht. Der Sozialismus will die persönliche, egoistische Planung durch eine unpersönliche, altruistisch sich auswirkende ersetzen. Diese Forderung ist durch eine öffentliche, d.h. staatliche Planbehörde zu verwirklichen. Die Formel, dass sich der Markt durch Nachfrage und Angebot selbst zu regeln habe, wandelt sich: die Regierung soll die Konsumtion des Nötigen durch die Produktion des Nötigen ermöglichen und für die gerechte Verteilung der Güter und Dienste sorgen. Die sozialistische Wirtschaft ist für die Massen da.

Strachey benutzt einen Bericht des „American National Survey of Potential Production Capacity", um das durch ein Beispiel zu veranschaulichen. Im Jahre 1933 war in Amerika Knappheit an Wohnungen, es fehlten 15½ Millionen neue Wohnungen. Man rechnete damit, innerhalb von zehn Jahren jährlich etwa 1½ Millionen Wohnungen zu schaffen. Die nötige Menge von Material und Arbeitern war vorhanden, aber es gab noch andere Knappheiten

z. B. in Kleidung und Nahrung, also musste das Material und die Arbeitskraft verteilt werden. Für den Wohnungsbau braucht man in Amerika Stahl. Da man Wolkenkratzer baute, war nicht genug Stahl für Wohnungsbau zur Verfügung. Die Untersuchung ergab, dass im Hausse-Jahr 1929 nur 84 % des Stahls produziert wurde, den die Stahlwerke zu erzeugen fähig gewesen wären. Bei voller Produktion hätten 8,7 Millionen Tonnen Stahl zur Verfügung gestanden, aber man hätte sie auch dann nicht für Wohnungsbau benutzt, sondern wieder für „Office-Skyskrapers", obwohl schon die vorhandenen teilweise leerstanden. Man nahm an, das Volk verlange solche Wolkenkratzer für Büros, weil sie gut aussehen. Strachey meint, man hätte wissen können, was das Volk wirklich brauchte, es sei nur das kapitalistische Vorurteil gewesen, niemand dürfe befehlen, wie die Vorräte von Stahl verwendet werden sollten. Die weitere Ausführung von Strachey beweist, wie relativ leicht es ist, die wirklichen Bedürfnisse des Volkes auszurechnen; man mag das dort nachlesen. Sicher zeigt das Beispiel, dass der Markt nicht aus dem Angebot des Unnötigen bestehen sollte. Wenn die Gesellschaft aus unvernünftigen Personen besteht, hat sie an den Folgen der Unvernunft zu leiden. Die Sozialisten sind überzeugt, dass sie selbst vernünftig denken und besser planen können als die Unvernünftigen, die nur an Gewinn denken. Daher

scheint es, dass die Wahl darin besteht, ob man die Freiheit zur Unvernunft schützen, oder den Zwang zur Vernunft einführen soll, worauf die Kapitalisten die Freiheit zur Unvernunft vorziehen und das mit dem Begriff der Freiheit des Unternehmertums, d.h. der Demokratie begründen, denn der Zwang zur Vernunft sei offenbar Diktatur. Aber eine öffentliche Behörde, die sich statt nur an eine Gruppe von Bauunternehmern an das Volk wenden könnte, müsste nach Stracheys Auffassung gar nichts diktieren. Sie könnte eine Umfrage halten und etwa formulieren: „Nach unserer Statistik fehlen 15½ Millionen Wohnungen, wollt ihr Wohnungen gebaut haben oder Bürohäuser in Form von Wolkenkratzern? Platz für Büros ist bereits genügend vorhanden". Wenn die Antwort lautet, wir wollen Wohnungen, und die Planungs-Behörde sagt: „da ihr Wohnungen wollt, baut, bitte, Wohnungen", kann man nicht von Diktatur reden.

Sozialismus besteht also erstens in der Sozialisierung der Produktionsmittel, zweitens dem Ersatz der privaten anarchischen Planung der Kapitalisten durch eine offizielle Planung nötiger Produktion; daraus folgt nach sozialistischer Theorie drittens die Möglichkeit einer gerechten Verteilung der Güter und Dienste an die Massen und viertens eine Minderung oder gar Aufhebung der Klassengegensätze.

Für die gerechte Verteilung sind verschiedene

Theorien aufgestellt worden: entweder gleiches Einkommen für alle (nur von George Bernard Shaw verfochten) oder in Proportion zu der Quantität und Qualität der verrichteten Arbeit, (Sozialismus im engeren Sinn) oder entsprechend dem Bedarf (das ist nach Strachey Kommunismus). Der erste dieser Vorschläge hat deshalb keinen Anklag gefunden, weil alle anderen darin einig sind, dass die Menschen entsprechend ihren verschiedenen Fähigkeiten entlohnt werden müssen; der zweite will die Konsumgüter als Privateigentum belassen und nur die Produktionmittel sozialisieren, der dritte will auch die Konsumgüter sozialisieren, wodurch das Privateigentum eingeschränkt wird. Denn auch der Kommunismus hebt Privateigentum nicht vollständig auf.

Unter dem alten Oberbegriff Sozialismus schieden sich also zwei neue Begriffe: erstens der Kommunismus und zweitens der Sozialismus im engeren Sinn, der in viele Schattierungen zerfällt, die alle zusammen dem Kommunismus gegenüberstehen.

Der Sozialismus im engeren Sinn ist evolutionär, er will durch Mitverantwortung, also Teilnahme an der Regierung, zusammen mit anderen Parteien die Übel des Kapitalismus allmählich heilen. Der Kommunismus ist revolutionär, er glaubt nicht an die Möglichkeit, den Widerstand der Kapitalisten jemals auf friedlichem Wege zu überwinden. Er ist auf Gewalt aufgebaut. Der Sozialismus ist im Kern

pazifistisch, der Kommunismus vielleicht auch, aber in seiner gegenwärtigen Form expansiv und daher kriegerisch. Der Kommunismus verspricht — absolut ehrlich — das Paradies auf Erden, aber er setzt hinzu: wer in unser Paradies sich nicht einpasst, wird in die Hölle geworfen. Die Literatur über den russischen Kommunismus bietet entweder den einen Aspekt oder den anderen, je nach der Einstellung des Autors. Es ist daher fast unmöglich, sich ein objektives Urteil zu bilden. Die Fortschritte in der Industrialisierung, der Technik, der Hygiene, der Volksbildung sind in den 30 Jahren seit der russischen Revolution erstaunlich gross, obwohl Russland erst mit inneren, dann mit äusseren Feinden zu kämpfen hatte. Die Fortschritte gingen und gehen weiter über Menschenglück und Leichen. Man kann verstehen, dass die Revolutionäre von 1919 sich gegen Sabotage und Reaktion wehrten; aber: „tous comprendre ce n'est pas tous pardonner". Es sind zahllose Unschuldige aus blosser Angst geopfert worden und oft, allzu oft ohne das, was die amerikanische „Bill of Rights" als gerechtes Gericht betrachtet. Wer Gerechtigkeit in der Verteilung anstrebt, müsste einsehen, dass Gerechtigkeit erst recht für Gerichte gilt. Freunde Russlands behaupten, dass sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse gebessert hätten.

Die alltäglichen, fast stets durch Leidenschaft getrübten Debatten pro und contra Kommunismus

leiden an einer Konfusion, die sich hinter den Begriffen Demokratie, Kapitalismus, Kommunismus verbirgt. Sowohl der Kapitalismus als auch der Kommunismus nehmen für sich in Anspruch, demokratisch zu sein, wobei unter ersterem der in Amerika, unter letzterem der in Russland verstanden wird. Wie weit beide das Recht haben, sich demokratisch zu nennen, wird klar, sobald man den ökonomischen und den politischen Faktor trennt: der amerikanische Kapitalismus ist die restlos anarchische Wirtschaft eines freien Wettbewerbes, der dauernd über Menschenglück und Leichen geht, dagegen ist russische *Okonomie* ihrer prinzipiellen Tendenz nach demokratisch, d.h. für das Volk. Sie strebt das gleiche Wohl aller an — es ist hier offen zu lassen, ob es ihr gelingt, dieses Ziel in der Praxis zu erreichen, es ist auch einschränkend hinzuzusetzen, dass unter „alle" verstanden wird, alle Kommunisten mit Ausschluss der anderen. Umgekehrt ist die amerikanische *Konstitution* und deren Anwendung im politischen Leben demokratisch — der Tendenz nach, obwohl die freien Wahlen durch die „Wahlmaschinen" und durch Korruption getrübt sind und eine abscheuliche Missachtung der konstitutionell garantierten Gleichberechtigung gegenüber den farbigen amerikanischen Bürgern herrscht. Besonders in den Südstaaten ist die Kultur in dieser Hinsicht noch weit zurück. Dagegen ist die russische *Innenpolitik*

— obwohl frei von Diskrimination der Nationalitäten — eine Diktatur, ausgeübt von einer relativ kleinen Minorität (etwa 1% der Bevölkerung). Die Fiktion, dass diese kommunistische Partei den Willen des Volkes vertritt, also eine Diktatur des Volkes sei, verschleiert die Tatsache, dass die Diktatur über das Proletariat herrscht. Dazu kommt, dass die Fiktion des Einklassensystems unter dem Wort Proletarier nicht nur den Fabrikarbeiter rechnet, sondern Bauern, Handwerker, Bürger, Mittelklasse, kurz alle Klassen. Die Klassen sind da, aber man dekretiert, dass sie nicht da sind; offiziell werden sie einfach nicht unterschieden.

Daraus folgt, dass der Begriff Demokratie in diesen beiden Fällen — Amerika und Russland — auf verschiedene Seiten des nationalen Lebens bezogen wird. In U.S.A. ist nur die Konstitution demokratisch und die Politik und Rechtssprechung soweit, als sie den Geist der Konstitution in die Praxis umsetzen (Man denke an die laxe Behandlung der Lynchjustiz). In Russland dagegen ist das Prinzip der Ökonomie — der Tendenz nach — demokratisch, wozu noch die demokratische Gleichheit aller Rassen und Farben kommt. Also beide sind demokratisch, aber Amerika politisch, Russland ökonomisch und nur teilweise politisch.

Die amerikanischen Kapitalisten glauben wirklich, dass, weil ihre Konstitution demokratisch ist, auch

ihr Kapitalismus es sein müsse. Die Freiheit des Unternehmertums ist selbstverständlich ein demokratisches Prinzip, — solange es für alle gilt. Freiheit des Unternehmertums bedeutet in der Praxis, dass die meisten kleinen Geschäftsunternehmungen nach dem ersten Jahr bankerott sind. Die Freiheit des Unternehmertums ist in einem kapitalistischen Staat das Privileg weniger, vielleicht sogar vieler, aber nicht aller. Wie weit es in Russland eine Freiheit des Unternehmertums gibt, ist wohl strittig. Sicher ist die Freiheit des Unternehmertums für alle zu fordern und daher für alle durch Gesetze zu schützen und zwar hauptsächlich zu gunsten der Armen. Demokratie heisst, dass das Volk sich selbst Gesetze gibt, sich selbst Schranken auferlegt. Eine Planwirtschaft braucht keine Diktatur zu sein, das Volk müsste sie beschliessen, die Kapitalisten müssten selbst sich die nötigen Gesetze auferlegen, um auf die Dauer frei bleiben zu können im Rahmen gleicher Freiheit für alle.

Die russischen Kommunisten andererseits sagen, dass sie demokratisch sind, weil niemand die Freiheit des Unternehmertums missbrauchen darf. Und doch müssen sie fühlen, dass ihnen die Freiheit der Rede abgeht. Auch hier behaupten die Verteidiger Russlands, dass es viel offene Kritik gebe. Es soll uns freuen, wenn es wahr ist. Sicher wird sie eines Tages durchbrechen, denn der Mensch kann auf die Dauer

nicht ohne volle Freiheit leben, nicht der reife Mensch.

Allein, hier liegt die Schwierigkeit, zu entscheiden, wer reifer sei, der Kommunist oder der Kapitalist. Der Kommunist sagt mit einem Achselzucken, Freiheit ist das Ideal von Euch Bourgeois, Freiheit ist ein Luxus; es kommt darauf an, die Massen satt zu machen und gesund zu erhalten, damit sie arbeiten können und alle gleich gut leben. Man müsse den prozentualen Erfolg des Kommunismus in Russland würdigen und das nicht nur auf der Folie des zaristischen Russland, auch auf der des demokratischen Amerika. Dort stehe die Freiheit auf dem Papier und die Kommunisten würden heute aus ihren Ämtern verjagt ohne Verhör. Das ist zwar vielleicht der Fall, und kein echter Demokrat wird es dann verteidigen; dagegen wird er dem Kommunisten sagen, es sei doch eine sonderbare Inkonsequenz für die Kommunisten, die in den Vereinigten Staaten leben, alle Freiheiten und Menschenrechte zu verlangen und zugleich sie für einen Luxus von rückständigen Bourgeois zu erklären. Wer also ist reifer? Die amerikanischen Demokraten identifizieren, wie wir sahen, ihren Kapitalismus mit demokratischer Freiheit, und als Folge dieser Freiheit leben erschreckend breite Schichten von amerikanischen „Bourgeois" in kümmerlichster Armut. Aber sie sagen nicht, dass ihre Menschenrechte, auch nicht ihr Wahlrecht ein Luxus von Bourgeois ist. Gewiss

kann man fragen, was nutzt es, vier Jahre zu hungern, um dann einmal wählen zu dürfen. Aber diese Formulierung ist schief. Denn dieses Recht gibt den Massen die Chance, allmählich ihre ökonomische Lage aut rechtlichem Wege zu verbessern. Kommunisten behaupten, dass jeder Arbeiter und Bauer in Russland die Freiheit habe, in seiner Gemeinde mitzureden, natürlich nur in technischen und ökonomischen Angelegenheiten, die aber für ihn das einzig lebenswichtige und interessante seien. Mag sein, dass das so ist. Aber der russische Kommunist darf eben das System selbst nicht kritisieren, auch nicht die Mitglieder der Regierung. Wenn man sagt, er interessiere sich gar nicht für die prinzipiellen Probleme der Regierenden, dann ist damit offen zugegeben, dass der einzelne Arbeiter und Bauer in Russland nicht politisch reif ist. Es ist aber zu gunsten dieser Russen zu fragen, ob sie wirklich alle der Meinung sind, auf die paar Millionen Bürger, die in Gefängnissen und durch Zwangsarbeit zugrunde gehen, käme es nicht an.

Was ist das Resultat dieser Überlegungen, die sich uferlos fortsetzen lassen? Wenn weder Kapitalismus noch Kommunismus eine demokratische Ökonomie mit demokratischer Politik vereinen, gibt es nichts drittes? Man wird zunächst an den Sozialismus im engeren Sinne denken, an die deutsche Sozialdemokratie oder den englischen Sozialismus, der

heute regiert und Wunder tun soll mitten in Hungersnot und dem Umbau des Imperiums. Sicher ist der Sozialismus im engeren Sinn der Träger des Fortschritts, er müsste sich nur von der Idee des Klassenkampfes befreien und den Gesichtskreis vor allem der Arbeiter, über die Fragen der Löhne, Arbeitsstunden, sanitären Arbeitsbedingungen, Arbeiterversicherung usw. hinaus erweitern zu den umfassenden Fragen der Weltdemokratie. Der im Vordergrund stehende Kampf gegen die Arbeitgeber erzeugt ein schiefes Bild, als ob es sich nur um diesen einen Fragenkomplex handelte und mit etwas höheren Löhnen die Welt zu heilen wäre. Die heute in London regierenden Sozialisten sind gezwungen, weit über die Fragen der Arbeiterpolitik hinauszugehen. Mit Arbeiterpolitik kann man diese eine Klasse gewinnen, aber was ist damit gewonnen?

Die Kapitalisten, Sozialisten, Kommunisten rechnen einander gegenseitig ihre Unvollkommenheiten vor und die Menschheit muss fragen, ob es denn nichts vollkommeneres gibt. Der Meinungskampf ist ein Markt geistiger Nachfrage und geistigen Angebots. Die Ware aber ist schliesslich ökonomischer Frieden ohne Klassenkampf, Klassenfrieden.

Es gibt bekanntlich seit mehr als hundert Jahren eine Wirtschaftsform, die auf der Vereinigung von reiner Demokratie mit dem Verzicht auf „Profit" beruht: die „Co-operatives", in Deutschland Ge-

nossenschaften, speziell Konsumgenossenschaften genannt.

Das „Co-operative Movement" begann 1844 praktisch — nach mehreren theoretischen Vorstufen — in Rochdale in England: 28 arme Weber hatten jeder ein Pfund Sterling. Sie legten ihre Ersparnisse zusammen und begannen mit den 28 Pfund einen kleinen Handel mit Mehl, Hafergrütze, Butter und Zucker. Ein Jahr später hatte die „Rochdale Society of Equitable Pioneers" 80 Mitglieder und 180 Pfund. Jedes Mitglied hatte von nun an vier Anteile von je 1 Pfund einzuzahlen. Für dieses „Kapital" kaufte der Manager Waren und „verkaufte" sie dann wieder an die Mitglieder und zwar zum üblichen Marktpreis. Der Erlös war dafür bestimmt, Miete, Steuern usw. zu bestreiten und den Vorrat an Waren aufzufüllen. Die Mitglieder der „Co-operatives" lehnen den Ausdruck „Verkauf" ab. „Co-operatives produzieren, kaufen ein, verteilen und konsumieren". Was also sonst „Verkauf" heisst, ist hier „Verteilung". „Co-operatives" suchen keinen „Profit". „Ihre Absicht ist nicht, das Einkommen zu vermehren, sondern Verlust zu verhüten". Sie sparen nicht. Während der kapitalistische Geschäftsmann von einem zweiten kauft, um an einen dritten — mit Profit — zu verkaufen, ist die co-operative Gesellschaft ihr eigener dritter Partner. Die Leute, die ihr Kapital zusammenlegen, um billiger zu kaufen, machen nicht aneinander

Gewinne. Sie machen Gewinne im üblichen Sinn nur, sobald in einem „Co-op", auf deutsch in einem Konsumvereinsladen, ein Kunde kauft, der selbst nicht zur „Co-operative" gehört. Die kapitalistischen Gewinne sind nur möglich, solange die „Co-operatives" innerhalb einer kapitalistischen Umgebung arbeiten. Aber sie machen auch dann „Gewinne", wenn sie ganz unter sich bleiben, weil sie en gros einkaufen und zugleich en detail verteilen. Man nennt diese Gewinne Dividenden, diese „Dividenden" sind etwas wesentlich anderes als die des Kapitalismus. Das eingezahlte Kapital ist Gemeinbesitz, wird gemeinsam für Miete, Steuern, Geschäftsführung, Einkauf usw. verwendet. Die Preise sind so berechnet, dass der Käufer mehr zahlt als die Herstellung und Beschaffung der Ware kostet, er zahlt also selbst zu, jeder entsprechend der Menge und der Art von Waren, die er einkauft. Daher sammelt sich eine Summe an, die über das ursprünglich eingezahlte Kapital hinausgeht. Über diese Überschüsse berichtet der Manager in bestimmten Zeiträumen und die Mitglieder der betreffenden „Co-operatives" entscheiden selbst, was damit zu geschehen hat. Wenn mehr einkam, als für den Fortgang des Betriebes nötig ist, werden den Mitgliedern „Dividenden" in Proportion zu ihren Käufen verteilt. Das Geld geht an sie zurück. Das ursprüngliche Geld kam, wie alles Geld, von realer Arbeit,

welche Waren mit Tauschwert schafft, für welche das Geld als Zahlungsmittel eingeführt wird. Die „Gewinne" stammen von geschickter, ehrlicher und selbstloser Verwaltung, die den Ehrgeiz hat, für das Wohl aller Mitglieder zu arbeiten.

Dieses Experiment hat im Verlauf von nunmehr über 100 Jahren sich zu einer Institution ausgewachsen, die sich über viele Länder ausbreitet. Am fortgeschrittensten ist sie in Schweden, Dänemark und der Schweiz; in Russland gehörten über 11½ Millionen Mitglieder diesem System an, ehe es von den Bolscheviken aufgelöst wurde.

Das Entscheidende der „Co-operative"-Bewegung ist ihre streng demokratische Grundlage. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Frauen hatten hier schon im Jahre 1844 dasselbe Stimmrecht wie Männer. Für Einzelheiten der Methoden ist auf die Fachliteratur zu verweisen. Einen Überblick gibt das Buch von J. P. Warbasse. Nach diesem Autor lässt sich das Ziel der „Co-operatives" in zehn Punkte zusammenfassen:

„1. Ersatz des Profit-motivs durch das Dienst-motiv.
2. Unmöglichkeit von grossen privilegierten Einkommen durch Zinsen, Mieten und Dividenden.
3. Jeder soll ein Arbeiter sein.
4. Jeder soll ein Besitzer sein.
5. Ermutigung von Tüchtigkeit und von Verantwortlichkeit als Begleiterscheinung von Besitz.

6. Zusammenbringen der Menschen als Nachbarn zu gemeinsamer Arbeit für ihr gemeinsames Wohl.
7. Schulung der Menschen in der Verwaltung ihrer eigenen Industrie zu ihrem eigenen Vorteil.
8. Ersatz von Rivalität und Antagonismus durch gegenseitige Hilfe.
9. Rückgewinnung der seit langem verlorenen Kontrolle des Volkes über seine Lebensmittellieferungen und andere natürliche Bedarfsmittel.
10. Dezentralisation der Kontrolle über das Leben der Menschen und Verlegung dieser Kontrolle in das Individuum, die Familie und die Ortsgruppe."

Warbasse hat in jenem umfangreichen Buch alles Wissenswerte über Wesen, Vergangenheit, Gegenwart und voraussichtliche Zukunft der „Co-operatives" ausgebreitet. In unserem Zusammenhang kommt es nur darauf an, auszusprechen, dass die demokratische Form der Ökonomie seit mehr als 100 Jahren gefunden ist und funktioniert, obwohl Kapitalisten und Kommunisten ihr das Leben schwer gemacht haben und machen, denn beide wissen, dass ihr Fortbestehen in Frage gestellt ist, wenn das Volk erst einmal erkennt, dass die „Co-operatives" im Interesse des Volkes arbeiten.

Die co-operative Bewegung hat nicht nur Lebensmittelgeschäfte organisiert, sondern alle Arten von Geschäften und Industrien, einschliesslich co-operativer Banken. In Russland hatte die Narodny (Volks-

bank) im Jahre 1917 einen Umsatz von sechs Milliarden Rubel (Warbasse S. 49). In Russland wurde 1918 eine co-operative Universität gegründet. In U.S.A. existiert auf co-operativer Grundlage das Black Mountain College in North Carolina. Über Co-operation in der Industrie gibt die beste Aufklärung das Buch von Plumb und Roylance (1923). Es scheint sonderbar, dass diese Bewegung eine so grosse Ausbreitung gewinnen konnte, ohne doch die Aufmerksamkeit der Politiker und politischen Theoretiker annähernd so auf sich zu ziehen wie der Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus. Trotz ihrer Verbreitung lebt sie eine Art Incognito-Dasein. Das mag damit zusammenhängen, dass diese Bewegung sich ihrer politischen Bedeutung selbst nicht bewusst ist. Warbasse glaubt, dass die „Co-operatives" berufen sind, den Staat völlig zu ersetzen. Er unterschiebt ihnen damit ein Ziel des Anarchismus. Das ist ein bedenklicher Irrtum. Politik kann durch Ökonomie nicht ersetzt werden. Die „Co-operatives" müssen erkennen, dass die demokratische Regierungsform ihnen wahlverwandt ist.

Diese Erkenntnis ist in sozialdemokratischen Kreisen bereits vorhanden; sie haben die „Co-operatives" oder Genossenschaften, besonders in der Form der Konsumvereine stets unterstützt. Das Aufbringen höherer Löhne wird im Kapitalismus von Seiten der Geschäftswelt durch Erhöhung der Preise auf die

Käufer abgewälzt, und die Arbeiter gehören selbst zu den Konsumenten. Jeder Mensch ist Konsument, ob er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ist — Konsument verschiedener Quantitäten und Qualitäten, aber immer Konsument. Die Vorwürfe, die man den Arbeitgebern mit Recht oder Unrecht macht, mögen in der falschen Perspektive liegen, als handle es sich um einen Kampf zwischen Kapital und Arbeiterschaft; indessen handelt es sich um einen Kampf zwischen individuellem Profit gegen die Gesamtheit der Konsumenten. Persönlicher Profitismus ist „Contra-operation" anstatt „Co-operation". Man muss versuchen, jeweils die Ganzheit von Nachfrage und Angebot zusammen, von Geld und Arbeit zusammen, von Konsum und Produktion zusammen zu erfassen. Immer sind beide Seiten Teile eines Ganzen. Arbeiter und Unternehmer sind an sich keine Feinde, erst die Monopolisierung des Profits durch Private oder durch den Staat erzeugt die Spannung.

Warbasse hat für das Begriffspaar von Erzeuger und Verbraucher das Rezept für die demokratische Wirtschaft richtig formuliert: „Hört auf, für die Profitgeschäftswelt zu zahlen, behaltet den Überschuss für Euch selbst; mit ihm könnt Ihr die Welt kaufen. — Eine Gesellschaft, die für sich selbst produziert, ist ein gleichgewichtiger Organismus. In ihr ist Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion. Waren zu verknappen und die Preise

hoch zu halten, ist unvereinbar mit dem Interesse des Konsumenten. Zu viel zu erzeugen wegen der Ungewissheit des Marktes, ist unvereinbar mit dem Interesse des Arbeiters. Das co-operative System sorgt für eine wissenschaftliche Abschätzung der nötigen Menge von Waren und der nötigen Menge von Arbeitskraft". Was Warbasse Gleichgewicht nennt, ist identisch mit Harmonie, also mit dem Grundprinzip absoluter Ethik. Theoretiker der National-Ökonomie arbeiten mit mathematischen Gleichungen; die Harmonie lässt sich nicht durch rationale Methoden einfangen, denn sie ist irrational. Das soll kein Einwand sein gegen die Anwendung der Mathematik auf Probleme der Ökonomie, denn sie trägt eben eine gute Strecke weit und ist insoweit nützlich.

So masslos kompliziert die ökonomischen Transaktionen sind, so einfach ist das Grundprinzip, dass Produktion und Konsumtion einander gleich sein sollten. Ein Robinson Crusoe muss täglich durch seine Arbeit produzieren, was er konsumieren will. Die Menschheit als ganze hat genau dieselbe Aufgabe ausgedehnt über Zeit und Raum. Der Konsum geschieht in verschiedenen Tempi, manche Erzeugnisse sind sofort konsumiert, andere halten sich Wochen, Jahre, Jahrhunderte. Zu dieser Rechnung gehört die Menschheit mit. Die Menschen selbst sind das Zentrum von Produktion und Konsumtion. Sie verbrauchen sich selbst und sterben, sie produzieren

Erben und ihre Produktion von Gütern, die sie überdauern, erbt sich fort; materielle und geistige Güter überleben sie. Zur National-Ökonomie in diesem vollen Sinn gehören nicht nur Brot, Stiefel, Seife, sondern auch Bücher, Musiknoten, Kunstwerke, nicht nur Waren, Löhne und Arbeitszeit, sondern auch Philosophie, Theorie jeder Art, also auch National-Ökonomie selbst. Was sich vererbt, ist das materielle und geistige Kapital. Unser bestes Gut sind Gedanken, nicht Öl, Kohle, Eisen. Ohne Gedanken sind Öl, Kohle, Eisen ökonomisch wertlos. Ihr Wert hängt von der Qualität der Gedanken ab, die wir mit ihnen verknüpfen. Das aufgehäufte Gut von Gedanken, die sich wandeln, in neue Gedanken eingehen, sind das wahre Kapital der Menschheit. Es gibt Produktion von Gedanken und Konsumtion, d.h. geistiges Schaffen und geistiges Lernen und Umsetzen in materielle Produktion.

Es gibt Produktion von produktiven Gedanken und von destruktiven. Zu letzteren gehören unter vielen anderen Dingen Verbrechen und Krieg, aber auch jede Wirtschaftstheorie, die zu Zerstörung von Gütern, von Menschenleben und Menschenglück führt. Zu den destruktiven Gedankenkomplexen gehören Kapitalismus und Kommunismus. Gewiss werden viele auflachen und auf all das hinweisen, was beide Grosses geschaffen haben; aber wer kann übersehen, auf wessen Kosten, mit wessen Schweiss,

Blut, Angst und Not die Güter geschaffen sind, die den Stolz der Kapitalisten und Kommunisten ausmachen. Es nutzt nichts, zu sagen, das ist der Weg der gesamten Kulturgeschichte gewesen, dass Sklaven gepeitscht wurden, um Pyramiden zu bauen, denn wir wollen reine Hände haben. Uns freuen unsere Wolkenkratzer, aber uns graut vor unseren Slums und dann freuen uns unsere Wolkenkratzer weniger als zuvor und wir fordern, dass zuerst jeder Mensch eine menschenwürdige Behausung hat.

Im Hintergrunde aller National-Ökonomie steht die Frage, ob die Grundgedanken unseres Handelns produktiv sind oder destruktiv. Die Formel, dass die Produktion und Konsumtion einander entsprechen sollen, ist als ganze ein produktiver Gedanke. Aber, wenn man destruktive Güter produziert, wirken sie sich nicht als normale Konsumtion aus, nicht im ursprünglichen Sinn des verzehrten Brotes, das den Menschen erhält, sondern als wirkliche Destruktion, die sowohl Güter als Menschen zerstört. Krieg ist — heute und von heute an für immer — unökonomisch für Kapitalisten, Sozialisten, Kommunisten, „Co-operatives" — für alle, auch für die Militärs. Aber auch ohne Krieg sind Kapitalismus und Kommunismus unökonomisch, wenn sie Menschenleben und Menschenglück, wenn sie produktive Individuen zerstören. Wie man Klassen nicht töten kann, weil

sie immer neu geboren werden, so kann man noch viel weniger Gedanken töten, weil sie nur wiederentdeckt zu werden brauchen, um aufzuerstehen. Krieg und Gewaltpolitik können produktive Gedanken nur zeitweise aufhalten, nicht endgültig zerstören. Gewaltpolitik ist ein Mangel an produktivem Denken, sie bleibt destruktiv auch wenn das Ziel — angeblich — gut ist. Ein dritter Weltkrieg wäre kein Zeugnis für produktives Denken, er wäre ein Zeugnis für geistigen Bankerott. Man kann die Ideen des Kommunismus nicht mit Atombomben, die Ideen des Kapitalismus nicht mit chemischen und bakteriologischen Waffen zerstören. Man kann Gedanken nur durch Gedanken bekämpfen, falsche Gedanken durch Logik, und wenn falsche Gedanken auf schlechten Emotionen beruhen, auf Gier, Herrschsucht, Hass, muss man versuchen die Menschen auf edlere Emotionen zu bringen. Man kann Kapitalismus und Kommunismus durch die Förderung der „Co-operatives" bekämpfen, die für Privatbesitz sind, weil er demokratisch ist, nämlich das Individuum vor der Alleinherrschaft des Staates schützt, die insoweit für die Freiheit des Unternehmertums sind, als es diese Freiheit nicht anderen Unternehmern abschneidet, also keine, masslosen Profite für Einzelne fordert.

Es ist unwahrscheinlich, dass die „Co-operatives" im heutigen Zustand vollkommen sind oder gar ein Heilmittel für alles. Sie befinden sich im Stadium

isolierter Gruppen, von denen jede ihre eigene Planwirtschaft treibt. Die Entwicklung muss zu gemeinsamer Planwirtschaft führen, entsprechend der demokratischen Konstruktion zu einer Planwirtschaft bezw. Bedarfswirtschaft „von unten", d.h. nicht einer zwangsweisen Diktatur. Ihre Einordnung in die Politik würde leicht sein; in England sind die „Co-operatives" bereits ein Teil der Labour-Party.

Wenn die „Co-operatives" sich zu einem staatlichen System organisieren, werden sie nicht an den nationalen Grenzen halt machen können, sie werden sich zu einer wirtschaftlichen „Welt-Co-operative" entwickeln. In einer solchen friedlichen Weltwirtschaft werden die Zollgrenzen überflüssig werden, denn Zölle schützen Profite. Dann wird auch die Angst schwinden, dass die Völker hohen Lebensstandards auf niedrigen herabgeschraubt werden könnten, denn die Wirtschaft wird darauf eingestellt sein, den Lebensstandard der zurückgebliebenen Völker zu heben, statt ihre Kaufkraft durch Krieg zu vernichten, oder ihre Entwicklung zu verhindern, wie in manchen Colonialländern.

Ein co-operatives Wirtschaftssystem aller Staaten ist nur möglich, bei einer grundsätzlichen Absage an Nationalismus. Im Begriff der Souveränität verbirgt sich der staatliche Wirtschaftsegoismus. Die früher zitierten Devisen: „America first", „Asia for the Asiatics", „Deutschland über alles", usw., haben ihre

wirtschaftliche Parallele, die sich in den Zöllen, im Wahnsinn der Quoten, in der Unterbindung des Verkehrs durch Pässe und Visen, in Devisenverordnungen usw. verwirklichen und genau des Gegenteil von dem herbeiführen, was die Nationalisten beabsichtigen. Ihre nationalistische Brille trübt ihre Intelligenz bis zur Selbstvernichtung und der Schädigung aller. Ein Nichtfachmann kann hier nur sein Bekenntnis zu Freihandel und Öffnung der Grenzen aussprechen. Das Thema fruchtbar darzulegen, fordert ein jahrelanges Studium und vielleicht mehr als das, eine jahrelange praktische Erfahrung. Um dagegen sich in den Prinzipien zu entscheiden, braucht man nur gesunden Menschenverstand, vielleicht auch noch logische Schulung und Elastizität, um sich von eigenen Denkfehlern jederzeit lossagen zu können. Das Schlimmste ist der Drill und der daraus folgende starre Dogmatismus, der den Kapitalisten wie den Kommunisten unfähig macht, vorurteilslos jede Lehre zu prüfen, einschliesslich der demokratischen Prinzipien co-operativer Ökonomie.

Versuchen wir zusammenzufassen. Das Ideal des Anarchismus souveräner Staaten ist auf wirtschaftlichem Gebiet Autarkie. Kommunismus müsste nach einer Eroberung aller Staaten unter dem Schlagwort satter Mägen und einer Diktatur des Proletariats zur Diktatur einer minimalen Minorität führen, einer Proletarisierung der gesamten Menschheit und eines

Stillstands und Untergangs aller höheren geistigen Kultur, die auf der Denkfreiheit und Schaffensfreiheit derer beruht, die mit echter geistiger Produktivität begabt sind. Das Ideal der Weltdemokratie ist Weltplanung, um Harmonie zu erreichen, eine „Welt-Co-operative", in der die Nationen, alle Nationen, Partner mit gleichem Stimmrecht sind, ohne Diktatur, ohne die Tendenz der Übervorteilung, ohne Vetorecht.

Den drei Hauptarten der Politik: Anarchie, Demokratie, Autokratie entsprechen die drei Hauptarten der Ökonomie: Kapitalismus, freie Co-operative, erzwungene Co-operative oder Kommunismus. Politische Demokratie ist wahlverwandt mit freien, ökonomischen Co-operativen, beide sind produktive, ethische Gedanken.

Wir gingen von dem Satz aus, dass das erste aller Menschenrechte das Recht zu leben ist. Die erste aller Menschenpflichten ist, zu arbeiten, zu produzieren auf Grund produktiver Gedanken; demokratische Arbeit ist freiwillige Arbeit, Arbeit aus Freude an Arbeit und im Sinne der „Co-operatives" Arbeit als Dienst für andere, als Ausdruck freier Menschlichkeit. Das Recht zu leben ist gebunden an die Pflicht recht und gerecht zu leben. Das ist für Individuen und für Nationen das Ziel demokratischer Weltökonomie.

9. NATIONALISMUS UND KOSMOPOLITISMUS

Weltpolitik ist international, Weltregierung dagegen muss übernational sein. Beide haben mit der Tatsache zu rechnen, dass die Menschheit in Nationen gespalten ist, aber Weltpolitik steht positiv dazu, Weltregierung in gewissem Sinn negativ. Sie kann die Tatsache weder leugnen, noch vernachlässigen, sie wird stets weiter mit Nationen zu rechnen haben, aber sie selbst muss frei sein von Nationalismus, sie gehört keiner Nation an.

Wir unterscheiden Nationalität und Nationalismus. Die Existenz von Nationen prägt jedem Menschen Nationalität auf. Das Individuum gehört zugleich der Menschheit an und einem einzelnen Volk innerhalb der Menschheit, ihm ist Humanität angeboren und Nationalität anerzogen durch sein Aufwachsen in einem Teil der Menschheit, der bestimmte besondere Eigenschaften historisch entwickelt hat: Sprache, Sitten, Glauben, Bildung, „way of life", Welt- und Lebensanschauung. Nationalität ist das von Kindheit an dauernd uns umflutende Medium, aus dem wir unsere Gedankenwelt aufbauen. Wir

heften an dieses Medium Gefühle der Liebe, machen es zum Ziel unseres Handelns, wenn wir für seine Erhaltung kämpfen, tür seine Vervollkommnung arbeiten. Viele Menschen bilden sich ein, dass der Charakter ihrer Nation konstant ist, oder sie meinen, dass er unverändert erhalten werden sollte, dass sie daher gegen jede fremde Beeinflussung sich schützen müssten. Das Zugeständnis der Beeinflussbarkeit widerlegt die Annahme der Konstanz, und Historiker haben es leicht, den Wandel der nationalen Charaktere darzulegen.

Nationalismus erwächst aus der Pflege der Nationalität. Zu den Gefühlen der Gewohnheit an die Umgebung der Kindheit, der Familie, der Heimat, zu den Gefühlen der Liebe zum eigenen Volk — so vage diese sein mag — kommt das der Verpflichtung, persönlich den ererbten nationalen Charakter rein darzustellen. Mit dem Wort Verpflichtung ist gesagt, das Nationalgefühl wird eine ethische Forderung von erzieherischer Kraft. Seitdem die Nationen sich ihrer Verschiedenheiten bewusst wurden, hat dieser nationale Faktor einen Wettbewerb hervorgerufen fast wie zwischen ehrgeizigen Schülern in derselben Schulklasse. Nationalgefühl hat daher im guten Sinn gewirkt und zur Selbstbewertung, zu nationaler Würde erzogen.

Nationalgefühl blieb aber nicht bei Selbstachtung und Selbstvervollkommnung der eigenen Nation

stehen, es führte zu Überbewertung der eigenen und Unterbewertung jeder fremden Nation. Nationalismus heftete sich an jenes Nationalgefühl der ethischen Verpflichtung und vergiftete die Atmosphäre. Überbewertung wird zu nationaler Eitelkeit und Überheblichkeit. Sie führt, sobald sie in das politische Gebiet überströmt, zu Aggressivität gegen andere Völker.

Nationalität ist ethnologisch und durch geographische Faktoren bedingt, Nationalismus dagegen ist eine psychologische Erscheinung, die im Individuum wurzelt und aus der Masse als massenpsychologisches Phänomen zurückstrahlt; er muss ein besonders dankbares Arbeitsfeld für Gestaltpsychologie sein.

Ein Hauptcharakterzug des Nationalismus ist seine Irrationalität, der innere Widerspruch zwischen dem Individuum und der Ganzheit der Nation. Der Nationalist — im üblen Sinn — ist als Einzelwesen unsicher seiner selbst, voll vom Gefühl seiner Geringwertigkeit, zugleich aber als Teil seiner Nation übersicher und voll von Überwertigkeitsgefühlen. Im Herzen ist er kleinlaut, leer und zaghaft, aber öffentlich tritt er mutig und stolz auf, ja draufgängerisch und grossmäulig. Obwohl Durchschnittsmensch, fühlt er sich repräsentiert durch die Berühmtheiten und die wirklich Grossen seiner Nation. Sein Leben, das sich in kleinen Alltagspflichten aufreibt, sieht er

verklärt durch die Mission seiner Nation, zu der er sein Scherflein beizutragen die Ehre hat. Er ist ein machtloser, gehorsamer Bürger und schwelgt in dem Bewusstsein, einer mächtigen Nation anzugehören. Nationalismus ist ein Ersatzstoff für fehlende persönliche Grösse, unglückliche Liebe zu einem Ideal, das man selbst nicht erfüllt; ein Kothurn der Seele, der niemanden täuscht, ausser den Nationalisten selbst. Die Illusion, dass die eigene Nation höhere Werte repräsentiert als jede andere, entsteht leicht, wenn der Nationalist Andersheit mit Werthöhe verwechselt, wenn er weder die Bildung, Sprachkenntnis, Belesenheit, Bereistheit und Sachlichkeit hat, die anderen Nationen zu studieren, noch die innere Spannweite, froh darüber zu sein, dass die Menschheit so bunt ist, so unendlich reich und interessant.

Der Nationalismus muss sich dauernd selbst belügen, schmeicheln und zu Chauvinismus übersteigern, während das Nationalgefühl wirkliche Wertsteigerung, Schöpfungen in der Wissenschaft, Literatur und Kunst, in der Erziehung, Wohlfahrt und Produktion der eigenen Nation anstrebt. Es mag hier unentschieden bleiben, ob sich eine klare Grenze zwischen „Nationismus" — wenn diese Wortbildung erlaubt ist — und Nationalismus ziehen lässt, oft tritt er vermischt in Personalunion auf. Er ist ambivalent und wird daher bald gelobt bald getadelt. Jeder hat Nationalität und fast jeder auch etwas

Nationalismus im Herzen. Er fühlt es, wenn er in fremde Länder kommt, er fühlt es schon bei flüchtiger Reise und schmerzend stark, wenn er als Emigrant oder politischer Flüchtling sich in neuer Umgebung zurecht finden muss, in anderer Sprache, anderen Sitten.

Wer sein Volk in einen Krieg hineinführen, hineinlocken oder hineinpeitschen will, weiss, dass Nationalismus das beste Mittel ist, die Massen zu fanatisieren. Es ist so leicht, die eigene Nation als zugleich besser und als Unrecht leidend hinzustellen. Der Führer steht dabei auf dem künstlichen Postament nationaler Grösse. Führer und Volk berauschen sich an der Idee einer moralischen, heroischen und tragischen Rolle. Nationalistische Kriegsbegeisterung ist die Reflektion der Masseneitelkeit im Spiegel der Souveränitätsidee. Nationalismus war ein treibender Faktor beider Weltkriege, ein Heizstoff der Aggressivität. Man erwartete, dass die Eroberung von Ländern, der Sieg über schwächer gerüstete Nationen den Beweis für die überragende Qualität der angreifenden Nation erbringen werde, der Krieg sollte die Rangordnung entscheiden. Man täuschte sich in der Annahme, dass für Kulturvölker das Militär ein Wertmesser sei. Der Sieg derer, die sich zu verteidigen hatten, hat für den Augenblick die Idee der Demokratie gerettet, aber die Sieger sind jetzt selbst bedroht, in Nationalismus und Aggressivität

zu verfallen und sich gegenseitig umzubringen. Nationalismus macht blind für eigene Fehler und Schwächen und blind für die Vorzüge der anderen, er verschärft die Gegensätze und täuscht einen Gegensatz zwischen Nationen vor, der gar kein Gegensatz ist, vielmehr nur eine Andersheit.

Der Nationalismus hängt eifersüchtig an der Souveränität; er predigt, dass das Aufgeben der Souveränität dem Aufgeben der Nationalität gleichkäme. Man verwechselt dabei Nationalismus mit Nationalität, die niemand aufgeben kann, weil sie angeboren ist. Der Nationalismus verteidigt alle üblen Erbstücke nationalistischer Politik: Krieg, Imperialismus mit Ausbeutung von Kolonien, Rassenvorurteile, Absperrung der Einwanderung, Zwangstransport von nationalen Minoritäten, das Dogma, ein Land, der Boden, gehöre einer einzelnen Nation, Illusion der Autarkie und Zollwirtschaft.

Über jedes dieser Erbübel hat man Bücher geschrieben. Vielleicht am dringendsten wäre eine Aufklärung der Massen über die unselige Verwechslung von Staatsgrenzen mit nationalen Grenzen. Nach dem ersten Weltkrieg hat man sich bemüht, in Europa nationale Grenzen zu ziehen, teils mit völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verteilung der Nationalitäten; man hat dadurch Situationen geschaffen, die eine Auslösung des zweiten Weltkrieges erleichterten, man ist heute dabei, genau denselben

Fehler zu wiederholen. Aber die Erinnerung an den polnischen Korridor und Danzig dürfen nicht darüber täuschen, dass die Schuld an nationalen Grenzen überhaupt liegt, ob sie nun auf Kenntnis der ethnographischen Verteilung beruht oder auf Unkenntnis. Nationale Grenzen sind nur vorhanden, wo Menschen gleicher Nationalität zusammenwohnen und der Prozentsatz von Einwohnern anderer Nationalität gering ist. Aus dem Begriff der „nationalen Grenzen" folgt, dass man für Gebiete mit gemischt siedelnden Nationalitäten keine Grenzen ziehen kann. In den Vereinigten Staaten stösst man auf Autofahrten gelegentlich auf kleine Siedlungen mit russischen Aufschriften und kleinen russischen Kirchen mit Zwiebelkuppeln, man trifft bald danach rein deutsche oder holländische Siedlungen, aber niemandem fällt es ein, nationale Grenzen zu ziehen, weil alle sich Amerikaner nennen und nationale Grenzen eben nicht existieren. Nationale Grenzen überall durchführen zu wollen, auch dort, wo keine sind, ist vom Standpunkt der Logik unverständlich. Aber Nationalismus hat nur wenig mit Logik zu tun, umso mehr mit antirationalen Machtwünschen. Wenn die wirkliche nationale Grenze nicht dort läuft, wo man sie haben will, verschiebt sie der Nationalismus mit Gewalt und ohne Rücksicht auf den Nationalismus der anderen; so z. B. in Südtirol, wo die Italiener sich zuerst über eine Irredenta

beschwerten und dann eine deutsche Irredenta schufen. Nationalismus wird dann nur ein Vorwand für den Hunger nach Territorien und natürlichen Kraftquellen für die Armee; Strategen leiden an einem chronischen Drang, die Grenzen vor sich herzuschieben: zum nächsten Kirchturm, zum nächsten Feldherrnhügel, zur nächsten Brücke, zum nächsten Bergwerk.

Grenzen sind nicht auf die Dauer „nationale" Grenzen, weil die Menschen heute nicht mehr zuhause bleiben, sie wandern. Grenzen sind notwendig für die Administration, sie ermöglichen und erleichtern den bürokratischen Betrieb kommunaler und provinzieller Verwaltung öffentlicher Institutionen jeder Art, sofern sie Binnengrenzen sind, sie sind als Aussengrenzen durch den Geltungsbereich der staatlichen Gesetzesordnung gegeben. Diese Aussengrenzen sind das Objekt des Streites, als ob sie etwas anderes wären als administrative Grenzen. Sie sind es in der Tat, wenn man unter Politik versteht, den Geltungsbereich der eigenen Staatsgesetze auf fremde Gebiete auszudehnen. Das ist der tiefere, wenig versteckte Sinn der Aussensouveränität. Aussengrenzen hören auf, ein Problem zu sein, sie hören auf, zu existieren, wo Staaten sich freiwillig zu einem Bund vereinen; sie werden zu Binnengrenzen bis auf die Aussengrenze, die den Bund als ganzen umfasst. Die 48 Staaten von Nordamerika streiten sich nicht

über ihre Grenzen. Der Hafen von New York ist auf dem linken Ufer des Hudson das Territorium des Staates New York, auf dem rechten das des Staates New Jersey. Trotzdem ist New York kein Weltproblem wie etwa Danzig oder Triest, kein Mensch redet vom Hinterland von New York, weil sein Hinterland der ganze Globus ist. In einer Welt-Föderation fiele jede Aussengrenze weg und Binnengrenzen könnte man friedlich verschieben, wenn sich das aus administrativen oder ökonomischen Gründen empfehlen würde. Die nationalen Grenzen würden ohne besondere Betonung existieren und sich ohne Reibung mit den Wanderungen von grösseren Prozentsätzen verschiedener Nationalität verschieben. Grenzen sind keine Probleme der Gerechtigkeit, erst die machtpolitischen Ungerechtigkeiten bringen den Schrei nach Gerechtigkeit hervor. Die realen Grenzen von Nationalitäten als Geographie ihrer Verbreitung, als geographisches Kapitel der Ethnographie haben mit Gerechtigkeit ebenso wenig zu tun, wie die zoologischen und botanischen Landkarten. Es ist Zeitvergeudung, Verhandlungen über die Grenzen in Europa, über die „gerechten, nationalen" Grenzen zu führen, man lenkt nur die Aufmerksamkeit auf ein Nebenproblem, das im Grunde eine lokale Angelegenheit von Verwaltungstechnikern sein sollte, und lenkt sie ab vom Hauptproblem unserer Generation, der schleunigen Auf-

stellung einer Weltregierung. Man hängt am veralteten und Krieg erzeugenden Nationalismus, statt sich entschlossen zum Kosmopolitismus zu bekennen.

Kosmopolitismus beruht auf der gemeinsamen ethnologischen Verwandtschaft aller Menschen, er anerkennt die Tatsache der Existenz vieler Nationen, bleibt aber nicht festgebannt an der Vergötterung einer einzelnen Nation hängen, indem er zur Idee der Menschheit und Menschlichkeit fortschreitet. Humanität geht über Nationalität. Humanität gibt jeder Nationalität das Recht, sich zu entfalten, daher fordert sie als Pflicht, dieses Recht für die anderen Nationen zu respektieren. Nationalismus macht das Individuum beschränkt, Kosmopolitismus erweitert es bis zu den wirklichen Grenzen unserer Existenz; er erzeugt eine höhere Stufe der Loyalität, ohne die niedere an den einzelnen Staat, zu stören, er ist universal wie die absolute Ethik, er ist die Befreiung der Nationen von unethischen Tendenzen, von gegenseitigem unlauteren Wettbewerb, von Verdacht und Hass.

Nationalisten zu Kosmopoliten zu machen ist schwer. Wer in dieser Beschränkung aufgewachsen ist, erschrickt vor dem Wort „international"; es erinnert an den expansiven Kommunismus und seine heutige Form der Autokratie und Freiheitsberaubung. Kosmopolitismus aber ist nicht *inter*national, sondern *über*national. Das Wort Kosmos

bedeutet Ordnung und im erweiterten Sinn die geordnete Welt; Kosmopolitik ist die geordnete Verwaltung und Gesetzgebung der Menschheit, sie ist Weltregierung, und Kosmopolitismus ist der gesamte Komplex sozialer, ökonomischer und politischer Tendenzen, die eine demokratische, ethische, friedliche Verwaltung der Menschheit zum Ziele hat. Kosmopolitismus ist eine psychische Haltung, die menschliche Reife voraussetzt, die man durch Selbsterziehung erwerben kann und muss. Der Kosmopolit bleibt Glied seiner Nation, ihr loyal, und er vermag seiner Nation besser zu dienen als ein anderer Bürger das in der Rolle des Nationalisten je tun kann.

Die Weltregierung wird ihrem Wesen nach kosmopolitisch sein. Der Weltsenat wird vorläufig die nationale Stufe der Menschen vertreten, und da die Menschen national bleiben werden, ist das gut so; das Weltrepräsentantenhaus wird vom ersten Tag seiner Existenz an kosmopolitisch sein. Es muss genügenden Einfluss auf die Wahl der Weltadministratoren erhalten und ebenso bei der Anstellung der obersten Beamten der Weltpolizei, so dass die Weltregierung wirklich eine über allen Nationen stehende Regierung ist. Für den Weltgerichtshof schliesslich ist Kosmopolitismus eine selbstverständliche Voraussetzung.

Die Stärke des heute noch herrschenden Nationalismus fast in allen Staaten lässt diese Überlegungen

reichlich utopisch oder verfrüht erscheinen. Man kann immerhin nicht leugnen, dass Tendenzen zu Kosmopolitismus da sind. Dass Astronomen sogar in Kriegszeiten ihre Beobachtungen über alle Sternwarten hinweg ohne Rücksicht auf Nationalität austauschen, kann man nicht als Weg zu Solidarität hier unten auf Erden anführen. Dennoch geht ein Zug von Kosmopolitismus durch alle Wissenschaften, angefangen mit Logik und Mathematik, durch alle Naturwissenschaften, Anthropologie und Ethnologie usw. aber auch durch die Geisteswissenschaften, die Philosophie, Philologie usw. mit Ausnahme der Geschichtsschreibung, die oft einseitig nationalistisch gefärbt ist und selten vom Standpunkt des Kosmopolitismus auch nur versucht wird. International verständlich ist fast alle Musik, obwohl vielleicht nur für musikalisch geschulte Hörer. Jeder mag diese Reihe fortzusetzen versuchen. Sie zeigt die latenten Ansätze zu Kosmopolitismus in vielleicht nicht sehr überzeugender Art. Dagegen ist das ganze Gebiet der Technik, des Transports, Nachrichtenwesens, der Hygiene und des Handels im Wesentlichen bereits „global"; die Staatsgrenzen sind für sie nur fossile Hindernisse für eine volle Entfaltung, was auch für die Erschwerung der Reisen durch die Passvorschriften gilt, die seit dem ersten Weltkrieg wieder auflebten. Alles das soll eine künftige Weltregierung verbessern. Man kann

das von ihr mit Sicherheit erwarten, denn hier handelt es sich um einen Zirkel: die Errichtung einer Weltföderation und Weltregierung ist ja erst möglich, wenn der Nationalismus schwindet und der Kosmopolitismus zunimmt. So ist zu erwarten, dass die Fortschritte der Technik usw. uns diesem Ziel näher bringen. Die Folgen des zweiten Weltkriegs haben in dieser Richtung auch positive Seiten; die Völker kommen zusammen, sie lernen den Globus aus eigener Erfahrung kennen, sie schliessen Freundschaften und Ehen, sie sehen, dass es eine bessere Methode geben muss als die traditionelle, sie werden lernen, skeptisch zu sein gegen die Fanfaren der Nationalisten. Wir kommen dem Kosmopolitismus näher, wenn auch langsam und durch die bittersten Erfahrungen, dass es auf dem Wege des Nationalismus keinesfalls weitergeht. Die Menschen lernen schliesslich doch.

Ist das naiver Optimismus? Die Menschen sind doch nun einmal von Furcht und Machtgier erfüllt, von Neid und Geldsucht, von Hass und Eitelkeit, gehemmt von Vorurteilen und Unwissenheit. Die Menschen, die Privilegien erreicht haben, werden sich mit aller Macht widersetzen und sie haben dazu die nötige Macht und die nötige Kaltblütigkeit, über Berge von Leichen zu steigen. Wer weiss das nicht? Aber es gibt auch jene andere Art von Menschen, die keine Furcht vor den Mächtigen haben,

die selbst Macht zum Guten verlangen, nicht um des Machtrausches willen, die in Geld keinen Selbstzweck sehen, die wissen, dass man zwar die menschliche Natur nicht ändern, wohl aber zum Guten erziehen kann, statt zum Schlechten, und dass man schlechte Institutionen abschaffen kann. Diese Art Menschen hat es immer gegeben, sie haben den anderen die Wage gehalten, die Inquisition und den Hexenwahn besiegt, die Religionskriege, die ebenso wie die Inquisition im Namen Christi Menschen mordeten, überwunden, sie kämpfen gegen Sklaverei, Aberglauben, Rassenhass und Lüge, Verleumdung und Propaganda, sie werden die Souveränitätsillusion, den Kriegswahn und sogar den Nationalismus besiegen.

Man mag das mit überlegenem Lächeln naiven Optimismus nennen. Aber wer kann heute noch leben ohne Optimismus? Man soll gewiss nicht blinder Optimist sein und nicht blöder Pessimist, aber man soll hoffen.

10. MILITARISMUS, PAZIFISMUS UND WELTFRIEDE

Die Sieger von 1945 haben gegen Japan, Italien, Deutschland gekämpft, um sich gegen deren Angriff zu verteidigen, sie haben ihren Krieg moralisch gerechtfertigt durch den Titel des Abwehrkrieges und die Millionen, die gefallen sind, Soldaten und Zivilpersonen, waren überzeugt, einer gerechten Sache zu dienen. Angriff ist verwerflich, aber Abwehr ist Pflicht. Das gilt auch nach dem Siege. Daher sagen viele: „wir Sieger haben natürlich nicht im entferntesten die Absicht, selbst anzugreifen, aber da niemand wissen kann, wer demnächst angreifen wird, müssen wir uns besser für die Verteidigung rüsten als vor dem zweiten Weltkrieg". Unsere Militärs, die dafür zuständig sind, suchen daher, ihre Pflicht vollständig zu erfüllen, sie sehen, was jeder sieht, dass die moderne Waffentechnik in ihrer rapiden Entwicklung jede Verteidigung von Jahr zu Jahr immer aussichtsloser macht. Es ist begreiflich, dass sie in ihrer Ratlosigkeit auf die alte militärische Lehre zurückfallen: die beste Verteidigung ist der Angriff. Da stehen wir also wieder, wo die japa-

nischen und deutschen Militärs gestanden haben, wenn auch die japanischen ihren Angriff nicht als Verteidigung hinstellen konnten und noch weniger die deutschen. Wie kann man sich aus diesem Denkzirkel retten? Man muss die Militärs aller Länder verhindern, Verteidigung mit Angriff zu verwechseln, und unter dem Vorwand der Verteidigung ganze Kontinente mit Atombomben, chemischen und bakteriologischen Waffen zu entvölkern. Die Zivilbehörden müssen jederzeit und in allen Ländern die angriffslustigen Verteidiger überwachen und im Zaum halten.

Dass man sich in den U.S.A. darüber klar ist, haben die Debatten über die Kommission zur Kontrolle der Atomenergie bewiesen. Das Militär muss prinzipiell der Zivilregierung untergeordnet sein, der oberste Kriegsherr — solange es noch Kriege gibt — darf kein General sein. Generäle sind an ihre militärische Denk- und Handlungsweise gewöhnt und daher stets fakultative Autokraten. Man nennt die Oberherrschaft des Militärs über die Zivilbehörden Militarismus. Deutschland bot ein Beispiel Jahrhunderte währender Schulung der Bevölkerung in militärischem Denken. Der Typus des Feldwebels, der nach oben gehorcht, nach unten befiehlt, wurde dort das Vorbild weiter Kreise der Schullehrer, mittleren Beamtenschaft und des ganzen Mittelstandes, so wie die Offiziere das Vorbild der Mittel-

schullehrer, Professoren und Studenten. Blinder Gehorsam durchsetzte die ganze deutsche Nation und die Militarisierung fand ihre letzte Vollendung im totalitären Staat der Nazis. Jeder weiss das heute und viele hoffen auf eine Demokratisierung der Armeen. Aber Armeen sind ihrem Wesen nach nicht demokratisch. Die Soldaten wählen ihre Unteroffiziere nicht und sie wählen ihre Offiziere nicht, die ganze Armee muss von der Spitze her geleitet sein. Zugegeben, dass Armeen demokratischer Staaten demokratischer sind als solche von totalitären, sie bleiben in ihrer Wurzel undemokratisch. Die Alternative ist nicht, ob wir eine autokratisch oder demokratisch geleitete Armee wünschen sollen, sondern ob wir eine Armee wollen oder gar keine. Wir wissen, dass eine Weltregierung alle Armeen überflüssig machen wird, denn sie wird eine Weltpolizei zur Verfügung haben, die nach einmal erfolgter Abrüstung jeden Versuch einer Wiederaufrüstung hintanhalten wird. Da wir vorläufig noch keine Weltregierung und keine echte Weltpolizei haben, müssen wir auf den Begriff der demokratischen Armee als einen Ersatz zurückgreifen. Wir können noch nicht ohne Armeen existieren, wir brauchen die Offiziere für die Zeit des Übergangs. Es liegt im Wesen des Übergangszustands, dass wir mit einer Halbheit wie dem Begriff einer demokratischen Armee uns abfinden müssen. Aber wir müssen

darauf sehen, dass aus der Halbheit nicht die Ganzheit eines totalitären und militarisierten Staates wird, sondern die andere Ganzheit einer Abrüstung aller Staaten. Alles, was wir in unserem Zwischenstadium machen können, ist, zu verhüten, dass das Militär in Militarismus umschlägt. Die Vereinten Nationen haben die Aufgabe, besonders solche Staaten zu überwachen, deren Regenten sich Generäle nennen.

Pazifisten lehnen die Unterscheidung von Angriffs- und Abwehrkrieg ab; für sie ist jeder Krieg unmoralisch, sie kennen nur den Gegensatz von Krieg und Frieden, sie lehnen sowohl Militarismus ab als auch Militär, sie wollen niemanden angreifen und gegen niemanden sich verteidigen.

Vereinzelte Prediger des Pazifismus gibt es seit Jesaja, der im Jahre 701 v. Chr. passive Resistenz gegen Sancherib von Assyrien empfahl. Laotse, Confucius, Gautama predigten friedliches Verhalten, am vollkommensten lehrte Jesus Frieden. Wir brauchen nicht neu zu formulieren, was Frieden bedeutet, es ist alles bereits besser gesagt, als irgend jemand in unseren Tagen es sagen könnte. Was wir brauchen, ist, der Lehre gemäss zu leben. Viele haben das getan. Im Bereich des Christentums ist die Lehre, man solle dem Übel nicht wiederstehen, von den Märtyrern und Heiligen in die Tat umgesetzt worden; poetische Legenden haben ihr Leben verherrlicht. Die Gründung von Mönchs- und Nonnen-

orden ergab eine bis auf unsere Tage reichende Kette von Generationen von pazifistisch organisierten Lebensgemeinschaften, später schlossen sich Menschen als religiöse Sekten zusammen, ohne die Gelübde der Armut, des Gehorsams und der Keuschheit abzulegen, aber mit dem Hauptanliegen des Pazifismus: die Albigenser, Waldenser, die Böhmischen Brüder und zahlreiche andere, einschliesslich der heute noch wirkenden religiösen Gesellschaft der „Friends" oder Quäker. Seit 1815 entstanden Friedensgesellschaften ohne religiöse Basis. Ebenso wie im Christentum gab es im Bereich anderer Weltreligionen Friedensbewegungen, Heilige und religiöse Orden. In unserer Generation ist Gandhi der bedeutendste Vertreter der Lehre von der passiven Resistenz.

Diese Art Pazifismus, die Gewalt radikal verabscheut, also jede Gewalt mit stillem Dulden beantwortet, beruht auf der Überzeugung, es lasse sich auf diesem Wege die Menschheit langsam ändern. Wer bereit ist, sich zu opfern, hat fraglos Anspruch auf unsere Achtung und Sympathie. Das hindert nicht, dass wir unsererseits ebenso überzeugt sind, dass durch gutes Beispiel allein die Menschen nicht gebessert werden können. Ghandis „Non violence"-Methode hat erstaunliche Erfolge gehabt — in Indien, nicht z. B. in Deutschland. In Indien hörten englische Polizisten auf, mit ihren Säbeln auf Menschen los-

zuschlagen, als diese nicht die geringste Gegenwehr zeigten. Englische Polizisten sind eben im Allgemeinen gentlemen. Aber die Nazis haben entschieden abgelehnt, gentlemen sein zu wollen, ihr Ideal war die „blonde Bestie". Sie haben daher keine ihrer grauenvollen Torturen und Vernichtungsmethoden eingestellt, obwohl z. B. die Juden, wie seit vielen hundert Jahren, so auch nach 1933 dieselbe „non violence"-Methode ausübten, die Gandhi lehrt. Sie waren genau so wie gegen Juden unmenschlich gegenüber Menschen anderer Nationen und gegen gefangene Deutsche, die sich nicht wehrten, einfach weil sie wehrlos waren. Sadismus ist durchaus keine Rasseneigenschaft, kein nationales Laster, er findet sich in allen Nationen, allen Rassen ohne Ausnahme, er wird durch den Rachekult fortgesetzt und immer wieder durch die Theorie neu angefacht, man könne durch Strafe und Terror seinen Willen durchsetzen. Es sind jeweils Einzelne, die solchen Kombinationen von Gefühlen primitivster, fast tierischer Art mit Lehren oberflächlichen Denkens erliegen; ihr Erfolg kann immer nur vorübergehend sein, weil Terror stets Gegenterror erzeugt. Aber dieser Satz führt nicht zu dem Gegenstück, dass Liebe stets Gegenliebe erzeugt. „Non violence" ist kein absolut wirksames Mittel, Frieden zu erzeugen.

Wer sich selbst nicht wehren will und zum Selbstopfer bereit ist, vergisst, dass er die Verantwortung

für seine Entscheidung nicht allein trägt. Hier liegt die Wurzel der Kritik an jenem radikalen persönlichen Pazifismus, der an seinem Denkfehler zugrunde gehen muss. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, sei sofort gesagt, dass die zahllosen Opfer der „non violence"-Theorie trotzdem nicht etwa umsonst gebracht worden sind, denn sie haben durch ihren Heroismus den Unsinn von Gewaltanwendung offensichtlich gemacht, sie haben in immer weitere Kreise die Erkenntnis getragen, dass in unserer „Gesellschaftsordnung" in der die Menschheit seit Jahrtausenden lebt, etwas nicht in „Ordnung" sein kann, sonst könnten nicht stets die friedlichen Menschen verfolgt werden. Wenn hier an jener Art absolutem Pazifismus Kritik geübt wird, richtet sie sich nicht gegen die Pazifisten persönlich, sondern gegen ihren Anspruch, ihre Entscheidung persönlich fällen zu wollen.

Pazifisten werden zugeben, dass man verpflichtet ist, einem Ertrinkenden gegen das Naturelement zu helfen, um ihm, wenn möglich, das Leben zu retten. Aber sie geben nicht zu, dass man einen Vergewaltigten verteidigen soll, obwohl es sich auch hier um ein Naturelement, die elementare Angriffslust von Menschen handelt. Doch falls sie das zugäben, müssten sie weitergehen und sich selbst helfen, sich selbst retten und verteidigen, wenn sie die Angegriffenen sind, denn sie haben dann beide

Rollen zugleich. Das geben sie nicht zu, weil sie mit ihrer Logik schliessen, einer muss einmal aufhören mit Gewaltanwendung, sonst hört sie nie auf. Die anderen aber, die anders denken, sagen, man kann sie nicht einfach zugrunde gehen lassen, man muss sie retten, genau so wie einen Ertrinkenden, der sich weigert, zu schwimmen. Ein Grund, warum die Gegenpartei der Verteidiger nicht eintach zuschauen will, ist das Gefühl der Mitschuld. Sie meinen, dass die freiwilligen Opfer der „non violence"-Theorie, mitschuldig sind, wenn sie durch ihre Methode andere Menschen vernichten helfen, vor allem ihre Familie, ihre Freunde und ihre Kinder, die noch gar kein Urteil über diese Theorie haben können, die man also nicht einfach ihrem Schicksal überlassen kann. Passive Resistenz für sich selbst ist sozusagen Privatsache, aber sie wird eine Angelegenheit aller, wenn alle angegriffen sind, alle gerettet werden sollen. Wieder stossen wir auf das Wort „alle".

Ultra-Demokraten sagen, alle dürfen alles sagen, Ultra-Kapitalisten sagen, alle dürfen alles erwerben, Ultra-Pazifisten sagen, man muss sich gegen alle friedlich verhalten, *ein*schliesslich der Unfriedlichen. Wenn der Satz, man soll gegen alle friedlich sein, einen Sinn behalten soll, fordert er die Ergänzung, gegen alle, *aus*schliesslich derer, die den Frieden vernichten; sonst hebt sich der Satz auf. Die Ver-

teidigung des Friedens kann nicht von jedem einzeln durchgeführt werden, sie ist eine Funktion der Gesellschaft als ganzer, also letztlich der Menschheit. Wir sind dagegen, dass die Pazifisten, die meist die moralisch edelsten Persönlichkeiten sind, sich opfern. Verteidigung ist Pflicht, nämlich die Verteidigung des Individuums durch die Menschheit. Die These, dass Selbstverteidigung nur die Gewalt perpetuiert, ist richtig, aber der volle Verzicht auf Verteidigung perpetuiert sie auch. Der Ausweg ist natürlich längst gefunden, es ist die öffentliche Institution der Polizei innerhalb des einzelnen Staates, die den Einzelnen zu schützen, beziehungsweise den Angreifer festzunehmen hat; analog ist es die Weltpolizei, welche die Nationen zu schützen, beziehungsweise die Angreifer gegen eine Nation vor das Gericht zu bringen hat. Im Privatleben tragen wir, wie gesagt, keine Waffen mehr mit uns herum, weil wir eine Polizei haben, so werden die Nationen keine bewaffneten Armeen mehr brauchen, wenn wir eine Weltpolizei haben. Auch radikale Pazifisten geben gewöhnlich zu, dass die Einrichtung der Polizei anzuerkennen ist, der Unterschied ist allerdings, dass niemand gezwungen wird, Polizist zu werden, wenn er keine Lust dazu hat, dass dagegen jeder gezwungen wird, als Soldat in den Krieg zu ziehen, auch wenn er keine Lust hat, andere Menschen zu ermorden. Die Militärs geben allerdings nicht zu,

dass Krieg und Mord dasselbe sei, sie sind unversöhnliche Feinde der Kriegsdienstverweigerer. Dieser Konflikt zwischen dem Militär und dem Pazifismus ist das Analogon zu dem uns schon geläufigen zwischen Autokratie und — Anarchie. Die tief eingewurzelten Vorurteile gegen das Wort Anarchie mögen es auf den ersten Blick ungerecht scheinen lassen, eine in der Wurzel so edle und soziale Haltung wie die des Pazifismus für anarchisch zu erklären. Aber der Pazifist und speziell der Kriegsdienstverweigerer nimmt die Gesetzgebung selbst in die Hand, er stellt sich ausserhalb des Gesetzes und spielt damit dem autokratischen Militär das Recht in die Hand, ihn zu verurteilen. Der einzig mögliche Ausweg ist die Änderung der Gesetze, *sie* müssen pazifistisch sein. Es wäre schön, wenn alle Menschen zu persönlichem Pazifismus erzogen werden könnten, es ist schön, dass es Menschen gibt, die solche Erziehung sich zum Ziel setzen. Aber ihr Erfolg ist eng begrenzt, solange die Pazifisten nicht selbst regieren. Das anarchische Element liegt darin, dass sie nicht regieren. Sie werden vermutlich erwidern, sie möchten gerne regieren, die herrschende Klasse lässt sie nur nicht heran, hört nicht auf ihre Mahnungen. Das ist richtig, aber die Pazifisten sollten sich nicht gegen ihre eigene Regierung wenden, gegen die Gesetze ihres Landes, ohne zuerst eine Weltregierung aufgestellt zu haben. Sie können ihr Ziel nur erreichen, wenn sie sich auf

das andere Ziel zuerst einstellen, denn damit bereiten sie den Rahmen vor, innerhalb dessen Frieden allein möglich ist.

Das ist von mindestens einem Pazifisten längst zugegeben worden, und weil die Art, wie das formuliert wurde, klassisch ist, sei der Dialog des Marquess of Lothian mit einem Pazifisten und strikten Kriegsdienstverweigerer hier zitiert:

„Der zweite Punkt, (scil. über das Wesen der künftigen Föderation der Nationen) den ich geltend machen möchte, ist in einer Unterhaltung dargelegt, die ich vor einigen Monaten (1935) mit einem hervorragenden amerikanischen Pazifisten, einem Geistlichen, hatte, die, wie ich denke, sehr klar die Grundlagen des Falles ans Licht bringt. Mein Freund hat seinen Standpunkt in U.S.A. als radikaler Pazifist auf Grund von Richtlinien genommen, die denen sehr ähnlich sind, die in England Rev. Dick Sheppard annahm. Er ist zu dem Schluss gekommen, dass Krieg Unrecht ist. Er hat öffentlich erklärt, dass er unter keinen Umständen an einem künftigen Krieg teilnehmen werde, dass er lieber ins Gefängnis gehen werde als sich zum Kriegsdienst zwingen zu lassen. Er half kürzlich, Zirkulare an 20.000 Geistliche in U.S.A. zu schicken, von denen 14.000 antworteten, dass sie glaubten, dass die christlichen Kirchen ablehnen sollten, irgend einen künftigen Krieg zu sanktionieren oder zu unterstützen, 13.000 antworteten,

dass ihre gegenwärtige Absicht sei, abzulehnen, in zukünftigen Kriegen als Kämpfer teilzunehmen und 8.000 antworteten, dass sie ablehnen würden, als Feldgeistliche zu dienen.

„Ich stellte ihm die übliche Frage: „Wie vereinbaren Sie diese Form von negativem Pazifismus mit der Anerkennung des Polizisten innerhalb des Staates? Wenn Sie internationale Gesetzlosigkeit und Agression nicht verhüten, wird früher oder später Gangsterwesen international triumphieren, wie es innerhalb der Nation herrschen würde, wenn Bürger und Polizei nicht Widerstand leisteten?" Er antwortete: „Ich gebe die Logik Ihrer Position zu. Immerhin, meine Sache beruht auf der Tatsache, dass meine Regierung mir keine ehrliche Wahl gibt. Sie stiess 1920 die Bewegung, den Weltfrieden zu organisieren, zurück, der durch den Vertrag des Völkerbundes angeboten war. Sie wollte weder mit ihren Schwesterregierungen um einen Tisch sitzen, noch helfen, Verträge und Gesetze für Staatsregierungen zu machen oder zu ergänzen, noch helfen, die Angriffe von Banditennationen einzuschränken. Sie entschloss sich zu Gunsten von Anarchie. Daraus folgt, dass sie mir keine Gelegenheit gab, die Herrschaft des Gesetzes zwischen Nationen zu stützen, was die einzig mögliche Basis für Frieden ist. Das bedeutet, dass, wenn mein Land in Krieg zieht, es mich auffordert, meine Mitmenschen zu töten, nicht um die

Herrschaft des Gesetzes zwischen Nationen zu erhalten, sondern allein um ihre eigenen Ziele zu fördern. Es macht keinen Unterschied, ob diese Ziele relativ gut oder relativ schlecht sind. Man fordert von mir, dass ich das Vorhaben meiner eigenen Nation durch das Mittel des Krieges erreiche, nämlich durch Tötung von Deutschen, Franzosen, Chinesen, Japanern, Leuten, die meinem Gefühl nach ebensosehr Kinder Gottes sind, wie meine Landsleute. Ich halte das für Mord und ich habe mich verbürgt und tausende andre haben es mit mir getan, nichts damit zu tun zu haben. Wir werden absolute Kriegsdienstverweigerer (none-co-operators in the process of war) sein und werden willig für unsere Überzeugung ins Gefängnis gehen".

„Darauf antwortete ich: „Sie sind nicht dagegen, dass der Polizist Gewalt anwendet, Sie würden auch nicht ablehnen, die Polizei zu unterstützen selbst bis zur Tötung eines Gangsters, wenn das nötig wäre, um Unschuldige zu schützen und das Gesetz aufrecht zu erhalten". „Nein" antwortete er, „ich würde das Gesetz unterstützen". „Angenommen" setzte ich fort, „es würde ein Weltstaat existieren, eine wahre Föderation von Staaten, die sich mit übernationalen Affären befasste; würden Sie zugeben, dass Sie dieselbe Pflicht hätten, sie zu unterstützen, um das Weltgesetz mit jedem nötigen Mittel, ob gewaltsam oder nicht, aufrecht zu erhalten so wie Sie

es zugeben innerhalb der Vereinigten Staaten in deren innerer Justiz?" „Ja" sagte er, „wenn so ein Staat existierte, der in irgendeiner Weise das Volk repräsentierte, würde er das Recht haben, mich aufzurufen, das Gesetz zu erhalten, weil der Staat es darauf anlegen würde, das Wohl der ganzen Menschheit zu fördern und weil seine erste Pflicht wäre, Kriege zu beenden und zu verhüten und die übernationalen Probleme durch gesetzliche und gerichtliche Mittel zu lösen, nicht durch kriegerische". „So sind Sie nur Pazifist, weil Sie nichts Gutes, vielmehr nur Übel im Krieg in einer Welt der Anarchie zu sehen vermögen. Wenn es eine Weltföderation gäbe, dann bestünde kein Grund, Pazifist zu sein. Sie würden ein das Gesetz befolgender, es unterstützender und erzwingender Bürger sowohl Ihrer Nation als auch der Welt sein". Er antwortete: „So ist es".

Dieser Dialog ist vor 12 Jahren gesprochen und niedergeschrieben worden. Hier ist beinahe alles gesagt: Anerkennung von Polizei und von Gesetz, Anerkennung, dass Krieg dasselbe ist wie Mord, dass man in den Bürgern anderer Staaten ebenfalls Kinder Gottes sehen muss, dass die U.S.A. 1920 ihre Pflicht versäumt haben, dass eine Weltföderation allen persönlichen Pazifismus überflüssig machen und jeder Pazifist dann das Weltgesetz unterstützen würde. Der amerikanische ungenannte Reverend nennt auch richtig den Zustand von 1935 eine Anarchie

der Staaten, er sagt, die Gesellschaft ist schuld an diesem Anarchismus ihrer besten Männer. Es ist überraschend klar gesehen, wenn der Reverend einen Welt-Staat fordert „representative in some way of the people", das ist echt amerikanisch, d.h. demokratisch gedacht.

Zu ergänzen ist allerdings, dass in solchen Debatten über Pazifismus ein Unterschied zu machen ist zwischen dem des Individuums und dem des Staates. Es ist richtig, wenn die Gegner des Pazifismus den strengen Pazifisten vorhalten, man müsse sich gegen einen Räuber oder auch gegen einen Geisteskranken persönlich wehren, wenn man angegriffen wird, und die Polizei, auf die man sich in diesen Argumentationen beruft, im Augenblick nicht erreichbar ist. Diese Situation ist aber ohne Analogie zu der des Angriffskrieges. Hier handelt es sich um eine über den Globus verbreitete Institution.

Wenn man im dunkeln Wald vom Bösewicht überfallen wird, ist man ihm waffenlos und ahnungslos ausgeliefert; wenn aber die Kriegsgeschichte eine Kette von Überfällen bewaffneter Truppen über andere bewaffnete Truppen ist, die eigentlich nur darauf warten, ihre kriegerische Tüchtigkeit, ihren Heroismus zu beweisen, so ist das etwas wesenhaft anderes. Das entscheidende Wort in diesen Argumentationen ist das der Notwehr. Die Abwehr gegen persönlichen Angriff ist Notwehr, daher

sowohl erlaubt, als sogar Pflicht. Die Abwehr des Staates durch eine uniformierte Armee ist Abwehr, aber nicht Notwehr, auch dann nicht, wenn die Tschechoslovakei, Polen, Belgien von Deutschland überfallen werden, denn sie hatten ihre Armeen, wenn auch unzulängliche. Anders muss ein Einfall in Dänemark beurteilt werden. Hier gab es echte und höchst heroische Notwehr gegen feigen Angriff. Man mag diese Überlegungen über Staatswehr und Staatsnotwehr weiter ausspinnen, man mag sie auch ohne schwer zu unterdrückende Bitterkeit fortsetzen, aber man lasse sich nicht durch den Begriff Notwehr missleiten. Die einzige Wehr gegen Aggression ist eine Weltregierung. Wie oft hört man das unwiderleglich klingende Argument, wir müssen uns gegen den nationalen Feind rüsten, wir müssen uns als tapfere Männer wehren. Ja! Aber nicht durch das Schwert, sondern durch das Gesetz.

Die Pazifisten sind die Stosstruppe der Menschheit im Kampf um dauernden Frieden, sie werden ihre Rolle erfüllt haben, sobald die Haupttruppe mobilisiert sein wird, nämlich das Weltrepräsentantenhaus und die Weltpolizei zusammen mit den anderen Teilen der Weltregierung. Die Weltregierung muss pazifistisch sein, sie soll ja den dauernden Frieden schaffen und erhalten. Man darf nur diesen Pazifismus mit dem persönlichen nicht verwechseln. Man hört mitunter die Frage, warum haben die Pazifisten nie

etwas erreicht? Die Antwort ist, weil sie anarchisch wirkten, weil sie glaubten, die Aufgabe sei damit erschöpft, dass man selbst friedlich lebt und die Friedlichkeit in anderen Herzen einpflanzt. Das ist, wie gesagt, sehr schön, aber es hilft nicht durchgreifend. Der Pazifismus darf nicht dabei stehen bleiben, privat oder persönlich zu sein, er darf nicht anarchisch, d.h. ohne Regierung zu wirken suchen, er muss von der Regierung ausgehen, und da dies vorläufig von keiner einzelnen Regierung zu erwarten ist, kann man nur auf die Weltregierung hoffen, die dann die einzelnen Staatsregierungen dazu wird veranlassen können, dass sie alle Rüstungen aufgeben und ein menschenwürdiges Leben für alle Nationen einleiten. Die heutige Lage der einzelnen Staatsregierungen ist in der Tat so, dass sie nicht anders handeln können, als sie handeln; sie reden von ihrer Friedensliebe und zugleich rüsten sie und zahlen jede Geldsumme für Experimente für bessere Massenmorde. Sie sind Pazifisten mit dem Mund und — wenn das Wort erlaubt ist — Bellifisten mit dem Herzen. Oder wenn nicht mit dem Herzen, so doch mit der Hand. Man kann auch sagen, sie sind Idealisten, die aus gegenseitiger Angst „Realisten" sind, eine innere Gespaltenheit, die mit der herrschenden doppelten Moral zusammenhängt. Regierungen lassen Mörder im eigenen Lande hinrichten und verleihen Orden denjenigen, die im sogenannten

Feindesland viele Menschen getötet haben.

Die doppelte Moral ist in Konfusion geraten, seit im Jahre 1928 alle zivilisierten Staaten den Briand-Kellog Pakt unterzeichnet haben. Dieser Pakt war ursprünglich angeregt durch einen Artikel von Salmon O. Levinson (The New Republic, 9. März 1918); er war das Resultat einer daran anschliessenden Literatur, die durch Morison's Buch „The Outlawry of war" (1927) zusammengefasst war. Seitdem 1928 durch den Pakt der Krieg als Verbrechen erklärt war, schien die Einheit der Moral wiederhergestellt, näher besehen ist damit wenig erreicht. Die Regierungen haben sich selbst und ihre gesamte bewaffnete Macht im voraus für Verbrecher erklärt, falls sie einen Angriffskrieg beginnen. Einige Regierungen haben sich an ihre Unterschrift des Paktes nicht gekehrt, haben angegriffen — vor allem Deutschland, Japan und Italien — und sich dadurch selbst als Verbrecher erklärt, falls sie nicht leugneten, Angreifer zu sein. In Japan spielte man die Komödie, nie von einem Krieg zu sprechen, sondern von einem „incident", einem Zwischenfall. Für alle Regierungen wurde die Definition von Angriff eine Preisfrage.

Als Angriffskrieg galt früher die Überschreitung der Staatsgrenze durch bewaffnete Truppen. Seitdem der Briand-Kellog Pakt an Stelle der Entscheidung durch Krieg die durch friedliche Verhandlung, „by pacific means and .... peaceful and orderly process"

gesetzt hatte, konnte derjenige Staat als Angreifer definiert werden, der die Verhandlung ablehnt (Shotwell). Eine wirkliche Definition des Angriffkrieges dürfte es nicht geben, es sei denn, man setzt von vorn herein fest, dass eine solche Definition durch die beiden gesetzgebenden Körperschaften der Weltregierung festgelegt wird und in jedem praktischen Fall vom Weltgerichtshof interpretiert wird. Keine der Staatsregierungen kann in dieser letzteren Frage zuständig sein, wenn einmal der Weltsenat als Vertreter der Regierungen das Seine dazu beigetragen hat, die Definition aufzustellen. Keine Regierung kann allein die Definition aufstellen.

Frieden kann also nur erreicht werden, wenn friedliche Menschen, d.h. Pazifisten, in die Weltregierung gewählt werden, um die nötigen Friedensgesetze zu erlassen und durchzuführen. Die persönlichen Pazifisten sind — man wird jetzt den Ausdruck verstehen — anarchische Friedensfreunde, die beinahe nur den Frieden der eigenen Seele erreichen. Ihre Gegenspieler sind die Militaristen. Die harmonische Mitte zwischen ihnen ist die pazifistische Weltregierung.

11. POLITIK UND RELIGION

Hat Politik etwas mit Religion zu tun? — Diese Frage bezieht sich hier nicht auf die Trennung von Kirche und Staat oder auf die Ablehnung des Klerikalismus als Partei politischer Aspirationen, vielmehr auf die Notwendigkeit oder Überflüssigkeit von Religion im Herzen derer, die als Politiker für die Schaffung einer Weltregierung verantwortlich sind.

Pazifisten fast aller Schattierungen haben sich meist auf Gott berufen. Aber Militärs auch. Die einen beten für Frieden, die anderen für ihren Sieg. Militaristen und Nationalisten betrachten Gott als einen nationalen Parteigänger. Ähnlich glauben die Konfessionen ein Monopol auf die Hilfe Gottes zu besitzen, ihr Gott ist dogmatisch abgegrenzt, wenn auch noch so unendlich. Monarchen betrachten sich als Herrscher von Gottes Gnaden.

Autokraten der alten Geschichte begnügten sich nicht damit, sich von Gottes Gnaden zu nennen, sie betrachteten sich selbst als Götter und wurden schon bei Lebzeiten von ihren Untertanen als Götter anerkannt und verehrt. In der antiken Demokratie von Athen dagegen gab es keine vergotteten Men-

schen. Mit Alexander dem Grossen siegte wieder die asiatische Vorstellung. Sie vererbte sich auf die römischen Kaiser. Im Christentum wurde der römische Bischof der Papst der katholischen Welt und Vertreter Christi. Von ihm erhielt der Kaiser die Krone. Im Streit zwischen Papsttum und Kaisertum trat in den Mittelpunkt aller Politik die Problematik von auctoritas und potestas, d.h. von Autorität und Macht. Die Kirche hatte die politische Autorität ohne Macht, der Kaiser hatte die politische Macht ohne eigene Autorität, denn die Autorität lag nach damaliger Vorstellung bei Gott, der nur durch den Papst seinen Willen legaliter kund tun konnte. In der Neuzeit erst entstand die Vorstellung eines unmittelbaren Gottesgnadentums. Bekanntlich hat Napoleon sich in Anwesenheit des Papstes die Krone selbst aufgesetzt. Er beanspruchte volle Autorität, ohne bei der Kirche eine Anleihe zu machen. Noch Kaiser Wilhelm II nannte sich von Gottes Gnaden und auch der heutige Diktator von Spanien bedarf dieses Titels, weil er nur eine Pseudo-Autorität hat. Napoleon hat die Krone immerhin sich vom Altar geholt.

Republiken und vor allem demokratische Republiken glauben um das Problem dadurch herumzukommen, dass die Autorität vom Volk her auf die gewählten Beamten übertragen gedacht wird. Aber woher stammt die Autorität des Volkes? Ist diese

Frage sinnlos? Es ist doch die nach der Souveränität. Solange diese von Gott abgeleitet wurde, entweder vermittelt durch eine Theokratie, die hinter dem Thron stand und weniger oder mehr versteckt die Zügel der Regierung in der Hand behielt, oder durch einen vergotteten, mitunter an Cäsarenwahnsinn leidenden Autokraten, war theoretisch alles klar. Wenn aber das Volk entscheidet: Bauern und Handwerker, Fabrikbesitzer und Fabrikarbeiter, Volkschullehrer und Zirkusreiter, Bankdirektoren und Strassenkehrer, Professoren und Hausfrauen, Philosophen und Musikanten usw., lauter Leute, die von Politik nicht sehr viel verstehen, dann kommt die Autorität statt von oben — von Gott — von unten, nämlich von lauter Nicht-autoritäten, ja teilweise geradezu aus dem Nichts, denn mancher gibt seine Stimme ohne jede Ahnung von politischen Problemen ab. Der Satz „vox populi vox dei" wird dann zum reinen Hohn. Oder sollte es doch richtig sein, dass die Stimme des Volkes die Stimme Gottes ist? Versuchen wir den Satz zu deuten.

Die Missbräuche der Theokratie oder des Klerus haben oft das Volk aufgeweckt und zu Rebellion geführt, aber solange das Volk zwar an Gott glaubte, aber nicht an sich selbst, kehrte der Klerus stets zu seiner Machtstellung als Autorität zurück, er hatte den Schlüssel zur Souveränität in seiner Hand. Erst wenn das Volk anfing, an Gott zu zweifeln und an

sich selbst zu glauben, schien der Weg geöffnet, die Staatsautorität auf die Volkssouveränität zu begründen. Daher der fanatische Hass des Klerus fast jeder Konfession gegen den russischen, gottlosen Kommunismus — und umgekehrt. Politik hat immer mit Religion zu tun gehabt, heute hat sie teilweise statt mit Gott, sozusagen mit der leeren Stelle zu tun, die entstand, als man Gott wie einen lästig gewordenen Vormund absetzte.

Der Atheismus hat seine eigene bis in das Altertum zurückgehende Geschichte. Heute gibt es keine Inquisition und zahllose Menschen sind, wenn nicht entschieden atheistisch, so agnostisch in ihrer Haltung. Das ganze Problem ist ihnen gleichgültig. Gott ist überflüssig für sie und manche erklären ihn für eine Erfindung, sei es dichterischer Phantasie oder der allgemeinen Lebens- und Todesangst, sei es der eigensüchtigen und bewusst lügenhaften Haltung von Priestern und besitzenden Klassen. Ernster zu nehmen sind jene Philosophen, die frei von Vorurteilen und von politischen Interessen die Prinzipien der Welt zu ergründen suchen, wobei sie zu dem Resultat kommen, dass man Physik, Chemie und Technik jeder Art treiben kann, ohne sich um Theologie kümmern zu müssen. Materialistische und zum Teil auch positivistische Philosophie lehnt alle Metaphysik ab, da man mit ihr im Laboratorium nicht experimentieren kann. Daher bleibt die Religion

in unseren Tagen für viele Politiker mehr das Problem, wie jene Menschen zu behandeln seien, die naiver Weise immer noch an Gott glauben, als ein Problem der Glaubwürdigkeit der Religion selbst. Es mag sogar vorkommen, dass Politiker selbst nicht an Gott glauben, aber aus Rücksicht auf ihre Wähler oder aus Rücksicht auf die Disziplin in der Armee und im Staat überhaupt öffentlich Gott anerkennen. Sie heucheln im Interesse ihrer Ziele, ob diese nun ethisch sind oder nicht.

Für so gut wie jeden Religiösen leitet sich alle absolute Ethik von Gott ab. Die Menschen gelten ihnen meist zu unvollkommen, um die absoluten Gesetze der Ethik zu finden. Sie nehmen daher an, dass Gott seine Gebote und Verbote bestimmten auserwählten Menschen offenbart hat, dass diese Offenbarungen niedergeschrieben und auf diese Art in der Bibel treu überliefert sind. In diesem Buch, wenigstens im Alten Testament, steht aber so viel allzumenschliches, dass moderne Menschen fragen, welche Teile davon Offenbarung sind, welche Menschenwerk. Dass die Redaktion der Bibel Menschenwerk ist, hat die Bibelkritik seit dem 18. Jahrhundert überzeugend erwiesen. Man braucht nicht ein grosser Bibelkenner zu sein und muss nur die zwei ersten Kapitel der Genesis aufmerksam lesen, um zu wissen, dass laut dem ersten Kapitel am sechsten Tage Mann und Weib geschaffen wurden, aber laut dem zweiten

Kapitel Adam allein war, dass dann Gott sah, dass das nicht gut war, und er nun erst das Weib schuf. Daher stammt die Sage von Lilith, Adams erster Frau. Andere helfen sich damit, Adam für zuerst zweigeschlechtlich zu erklären, wie in dem Märchen, das Aristophanes in Platos Symposion erzählt. Einfacher ist es, anzunehmen, dass das zweite Kapitel von einem anderen Autor vielleicht eines anderen Jahrhunderts stammt als das erste, und dass der Redakteur, vielleicht wieder in einem anderen Jahrhundert, sie vereinte, ohne über ihre Unvereinbarkeit sich den Kopf zu zerbrechen. Wer aber wird heute noch über dieses Thema streiten, da die Bibelkritik ein höchst entwickelter Zweig der Philologie geworden ist? An der Beantwortung der Frage nach der Existenz Gottes ändert alle Bibelkritik nichts, die Bibel bleibt eine Kette von individuellen Zeugnissen des Glaubens, auch wenn die Kette Widersprüche enthält. Sie wird dadurch nur menschlicher und sehr viel interessanter.

Die Bibelkritik kann auch den Glauben derer nicht erschüttern, die alle Ethik aus göttlicher Offenbarung erklären. Für sie bleiben, selbst wenn die Quellen getrübt sind, die Wahrheiten ewig, d.h. zeitlos, und daher göttlich. Es gibt ja ethische Menschen in allen Teilen der Erde, auch dort, wo die Bibel nicht hindrang; es gab ethische Menschen im Altertum, ehe die verschiedenen Teile der Bibel geschrieben

wurden. Atheisten sind im allgemeinen nicht weniger ethisch als Gläubige, Gläubige handeln oft wenig ethisch und sie klammern sich mitunter an die Kirche als Gegengewicht, beziehungsweise in manchen Konfessionen als an eine Entsündigungsstelle. Es gibt, kurz gesagt, edle und unedle Atheisten, edle und unedle Gläubige. Jedenfalls braucht die Ethik nicht aus der Bibel abgeleitet zu werden; muss sie aus Gott abgeleitet werden?

Für jeden, der die ethische Norm als Basis der demokratischen Politik erkennt, entsteht die Frage, ob Gott sich nicht etwa jedem offenbaren kann. Die Aufgaben der Theologien und Kirchen bleiben, falls das zu bejahen ist, bestehen, sie hätten die Erfahrungen von Jahrtausenden zu sammeln, zu klären und durch Lehre weiterzugeben. Denn, so reizvoll Autodidaktik ist, Lehre kürzt den Weg ab. Wer auf irgend einem Gebiet geistiger Art eine Entdeckung macht, darf den Prozess, den er erlebt, eine Offenbarung nennen. Wenn ein Mathematiker einen neuen Satz, einen neuen Zweig der Mathematik entdeckt, baut er auf der Tradition seiner Schule weiter und schafft Neues, eine neue Blüte, eine neue Frucht des Zweiges. Was sich ihm offenbart, ist nicht Gott, sondern eine mathematische Wahrheit. Entsprechendes gilt für alle Wissenschaften. Sollte nicht auf theologischem Gebiet Ähnliches möglich sein? Kann sich Gott nicht stündlich neu offenbaren?

Theologie ist mit ihrer gesamten Geschichte eine faszinierende Disziplin, reich an Phantastik und Irrtümern, zwischen denen goldene Wahrheiten schimmern. Theologie gleicht mitunter einem Bergwerk, wo der Bergman in schwachem Licht das Gold findet oder wo er anderen Glanz für Gold hält, der bei Lichte besehen als wertlos weggeworfen wird. Zwischen Theologen und Naturwissenschaftlern gibt es oft keine Verständigung, und wenn die letzteren den Politikern die Mittel der Macht beschaffen, z. B. Atomenergie, fragen diese keinen Theologen mehr nach der Autorität, diese Macht zu benutzen. Und doch bleibt das Problem dringlich, wie sich Politik zwischen Naturwissenschaft und Religion oder auch Theologie zu verhalten habe, woher sie ihre ethische Autorität beziehe. Naturwissenschaftler sind oft agnostisch eingestellt und die gottlosen Kommunisten fühlen sich hier wahlverwandt, sie berufen sich nicht auf Gott sondern auf Karl Marx, Lenin und Stalin und ausserdem auf die Naturwissenschaft und ihr Derivat, die materialistische Geschichtsauffassung. Den Demokraten scheint dagegen nicht recht klar zu sein, worauf sie sich zu berufen haben; sie meinen mitunter, auf die Kirche oder die Bibel, ebenso wie die Monarchisten, Militärs und Militaristen. Das ist unrichtig. Ihre Losung müsste sein „vox populi vox dei", und deshalb müssten sie das Recht jedes Individuums

anerkennen, sein eigener Priester, ein Gottsucher zu sein, der unmittelbar zu Gott steht, ob er persönlich einer Kirche angehört oder imstande ist, seinen Weg allein zu gehen. In der Tat: Freiheit des Gottesdienstes ist als ein fundamentales Menschenrecht von Seiten der Demokratien anerkannt.

Die Erkenntnis dieses Fundaments der Demokratie ist wohl aus zwei Gründen verdunkelt. Alle echte Religiosität ist nur die unmittelbare Beziehung des Individuums zu Gott. Es gab zu allen Zeiten solche Religiosität, die sich mit Autokratie verband, weil keine Demokratie existierte. Die meisten Kirchen sind hierarchisch abgestuft mit autokratischer Spitze. Das Individuum bedarf sogar in solchen Religionen, wie z. B. im Katholizismus, nicht nur der Vermittlung der Priesterschaft, sondern in ihrer Vorstellungskraft auch der von Heiligen, Engeln und höchsten Mittlern. Religiosität bleibt aber auch dann individuell. Der einzelne muss die Hinwendung zu Gott auch in der katholischen Kirche selbst vollziehen. Wenn er das Sakrament nur als ein Mittel benutzt, das Heiligung verspricht, wenn es ein ungefühlter Ersatz für die fehlende Hinwendung ist, vollzieht sich ein Scheinakt symbolischer Art ohne rechten Effekt. Religiosität ist daher in echter Form stets demokratisch, wenn hier darunter Selbstverantwortung, eigene persönliche Entscheidung, verstanden wird, sozusagen gleiche, geheime, freie Wahl. Der Religiöse wählt demo-

kratisch seinen Gott als seinen Herrscher, nur mit dem Zusatz, dass er sich seinem Willen freiwillig unterwirft und die Wahl ein für alle mal geschieht. Ob sich das innerhalb einer weltlichen oder kirchlichen Autokratie vollzieht, ist für den Akt gleichgültig; er bleibt in der religiösen Sphäre selbst streng individuell und demokratisch, sonst ist er leer. Deshalb sollte man sich nicht durch den äusseren Schein beirren lassen, dass Religiosität auch mit Autokratie verbunden auftritt.

Der zweite Grund, der verdunkelnd wirkt, ist die Existenz der sogenannten Mystik. War vorher die Rede von der Hinwendung des Religiösen zu Gott, so jetzt umgekehrt von der Zuwendung Gottes zum Religiösen. Das Wort Mystik kommt von dem griechischen Wort müein, schweigen. Mystik wird in Einsamkeit und Schweigen erlebt und hüllt sich trotz der enormen mystischen Literatur auch nachher in Schweigen, weil niemand das Letzte eines mystischen Moments zu beschreiben vermag. Man bezeichnet ihn als Vergottung, als Vereinigung mit Gott. Diese Mystik ist unmittelbare Offenbarung Gottes und daher vollständig losgelöst von allen irdischen, also auch von politischen Zuständen. Es besteht nicht der geringste Zusammenhang von echtem mystischem Zustand weder mit Demokratie noch Autokratie oder Anarchie; er ist jenseits von alle dem. Es ist nicht einzusehen, warum ein Autokrat nicht

ebensogut ein mystisches Erlebnis haben könnte wie ein Anarchist oder ein Demokrat. Man muss wissen, dass Religiosität nicht etwa ein Zustand dauernder Mystik ist. Vielmehr sind mystische Zustände selbst bei den berühmtesten Mystikern ungemein seltene Augenblicke gewesen. Das gilt wenigstens für die sozusagen passive Mystik. Das einmalige Erlebnis ist dann so stark, dass es nachwirkt und unauslöschlich das weitere Leben der Mystiker beherrscht. In allen Konfessionen gibt es ausgearbeitete Methoden einer aktiven Mystik, durch Rauschzustände oder eine Art Trancezustände, durch Askese oder geistige Konzentration und Meditation künstlich eine seelische Geöffnetheit für Andacht und religiöse Erfahrung zu erzeugen. Selbst, wenn es wahr sein sollte, dass Menschen Gott sozusagen zwingen können, ihnen zu erscheinen und sich mit ihnen zu vereinen — was vom Standpunkt passiver Mystik eine Blasphemie erscheint — können das keine Dauerzustände sein, aber auch sie könnten dauernd nachwirken. Die Mystik in jeder ihrer vielen Formen könnte demnach als die Voraussetzung für den Satz „vox populi vox dei" vermutet werden, und man könnte weiter schliessen, die Demokratie müsste eine Politik der Mystiker sein, was ein Selbstwiderspruch wäre, da Mystik nichts mit Politik direkt zu tun hat. Und doch führt das Verständnis der Mystik auch zu dem des Satzes „vox populi vox dei" als der Basis aller echten Demokratie.

Das ist schwer klar zu machen. Wie es unmusikalische, musikalische und solche Menschen gibt, die musikalische Offenbarungen erleben, so gibt es areligiöse Menschen, religiöse und Mystiker. Die Areligiösen verstehen nicht, dass vox populi ohne jede Autorität ist, wenn sie nicht zugleich vox dei ist und sie fragen skeptisch, wer nun die Autorität hat, zu entscheiden, wann vox populi auch vox dei ist und wann nicht. Diejenigen konfessionellen Religiösen dagegen, denen jede Mystik verschlossen ist, glauben, dass sie die Führung der Kirche brauchen, die alle Geheimnisse besitzt. Die Mystiker schliesslich — schweigen.

Wir sind hier an der Keimzelle jenes organischen Systems angelangt, das dieses Buch zu festigen sucht. Aus Keimen wächst rätselhaft das Leben. Es gibt vielerlei Keime, und wenn das Bild auch nicht ausreicht, es gibt Keime von Gebilden, die vergehen und gibt wahrscheinlich einen Keim des dauernden Friedens der Menschheit, der bleibt. Ist dieser Keim religiös? Seit Jahrhunderten haben Propheten solche Keime gesät, und die Menschheit wartet vergeblich auf den rechten Keim oder auf den Messias der ihn bringen soll. Vielleicht aber ist es umgekehrt: der Keim ist da und wartet auf die Menschheit als den nährenden Boden.

Das ist es; alles ist bereit gelegt, wir müssen nur danach greifen und es festhalten. Gott ist in uns,

er ist die Autorität erkannter, einsichtiger Wahrheit, er ist die letzte Autorität der Erkenntnis, dass auf politischem Gebiet jener gesamte Komplex von Demokratie, der auf Selbstverantwortung und absoluter Ethik beruht, der vom Missbrauch des Wortes „alle" sowohl in den Menschenrechten als auch in den Verteilungen ökonomischer Güter gereinigt ist, der die Souveränität der Staaten durch die Weltregierung und Weltpolizei reduziert, der den Nationalismus, den Rassenhass und Klassenhass ausmerzt, dass diese gesamte „Utopie" nichts anders ist als die konkrete und zeitgemässe Idee vom Reich Gottes auf Erden.

Man hat gesagt, dass Faschismus und Kommunismus Religionen sind. Das ist eines jener verhängnisvollen Schlagworte, das viele nachsprechen. Beide haben zwar mit manchen Konfessionen den Fanatismus des Glaubens gemeinsam, aber echte Religion ist frei von Fanatismus, sie ist so sicher in sich selbst, dass sie tolerant warten kann, bis sie vom Individuum entdeckt wird, sie braucht nicht Feuer und Schwert, nicht Terror und Inquisition. Sie ist demokratisch. Kommunismus und alle Autokratien von heute sind keine Religionen.

Die französische Revolution hat die moderne Demokratie geschaffen, aber zugleich im Fahrwasser der Aufklärung Gott durch die Göttin Vernunft ersetzt und den Weg für den Positivismus und

modernen Materialismus frei gemacht. Die Väter der amerikanischen Demokratie haben echte Religiosität gehabt, sie haben gebetet und noch in unserer Zeit eröffnet der amerikanische Kongress seine erste Sitzung mit einem Gebet. Ist das die Religiosität, auf der Demokratie beruht? Wäre Demokratie weniger religiös ohne solche öffentlichen Gebete? Wie viele Beter beten wirklich; wie viele beten nur für irgend einen Erfolg und suchen Gott als Werkzeug ihrer Wünsche zu benutzen, wie Kinder dem Weihnachtsmann Briefe schreiben? Es gibt auf keinem menschlichen Gebiet so viel Heuchelei, soviel Selbstbetrug, so viel gedankenlose Gewohnheit. Und trotz allem bleibt es wahr, dass Demokratie religiös ist. Das Bruderschaftsbewusstsein der Menschen kann im Individuum zwar lebendig sein, ohne dass es an Gott glaubt oder an Gott jeweils denkt, aber wenn man nachdenkt, sind wir nur Brüder, falls wir einen gemeinsamen Vater haben, also Kinder Gottes sind.

Die Psychoanalytiker allerdings glauben von ihrer Theorie her, dieses Phänomen in die Reihe der Kindheitserlebnisse bringen zu können und dadurch wissenschaftlich zu erklären. Die Idee Gott als Gott Vater anzusehen, ist danach ein „Komplex". Es ist zwecklos, mit solchen Theoretikern zu streiten. Für den, der religiös begabt ist, beruht alle Wissenschaft, also auch Psychoanalyse, auf der Vorgegeben-

heit dieser Welt, und diese auf der Vorgegebenheit Gottes, der nicht mit der Natur identisch ist. Man kann nicht das a priori Gottes durch das a posteriori des symbolischen Vergleichs mit dem Verhältnis von Sohn zu Vater erklären. Den Psychoanalytikern ist aber nicht begreiflich zu machen, dass sie doch erst da sein müssen, um Theorien zu finden, und dass dieses Dasein selbst nicht durch Psychologie, welcher Art immer, erzeugt werden kann. Wir können uns selbst nicht erzeugen; das ist es, was der Ausdruck meint, dass wir Kinder Gottes sind. Wir sind Geschöpfe und soweit wir selbst schöpferisch sind, sind wir Schöpfer zweiten Ranges.

Es ist sonderbar, dass viele Menschen vor der Erkenntnis zurückscheuen, Kinder Gottes zu sein; sie fürchten wohl, dass dieser Titel sie als kindisch, naiv, schwächlich abstempelt. Wenn sie trotzdem gute Demokraten sind, beweist das nur, dass Religion im Unbewussten verwurzelt liegt. Wenn Gott da ist, dann ist er auch da, ohne dass man es weiss. Auch das neugeborene Kind, das nichts weiss, ruht in dieser mystischen Schicht, und kein Atheist kann ihr entrinnen, er weiss nichts davon, die tiefste Schicht kann verschüttet sein, aber vielleicht erlebt er einmal sein Damaskus. Entdeckt er sie nie, dann ist er gestorben, wie ein Unmusikalischer, der nur Lärm gehört hat, wenn anderen die Töne einen Kosmos bedeuteten.

Demokraten wissen, dass diejenigen unter unseren Zeitgenossen, die gläubig sind, sich meist von Politik fern halten (falls sie nicht enge Kirchenpolitik treiben), und dass diejenigen, die Politiker von Beruf sind, Politik und Religion trennen als zwei getrennte Geleise, so dass sie glauben, sich entschuldigen zu müssen, wenn sie gelegentlich an Religion gemahnen. Als Beispiel diene der Hinweis auf das dritte Kapitel in dem kleinen Buch Faith and Works von Lionel Curtis (Oxford, 1943) und das vorausgehende Zitat von Sir Stafford Cripps: „We are fighting for a moral and not merely for a material issue. Though our plans must be scientifically prepared, there must be behind them the inspiration of our most deeply religious convictions". (Deutsch: Wir kämpfen für einen moralischen und nicht nur materiellen Zweck. Obwohl unsere Pläne wissenschaftlich vorbereitet sein müssen, müssen hinter ihnen unsere tiefsten religiösen Überzeugungen stehen). Kalte Zweifler werden die Echtheit der Gesinnung bei englischen führenden Politikern und Staatsbeamten nicht glauben; sie werden sagen, solche Sätze beweisen nur, dass man sich auch für Imperialismus auf „most deeply religious convictions" berufen kann. Gewiss. Aber überall, wo Religion oder Religiosität sichtbar wird, Heuchelei anzunehmen, geht nicht an. Die Geschichte der Menschheit hat bisher mehr Gläubige mit angeborener Religiosität gehabt als Areligiöse.

Man kann auch nicht behaupten, dass strenge Naturwissenschaft zu Agnostik führen müsse oder gar zu Atheismus. Die Welle philosophischen Materialismus' des 19. Jahrhunderts, die durch den Rausch naturwissenschaftlicher Erfolge emporgehoben war, hat in halbgebildeten Kreisen oder in philosophisch ungeschulten Köpfen die Vorstellung erweckt, man könne durch Naturwissenschaft alle Rätsel der Welt lösen. Es liegt eine komische Ironie in der Bescheidenheit der Forscher und Laien die so unbescheiden dachten: sie vergassen ihre eigene Person. Denn mit Physik und Chemie kann man — vielleicht — alles erklären, nur nicht die Erklärung und den Erklärer. Niemand kann Physik durch Physik erklären oder Chemie durch Chemie. Wenn jemand die chemisch-physikalische Formel besässe, was ein Sauerstoffatom bei 273 Grad unter null ist, hat er damit diesen Gedanken selbst nicht getroffen. Sein Gedanke ist nicht so kalt, er hat keine Temperatur und er ist kein Sauerstoff, er ist überhaupt nicht materiell. Wenn jemand aber die chemisch-physikalische Formel der Gehirnvorgänge fände, die ablaufen, wenn er jenen Satz von einem Atom Sauerstoff beim absoluten Nullpunkt der Temperatur denkt, hätte er nicht den Gedanken damit getroffen, dass seine Formel des Gehirnvorgangs die Sache selbst erklären soll. Gedanken erklären überhaupt nicht die Gegebenheit des Gedachten, nicht die Vorgegebenheit der

Welt, in die wir hineingeboren sind, und die wir vorfinden und langsam entdecken und verstehen lernen. Verstehen und erklären sind zweierlei. Wir können erklären nur innerhalb von Verstandenem.

Auf der falschen Ausdeutung der Naturwissenschaften und dem daraus gefolgerten Glauben, man habe die Welt erklärt, auf dem Vergessen des Menschen selbst, der zwar durch die Naturwissenschaft die Natur erkennen kann, aber nicht den Menschen und nicht Gott, beruht die antireligiöse Haltung des Faschismus, Nazismus und Bolschevismus. Das ungelehrte Volk aber spürt, dass da etwas nicht stimmt. Es kann nicht sagen, was es ist, aber es ist mit den Ersatzreligionen dieser politischen Doktrinen nicht zufrieden zu stellen, es lernt nach einer Weile, dass sie zwar fanatisch machen, aber nicht nähren und nicht währen. Zugegeben, dass der Propagandasatz des Kommunistischen Manifests, „Religion ist Opium für das Volk" mitunter seine Berechtigung hat, dann nämlich, wenn die religiösen Handlungen mechanisiert sind, wie die Gebetsmühlen bestimmter Sekten oder Konfessionen; aber Atheismus ist erst recht Opium für das Volk, Opium, das sie unterwürfig macht für Diktatoren.

Aber auch konfessionelle Religion ist genau so wie Atheismus zur Stützung von Thronen missbraucht worden. Erinnern wir uns an dieser Stelle der Überlegung an die mehrmals benutzte Dreiteilung

nach dem Schema: Null, Eins, alle. Sie ist auch fruchtbar zum Überblick der Religionen. Der Null entspricht der Atheismus. Genau wie wir bezüglich des Anarchismus zu sagen hatten, er bezieht sich auf Regierung, auch wenn er sie leugnet — und nicht etwa auf Brückenbau oder Landwirtschaft — so bezieht sich der Atheismus auf Gott. Der Eins entsprechen alle Konfessionen, nicht nur die monotheistischen; denn auch wo mehrere Götter angenommen werden, ist das Entscheidende die Ausschliesslichkeit der Geltung des ganzen konfessionellen Systems mit seinen Dogmen, Riten und Symbolen. Für jeden konfessionsfreien Religiösen scheinen viele Wege zu Gott zu führen, für den Konfessionsgebundenen dagegen gibt es immer nur jenen einen Weg, den ihm seine Konfession bietet. Die Intoleranz der Konfessionen, ihr Glaube, die Wahrheit, also die einzige Wahrheit zu besitzen, die man allen Menschen bringen und, wenn sie sich ihr verschliessen, aufzwingen müsse, hat unendlich viel Leid über die Menschheit gebracht im Namen Gottes. Heute haben viele früher verfeindete Konfessionen und Religionen Frieden miteinander geschlossen, und wenn auch Rückfälle möglich sind, nähert sich die Menschheit langsam der Weisheit, dass jener Gott, an den alle Konfessionellen glauben, wohl irgendwie an der Vielfältigkeit der Konfessionen mitbeteiligt sein muss, dass also auch die Konfessionen

als Brudergedanken anzuerkennen sind, wie sie Gott selbst ansehen mag.

Dieser letztere Gedanke ist allerdings schon zu anthropomorph, er projiziert die Toleranz, die wir untereinander erwarten, in Gott hinein und macht aus ihm einen nachsichtigen Liberalen. Es ist eben schon der Weg zur speziellen Theologie, wenn man weiter spekuliert und etwa vorschlägt, es wäre der Würde Gottes gemässer, wenn er ein dynamischer Geist wäre, der in ununterbrochener Evolution die Menschheit zu einem uns verhüllten Ziel führt, oder gar ein objektiver und neutraler Zuschauer, der den Menschen die Freiheit und die Vernunft gab und so auch die Freiheit, ihre Vernunft zu gebrauchen oder zu missbrauchen.

Vermeidet man alle derartigen Gedanken als fromme Phantasien und begnügt man sich selbst als Zuschauer damit, die Existenz vieler Konfessionen und ihre langsamen Wandlungen von Generation zu Generation anzuerkennen, dann mag der Gedanke auftauchen, ob nicht jene einfache, ungetrübte Religiosität des Mystikers, der ohne Dogmen, Riten und Symbole mit Gott direkten Kontakt sucht oder hat, die gemeinsame Schicht ist, aus der die vielen Konfessionen erwachsen. Aus der Gestaltlosigkeit und Unbeschreiblichkeit unmittelbarer Religiosität mögen sich noch so viele Konfessionen herauskristallisieren und das Dasein der Menschheit

bunt und reich machen, jene gestaltlose Schicht erweist sich als der geheime Nährboden aller und als die dunkel geahnte gemeinsame Weltreligion aller Menschen.

Die Mystik ist die dritte Kategorie der Religionen. Es stehen sich gegenüber der Atheismus, einschliesslich des Agnostizismus, der Gott weder leugnet noch bejaht, und die lange Reihe der Konfessionen; zwischen ihnen steht die Mystik als der Urgrund aller Religion, dem niemand sich entziehen kann. Der Gottesleugner, der das Metaphysische verlacht, merkt gar nicht, dass sein Gelächter selbst metaphysisch ist. Sobald ein Mensch nicht nur den Schall von Worten hört, sondern ihren Sinn erfasst, sich mit einem zweiten Menschen verständigt oder sogar wenn er ihn missversteht, transgrediert er sich selbst; wenn er alleine ist und mit sich selbst Zwiesprache hält, ist er abermals im Metaphysischen, in jener Gedankenwelt, die sein kleines Ich unendlich transgrediert. Es gibt Positivisten, die behaupten, es gebe keine Gedanken. Man kann nur erwidern, selbst dieser Unsinn ist ein Gedanke.

Weil in jedem Menschen ein Keim zu dieser Religiosität des immerwährenden Transgredierens über die eigenen Grenzen steckt, findet jeder Mensch in sich die Anlage zu Demokratie. Denn beide sind im selben Keim enthalten. Demokratie ruht auf dieser Bruderschaft aller Menschen auch wenn sie

Feinde sind, wie Kain und Abel; die innerste Keimzelle der Gemeinsamkeit von Brüderlichkeit und Religiosität als Kindschaft des gemeinsamen Vaters ist unsere geistige Heimat.

Nicht alle Brüder sind brüderlich, nicht alle, die Gott geschaffen hat, erkennen Gott, aber wie die Unbrüderlichen dennoch Brüder sind, so sind die Gottesleugner und die auf eine einzelne Konfession festgelegten Menschen Kinder Gottes. Nicht jeder ist imstande, die Gesetze der Physik und Chemie zu verstehen, aber jeder ist ihnen unterworfen. So ist nicht jeder imstande, Mystik zu erleben, aber er ruht unbewusst in dieser Schicht seit seiner Geburt. Von dieser Schicht her kommt die „vox dei". Menschen, die wenig gelernt haben, können das Sprachrohr sein und Menschen, die alle Wissenschaften und alle Philosophie studiert haben, können durch das Leben gehen — unbegnadet. Ihnen kann man nicht beweisen, wann die „vox populi" die „vox dei" ist, denn das lässt sich nicht beweisen, wie alles Evidente unbeweisbar ist. Positivisten trauen nur ihren Sinnen, als ob nicht auch sie alle Sinnesdaten erst gedanklich und metaphysisch verarbeiten müssten. Der Mensch ist nicht wie ein Wandspiegel, der ein Bild zurückwirft, das aussieht als wäre es hinter dem Spiegel. Der Mensch ist ein Spiegel, der aus der eigenen Tiefe antwortet und eine persönliche Spiegelung des Weltbildes gibt. Er ist daher ein Spiegel,

der mitunter die Wirklichkeit verzerrt. Alle Konfessionen verzerren notwendigerweise, weil sie mehr bieten möchten, als sie bieten können. Alle Atheisten und Materialisten spiegeln zwar fakultativ ohne Verzerrung, aber leider nur als Oberflächenbild.

Wer für Weltföderation eintritt, für Weltregierung mit allem, was dazu gehört, wer für Weltdemokratie ist, für die Herrschaft des Volkes für und durch das Volk, mag religiös stehen wie immer er will, er handelt in Harmonie mit der absoluten Ethik, die auf der einfachen Idee der Bruderschaft aller Menschen beruht, die mit der ebenso einfachen Gottesidee der Mystik zusammenhängt.

Man könnte meinen, die Mystiker seien nur an ihrer eigenen Person interessiert und daher habe man die Mystik der Zahl Eins zuzuordnen; dagegen wollen manche Weltreligionen die ganze Menschheit erobern und missionieren und darum habe man sie der unbestimmten Zahl „alle" zuzuordnen. Aber der Eroberungsdrang ist gerade ein Merkmal der Autokratie, und der Mystiker ist an der eigenen Person nur interessiert, weil es ein Erlebnis der Endgültigkeit bedeutet, der Ganzheit aller Existenz bewusst zu werden. Er selbst verschwindet ja in dieser „Vergottung", ein Ausdruck, der so wenig wie jeder andere dem mystischen Erlebnis voll adäquat sein dürfte.

Religiöse haben seit jeher versucht, das Unsagbare durch Gleichnisse zu sagen. Gleichnisse sind Sonderformen der Symbole. In jedem Symbol benutzt man einen Vordergrundsinn, in der Hoffnung, dass der Hörer dahinter den Hintergrund errät. Das neue Testament ist voll von Gleichnissen, der Kult aller Religionen voll von symbolischen Handlungen. Es gibt symbolblinde Menschen, die das Symbol mit dem zu Symbolisierenden verwechseln; sie glauben, die Erfüllung vorgeschriebener Symbolhandlungen, Waschungen, Fasten, Selbsterniedrigung, und sei es nur das Niederknieen usw. sei alles, worauf es ankommt. Bei Gleichnissen scheint die Gefahr eines solchen Missverständnisses gering. Vielleicht ist es daher das Beste, jene Schicht der Mystik durch eine Art Märchen zu interpretieren, bei dem jeder versteht, dass der Vordergrund nicht ernst gemeint ist. Es einzuschalten scheint gerechtfertigt, weil es wünschenswert ist, die Wurzel des Satzes „vox populi vox dei", klar zu machen, damit man selbst urteilen kann, wo die Wurzel der Souveränität des Volkes liegt.

Es folge also hier das Märchen vom Gott der Dreiecke:

Es war einmal ein Lehrer der Mathematik. Er glaubte an Physik und Chemie, auch an Biologie, obwohl er annahm, man werde eines Tages auch das Leben durch Physik und Chemie erklären können,

aber er glaubte nicht an Gott. Stets von dem Wunsche erfüllt, sein Wissen zu erweitern, fragte er gläubige Menschen, was das sei, woran sie glaubten. Keine Antwort vermochte ihn zu befriedigen, keine schien ihm eine Antwort zu sein, und zum Schluss pflegte er nur zu sagen: „Sehen Sie da den Bleistift, den ich zwischen Daumen und Zeigefinger halte? An den glaube ich".

An einem Spätsommertage ging er in seinem Studierzimmer auf und ab, ein mathematisches Problem überlegend, dessen Lösung er auf der Spur war. Durch das offene Fenster wehte ein leichter Wind und bewegte einen dünnen Vorhang, der den Blick von aussen abhielt. Auf diesem Vorhang war aus drei Scharen von Parallelen ein regelmässiges Netz eingewebt und wie der Lehrer zufällig hinsah, blieb sein Blick daran hängen, dass die Dreiecke sich im Luftzug wellenförmig bewegten und bogen. Das riss ihn, weil es hübsch anzusehen war, aus seiner Überlegung heraus, und nach einer kurzen Weile erinnerten ihn diese Dreiecke daran, dass bald das Semester begönne und er seinen Schülern einen Kurs über euklidische Planimetrie zu geben habe. So geläufig ihm dieses Anfängerthema war, wollte er doch alles genau präparieren, damit er didaktisch die Theoreme so gut als möglich vorbringen könnte.

Daher wandte er sich zu seinem Schreibtisch, befestigte einen grossen Bogen Papier auf ein Reiss-

brett, nahm die Zeicheninstrumente vor und begann, die Theoreme in Formeln aufzuschreiben und in Figuren aufzuzeichnen, wie er sie in bester Reihenfolge vortragen wollte. Erst zeichnete er zwei parallelen mit einer dritten, sie schneidenden Geraden, um die paarweise Gleichheit der Winkel den Schülern klar zu machen. Dann folgte ein Dreieck mit den nötigen Hilfslinien und Buchstaben, um zu beweisen dass die Summe der Winkel 180 Grad beträgt. Dann kam ein Dreieck mit seinen drei Höhen, ein anderes mit drei Winkelhalbierenden, eines mit eingeschriebenem, eines mit umschriebenem Kreis, und so zeichnete er fleissig weiter bis sein grosses Blatt voll war und der Stoff für die ersten Semesterwochen gedeckt. Zufrieden mit sich selbst und seiner Arbeit, lehnte er sich in seinen bequemen Armstuhl zurück und freute sich an der einsamen Stille seines Zimmers.

Da hörte er eine Stimme, die in Ichform das Theorem der Winkelsumme erklärte. Es folgte eine zweite, die mitteilte, dass sich die Höhen in einem Punkte treffen und daran schloss sich ein Zwiegespräch an, dass, was für das erste Dreieck gilt auch für das zweite gälte und umgekehrt. Es war dem Lehrer klar, dass die Dreiecke mathematischen Verstand hatten und über sich selbst sich unterhielten. Bald mischte sich das dritte Dreieck ein und das ging so fort, bis alle zwanzig Dreiecke sich geeinigt

hatten, dass jeder Satz für alle gelte. Nun fingen sie an, zu erörtern, woher das komme, da sie doch selbständige Individuen seien, sogar mit verschieden grossen Seiten und Winkeln. Sie fanden es erstaunlich, dass sie zwar fest begrenzt waren in ihren je drei Seiten, aber sich dennoch so gut verständigen konnten, bis sie nach längerer Diskussion erkannten, dass diese Fähigkeit, sich selbst zu transszendieren und gegenseitig so vorzüglich zu verstehen, daran lag, dass sie alle in derselben Ebene lagen. Wenn auch jedes Dreieck seine eigene kleine Lebensaufgabe hatte, war doch eine Gemeinschaft da, jedes könnte im Notfall für das andere einspringen, die gemeinsame Ebene machte sie zu Brüdern. Nicht genug damit, sie fühlten dunkel, dass alle ihre Gesetzlichkeit, ihr ganzes Sein a priori durch diese Ebene bestimmt war; sie fühlten sich als die Geschöpfe der Ebene, und da sie die Ebene zu ergründen suchten, fanden sie, dass sie letzte Axiome hatte, die sie einfach glauben mussten, Axiome, die sich nicht weiter beweisen oder ableiten liessen. Da verkündete das Dreieck mit dem umschriebenen Kreis, dass die Ebene Gott sei, dass sie Geschöpfe dieses Gottes seien, dass die Ebene ihr Vater sei und dass sie darum einander als Brüder zu erkennen hätten. Das Dreieck mit dem eingeschriebenen Kreis fügte hinzu: „Ich ruhe in der Ebene und das Ebene ruht in mir, ich ruhe in Gott und das Göttliche ruht in mir." Damit

gaben sich alle zufrieden und sie verehrten Gott in tiefem Schweigen.

Nun stand aber in diesem Studio auf einer Kommode ein Globus. Auf ihm waren die Erdteile eingetragen, aber auch die Breiten- und Längenkreise, die mit einander Dreiecke bildeten, viel komplizierter als die auf dem Reissbrett, denn sie überlagerten einander, setzten sich fort, teilten einander, jenachdem man sie zusammensehen oder trennen mochte. Diese Gesellschaft von Dreiecken hatte alles angehört und nun fingen sie an, sich einzumengen, sie erklärten, wenn die planimetrischen Dreiecke ihre platte Ebene für Gott hielten, dann sei das eben eine Plattheit, ein engherziger Nationalismus. Ihr eigener nationaler Gott sei jedenfalls nicht platt, er sei sphärisch, was sicher die vornehmere Form sei. Die flachen Dreiecke verstanden zuerst nicht, wovon die sphärischen sprachen, bis es den sphärischen gelang, plausibel zu machen, dass eine Kugelfläche sich von einer Ebene ungefähr so unterscheide wie ein Kreis von einer geraden Linie. Jedenfalls gelang es ihnen, der flachen Nation klar zu machen, dass der Gott der gekrümmten Nation andere Axiome voraussetze.

Trotzdem schien der Streit der nationalen Religionen nicht aufhören zu wollen, vor allem, weil die Dreiecke der Kugel sich besser dünkten, und der Streit wäre noch lange weiter gegangen, wenn

nicht schliesslich die Dreiecke des Vorhangs ihre Stimme erhoben hätten. Sie sagten, dass sie sich in die beiden streitenden Parteien gut hineindenken könnten, denn mitunter seien sie selbst flach gespannt, mitunter gebogen, ja sie bewegten sich hin und her und fühlten da, wie sie aus der Ebene in die Krümmung übergingen und nachher wieder eben wurden. Als denkende Dreiecke fühlten sie sich gezwungen, den Begriff der dritten Dimension einzuführen, was doch auch die Herme von der Kugel schon tun müssten. Sollte das nicht die Lösung aller Fragen sein? Weder die Ebene noch die Kugel sind Götter der Dreieckheit, es gibt keine Vielheit von nationalen Gottheiten, es gibt nur einen Gott: den dreidimensionalen Raum, ein Gott der Dreieinigkeit.

Da dachten die beiden anderen Dreieckvölker nach und kamen zu der Überzeugung, dass die Herren vom Vorhang recht haben mussten, und schon schien der Frieden hergestellt, als sich das erste Dreieck mit der Winkelsumme meldete und trotzig sagte: „Gut, wenn uns zugemutet wird, uns über die Ebene zu erheben und Gott als dreidimensional zu denken, dann mag wohl der Gott vom Vorhang auch noch nicht der höchste Gott sein, vielleicht hat Gott vier Dimensionen, auch wenn das wahrscheinlich weit über Euren krummen Verstand geht". Aber da antwortete ein Dreieck

vom Vorhang: „Das schreckt mich nicht; Gott mag ein Raum von unendlich vielen Dimensionen sein, ich kann ihn nicht ganz erfassen, aber ich weiss doch wenigstens, dass ich mit seinen drei ersten Dimensionen verbunden bin und das genügt mir. Das ist der Unterschied von Wissen und Glauben. Ich weiss, dass Gott ist, denn ich erlebe ihn unmittelbar mit meinen mitunter zwei, mitunter drei Dimensionen, ich glaube dagegen gerne, dass er mehr Dimensionen hat". Und damit waren nun alle zufrieden und verehrten den Raum von unendlich vielen Dimensionen als ihren wahren Gott in tiefem Schweigen.

Dem Lehrer wurde in dieser Stille wunderbar zu Mute. Ihm war, als verlöre er seine eigene dritte Dimension, seinen Körper, sein Gewicht; als schwebe er im unendlichen Raume und sei selbst ein Dreieck geworden. Er hatte das Gefühl, zu träumen, denn im Schlaf verschwindet unser Körper, und nur Gedanken und Bilder scheinen vor uns oder in uns zu schweben. Doch so gewichtlos er war, ihm schien, dass er sänke, als ob er als Dreieck durch seinen eigenen Körperraum herabschwebte zu einer tiefsten Schicht seiner selbst, in die er nie gelangt war, weil er stets nach aussen geforscht hatte. Er wusste plötzlich wie durch eine Offenbarung, dass jeder Mensch diese Schicht haben muss und dass sie es ist, die alle verbindet. Eine grosse Bescheidenheit überkam ihn,

und er fühlte, wie er sich zusammenzog, wie er ein immer kleineres Dreieck wurde, bis alle drei Eckpunkte in einem einzigen zusammenfielen. Das war sein Ich, frei von allen Raumdimensionen im unendlichen Raum schwebend. Da wurde ihm noch wunderbarer zu Mute, denn diese Unendlichkeit war kein Raum mehr, sie war reiner Geist. Es war die Voraussetzung, um Raum zu haben, Raum zu erleben. Plötzlich wurde ihm klar, dass er selbst geistig war und im unendlichen Geist schwebte, getragen von Gott. Er erinnerte sich an den Ausspruch des einen Dreiecks und erkannte, er war in Gott und das Göttliche war in ihm, diesem punkthaften Ich. Er ahnte die Unendlichkeit des Geistes als eines Daseins von unendlich vielen unerreichbar verborgenen Attributen. Er wusste, dass Gott sich ihm offenbarte, ohne dass er etwas dazu getan hatte. Wunschlos stand er vor der raumlosen und zeitlosen Ewigkeit, vor den letzten Axiomen des menschlichen Daseins. Der Gott, vor dessen Angesicht er stand, war grösser als der Gott der Dreiecke, aber er wusste, dass er nur einen Teil von Gott erfasste, und dass der wirkliche Gott noch unvorstellbar grösser sein musste. Er wusste, er erfasste von Gott das, was ihm verwandt war, und dass Gott ausserdem noch etwas ganz Anderes sein musste. Selbst Geist, erfasste er den heiligen Geist. Im Gefühl stiller Ehrfurcht meinte er, völlig zu verschwinden.

Dann wurde er wieder grösser und hob sich und bekam eine erste, zweite und dritte Dimension. Er fühlte sich schwer und sah sein Zimmer und das Blatt mit den Dreiecken, den Globus und den Vorhang als ganz gewöhnliche Dinge. Er war still und wollte niemandem begegnen, um nur so lang als möglich schweigen zu können. Aber schliesslich forderte der Alltag seine Pflichten und er begann wieder zu leben wie sonst. Niemand merkte ihm an, dass er Gott gesehen hatte und er sagte sich, dass es ein ganz falscher Ausdruck ist, zu sagen, man habe Gott gesehen. Wenn Menschen von ihrem Glauben sprachen, schwieg er. Er musste an seinen Satz vom Bleistift denken und sagte sich selbst: wie könnte man einen Bleistift mit den Fingern fassen, wie könnte man an das glauben, was wir sehen, hören, tasten, wenn wir nicht erst selbst da wären, wir, der Bleistift und die ganze Welt? Wie sonderbar, dass ich übersah, dass unter allem irgend etwas liegen muss, eine Voraussetzung, die geistige Ebene, der Geist.

Er war immer ein ehrlicher und gewissenhafter Mensch gewesen, er hatte längst schon seine Schüler behandelt als ob sie seine Kinder wären; er war kein vollkommenerer Mensch geworden und doch war etwas in ihm anders als zuvor, er war als Mensch vollständig geworden, ein Wissender, ein Bruder aller Menschen, ein Sohn ihres gemeinsamen Vaters.

12. ERZIEHUNG ZU WELTDEMOKRATIE

Zu allem muss man erzogen werden, auch zu Politik. Man sollte nur vorsichtig und kritisch in der Auswahl seiner Lehrer sein und trachten, bald so reif zu werden, dass man sich selbst weiter erziehen kann. Sich selbst erziehen sollte sich schliesslich jeder können, denn das Wesen der Demokratie fordert ja gerade eigenes, verantwortliches Denken; allein das bleibt, in dieser Allgemeinheit aufgestellt, angesichts der Unfähigkeit mancher, mehr ein schöner Wunsch als eine echte Forderung. Viele beharren im anerzogenen Zustand, in den sie durch eine schlechte Tradition gebracht sind. Das gilt besonders für Ethik und Politik. Weltdemokratie hat allerdings in ihrer ethischen Wurzel eine uralte gute, ja beste Tradition. Wir nennen sie gewöhnlich ohne viel Bedenken christliche Ethik, müssen aber uns vergegenwärtigen, dass es sich um jene absolute Ethik handelt, die allen grossen Weltreligionen gemeinsam ist. Ebenso alt mag die Wurzel der politischen Lehren und Praktiken sein, welche die Macht vor Gerechtigkeit setzen. Wir stehen also vor zwei alten Traditionen, die beide seit jeher um die Herrschaft ringen.

Die Erziehung zu christlicher Ethik ist daher nichts Neues, sie ist in den Kirchen organisiert, sie wird mindestens jeden Sontag denen gepredigt, die an den Kirchenbesuch gewöhnt sind. Das Neue, wenn auch nicht vollständig Neue, bei dem Thema einer Erziehung zu Weltdemokratie, ist die volle Identifizierung von Ethik mit Politik, insbesondere die Grundforderung, dass unsere zwischenstaatliche Politik christianisiert werden muss, wenn man die Menschheit vor der Zerstörung durch die krasse Entartung der Kriegführung in eine rücksichtslose Massenzerstörung retten will.

Jede Erziehung setzt zwei Klassen von Menschen voraus, Lehrer und Schüler. Als Lehrer der Weltdemokratie kommen heute nur jene relativ wenigen in Betracht, die dazu vorgedrungen sind, den Zusammenhang derjenigen Sätze im Geiste dauernd gegenwärtig zu haben, die in den vorausgehenden Kapiteln besprochen wurden. Sie mögen weder vollständig sein, noch erschöpfend erörtert, sie weisen immerhin auf die Fülle von Faktoren hin, die für uns in dem Begriff der Weltdemokratie oder dem einer demokratischen Weltregierung synthetisch gedacht werden muss. Sie lassen sich sowohl positiv wie negativ ausdrücken, nämlich entweder mit der Bejahung christlicher Ethik oder mit der Verneinung politischer Amoral.

Es ist leicht darnach eine Liste der wichtigsten

Begriffe und Gegenbegriffe aufzustellen: Dauerfrieden gegen Krieg, Pazifismus gegen Militarismus, Co-operative Weltökonomie gegen Autarkie und Zollwirtschaft usw., Kosmopolitismus gegen Nationalismus, Demokratie gegen Autokratie wie gegen Anarchie im wechselseitigen Rechtsverkehr der Staaten, daher auch Einschränkung der Souveränität gegenüber den jetzigen Ansprüchen, nationale Forderungen durch einen Krieg durchsetzen zu wollen, Ersatz dieser Anarchie durch eine demokratische Weltregierung, deren Konstruktion zur Diskussion steht; und als Grundforderung, wie gesagt, vor allem die Anerkennung der absoluten Ethik gegen die machiavellistische Amoral in der Politik, sei es der inneren oder der äusseren.

Die zweite Klasse Menschen, die zum Thema Erziehung gehört, sind die zu Erziehenden. Man möchte fürs erste geneigt sein, zu sagen, zu ihr gehören alle Menschen, sogar einschliesslich der Lehrer, die ja nicht bei einer Doktrin als Dogma stehen bleiben sollen. Wer aber bereits aus vielen privaten Debatten einige Erfahrung besitzt, weiss, dass viele Menschen jedem Versuch sie zu Weltdemokraten zu erziehen, sich mit allen ihren Kräften sperren. Die psychologischen Gründe für diese Feindseligkeit zu untersuchen, ist sehr interessant; eine solche Untersuchung wäre für die Praxis ungemein wichtig, aber sie soll hier uns nicht aufhalten.

Man lernt aus der Erfahrung, dass man nicht seine Zeit vergeuden soll, wenn der Gesprächspartner sich mit teils billigen teils schwer zu entkräftenden Einwendungen und Ausflüchten wehrt, entweder das Evidente anzuerkennen oder aus seiner eingestandenen Erkenntnis die praktische Konsequenz zu ziehen. Ein Hauptmittel sich gegen die Ideen der Weltdemokratie und Weltregierung zu entziehen, pflegt der Hinweis darauf zu sein dass die „Bösen" ja doch nicht mitmachen werden, oder dass in den jetzt autokratisch regierten Ländern alle Verbreitung solcher Gedanken völlig unmöglich ist. Spanien und Russland sind die üblichen Schreckgespenster. Aber man geht darüber hinaus und sagt entweder, alle Menschen seien böse, ausgenommen die jeweils debattierenden, oder man sagt, die grosse Mehrheit der Menschen ist böse. Aber es handelt sich bei der Frage von Gesetzgebung nicht darum, wieviel Menschen gut, wieviel böse seien, sondern dass man bestimmte Handlungen verbietet und dadurch alle Menschen vor bösen Handlungen schützt. Es ist Sache jeder Erziehung zu Ethik, die Menschen zur Erkenntnis von dem zu bringen, was sie tun „sollen", und sie dauernd dazu zu ermahnen, dass sie ihr Gewissen stärken und dann unbeugsam ihrem Gewissen treu bleiben. So ist es auch das Ziel ethischer bezw. kirchlicher Erziehung, Menschen beizubringen, dass sie nicht stehlen, lügen, betrügen, rauben,

vergewaltigen, töten sollen; aber jeder weiss, dass das allein nicht die Menschheit vor solchen Vergehen schützt, dass man ausserdem das Gesetz braucht, den Polizisten, den Richter und die Exekutive für den gesetzlichen Richterspruch. Zu lehren ist daher beides, sowohl, welche Handlungen erlaubt und welche verboten sind, als auch welche Institutionen zu schaffen notwendig ist, um dann einzugreifen, wenn Menschen unethisch handeln, insbesondere wenn Menschenverbände unethisch handeln auf wirtschaftlichem, sozialem oder politischem, einschliesslich zwischenstaatlichem Gebiet.

Vor allem aber müssen die Lehrer der Weltdemokratie sich darüber klar sein, dass es zwar gute und böse Menschen gibt, gute, die mitunter einer Versuchung erliegen, und böse, die mitunter auch Gutes tun; dass es aber ausserdem sehr viele Menschen gibt, die nur deshalb Böses tun, weil sie von Bösen missleitet und missbraucht werden. Angenommen, — wir mögen uns auf unser Hauptthema, Krieg und Frieden zwischen Staaten einschränken — angenommen es gibt 10 % wirklich kriegerische Naturen, und andererseits 10 % wirklich friedliche, wie es die tapferen Kriegsdienstverweigerer sind, dann blieben 80 % übrig, die sich in Uniformen stecken und gegen einander führen lassen, weil sie in der Idee aufgewachsen sind, das könne gar nicht anders sein, da es die Obrigkeit so will. Hier ist an

den Spruch vox populi, vox dei zurück zu erinnern. Die Obrigkeit ist nur dann selbst als dei gratia anzuerkennen, wenn sie vom Volk durch Majorität gewählt ist und dem Volk verantwortlich bleibt, wenn sie ausserdem nur für begrenzte Zeit ihr Amt zugesprochen erhält. Man braucht bei den 10 % Guten keinen grossen Wiederstand gegen die Theorien einer demokratischen Weltregierung zu erwarten — diejenigen, die widersprechen, kommen mitunter nach einigen Jahren von selbst dazu, sich anzuschliessen. Man soll andererseits den 10 % Bösen, die wirklich Krieg und jede Art Verbrechen wünschen, nicht kostbare Zeit opfern, man soll sich der Aufklärung jener 80 % widmen, die den Schlagworten und Versprechungen von Diktatoren nachlaufen und ihnen das Bessere zur Wahl stellen, indem man sie zu überzeugen, also weder zu überreden, noch durch Gewalt zu ihrem Glück zu zwingen sucht. Das wahre Glück ist das selbst gewählte, das Verzichte in sich schliesst zu gunsten der anderen Staaten. Gewinnen wir durch Erziehung die Majorität der 80 % Unentschiedenen, dann können wir wenigstens in den bereits demokratisch regierten Ländern, zur Aufstellung einer ersten Weltregierung herangehen und es der Zukunft überlassen, wann es möglich sein werde, ebenso erzieherisch dort zu wirken, wo bisher die bestehenden Verhältnisse es unmöglich machen.

Die wichtigsten Themata demokratischer Erziehung sind Wissen, Charakter und Bildung.

Unter Wissen ist hier verstanden, dass man die volle Klarheit hat, was Demokratie und Weltdemokratie ist. Es bleibe begabten Lehrern überlassen, Lehrbücher für verschiedene Altersstufen, verschiedene Gesellschaftskreise, Bildungsstufen, ja sogar verschiedene Kulturkreise abzufassen. Jedenfalls sollte man Einseitigkeit vermeiden. Es gibt heute Gruppen, die nur lehren, wir brauchen eine Weltföderation, andere gehen weiter und lehren, wir müssen die bisherige Form der Souveränität aufgeben, manche konzentrieren sich auf das Thema der Menschenrechte, manche auf das der Abrüstung, manche wollen nur die Vereinten Nationen stärken. Alles das ist richtig, aber nur, wenn es im Zusammenhang gesehen und gelehrt wird. Jede Gruppe hat dagegen ihre besonderen Einwände. Wenn man denen, die für Weltregierung bezw. Weltföderation sind, sagt, sie sollen das Wort Demokratie hinzusetzen, bekommt man die Antwort, dass dieser Begriff zu strittig sei; natürlich ist damit die Verschiedenheit von Amerika und Russland gemeint, aber dann hat man die Pflicht, den Begriff zu definieren, nicht ihn einfach auszulassen. Ein Führer auf dem Gebiet des Kampfes um die Menschenrechte antwortete auf die Frage, warum er nicht mit den „United World Federalists" zusammen arbeite, weil es noch keine

Weltregierung gäbe, er halte sich vorläufig an die Vereinten Nationen. Ein Führer auf dem Gebiet des Kampfes für eine Weltregierung und Einschränkung der Souveränität will nichts wissen über die Konstruktion dieser Weltregierung, denn das könnte, ja müsste Uneinigkeit erzeugen, da jeder sich darunter etwas anderes vorstelle. Aber alle diese getrennten Kampfgruppen können nur siegen, wenn sie klar den Zusammenhang ihrer Themata sehen und sich vereinigen zu einer einzigen Front von Weltdemokraten, zu einer einzigen Weltpartei für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit im internationalen Leben der Völker.

Dieses Wissen, was Demokratie und Weltdemokratie als System ist, bildet die Grundlage für politische Praxis, die ihrerseits die Schulung des Charakters voraussetzt. Diese Schulung vollzieht sich zum Teil unbeabsichtigt innerhalb jeder demokratischen Atmosphäre. Es entwickeln sich demokratische Übungsmethoden. Aus den in den Vereinigten Staaten von Amerika gesammelten Erfahrungen seien hier zwei als Beispiele genannt:

Die erste Methode besteht in der Erziehung zu Gruppenbewusstsein, zum sogenannten „teamwork" in Spielen. Viele der hochentwickelten sportlichen Spiele werden von Gruppen ausgefochten, vor allem im amerikanischen Fussballspiel und im Baseball. Jeder hat hier seine bestimmte Aufgabe, jeder ist

mitverantwortlich für Sieg und Niederlage. Man könnte meinen, das gelte ebenso für die Armee. Der Unterschied ist, dass die Spielregeln für beide Parteien gemeinsam sind und beide einander als Mitspieler ansehen, während die Armeen auf der Idee der Feindschaft aufgebaut sind. Natürlich gibt es ähnliche Spiele, die Gruppenkämpfe darstellen, in allen Ländern, sie sind jedoch in den U.S.A. von grösster Popularität, so dass die Schlusskämpfe zu den Ereignissen des Jahres zählen. Das mag ebenso für die Ruderregatten in England gelten, aber wohl nirgends beherrscht das „teamwork" weite Gebiete des Lebens so sehr wie in Amerika, man spürt seinen Geist in der Studentenschaft, im Zusammenarbeiten der Professoren auf Universitäten, im Verkehr der Gesellschaft, in der Verwaltung, im Benehmen aller offiziellen Persönlichkeiten, im Verhalten zwischen Alt und Jung. Es wäre nur zu wünschen, dass „fair play" auch im Geschäftsleben herrschte.

Als zweite demokratische Erziehungsmethode erscheint das „Town Meeting of the Air". Seit vielen Jahren eingeführt, findet jeden Donnerstag Abend eine genau einstündige öffentliche Versammlung in New York — manchmal als eine Art Gastvorstellung in anderen Orten — statt, bei denen ein ganz aktuelles politisches oder ökonomisches Thema „pro and con" behandelt wird. Gewöhnlich sprechen zwei Redner

bejahend, zwei verneinend, jeder etwa sechs Minuten. Der „Moderator" fordert sie dann auf miteinander zu diskutieren, wofür etwa zehn Minuten gelassen sind; den Rest der Stunde beantworten die vier Hauptredner Fragen des Publikums. Dieses Schema läuft mit unverbrüchlicher Pünktlichkeit ab; Redner und Publikum zeigen enorme Selbstdisziplin und Toleranz. Es gibt Abende, an denen das Thema oder das Temperament einzelner Redner Aufregung erzeugt, aber bei aller Spannung bleibt parlamentarischer Ton weit mehr gewahrt als das in europäischen Parlamenten — ausgenommen England — üblich ist. Fragesteller richten ihre Fragen an einen der Hauptredner meist mit der deutlichen Tendenz, ihm zu widersprechen. Der Widerspruch ist dann oft in die Form eines bescheidenen, beinahe sokratischen Nichtwissens gekleidet und wird dann mit verständnisvollem Gelächter begrüsst. Zwischenrufe sind streng verboten, bis auf die Ablehnung durch einfaches „No". Diese Redeturniere werden jede Woche von mehreren Millionen Amerikanern im Radio gehört; sie sind sachlich ungemein erzieherisch, da immer Fachleute, meist solche hohen Ranges sprechen. Die Debattensind oft ein aesthetischer Genuss, wenn die Geschicklichkeit der Frager auf entsprechende Schlagfertigkeit und Humor stösst; sie sind charakterlich erzieherisch, weil sie abgestimmt sind auf Objektivität und Toleranz, auf das ruhige Anhören der anderen Meinung,

auf das Einhalten der „Spielregeln". In der Tat, das „Townmeeting" ist ein politisches Spiel, ein geistiges Kampfspiel. Seine Haupteigentümlichkeit ist, dass hier niemand „gewinnt", es gibt nicht Sieger, nicht Besiegte. Das hat die Kritik ausgelöst, man sei zuletzt ebenso klug als zuvor. Das ist ein Irrtum, man ist klüger; man weiss zwar nicht immer, wer recht hat, aber man weiss, dass die Fragen nicht so einfach zu beantworten sind, als man wohl gedacht hat, und gewöhnt sich, zu lernen, zu überlegen, die eigene Meinung zu korrigieren; man lernt, sich elastisch zu erhalten, statt zu verknöchern.

Die Spielregeln des „Townmeeting" beherrschen in Amerika zahllose öffentliche Debatten und Vortragsabende mit anschliessender Diskussion. Obwohl diese Diskussionen meist auf Fragestellungen von Seiten des Auditoriums beschränkt, also keine echten Diskussionen sind, kann man das Schema des „Townmeeting" als Grundform einer seminaristischen Erziehung der Erwachsenen zu demokratischer Politik empfehlen. Man kann seinen Geist ermessen, wenn man sich sein autokratisches Gegenstück vergegenwärtigt, wo der Führer zwei Stunden oder länger redet, und die Hörer verpflichtet sind, „ja" zu rufen; wo Erziehung Drill ist zu uniformem gedankenlosem Nachreden von — falschen — Phrasen. Demokratie fordert Erziehung zu Kritik und Selbstkritik, sie fordert daher freie Naturen, die in freier Wahl

und aus Einsicht sich unterordnen, sie fordert Menschenwürde.

Diese Erziehung überschreitet das Gebiet des Spiels und wird praktischer Ernst, wenn die Demokraten zur politischen Wahl aufgerufen sind und sie sich entscheiden sollen, ob sie für eigene Privilegien und Gruppenvorteile stimmen, oder ihre Engherzigkeit überwinden und sich zu dem aufschwingen sollen, was „allen" dienlich ist, also auf die Dauer, dienlich, mithin auch ihren Kindern und Enkeln. Viele mögen halb mit Bedauern, halb mit Verachtung über die Wahlen in demokratischen Ländern die Achseln zucken, Wahlen bleiben trotz aller Mängel erzieherisch. Man soll nicht verzweifeln angesichts von Beschränktheit, Trägheit, Gleichgültigkeit, Mangel an Verantwortungsgefühl, Mangel an Würde und Ehrlichkeit, Mangel an Altruismus und geistiger Biegsamkeit. Kein Lehrer kann damit rechnen, nur begabte Schüler zu haben. Jeder lernt das Lehren erst durch Widerspruch der Schüler, er lernt, auf verblüffende Einwände die richtigen Antworten bereit zu haben, Sabotage zu entwaffnen, Widersetzliche umzustimmen. Erziehen heisst ja, den anderen über ihn selbst hinaus zu führen bis er seinen Weg alleine suchen kann, es heisst im Falle der politischen Erziehung oft, Vorurteile wegzuräumen, darüber hinaus für die eigene Überzeugung einzustehen. Militärs verstehen es, soldatischen Mut zu

lehren, Erzieher zu Weltdemokratie müssen entsprechund das lehren, was man Zivilcourage nennt. Es muss nur das rechte Wissen um die echten demokratischen Ziele mit diesem Mut zusammengehen.

Die erzieherische Kraft des „teamwork" und des amerikanischen „Townmeeting of the Air" mag durch die amerikanische Besatzungsarmee nach Deutschland eindringen. Im amerikanischen Sektor von Berlin finden jetzt wenigstens Diskussionen im Rundfunk statt. Allein, Entsprechendes ist für die anderen Länder Europas zu wünschen. Das bringt den Gedanken nahe, dass das amerikanische Vorbild in jedem Lande seine nationale Abwandlung braucht, dass andererseits andere Demokratien ihre besonderen demokratischen Erziehungsmethoden bereits ausgebildet haben, vor allem die Schweiz; man hat an die Schriften Gottfried Kellers zu erinnern, vor allem an den Grünen Heinrich und das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Es ist kaum nötig, zu sagen, dass das Thema von Weltfrieden, von Kosmopolitismus, Weltregierung, von Demokratie, Weltdemokratie, beruhend auf absoluter Ethik, in den Lehrplan jeder Schule gehört. Es lässt sich überall einschalten, im Religionsunterricht wie in den Fächern der Geschichte, der Literatur, in allen „humanistischen" Fächern. In den naturwissenschaftlichen Fächern aber kann der Lehrer die kommende Generation davor behüten, dass sie den

Denkfehlern des Materialismus, Positivismus, Pragmatismus, Behaviorismus und aller verwandten Philosophien der Seelenlosigkeit erliegen. Das ist zwar alles teilweise zum ersten der drei Hauptpunkte, dem Wissen, gehörig, aber es hat seine charakterbildende Seite, sofern es den Schüler dauernd vor die Aufgabe stellt, sich seine Verantwortung für seine eigene Zukunft, seine Verantwortung für seine Klarheit über die fundamentalen philosophischen Grundlagen der Politik einzuschärfen. Die Schule soll für das Leben erziehen, dazu gehört vor allem, dass sie zu der Einsicht führt, dass unser Leben dem Gemeinwohl zu widmen ist, dass wir unseren Egoismus und falschen „Realismus" einzuschränken, obwohl nicht völlig zu unterdrücken haben, dass es Unsinn ist, das Ideal aufzustellen, man habe für die Interessen seiner Regierung sein Leben zu opfern. Zu Charakter erziehen heisst zu Pflichterfüllung erziehen, aber erst muss man lernen, welche Pflichten wirklichen Werten entsprechen.

Das dritte Thema der politischen Erziehung, das wichtigste, ist Bildung. Darunter soll hier verstanden werden das Lernen von Werten.

Vielleicht gibt es keine schwierigere Aufgabe innerhalb eines vielseitigen Menschenlebens, als zu finden und zu lehren, was wertvoll ist. Menschen philosophischer Veranlagung und Schulung wird es selbstverständlich sein, die Literatur über Wert-

philosophie vorzunehmen; auch für sie ist der Schritt von der abstrakten Klärung der Begriffe zu vollem Erleben der Werte frei von Theorie. Werte erfassen fordert Intuition. Manche Menschen haben einen angeborenen Wertinstinkt, andere brauchen einen langen Weg von Enttäuschungen, um spät zu erkennen, dass, was sie einst für wertvoll hielten, wenn nicht ganz wertlos, so doch nicht von so hohem Wert ist, als sie dachten. Die viel gepriesenen Werte des Krieges verfliegen nach der Niederlage. Wer selbst die Stufe erreicht hat, Wertstufen richtig zu unterscheiden, sieht sich oft unfähig, anderen zu demselben Niveau zu verhelfen, eben weil auf rationalem Wege so wenig zu erreichen ist, und Intuition sich im anderen schwer erzeugen lässt. Sie kommen meist erst, wenn die Scheinwerte, an die man geglaubt hat, zusammenbrechen. Nicht jeder findet dann die Kraft, auf Wertruinen ein neues Leben aufzubauen.

Ruinen und Gräber sind traurige Lehrmeister. Was lehren sie? Die japanischen Militaristen haben die Mandschurei, grosse Teile von China, zahllose Inseln des Pazifik erobert, überallhin Zerstörung gebracht, bis sich das Blatt wandte und sie alles wieder verloren; die italienischen Faschisten haben Abessinien erobert und aggressive Politik getrieben, bis das eigene Land Kriegsschauplatz wurde, Montecassino in die Luft flog und die Brücken über den

Arno zerstört wurden; die Nazis haben zahllose Städte und Dörfer in Polen und Russland, in der Tschechoslovakei und auf dem Balkan sinnlos vernichtet, sie haben Millionen unschuldiger Menschen sinnlos ermordet, bis ihr eigenes Land verteidigt werden musste und ihre eigenen Städte in Flammen aufgingen. Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Muss man erst selbst hinein fallen, um zu lernen, dass es kein Lebenswert ist, anderen eine Grube zu graben?

Vielleicht wissen in den Ländern, die nicht Kriegsschauplatz waren, viele Menschen nicht so deutlich, was eigentlich geschehen ist und wie bitter in Japan und Europa der Unterricht im Werten auch in der Nachkriegszeit bleibt. Viele scheuen sich, es zu wissen, und andere sagen, es geschieht jenen Völkern recht. In gewissem Sinn ist das richtig, sofern nämlich falsche Wertungen sich selbst bestrafen; es ist keine eigentliche Strafe, nur die „Gerechtigkeit" d.h. die Konsequenz der Logik. Aber diejenigen, die pharisäisch denken, dass sie, Gott sei Dank, nicht so schlecht sind wie jene, vergessen nur zu leicht, das sie mitgestraft sind, wie sie auch mitschuldig waren. Die Mitschuld trifft nicht jeden in gleichem Grad, aber die Mitstrafe trifft am schwersten jene, die Werte erkennen.

Zerstörung wirkt sich im rein ökonomischen Wertgebiet einfach dahin aus, dass das Zerstörte ersetzt werden muss, wenn man zum früheren

Zustand zurückgelangen will. Oft wird die Wiedergutmachung denen aufgehalst, die selbst keine andere Schuld haben, als dass sie nicht stark genug waren, den Zerstörern das Handwerk zu legen. Aber das ganze Volk der Zerstörer ist verantwortlich; es muss unter täglichen Entbehrungen abwarten, bis das Getreide nachwächst, bis Obstbäume und Wälder sich erholen, bis Bergwerke wieder in Gang kommen, die Transportmittel wieder verkehren, neue Häuser gebaut werden und neue Möbel, bis die Industrie wieder imstande ist, Kleider, Geräte aller Art und Medikamente herzustellen. Man kann verbrannte Bücher neudrucken, wenn wenigstens ein Exemplar der Vernichtungsfreude entgangen ist. Wie aber, wenn die vernichteten Exemplare einmalige Werte sind? Wenn sie Kunstwerke, Archivalien, Manuskripte und als Gipfel der Liste, wenn sie unersetzliche Menschen sind?

Den Verlust von Kunstwerken empfinden nur diejenigen, die künstlerische Werte verstehen. Die Anderen glauben in ihrer Unbildung, man könne alles ersetzen. Haben wir nicht Photographien und Gipsabgüsse? Kann man nicht alles kopieren? Sie begreifen nicht, dass Kopien eben nur Kopien sind. Wer wird, wer will und kann ganze Städte kopieren, an denen Generationen gearbeitet haben, wer will die Kirchen und ihre Einrichtungen, die Folgen von Innenräumen alter Schlösser und Paläste, alter Resi-

denzen ersetzen, die Stück für Stück einzigartig und von höchster menschlich erreichbarer Qualität waren? Aber wie soll man Ungebildeten oder Verbildeten ihre Schuld begreiflich machen? Sie antworten, Schuld hat der Krieg, es gibt militärische Notwendigkeiten. Blinde wissen, dass sie blind sind, aber Wertblinde wissen es nicht. Militärische Notwendigkeiten beruhen auf einer Verkennung der menschlichen Werte. Das trifft die Besiegten, die vor Aschenhaufen stehen, wo einst Werke hoher Kunst waren, das trifft genau so die Sieger, die aus sogenannten militärischen Notwendigkeiten sich in das Zerstörungswerk hineinreissen liessen. Es mag Fälle geben, wo Werke der Kunst geopfert werden müssen, um Menschenleben zu sparen, aber es bleibt noch zu verrechnen, wie oft das zutraf, wie oft die Zerstörung hätte vermieden werden können und wäre vermieden worden, wenn die beteiligten Personen gebildeter gewesen wären. Aber was nutzt diese Verrechnung? Was verschwunden ist, bleibt verschwunden auch für die Zerstörer. Wie lächerlich müssen heute den deutschen Nationalisten ihre Lobsprüche deutscher Kunst klingen, nachdem sie ihre Vernichtung heraufbeschworen haben, weil ihnen andere Werte, Scheinwerte, höher schienen als die genialen Leistungen ihrer Vorfahren.

Als die Gefahr der Zerstörung europäischer Städte klar wurde, haben sich in den U.S.A. Kunstwissen-

schaftler mit der Militärbehörde verbunden, um Stadtpläne auszuarbeiten, in denen die zu schonenden Objekte: Kirchen, Paläste, alte wertvolle Privathäuser, Museen, Archive und Bibliotheken einzutragen waren, damit die Flieger nichts von unersetzbarem Wert zerstören; denn damals sprach man noch stolz von „precision bombing". Es waren grossenteils Kunstwissenschaftler, die im Exil lebten, die diese Arbeit freiwillig durchführten. Die Karten wurden vervielfältigt und an die Stellen verteilt, die mit dem Zerstörungswerk beauftragt waren. Es handelte sich um sämtliche Kriegsschauplätze in Europa und auch für Japan wurde gesorgt. Die ganze Arbeit war umsonst. Man hat die alten Stadtkerne, die keinerlei Fabriken enthielten, vernichtet. Wenn Fachleute Militärs fragten, was in dieser oder jener Stadt zerstört worden sei, gaben sie ihre Antwort in Prozenten; der Gedanke, dass in einer alten Stadt Werte verschiedenen Grades vorhanden sind, war ihnen offenbar fremd. Wenn man auf die Karten hinwies, zuckten sie die Achseln: so genau könne man nicht zielen. Man hat den Ausdruck vom Blindfliegen geprägt für Flüge mit Karte und Kompass, wenn man das Terrain nicht sieht. Man sollte von wertblinden Flügen reden. Wie macht man diese Blinden sehend? Oder sind wir anderen blind für die militärischen Notwendigkeiten? Wir haben die Wahl zwischen militärischen und kulturellen

Notwendigkeiten. Es scheint, dass sie einander beinahe ausschliessen. Man darf aber nicht ungerecht alle Schuld den Alliierten zuschieben. Wir wissen, dass in vielen Fällen die deutschen Offiziere auf ihren Rückzügen in Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn usw. die Zerstörung selbst herauf beschworen haben aus grenzenloser Unbildung, aus sturem Heroismus und Eingeleisigkeit ihres Denkens.

Eine Entschuldigung der Alliierten liegt auch in der Dezentralisation der Kriegsindustrie, wenigstens in Deutschland. Man hat gegen Ende des Krieges die deutsche Feinmechanik, Optik und Elektro-Industrie die etwa 60 % für die Luftwaffe lieferte, in kleine Betriebe aufgelöst, die ihre Werkstätten in Wohnhäusern von Kleinstädten, aber auch in solchen in Berlin hatten. In Weimar befand sich 500 m hinter Goethes Gartenhaus das Gustloff Werk, ein Bau mit wichtiger Kriegsindustrie, ein Beispiel für hunderte andere für die absichtliche Gefährdung von historisch, bezw. kunsthistorisch wertvollen Bauten, ein Vorgehen, das kurzsichtig und zynisch die besten Werte der Vergangenheit als eine Art Geiseln benutzte und zugleich dem „Feind" die moralische Schuld zuschob.

Die „Schuld", wenn man den Begriff überhaupt anwenden will, lag auf beiden Seiten, und es ist uninteressant, weil unbeantwortbar, zu fragen, auf welcher Seite die grössere „Schuld" lag; denn die

wahre Schuld liegt in der Führung von Kriegen. Gewiss haben weder die Amerikaner noch die Briten diesen zweiten Weltkrieg begonnen, sie waren gar nicht dafür gerüstet, aber ihre Schuld bleibt das Haften an der alten Tradition der prinzipiell kriegerischen Politik aller Staatsregierungen, statt des öffentlichen Bekenntnisses zur Errichtung einer Weltregierung. Solange es Armeen gibt, wird es jene fatale Verblendung und Ausrede geben, die man militärische Notwendigkeit nennt. Kulturelle Notwendigkeiten stehen im Rang höher als militärische. Natürlich verrechnen die Militärs die Zerstörung, die sie anrichten, mit den Regimentern von Menschenleben ihrer eigenen Armee. In unserem Atomzeitalter heisst das, man rettet unbestimmt viele eigene Soldaten durch die Vernichtung ganzer Städte mit ihrer Zivilbevölkerung. Die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht hat zum „totalen" Krieg geführt und hier können die Amerikaner und Briten wenigstens sagen, dass sie keine allgemeine Dienstpflicht hatten. Dieser Gedankengang macht aber klar, was es bedeutet, dass jetzt nach dem Krieg in Amerika eine Strömung existierte, die für eine allgemeine Dienstpflicht im „Frieden" eintrat.

Jeder, dem die Verfügung über moderne Instrumente der Massenzerstörung in die Hand gegeben ist, sollte erst lernen, was er unter gar keinen Umständen zerstören darf. Das ist nur möglich, wenn eine

Behörde darüber wacht, ob er gelernt hat, zu respektieren, was Eigentum der Menschheit in allen folgenden Generationen ist. Diese Behörde kann nur so lange nötig sein, als es Armeen gibt, sie wird überflüssig sein, wenn wir eine Weltregierung mit einer Weltpolizei errichtet haben, weil dann keine Bombenflüge mehr stattfinden werden, vorausgesetzt, dass man nicht die Weltpolizei mit einer Weltarmee verwechselt. Es gibt Offiziere in den obersten Rängen, wie General Eisenhower die sich ihrer Pflicht bewusst sind, den ganzen Militärberuf aufzulösen; sie wissen, es gibt viele Berufe, die gute Köpfe, Männer von rascher Entscheidung und Todesverachtung brauchen.

Man hat aber nicht nur an die Kreise der Militärs zu appellieren. Sind jene Kunstgelehrten, die um ihre geliebten Originale zitterten frei von Schuld? Was haben sie getan, um das Verhängnis wirklich aufzuhalten? Sie haben im letzten Augenblick die Karten gezeichnet; sie hätten Jahrzehnte zuvor sich zusammenschliessen sollen in einem Protest gegen die herrschende Unbildung und Wertblindheit, sie hätten diese negative Haltung zu ergänzen gehabt durch die positive Stützung der Idee der Weltregierung. Sie sind hochgebildet in ihrem Gebiet, sie unterscheiden hier Werte so fein wie die Künstler selbst und dazu weit objektiver, aber müssten sie nicht auch ebenso gebildet sein in den Problemen

der Weltpolitik und Weltmoral? Man kann wertsehend sein auf dem einen Gebiet und wertblind auf dem anderen. Wenn von militärischen und von politischen Notwendigkeiten geredet wird, dann kann man den Kunstgelehrten nur zurufen, „tua res agitur", es handelt sich um deine Herzensangelegenheit. Werde Mitglied einer der Korporationen, die für die Erhaltung des Weltfriedens arbeitet, sitz nicht daneben, fasziniert von den aesthetischen und historischen, biographischen und gelehrten Problemen, vergessend, dass das Erste ist, für die Erhaltung der Werke zu sorgen. Wer in Europa vor 1939 Mitglied einer amtlichen Kommission zur Erhaltung von Kunstdenkmälern war, mag sich erinnern, wie man mit Eifer und Geduld erwog, ob man 100 Mark oder Francs oder Lire usw. für eine relative Kleinigkeit bewilligen solle, aber man liess es geschehen, dass Millionen für Rüstungen bereitgestellt wurden.

Sind nur die Fachleute der Kunstwissenschaft an der Erhaltung von Kunstwerken interessiert? Gilt nicht dasselbe, was ihnen vorzuhalten ist, für alle Künstler, für alle Sammler, für alle, die Kunst alter und neuer Zeit zu schätzen imstande sind? Ist es begreiflich, dass sie zwar klagen, aber nichts tun, um die Zerstörung auszuschliessen? Sind sie nicht imstande, vorauszudenken? Was wird denn übrig bleiben, wenn man einen dritten Weltkrieg mit

Atombomben führt? Sie haben nichts getan oder nicht genug, um den ersten und den zweiten Weltkrieg zu verhindern, noch ist es Zeit, den dritten zu verhindern. Fragen diese Menschen, oft in einem Ton der Verzweiflung, was können wir tun, dann ist die Antwort dieselbe wie zuvor: sitzt nicht jeder allein in euren Stuben, um über die Schlechtigkeit der Menschen zu trauern, schliesst euch an eine der bestehenden Organisationen an, an die „United World Federalists" in Amerika oder verwandte Organisationen in anderen Ländern. Eines Tages werden sich diese Bruderorganisationen zu einer einzigen zusammenschliessen.

Und gilt das eben Ausgeführte nur für die Kreise, die sich für Kunst interessieren, ist nicht dasselbe der Fall für alle Wissenschaftler, alle Schriftsteller, sagen wir es mit einem Wort, für alle Gebildeten? Sie alle müssen lernen, universal im Anerkennen und Schützen von Werten zu sein, dann wird das auf das Gebiet der Politik zurückstrahlen, man wird die Politik auf dauernde und universale Werte einstellen.

Universale Bildung ist noch weit umfassender als diese Wertung von Sachen, denn der letzte und höchste Wert, den wir zu schützen haben, ist der Mensch.

Das Verständnis für die Werte der Kunst und der Wissenschaft ist auf eine relativ kleine Zahl von

Menschen eingeschränkt, das für den Wert des Menschen dagegen, sollte jedem Menschen zugänglich sein. Wie jeder Wert so hat auch dieser seine Grade. Unser Gradmesser ist jene Humanität, die Persönlichkeiten als Menschen wertvoll macht. Menschlichkeit ist Schaffensfreude gepaart mit Wohlwollen und Werterkenntnis. Sehen wir von den „produktiven" Destrukteuren ab, die Kriegswaffen produzieren; das Gros der Menschheit besteht aus produktiven Konstrukteuren, deren Arbeit auf die tägliche Schaffung ersetzbarer Güter gerichtet ist; diese Menschen sind selbst relativ leicht ersetzbar, andere sind schwerer ersetzbar, weil sie neue Ideen haben und sie in die Tat umsetzen; das sind die Schöpfer des Fortschritts auf jedem Fachgebiet. Ihr Schritt ist immer überholbar, bleibt aber ein unentbehrlicher Zwischenschritt. Es gibt schliesslich die Schöpfer unersetzbarer, einmaliger Werte, die Denker letzter Wahrheiten, und die grossen Künstler, die Dauerndes verwirklichen. Das ist die schöpferische Seite der Menschlichkeit. Das Wohlwollen ist die soziale Seite, die sich auf den Mitmenschen als Glied der Gesellschaft, als Bruder richtet. Auch hier gibt es Stufen von der Wirksamkeit im engen Kreis der Familie, des Standes oder der Gemeinde bis zu der für alle, also Stufen der umfassten Quantität. Und schliesslich gibt es Stufen in der Qualität der Werterkenntnis, identisch mit der Erkenntnis

von Qualitätsstufen in Sachen und in Menschen.

Kann man zweifeln, dass für die Leitung der gemeinsamen Schicksale aller nur Menschen von höchster Menschlichkeit tauglich sind? Was haben wir von Regenten zu erwarten, die nicht diese Bildung im Sinne von konstruktiver Produktivität, mit Wohlwollen und Qualitätsgefühl vereinen? Solche Führer bringen Unglück über ihre eigene wie über andere Nationen, sie führen zu Barbarei statt Kultur, zu Chaos statt Kosmos. Wenn einzelne Nationen noch unfähig sind, sich die rechten Führer auszuwählen, muss von den Beamten einer Weltregierung gefordert werden, dass sie ausser den selbstverständlichen Fachkenntnissen die übernationale Weite humaner Bildung haben. Man kann das erste Wissen und Verstand nennen, das zweite Vernunft.

Manche ziehen es vor, statt von Vernunft von Liebe zu reden. Sie meinen die unpersönliche Menschenliebe, die etwas anderes ist als die persönliche, obwohl beide verbunden sind durch die Tendenz zu Harmonie. Unruhige Naturen fühlen sich zu Disharmonie hingezogen, zu Kampf und Hass, sie vermögen in allgemeiner Menschenliebe nur romantische Schwärmerei zu sehen und den Idealismus der Pubertätsjahre. Umgekehrt sehen die Verfechter der Humanität in dem Hang zu Kampf und Krieg, zu Hass und Macht, zum politischen „Realismus" die Unreife von Wertblindheit und Wertperversion. Sie stehen vor der Auf-

gabe, die Unreifen zu erziehen. Hat das die Kirche nicht längst versucht? Das Wort Kirche soll hier alle Konfessionen umfassen. Zwar haben die einzelnen Kirchen selbst nur zu häufig Kriege gegeneinander geführt, oder die Kriege von Potentaten unterstützt, aber sie haben doch immer wieder versucht, durch Predigt zu erziehen. Viele ausgezeichnete Geistliche tun das auch heute; es sei an den ungenannten erinnert, dessen Pazifismus in dem früher zitierten Gespräch so eindrucksvoll beglaubigt ist. Es gibt Tausende solcher Pazifisten, die selbst keine Erziehung mehr brauchen — bis auf einen Punkt. Genau wie den Kunstgelehrten, die um die Werke der Kunst zittern, genau wie den Gebildeten aller Fachgebiete, die sich um ihre Bibliotheken und Laboratorien Sorgen machen, ebenso ist den Pazifisten und allen Geistlichen zuzurufen: sitzt nicht losgetrennt von den anderen; es ist eine gemeinsame Sache von allen denen, die menschliche Werte erkennen, sie muss von allen gemeinsam verfochten werden. Die Geistlichen dürfen nicht glauben, sie können das Friedenswerk innerhalb ihrer kleinen Gemeinde schaffen. Fördern können sie es, aber nicht vollenden. Dasselbe gilt für die Kriegsdienstverweigerer: sie sollen sich anschliessen. Allein sind sie viel zu schwach; sie können nur die eigene Seele retten, und es kommt auf die Rettung der Menschheit an.

Wir brauchen Trommler, die unermüdlich die Menschen zusammentrommeln, wir brauchen Leh-

rer, die unermüdlich erziehen zu Weltdemokratie, bis die Menschen reif sind, ihre Menschheits-Repräsentanten zu wählen, die neben den Vereinten Nationen tagen können, in Harmonie mit diesen Vertretern der historisch gegebenen Staaten. Denn die Vereinten Nationen wollen selbst Frieden und Vernunft. Auch dieser Versammlung können wir nur zurufen, sitzt nicht abgetrennt vom Volk, unterstützt das schwere Werk der Erziehung zu Weltdemokratie, helft, die Weltregierung aufzurichten, von der ihr bereits ein Kristallisationskern seid.

Unser aller gemeinsames Programm ist leicht zu formulieren: wir wollen den Fortbestand und die Vervollkommnung der Kultur. Der nächste Schritt zu dieser Vervollkommnung ist die Verwirklichung der Weltdemokratie durch die Schöpfung einer demokratischen Weltföderation und Weltregierung. Die Methode, die Menschheit dazu zu erziehen, ruht auf den beiden Pfeilern jeder Erziehung: Verstand und Liebe, jenem produktiven und konstruktiven Verstand, der im Dienste des Wohlwollens für alle Rassen und Nationen liegt und jener Liebe, die sich unpersönlich an alle richtet, aber persönlich an alle, denen man begegnet. Wenn man das Wort in seiner letzten Tiefe nimmt, kann man diese Methode auch kurz als Christentum bezeichnen.

APPENDIX I

Um den Lesern zum Bewusstsein zu bringen, dass heute schon beträchtliche Kreise in mehreren Ländern für eine demokratische Weltregierung eintreten, und um ihnen zugleich den Weg zu erleichtern, sich an eine der bestehenden Organisationen anzuschliessen, folgt hier ein Verzeichnis der mir bekannt gewordenen Vereine. Beigefügt sind Adressen, soweit sie erreichbar waren.

Es wäre förderlich, Ergänzungen jeder Art dem Autor auf dem Wege über den Verlag zuzustellen.

BELGIEN	Union Fédérale	38 Avenue Emile-Duray, Brüssel. Président: M. Demuyter, membre du Parlement.
CANADA	World Government Association	Room 218, 1207 Bay street, Toronto.
DEUTSCHLAND	Liga für Weltregierung	Köln-Lindenthal, Konsul S. Stocky, Leichtensternstr. 12.
	Weltstaat-Liga	München 12, Ganghoferstr. 52. 1. Vorsitzender: J. J. Heydekker. Tl. 72 184.
	Pan-Europa-Bund	Berlin W 35, Bendlerstr. 11.
	Pan-Europa-Union	Berlin W 30, Eisenacher Str. 89.
	Gesellschaft der Freunde der UN (GEFRUN)	Berlin-Nikolassee, Alemannenstr. 1a.

DEUTSCHLAND	Internationaler Versöhnungsbund (Fellowship of Reconciliation)	Berlin-Wilmersdorf, Pariserstr. 37.
	Berliner Frauenbund 1947	Berlin-Halensee. Augusta-Viktoriastr. 14, Vors.: Frau Dr. von Zahn-Harnack.
	Internationale der Kriegsgegner	Berlin-Wannsee, Hohenzollernstr. 27a. Vors.: Heinz Kraschutzki.
	Notgemeinschaft 1947	Berlin- Charlottenburg 5. Lietzenseeufer 4. Tel. 973103.
	Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten	Berlin-Neukölln, Kranoldstr. 16-17
	Bertha von Suttner-Haus	Stuttgart-Zuffenhausen, Schendweg 17.
	Deutsche Friedens-Gesellschaft (Bund der Kriegsgegner)	Hannover, Goethestr. 41.
	desgl.	Stuttgart-Zuffenhausen, Acharachweg 17 (oder Libanonstrasse 26).
	desgl.	Hamburg 13, Bornstrasse 6. (Dr. Michaitscheff).
	Frankfurter Friedensverein	Frankfurt (M.), Mechthildstr. 26.
	Deutsche Liga für Menschenrechte	Frankfurt (M.), Schweitzerstr. 1. (Hr. Kudronowski).

DEUTSCHLAND	Internationale Frauenliga für Frieden u. Freiheit	Stuttgart, Zeppelinstr. 44.
ENGLAND	Federal Union	20 Buckingham St., London WC 2. President: Henry Usborn MP.
FRANKREICH	Comité International des Etats Unis du Monde	12 ave. George V, Paris 8e. Président: Jean Larmeroux.
	Comité Français des Etats Unis du Monde	12 ave. George V, Paris 8e. Steeg, ancien Prés. du Conseil des Ministres Prés.: G. Riou, anc. Ministre.
	Union Européenne Economique et Douanière	42 rue de l'Yvette, Paris 16e.
	La Fédération	9 rue Auber, Paris.
	l'Union Fédérale Mondiale	21 rue Dumont-d'Urville, Paris.
	La République Moderne. Comité Internationale p. la Fédération Européenne	100 rue Réaumur, Paris.
HOLLAND	Stichting Algemene Nederlandse Vredes Actie (A.N.V.A.)	Ammerstol.
	Universale Liga	Oostduinlaan 32. Den Haag.

HOLLAND	Wereld Federalisten Beweging World Association of World Federalists	Amstel 24, Amsterdam. Internationaal secretariaats-kantoor: Patijnlaan 49, Den Haag.
	Beweging v. Europese Federalisten	Herengracht 99, Amsterdam.
ITALIEN	Movimento Federalista Europeo	Via Clerici 5, Mailand (Milano). Sekr. Gen.: Prof. Campagnolo.
	Movimento Unionista Europeo	Via Guistiniani 25, Genua. Pres. Comte Gramatica Bellagio.
LUXEMBURG	Comité Luxembourgeois des Etats-Unis du Monde	7 rue Schiller, Luxemburg. Ltg. M. Koch.
SCHWEIZ	Europa Union	Tadistr. 16, Zürich. Präs. Dr. Hans Bauer.
	L'Action Fédéraliste Européenne	Montbijoustr. 39, Bern. Dir. M. Leon van Vassenhove, Bern.
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA	United World Federalists	31 E 74th St., New York (N.Y.).
	Campaign for World Government	343 Dearbornst. Room 505, Chicago 4. (Ill.).
	World Republic	35 E Wacker Drive, Chicago, Il.. Das ist eine Vereinigung von Studenten, die sehr gerne die Verbindung mit entsprechenden Studentengruppen anderer Länder aufzunehmen bereit ist.

Manche von diesen Organisationen publizieren ihre eigenen Zeitschriften; genannt seien für Deutschland:

Der Weltstaat, Mitteilungsblatt der Weltstaat-Liga, Versandort ist München; für Amerika:

Common Cause, A Monthly Report of the Committee to Frame a World Constitution.

Die französische Zeitschrift „Cahier du Monde Nouveau" hat in Heft 6, 1947 eine Liste von Friedensgesellschaften (ausserhalb Deutschlands) veröffentlicht. Diese Gesellschaften unterscheiden sich von den oben aufgezählten dadurch, dass sie für die Friedensidee im allgemeinen werben und wirken, ohne noch die Errichtung einer Weltregierung als das Mittel zur Ezwerbung des Zieles in ihr Program aufgenomen zu haben.

APPENDIX II

Das folgende Verzeichnis stellt eine Auswahl aus der rasch anschwellenden Literatur über das Thema von Frieden und Weltregierung dar. Es soll dem Leser eine Handhabe sein, um von hier aus seinen eigenen Weg zu suchen und zu finden.

Für die bis 1943 publizierten Bücher sei auf zwei Bibliographien verwesen:

1. AUFRICHT, HANS: War, Peace and Reconstruction. A Classified Bibliography, edited by the Commission to study the organisation of Peace· New York, 1943.

2. JOHNSEN, JULIA E.: World Peace Plans. New York 1943 (Bibliographie Seite 250—281).

ABRAHAMS, LEWIS: It's all Politics. New York 1944.

AYRES, C. E.: The Divine Right of Capital. Boston 1946.

BEVERIDGE, W.: Price of Peace. London, 1945.

BINGHAM, ALFRED M.: The Techniques of Democracy. New York, 1942.

BOULDING, KENNETH E.: Economic analysis. 1941.

BRICE, JAMES: Moderne Demokratien. (Deutsche Übersetzung von Modern Democracy) 3 Bände. München 1923—26.

BURNHAM, J.: The Managerial Revolution. New York 1941.

COUDENHOVE-KALERGI, RICHARD N.: Pan-Europa. Wien, 1923.

CULBERTSON, E., Our fight for total peace; world problems of 1945 and new solutions; the inevitable collapse of the Dumbarton league. '45.

Summary of the world federation plan; an outline of a practical and detailed plan for world settlement; sponsored by the world federation incorporation N. Y. '43.

Total peace; what makes wars and how to organize peace. '43.

CURTIS, LIONEL: Faith and Works. London. 1943.

DOERING, HERBERT: Die Geldtheorie seit Knapp. Greifswald. 1922.

EAGLETON, C.: An Analysis of the Problem of War. New York, 1937.

Edwin R. A. Seligman and Miss Johnson: Encyclopaedia of the Social Sciences, New York, 1930.

Ferrero, G.: The Principals of Power. New York, 1934.

Gollancz, Victor: Europe, Germany to day and to-morrow. London, 1947.

Graham, John W.: Kriegshelden im Weltkrieg. Geschichte des Kampfes gegen die allgemeine Wehrpflicht in England 1916—19. Bln. 1926.

Halm, G. N.: International Monetary Co-operation. Oxford, 1947.

Hamilton, Alexander: The Federalist on the New Constitution. New-York 1778, Neudruck New York 1945.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 2. Aufl. Jena 1924 u. Folge.

Heimann, Ed.: Kapitalismus und Sozialismus. 1931.

Herriot, Edouard: Die Vereinigten Staaten von Europa. Leipzig, 1930.

Hertz, Frederick: Nationality in History and Politics. London, 1944.

Heyde, Johannes Erich: Wert. Eine philosophische Grundlegung. Erfurt 1926.

Kant, Immanuel: Zum Ewigen Frieden. Königsberg, 1795.

Keynes, John Maynard: Monetary Reform. New York, 1924.

Kohn, Hans: Der Nationalismus in der Sowjet-Union. Frankfurt (M.), 1932.

Kohn, Hans: The Idea of Nationalism, London, 1946.

Lenin, N.: Imperialism. New York, 1933.

Lewis, John: The Case against Pacifism. London, s.a.

Lefebure, Victor: Scientific Disarmament. A Treatment Based on the Facts of Armament. London, 1932.

Lippman, W.: US Foreign Policy. Little Brown. New York, 1944.

Lothian, Marquis of: Pacifism is not enough nor Patrotism Either. Oxford, 1935.

Maleitzke, W.: Neuere Kapitaltheorien seit Adolf Wagner. 1928.

Maritain, J.: Christianity and Democracy. London, 1945.

Marx, Karl: Das Kapital. 1869. (N.A. Hamburg, 1922).

Meade, I. E.: An Introduction to Economic Analysis and Policy. New York, 1938.

Meinecke, Friedrich: Die Deutsche Katastrophe. Wiesbaden, 1947.

Meyer, Friedrich: Weltbürgertum und Staatsgefühl. (3. A.). Leipzig, 1928.

Oerne, Anders: Co-operative Ideals and Problems. Manchester, 1937.

Peffer, N.: America's Place in the World. New York, 1945.

Phelps, Christine: The Anglo-American Peace Movement in the Mid-Nineteenth Century. New York, 1930.

PLUMB, (GLENN) and ROYLANCE, (WILLIAM): Industrial Democracy. New York, 1923.
REVES, EMERY: Anatomy of Peace. New York, 1947.
Deutsche Ausg.: Anatomie des Friedens. Hamburg, 1947.
RIDER, FREMONT: The Great Dilemma of World Organization. New York, 1946.
ROBERTSON, D. H.: Money. New York, 1922/1928.
ROEPKE, W.: International Economic Desintegration. New York, 1942.
ROLL, EMIL: Elements of Economic Theory. London, 1937.
ROSTOVZEFF, MICHAEL: History of the Ancient World. Oxford, 1930.
Deutsche Ausgabe: Geschichte der Alten Welt. Leipzig, 1941.
RYAN, JOHN A.: Distributive Justice. New York, 1916.
SCHELER, MAX.: Die Idee des Friedens und der Pazifismus. Berlin, 1931.
SCHUMAN, F. L.: International Politics. 3rd. Ed. New York, 1941.
SCHUMPETER, JOSEPH A.: Capitalism, Socialism and Democracy. London, 1947.
SHAW, BERNARD: On Conscientious Objection. London, 1945.
SIDGWICK, HENRY: The Methods of Ethics. London, 1893.
SIDGWICK, HENRY: Outlines of the History of Ethics. London, 1931.
SMYTH, H. D.: Atomic Energy for Military Purposes. Princeton, 1945.
SPIEGELBERG, HERBERT: Gesetz und Sittengesetz. Zürich, 1935.
SPIEGELBERG, HERBERT: Antirelativismus. ebd. 1935.
STRACHEY, JOHN: The Theory and Practice of Socialism. New York, 1936.
STRATHMANN, Pater FRANCISCUS: Weltfriede und Weltkirche. Köln, 1947.
WYNNER, EDITH and LLOYD, GEORGIA: Searchlights on Peaceplans. New York, 1944.
WOYTINSKY, W.: Die Vereinigten Staaten von Europa. Berlin, 1926.
WRIGHT, Q.: A Study of War. Chicago, 1942.
ZIMMERMANN, GOTTFRIED WILHELM: 1848, Rechtfertigung und Vermächtnis. Berlin, 1948.

ZEITSCHRIFTEN

Foreign Affairs. A Quarterly. Publ. by the Council of Foreign Relations. New York.

International Affairs. A Quarterly. Publ. by The Royal Institute of International Affairs. London.

Foreign Policy Reports. A Biweekly. Published by the Foreign Policy Association.

The Department of State Bulletin. A Biweekly. Washington.

The United Nations Review. A Bimonthly. Selection of official Statements and Documents. New York.

Die Weltkugel. Zeitschrift für Weltfrieden. Berlin, 1947 (1. Jahrg.).

Deutsche Gegenwart. Ein Informations-Brief, Hrsg. v. KARL VON PAETEL. Verlag: Hermann Schmid. 92—46, 52nd Ave. Elmhurst. L.I. N. Y. (USA).

Die Friedens-Warte. Blätter für Internationale Verständigung. Zürich, 1900 bis 1948.

Colloquium, Berlin (herausgegeben von Studenten der Berliner Universität).